schutz als wichtiges Thema auf. *Zweitens:* Bei einem etwa gleich großen Teil der Befragten spielten Abgrenzungen von Migrant*innen und »imaginierten faulen Erwerbslosen« eine wichtige Rolle. *Drittens:* Für fast ein Drittel der Interviewten ist die politische Rechtsentwicklung eine akute Sorge, lässt sich eine deutliche Abgrenzung von der AfD beobachten. *Viertens:* Das Gros der Befragten wünscht sich einen absichernden Sozialstaat, aber auch umverteilende Wohlfahrtsstaatspolitik wird unterstützt. Bei einem Fünftel bis Viertel der Befragten finden sich in diesem Zusammenhang mehr oder weniger deutlich ausgeprägte »exklusive Solidaritätsorientierungen«, die durch Abgrenzungen von Migrant*innen oder Erwerbslosen gekennzeichnet ist. *Fünftens:* Zuspitzende Deutungen des politischen Feldes, wonach die Politiker*innen in erster Linie den oberen Zehntausend dienen (Sauer/Stöger/Bischoff/Detje/Müller 2018, 196), tauchten in den Kurzinterviews so nicht (oder höchstens ansatzweise) auf – wohl aber eine starke Deutungstendenz, die von einer Entfremdung zwischen Politik und Wähler*innen ausgeht. Auch für etliche Interviewpartner*innen erscheint das politische Feld als »[…] lebensferne Blase, die um sich selbst (kreist) und in der das gesellschaftliche Unten kein Gehör mehr finde.« (Bose/Köster/Lütten 2018, 219). Die Gegentendenz besteht in der Wahrnehmung, die Demokratie funktioniere und führe notwendig zu Enttäuschungen.

Die ersten eigenen empirischen Einblicke in das Feld der popularen Anschauungen haben Ähnlichkeiten/grundlegende Unterschiede von Deutungen gezeigt, die sich auf einzelne Aspekte bezogen haben – die betriebliche Beschäftigungssituation, gesellschaftliche Probleme, sozialstaatliche Orientierungen usw. Wie diese Deutungen (etwa der sozialen Ungleichheit, des politischen Feldes oder anderer gesellschaftlicher Probleme) zusammenhängen und ob es kollektiv geteilte kollektive Verarbeitungsweisen gibt, wurde nicht untersucht. Damit setze ich mich im nächsten Kapitel auseinander, in dem ich soziale Deutungsmuster rekonstruiere, die sich bei Beschäftigten des Handels, aus Krankenhäusern und der Industrie fanden.

5.3 Populare Deutungen in gewerkschaftlichen Milieus

Nun möchte ich mich den sozialen Deutungsmustern zuwenden, auf die ich in drei Teilen der Arbeiter*innenklasse bzw. der Mittelklasse gestoßen bin: Bei Beschäftigten des Werkzeug- und Maschinenbaus sowie der Automobilindustrie, also Lohnabhängigen, die direkt vom industriell-fossilen Kapital abhängen; bei Beschäftigten aus der Handelskette, insbesondere denen, die in Lägern und im Online- und Versandhandel, tätig sind; und bei Pflegepersonal aus Krankenhäusern.

Die Branchen, in denen sie arbeiten, unterscheiden sich in mehrfacher Hinsicht voneinander. Die befragten *Beschäftigte der Industrie* arbeiten i.d.R. in Betrieben mit einer längeren Tradition der Mitbestimmung, sie sind qualifiziert und ihre Jobs sind häufig vom Erfolg des Exportgeschäftes abhängig. Sie verfügen über einen respektablen Wohlstand, werden also deutlich besser bezahlt und sind häufiger tariflich abgesichert als es andere Beschäftigtengruppen. Nach 2008 war der mit der Coronapandemie verbundene Auftragsrückgang bereits die zweite wirtschaftliche Krise, die »ihre« Industrie traf.

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Prekäre Arbeitsverhältnisse sind sowohl im Werkzeug- und Maschinenbau als auch in der Automobilindustrie verbreitet, insbesondere in Form von Leiharbeit und Befristungen. Leiharbeiter*innen-Randbelegschaften können den Angehörigen des Stamms zwar durchaus ihre eigene Ersetzbarkeit vor Augen führen; gleichzeitig aber wirken sie auch wie ein flexibler Schutzpuffer. Denn zuerst wird auf die Zeitarbeiter*innen verzichtet, wenn die Nachfrage nicht mehr stimmt. Der aktivierende Sozialstaat wirkt in diesem Bereich einerseits verunsichernd, weil er Leiharbeit und Befristungen gefördert hat, andererseits stabilisierend, weil in den vergangenen Krisen durch Kurzarbeitergeld u.Ä. Beschäftigung gesichert wurde. Insbesondere in großen Industrieunternehmen ist die gewerkschaftliche Organisationsmacht ausgebaut und akzeptiert. Der ökologische Umbau der Wirtschaft betrifft die Beschäftigten beider Sektoren u.a. aufgrund neuer Produkte wie dem E-Auto, aber auch aufgrund der Umstellung der Energieversorgung und Anreizen, energieeffizientere Technologien einzusetzen. Für beide Branchen gilt, dass bereits in den vergangenen drei Jahrzehnten viel »transformiert« wurde, um flexibler, schneller und gewinnträchtiger im internationalen Wettbewerb zu wirtschaften (Boewe/Schulten 2021; Dispan 2017; Dispan/Schwarz-Kocher 2014; Haipeter 2013).

Die *Beschäftigten in den Krankenhäusern* arbeiten in einem eher wirtschaftlich krisenresistenten Sektor, »Kranke wird es immer geben«, wie es ein Interviewpartner zusammenfasste. Zumindest im Pflegebereich verfügen die Beschäftigten über mittlere und höhere Qualifikationen und einen respektablen, zuweilen bescheidenen Wohlstand. Die letzten beiden Wirtschaftskrisen wirkten sich jedenfalls ökonomisch in keiner Form direkt nachteilig auf den Krankenhaussektor aus. Während die Beschäftigten aus der Industrie i.d.R. in den internationalen Wettbewerb eingebunden sind, arbeiten die Pflegekräfte in einem hochgradig sozialstaatlich regulierten Sektor, der für Regionen Gesundheitsdienstleistungen zur Verfügung stellt (Bündnis Krankenhaus statt Fabrik 2020, 17f.). Aber auch Beschäftigte in den Krankenhäusern können häufig auf Verschlechterungsgeschichten zurückblicken, die eng mit der Ökonomisierung des Krankenhaussektors verbunden ist (Nachtwey/Wolf 2013, 182–183). Durch eine neuartige Art der Krankenhausfinanzierung, die sowohl für die öffentlichen, die kirchlichen wie für die privaten Krankenhäuser gilt, wurde die Arbeitsbelastung erhöht, weil – vereinfacht gesagt – mehr Patient*innen bzw. mehr »Krankenhausleistungen« (wie Kaiserschnitte oder Hüftoperationen) in weniger Zeit bewältigt werden müssen (Bündnis Krankenhaus statt Fabrik 2020, 23f.). Das Ärzteblatt fasste die neue Logik wie folgt zusammen:

> »Seit 2004 rechnen die Krankenhäuser nicht mehr nach Tagessätzen ab, sondern auf der Basis diagnosebezogener Fallpauschalen (DRG = Diagnosis Related Groups). Im Vergleich zum alten System der Tagessätze werden unter DRG-Bedingungen stärkere Anreize für ein wirtschaftliches Verhalten gesetzt: Gestaltet sich die Behandlung eines Patienten aufwendiger, als durch die pauschale Vergütung gedeckt, macht das Krankenhaus Verlust. Gelingt es aber, wirtschaftlicher zu arbeiten, als bei der Kalkulation der DRG-Pauschale berechnet, lässt sich ein Gewinn erzielen.« (Flintrop 2006)

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Aus u.a. diesem Grund kam es in Deutschland in den vergangenen Jahren vermehrt zu Tarifauseinandersetzungen (etwa an der prestigeträchtigen Berliner Charité), in denen es nicht nur um bessere Löhne, sondern insbesondere um die Entlastung des Personals ging. Die Beschäftigten, die ich interviewt habe, arbeiteten zum Teil in privaten und zum Teil in öffentlichen Krankenhäusern. Prekäre Arbeitsverhältnisse finden sich insbesondere in den i.d.R. ausgelagerten Bereichen, also etwa in der Gastronomie oder im Reinigungsbereich, die nun häufig in eigeständigen Unternehmen organisiert werden. Vom ökologischen Umbau der Wirtschaft ist der Krankenhaussektor insbesondere energiepolitisch betroffen, die Nachfrage nach Personal und auch der Arbeitsalltag dürfte dadurch nicht betroffen sein – egal, welche Art von Klimaschutzpolitik (siehe Kap. 2.3) sich in Zukunft durchsetzen wird.

Die *Beschäftigten der Handelskette*, also aus den Lägern des Einzelhandels oder aus dem Online- und Versandhandel, arbeiten in einer Branche, in der das Management auf viele prekäre Arbeitsverhältnisse zurückgreift (Goes 2015, 156f.): Leiharbeit, Befristungen, niedrige Löhne, sozialversicherungspflichtige Teilzeitarbeit. Mit »Handelskette« meine ich die verschiedenen Stufen, die Waren durchlaufen, nachdem sie vom Herstellerunternehmen verkauft und bis sie vom Konsumenten gekauft werden (Warenzirkulation). Dazu gehört der Großhandel ebenso wie der Einzelhandel. Großhändler kaufen und verkaufen Waren von und an andere Unternehmen – in der Regel wird mit Produktionsmitteln gehandelt, ob das nun Dönerfleisch, Rohre oder chemische Substanzen für die Reifenproduktion sind. Zur Handelskette gehören aber natürlich auch die Teile, die uns besonders präsent sind, der Online- und Versandhandel und die verschiedenen »stationären« Outlets, in denen wir kaufen können: ob nun ein SB-Warenhaus wie Kaufland, oder Lebensmitteldiscounter wie Aldi.

Wenn wir an diesen Handel denken, dann haben wir häufig die unmittelbaren Verkaufstätigkeiten vor Augen. Aber Waren müssen auch bewegt und verstaut werden, und auch das möglichst kostenarm und schnell. Eigentlich gehören deshalb auch wichtige Teile der sog. Logistik zur Handelskette, etwa Speditionsfirmen, die die Waren von A nach B bewegen, oder auch Unternehmen, die die Lagerhaltung möglicherweise extern für Händler übernehmen. In den Lägern des Einzelhandels und des Online- und Versandhandels wird sortiert, bewegt, verstaut und schleunigst auf den Weg zum Kunden gebracht, hier wird die Warenzirkulation ganz praktisch, ganz industriell und großbetrieblich organisiert. Im Unterschied zu den »stationären Outlets«, in denen wir einkaufen gehen, sind solche Lager große Betriebe, oft mit mehreren hundert oder auch tausend Beschäftigten (Glaubitz 2011; Holst/Scheier 2019; Zanker 2018).

Folgt man Kim Moody, dann handelt es sich bei diesen Lägern um zentrale Bereiche des heutigen Kapitalismus, um Knotenpunkten neo-industrieller Arbeit, und um eine an Bedeutung gewinnende Fraktion der Arbeiter*innenklasse (Moody 2017, 59f.). Die Mitbestimmung ist in diesen Unternehmen durchaus umkämpft, weder Betriebsräte, noch die gewerkschaftliche Vertretung der Belegschaften kann man in der Handelskette einfach als anerkannt betrachten. Die Beschäftigten haben in der Regel eine Ausbildung, auch Studienabbrecher findet man hier. Die Arbeit selbst verlangt aber nicht nach »qualifizierter Arbeitskraft«, die Arbeitstätigkeiten können relativ schnell erlernt werden.

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Der aktivierende Sozialstaat (siehe Kap. 3.2) wirkt in diesem Bereich nicht nur prekarisierend, weil er Befristungen und Leiharbeit gefördert hat, sondern weil im Rahmen der ALG-II-Gesetzgebung Erwerbslose dazu gedrängt werden, auch Jobs in diesem Bereich anzunehmen – auch, wenn sie deutlich unter ihrer Qualifikation und ihrer vorherigen Bezahlung liegen. Vom ökologischen Umbau der Wirtschaft sind die Beschäftigten aus den Lägern eher indirekt betroffen. Diese Teile der Handelskette sind mit dem fossilen Kapital indirekt verbunden, weil die Handelskette dafür sorgt, dass das, was erzeugt wurde, teilweise »just on demand« beim Verbraucher landet – deshalb ist sie auch energieintensiv, denn die Lieferketten umspannen den gesamten Globus. Die Läger, in denen die von mir Befragten arbeiten, gehören aber zu den Endpunkten dieser Lieferketten. Allenfalls eine Klimaschutzpolitik, die diesen global flexiblen Warenstrom einschränken und somit den heutigen Geschäftsmodellen Grenzen setzen würde, hätte Einfluss auf die wirtschaftliche Situation der Beschäftigten.

Tabelle 32: Bedingungen in den berücksichtigten Klassenfraktionen und Interviewsample

	Automobilkette/ Werkzeugbau	Handelskette	Krankenhäuser
Einkommen	Respektabler Wohlstand	Niedrige Löhne	Respektabler Wohlstand
Prekäre Beschäftigung	Rand-Stamm-Dynamik	Normalität von prekärer Arbeit	Geringe Prekarität
Qualifikationsanforderungen	Geringe Anforderungen bis vorausgesetzt Fachberufsausbildung	Geringe Anforderungen	Vorausgesetzte Fachberufsausbildung
Arbeitsmarktmacht	Mittlere Arbeitsmarktmacht	Niedrige Arbeitsmarktmacht	Hohe Arbeitsmarktmacht
Organisationsmacht	Befestigte Organisationsmacht	Fragile Organisationsmacht	Geringe Organisationsmacht
Ökologischer Umbau	Direkt wirtschaftlich betroffen	Indirekt wirtschaftlich betroffen	Kaum wirtschaftlich betroffen
Interviews	14 Problemzentrierte Interviews	10 Problemzentrierte Interviews	16 Problemzentrierte Interviews

Quelle: Eigene Darstellung

Repräsentant*innen des gewerkschaftlichen Milieus

Interviewt habe ich einen besonderen Teil der jeweiligen Belegschaften: Betriebsräte, Vertrauensleute, aktive Streikende oder Beschäftigte aus deren Umfeld. Auf diese Weise wollte ich einen Einblick in das betrieblich verankerte gewerkschaftliche Milieu erlangen, dem ich für die Entwicklung und Unterstützung eines sozial-ökologischen Sozialstaatsprojektes eine besondere Bedeutung zuschreibe. Außerdem handelt es sich i.d.R. um Scharnierpersonen zwischen Gewerkschaften als überbetrieblichem Sozialzusam-

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

menhang, Apparat und Bewegung einerseits und betrieblicher Basis andererseits, um Multiplikator*innen, die im stetigen Austausch mit weniger engagierten Kolleg*innen stehen (Brinkmann/Hassan-Beik/Zappino 2020, 14).

Für die Untersuchung von Deutungsmustern innerhalb des gewerkschaftlichen Milieus der drei Klassenteile spricht eine weitere machtpolitische Überlegung: Die größte soziale Bewegung der Bundesrepublik ist immer noch die Gewerkschaftsbewegung mit ihren Betriebs- und Personalräten, Jugendauszubildendenvertreter*innen und Vertrauensleuten, Frauen- und Solidaritätsgruppen, Bildungsstätten und Ortsgruppen. Wie demokratische Klassenpolitik in Zukunft verlaufen wird, ist insbesondere – wenn auch nicht ausschließlich – davon abhängig, was und wie hier gedacht wird. Grund genug also, sich intensiv mit dem Alltagsbewusstsein auseinanderzusetzen, das in diesem gewerkschaftlichen Milieu zu finden ist.

Um mich diesem Trägermilieu zu nähern, habe ich Interviewpartner*innen in Betrieben gesucht, in denen es in den vergangenen 2 Jahren Konflikte gab. Die Konflikte unterschieden sich deutlich voneinander in Anlass, Inhalt und Intensität. Sie reichten von Tarifauseinandersetzungen, in denen auch die Personalbemessung zum Gegenstand wurde (in zwei Fällen Tarif Entlastung) bis hin zu Tarifverhandlungen, in denen der Schwerpunkt auf Lohnforderungen lag. In einem Fall wurde eine Auseinandersetzung darum geführt, um Haustarifverträge (wieder) an das Niveau der Flächenvereinbarungen heranzuführen, in drei Fällen ging es um die Durchsetzung von Tarifverträgen (in einem Fall erfolgreich). In drei Fällen aus dem Werkzeug- und Maschinenbau wurde zusätzlich zu Lohnverhandlungen auch betrieblich der Abbau von Beschäftigung ausgehandelt, in den Fällen aus dem Handel ging es auch darum, Betriebsräten Anerkennung auf der Seite der Geschäftsleitungen zu verschaffen.

Tabelle 33: Übersicht der Interviews Deutungsmusteranalyse nach Betrieben und Engagementform

Betrieb	Art des Konfliktes	Engagement
Klinikum Land	Tarif Entlastung	2 Personalräte 14 Streikaktive
Klinikum Land	Tarif Entlastung	
Privates Krankenhaus	Tarifverhandlungen Lohn	
Lager Einzelhandel	Tarifbindung/Anerkennung BR	6 Betriebsräte 4 Streikaktive
Lager Einzelhandel	Tarifverhandlungen	
Lager Onlinehandel	Durchsetzung Tarifvertrag	
Lager Onlinehandel	Durchsetzung Tarifvertrag	

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Endhersteller Automobil	Haustarifvertrag Angleichung Fläche	5 Betriebsräte 3 Vertrauensleute 6 Streikaktive
Werkzeug-/Maschinenbau Autokette	Tarifverhandlungen plus Hintergrund Beschäftigungsabbau	
Werkzeug-/Maschinenbau Autokette	Tarifverhandlungen plus Hintergrund Beschäftigungsabbau	
Werkzeug-/Maschinenbau Autokette	Tarifverhandlungen plus Hintergrund Beschäftigungsabbau	
Werkzeug-/Maschinenbau Luftfahrt	Tarifverhandlungen	

Quelle: Eigene Darstellung

Etwa ein Drittel meiner Gesprächspartner*innen waren Betriebs- oder Personalräte, unter den 40 Interviewten waren außerdem 3 Vertrauensleute. 12,5 Prozent aller Beschäftigten lebten in Ostdeutschland[11] (überwiegend waren das Krankenpflegekräfte). Während knapp 51 Prozent der Gesamtbevölkerung 2021 Frauen waren, waren es »nur« 27,5 Prozent meiner Untersuchungsgruppe. Einen Migrationshintergrund hatten lediglich 3 meiner Gesprächspartner*innen, also 7,5 Prozent des Untersuchungssamples – während diese Gruppe fast ein Viertel der Gesamtbevölkerung ausmacht. Das Gros meiner Interviewpartner*innen war zwischen 35 und 60 Jahre alt (etwa die Hälfte war zwischen 35 und 50 Jahre alt, der Rest zwischen 50 und Anfang 60), Beschäftigte, die unter 30 waren, habe ich nicht interviewt.

5.3.1 Deutungsmusteranalyse

Insgesamt habe ich 40 Gespräche geführt, die zwischen 2 und 6 Stunden lang waren. Diesen Interviews lag ein Leitfaden zugrunde, der sich grob in zwei Abschnitte teilte. Zunächst habe ich Erfahrungen in der Arbeitswelt, anschließend dann Meinungen zur Gesellschaft und Politik in Deutschland erfragt. Ich habe offene Fragen gestellt, damit meine Interviewpartner*innen die inhaltlichen Schwerpunkte so setzen konnten, wie sie ihnen wichtig waren.

In die Interviewphase, in der es um den Blick auf die Gesellschaft, auf das politische Feld und auch um Ansprüche an Sozialpolitik gehen sollte, bin ich i.d.R. eingestiegen, indem ich danach gefragt habe, was eigentlich nach Dafürhalten meines jeweiligen Gegenübers die wichtigsten sozialen oder politischen Herausforderungen sind, vor denen die deutsche Gesellschaft steht. Ich wollte wissen: Was beschäftigt die Menschen selbst, worüber reden sie, worüber regen sie sich auf, was wertschätzen sie, wenn man sie bittet, ihre Sicht der Dinge dazulegen – wobei sie zunächst einmal selbst entschieden, was »die Dinge« denn waren.

Die Ausführungen auf die erste offene Frage nach den größten Problemen, vor denen die deutsche Gesellschaft steht, habe ich dann aufgegriffen, habe nachgefragt (verstehend und vertiefend) und gegebenenfalls andere Themen aufgeworfen, sollten diese

11 2021 lebten knapp 15 Prozent aller Deutschen in den sog. »neuen« Bundesländern.

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

noch nicht zur Sprache gekommen sein. Dazu gehörte i.d.R. die Wahrnehmung der materiellen Ungleichheit, die Klimakrise, die Wahrnehmung von Politiker*innen und Parteien und – etwas ausführlicher – eigene Reformwünsche, insbesondere Ansprüche an den Wohlfahrtsstaat. Ich wollte diese »Sozialstaatsorientierungen« innerhalb ihrer weiteren politischen und sozialen Bezüge zur Sprache bringen. Denn von diesen hängt ihre Bedeutung ab.

Heuristik der Deutungsmusterrekonstruktion

Bei der Auswertung der Beschäftigteninterviews und bei der Analyse der Deutungsmuster habe ich auf eine einfache Überlegung des Philosophen Norberto Bobbio zurückgegriffen (Bobbio 2021, 72–81). Die gesellschaftliche Linke, so Bobbio, vertrete ein Programm der Gleichheit, die gesellschaftlichen Rechtskräfte ein Programm der Hierarchisierung. Deutungen, die für ein links-ökologisches Projekt offen sind, wären demnach solche, in denen mehr Gleichheit gefordert wird (oder Ungleichheit kritisiert wird) – ob nun Gleichheit der Verteilung (z.B. möglichst gleiche Einkommen), der Macht (z.B. des möglichst gleichen politischen Einflusses aller Gesellschaftsmitglieder) oder des Rechts (z.B. möglichst gleiche soziale und politische Rechte der Menschen in einem Land, inklusive derjenigen, die keine Staatsbürgerschaft haben). Links ist aus dieser Perspektive die Kritik an Ungleichheit, sowohl der Verteilungsungleichheit, der Machtungleichheit oder der Innen-Außen-Spaltung zwischen Hier-Lebenden und Hier-Herkommenden.

Für die Rechte, auch für den demokratischen Konservativismus, ist dagegen ein Programm der Ungleichheit typisch. Ungleichheit ist aus dieser Perspektive für Gesellschaften nicht nur konstitutiv, sondern auch wichtig. »Klare Hierarchien sichern die soziale Ordnung. […].« (Strobl 2021, 11) Natascha Strobl spricht daher von einem konservativen Antiegalitarismus (ebd.). Der Faschismus radikalisiert diesen Antiegalitarismus, unterfüttert ihn durch biologische oder kulturalistische Rassentheorien, und verbindet ihn mit Theorien der Ungleichwürdigkeit von Leben. Innerhalb der gesellschaftlichen Linken ebenso wie der gesellschaftlichen Rechten gibt es außerdem Kräfte, die ein Freiheitsprogramm vertreten und Kräfte, die eher autoritär sind. Diese Unterscheidung bezieht sich auf die Art und Weise, wie Ziele erreicht werden sollen – eher durch demokratische Mittel (z.B. Wahlen, die weitere Demokratisierung der Gesellschaft) oder durch Zwang (z.B. der starke Mann, Gewalt gegen andere etc.). Der Faschist als Beispiel der antidemokratischen Rechten, verzichtet auf die Freiheit, der demokratische Sozialist, als Beispiele der demokratischen Linken, nimmt die Freiheit in Anspruch (Polanyi 1978, 343–344).

Die erste Dimension, die der Gleichheit-Hierarchie, habe ich in die Untersuchung einbezogen, indem ich in den Interviews betriebliche Konflikte, damit verbundene Unzufriedenheiten meiner Gesprächspartner*innen, ihren Blick auf soziale und politische Probleme im Land, auf materielle Ungleichheit und auf Sozialpolitik zum Thema gemacht habe. Von der Thematisierung der Wohlfahrtsstaatspolitik habe ich mir Informationen über Ansprüche (z.B. konkrete Reformen), wahrgenommene sozialpolitische Probleme, aber auch über die gewünschte Form der Sozialstaatspolitik versprochen, ob sie beispielsweise stärker Verteilungsgleichheit schaffen sollte, vor sozialer Unsicherheit schützen oder zur Teilnahme am Arbeitsmarkt befähigen sollte. Die zweite Dimension habe ich in der Studie berücksichtigt, indem ich Meinungen zur deutschen Demokratie,

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

insbesondere zum Verhältnis zwischen Wahlvolk, Parteien/Politiker*innen und Wirtschaftsunternehmen erfragt habe. Falls es im Rahmen der Interviews möglich war habe ich – am Ende – außerdem Meinungen zur Idee der Wirtschaftsdemokratie abgefragt (siehe Kap. 5.3.8). Vereinfacht gesagt habe ich Gespräche, in denen mehr Gleichheit und mehr Demokratie (oder eine Demokratie, in der alle Interessen gleiche Chancen haben sich durchzusetzen) gefordert wurden, als »eher linke Deutungen« gewertet.

Bei der Analyse der Deutungsmuster habe ich zwischen Betriebsdeutungen, Gesellschaftsdeutungen und (Sozial-)Politikdeutungen unterschieden. Bei den Deutungen, die sich auf Betrieb und Gesellschaft bezogen haben, habe ich unterschieden was tatsächlich als Probleme von meinen Gesprächspartnern thematisiert wurde (Problemdeutungen) und wie – damit verbunden – Beziehungen im Betrieb bzw. die Ungleichheiten in der Gesellschaft gedeutet wurden (Beziehungsdeutungen).

Mit »Beziehungsdeutungen im Betrieb« meine ich z.B. die Wahrnehmung des Miteinanders zwischen Management und Belegschaft. Dominieren zum Beispiel betriebsgemeinschaftliche Sichtweisen oder wird der Betrieb als Ort von Missachtungen (Missachtungsregime) gesehen? Bei der Darstellung der Deutungsmuster habe ich den Schwerpunkt auf die »außerbetrieblichen« Deutungen gelegt, betriebsbezogene Deutungen habe ich lediglich am Einzelfall dargestellt, während ich gesellschaftsbezogene Deutungen anhand von Interviewaussagen aus verschiedenen Gesprächen nachgezeichnet habe.

Bei den Gesellschaftsdeutungen habe ich zwischen Problemdiagnosen und Ungleichheitsdeutungen unterschieden, die in der Regel miteinander verbunden sind. Die konkreten Problemdeutungen beziehen sich auf das, was meine Gesprächspartner*innen als störend, gefährlich oder herausfordernd in der Bundesrepublik (und teilweise auch: der Welt) wahrgenommen haben (z.B. wachsende Einkommensungleichheit, die Klimakrise, erstarkender Rechtsextremismus, zu viel Zuwanderung). Relevant war für mich nicht nur was wahrgenommen wurde, sondern auch, ob dabei eher einzelne Probleme im Vordergrund standen und alles andere überstrahlten, oder ob sich in den Interviews eher Problemketten abzeichneten, also mehrere Probleme als wichtig wahrgenommen wurden und gleichberechtigt nebeneinanderstanden oder hierarchisiert in ihrer Bedeutung miteinander verbunden wurden.

In fast allen Deutungsmustern, die ich im Folgenden darstellen werde, fanden sich Problemketten wieder. Sie unterschieden sich aber danach, welche Probleme besonders wichtig erscheinen. Die materielle soziale Ungleichheit spielte in fast allen eine Rolle, aber absteigend von dominant bis zweitrangig. Weit verbreitet sind darüber hinaus Sorgen um die Rechtsentwicklung im Land, den Klimawandel und die Lobbymacht. Typische Probleme lassen sich insofern nicht unbedingt für einzelne Deutungsmuster ausmachen, wohl aber typische Arten, wie sie arrangiert und miteinander verbunden werden. Die Ungleichheitsdeutungen waren in den Interviews in der Regel mit diesen Problemdiagnosen verbunden – aber als zentrale Probleme konnte auch der Klimawandel oder der Rechtsextremismus genannt werden, beides Probleme, die nicht unmittelbar mit Ungleichheitsdeutungen verbunden sind. Hier interessierte mich insbesondere welche Ungleichheiten überhaupt als relevant wahrgenommen wurden, wie sie erklärt bzw. worauf sie zurückgeführt wurden (z.B. im Fall von politischer

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Machtungleichheit). In den Deutungsmustern, die ich herausgearbeitet habe, wurden Ungleichheiten hinsichtlich des politischen Einflusses, der Einkommen, der Bildungschancen und zwischen Deutschen und Immigrant*innen (Innen-Außen) thematisiert.

Wichtig war für mich ob und wie die materielle Ungleichheit wahrgenommen wurde. Besonders interessiert hat mich die Sicht meiner Interviewpartner*innen auf deren Entwicklungsrichtung (z.B. Wachstum der Armut) und ihre topologische Deutung (z.B. Polarisierung in Unten-Oben). In den Deutungsmustern, auf die ich gestoßen bin, fanden sich drei entsprechende Diagnosen wieder: Die erste dreht sich um die Wahrnehmung, die Ungleichheit im Land nehme zu, diese Diagnose ist aber nicht mit einem topologischen Bild der Ungleichheit (z.B. einer Pyramide, an deren Spitze besonders Wohlhabende stehen) verbunden. In der zweiten Deutung wird die Gesellschaft, abhängig von verfügbaren Einkommen bzw. der Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen in ein Oben – Mitte – Unten unterteilt. Es ist dabei durchaus möglich, dass ein Wachstum etwa von Armut festgestellt wird, die Betonung liegt aber darauf, dass es immer noch eine große Mitte gibt. Die dritte Deutung geht ebenfalls von einer Dreiteilung in Oben – Mitte – Unten aus, sieht die Mitte aber kleiner werden und dreht sich um die Wahrnehmung einer sozialen Polarisierung.

Bei den (Sozial-)Politikdeutungen habe ich zunächst zwischen der Sicht auf das politische Feld an sich und Deutungen unterschieden, die sich auf die Wohlfahrtsstaatspolitik bezogen haben. An den politikfeldbezogenen Deutungen hat mich – wie bereits erwähnt – insbesondere interessiert, wie das Repräsentationsverhältnis zwischen Wahlvolk bzw. dem Volk als demokratischem Souverän und den Repräsentant*innen wahrgenommen wurde: den einzelnen Politiker*innen als Akteuren und den Parteien.

Ich bin auf vier unterschiedliche Deutungen des politischen Feldes gestoßen, die ich unten anhand der rekonstruierten Deutungsmuster darstellen möchte. Jede umfasst erstens spezifische Sichtweisen von Parteien, Politiker*innen, zum Teil des Staates, bezieht sich zweitens auf soziale und politische Anliegen bzw. Interessen, die erfüllt werden sollten, aber unerfüllt bleiben, und steht drittens in Verbindung mit Ansprüchen auf demokratische Teilhabe. Es handelt sich um liberal-demokratische, popular-demokratische, populistische und autoritäre ausgrenzend-populistische Deutungen.

Liberal-demokratische Deutungen zeichnen sich durch positive Bezüge auf die Parteiendemokratie aus, darüber hinaus eine Orientierung an seriöser und eher etablierter Politik. Die Abgrenzung insbesondere von Antidemokratischem, das mit der AfD identifiziert wird, spielt dabei eine wichtige Rolle. Unzufriedenheiten und zum Teil scharfe Kritik an Politiker*innen und Parteien treten gerade deshalb hervor, weil diese Erwartungen nicht erfüllt werden. In Anlehnung an Stuart Hall unterscheide ich davon eine popular-demokratische, eine populistische und eine ausgrenzend-populistische Deutung.

Popular-demokratische Deutungen zeichnen sich dadurch aus, dass Sozialkritik und Kritik an den Parteien auf eine Art und Weise zusammenwirken, dass eine Unten-Oben-Spaltung auch im Politischen sichtbar wird. Typisch sind deutliche Kritiken an Politikern und Parteien, die aber deutlich demokratisch motiviert sind. Zwischen liberal-demokratischen und popular-demokratischen Deutungen besteht insbesondere bezüglich der Abgrenzung von rechts eine klare Übereinstimmung, antagonistische

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

bzw. rebellische Momente, wie sie für popular-demokratische Deutungen typisch sind, fehlen aber in liberal-demokratischen.

Während popular-demokratische Deutungen den Gegensatz zwischen Volk und Eliten vertiefen, wirken *populistische Deutungen* nur vordergründig so (Hall 2014, 112f.). Im Hintergrund steht immer die Erwartung einer guten, gerechten, sauberen und rechtschaffenden Elite, die sich der Sache der einfachen Leute annimmt. So bauen populistische Deutungen Brücken zwischen Unten und Oben, wenn auch ein Teil des »Obens« scharf oder gar feindselig kritisiert wird. Populistische Deutungen müssen sich aber nicht gegen andere Menschen- und Lohnabhängigengruppen wenden, sie müssen auch nicht im engeren (liberalen) Sinne antidemokratische Potenziale bergen.

Wenn beides der Fall ist, spreche ich von *autoritären ausgrenzend-populistischen Deutungen*. Antidemokratisch ist der ausgrenzende Populismus insbesondere, weil er für sich allein beansprucht »das« Volk zu vertreten (Müller 2016, 26) – ausgrenzend-populistische Deutungen sehen im Parteienstreit keine Bereicherung, sondern in der Tendenz ein Theaterspiel und/oder ein Problem, weil nicht geschlossen »das« Volksinteresse vertreten wird.

Von diesen Politikfelddeutungen unterschieden habe ich erstens die Ansprüche an Wohlfahrtstaatspolitik, die in der Regel (aber durchaus nicht immer) mit den wahrgenommenen Problem- und Ungleichheitsdeutungen verbunden waren, und zweitens die diesen unterliegenden Ansprüche an Sozialstaatsinterventionen. In Rückkopplung mit den in Kapitel 2.2 entwickelten Formen der Sozialstaatsintervention habe ich fünf Varianten des gewünschten Sozialstaatshandelns nachgezeichnet, die sich bei meinen Gesprächspartner*innen gefunden haben: Der umverteilende, befähigende, schützende und strafende Sozialstaat und die Sozialstaatspolitik des Öffentlichen. Der *befähigende Sozialstaat* bildet (weiter), sorgt sich um die Kindererziehung, Schulen, gute Qualifizierung der Arbeitskräfte. Er soll gleiche Chancen bieten. Der *umverteilende Sozialstaat* soll dafür sorgen, dass Armut reduziert wird, abhängig Beschäftigte mehr Einkommen bekommen. Der *schützende Sozialstaat* soll soziale Unsicherheit und sozialen Abstieg mildern oder verhindern. Der *strafende Sozialstaat* soll Erwerbslose bestrafen, damit sie wieder einer Erwerbsarbeit nachgehen. Die *Sozialstaatspolitik des Öffentlichen* sorgt durch das Angebot nichtmarktförmiger Dienstleistungen und Infrastrukturen für mehr und qualitativ hochwertige soziale Teilhabemöglichkeiten.

Insgesamt ist es sinnvoll mit Blick auf die geführten Gespräche zwischen konkreten Reformwünschen und gewünschten Formen des Sozialstaatshandelns zu unterscheiden. Das Spektrum von Forderungen konnte breit sein kann, sich aber deutlich um eine oder zwei »Interventionsformen« gruppieren. In einem Gespräch konnte beispielsweise mehr Geld für Kinderbetreuung, Schulen, Erwerbslose oder Renten gefordert werden, während der Wunsch nach einer »befähigenden Sozialstaatspolitik« aber dominierte, also nach guter Ausbildung von Kindern und Qualifizierung von Erwerbslosen.

Das heuristische Schema, mit dessen Hilfe ich die im Folgenden dargestellten Deutungsmuster rekonstruiert habe, lässt sich folgendermaßen zusammenfassen.

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Tabelle 34: Ebenen und inhaltliche Struktur der empirischen Deutungsmusteranalyse

Betriebsbezogene Deutungen	Problemdeutungen: Was stört konkret im Betrieb?
	Beziehungsdeutungen: Wie wird das Miteinander gedeutet?
Gesellschaftsdeutungen	Problemdeutungen Was wird als soziales/politisches Problem in der Gesellschaft wahrgenommen? Gibt es einzelne »Motive«, die dominieren, oder mehrere gleichberechtigte/hierarchisierte Probleme?
	Ungleichheitsdeutungen Welche Ungleichheiten werden als relevant wahrgenommen? (Wie) Werden sie erklärt/worauf zurückgeführt Wie wird materielle Ungleichheit wahrgenommen/gedeutet?
(Sozial-)Politikdeutungen	Ordnung des politischen Feldes Blick auf Parteien und Staat Bewertungen der Beziehungen zwischen Volk als demokratischem Souverän und Parteien/Politiker*innen/Regierung
	Sozialpolitische Orientierungen Konkrete sozialpolitische Forderungen Gewünschte Formen der Wohlfahrtsstaatspolitik

Quelle: Eigene Darstellung

Ich bin in den Gesprächen, die ich geführt habe, und in den Kurzinterviews auf sechs Deutungsmuster gestoßen, die ich nun vorstellen möchte. Jedes einzelne werde ich anhand eines Sozialporträts nachzeichnen, und ggf. punktuelle Eindrücke aus weiteren Gesprächen einfließen lassen. Vier dieser sechs Deutungsmuster werden von einer größeren Zahl von Interviewten artikuliert: »Die Sozialen Gemeinwohldemokrat*innen«, »Die (Enttäuschten) Sozialliberalen«, »Die Leistungsorientierten Sozialkonservativen« und die »Ökologie-Zuerst-Bewegten«. Im eigentlichen Sinne kann von einem Deutungsmuster nur die Rede sein, wenn sich typische Deutungen bei mehr als einer Person finden.

In zwei der ausführlichen Gespräche, die ich führen konnte, traten Verarbeitungs- und Deutungsweisen hervor, die innerhalb des Interviewsamples einzigartig blieben, die ich aber aufgrund ihrer politischen Bedeutung als sehr relevant bewerte. Dabei handelt es sich um den »Sozialrebellischen Nationalisten« und den »Exklusiven Sozialpopulisten«. Beide Deutungsweisen fasse ich – auch aufgrund älterer eigener Forschung, bei der ich auf ähnliche Deutungen gestoßen bin (Goes 2015, 241f.) – als hypothetische Deutungsmuster auf. Ob sie sich, wovon ich aufgrund anderer Forschungsergebnisse (siehe Kap. 5.1.3 und 5.1.4) ausgehe, tatsächlich bei einer größeren Zahl anderer Menschen finden, wäre durch weitere Interviews zu prüfen.

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

5.3.2 Der Sozialrebellische Nationalist

Im Folgenden will ich eine rechtsaffine Tiefengeschichte (Hochschild 2017, 187) beispielhaft vorstellen, die Ansichten von Karl[12]. Karl, in den Mittfünfzigern, katholisches und obrigkeitshöriges Elternhaus (wie Karl es selbst ausdrückt), war in einer langanhaltenden Tarifauseinandersetzung aktiv. Er gehörte zum Teil des gewerkschaftlichen Rückgrats innerhalb des Betriebes. Mich interessiert die Art und Weise, wie er als Alltagsphilosoph »seine Welt« deutet. Was denkt er über seine Arbeit, über den Betrieb? Was läuft nach seinem Dafürhalten falsch und richtig, im Betrieb, im Land? Was empfinden er wirklich als ungerecht, und was sollte anders sein? Das sind einige der Fragen, über die ich mit Karl gesprochen habe.

Karls Anschauungen lassen sich als »sozialrebellischen Nationalismus« bezeichnen (ähnlich: Dörre 2008, 248). Im Mittelpunkt stehen Arbeitsleiderfahrungen und das Gefühl, in der Gesellschaft gegenüber Migrant*innen benachteiligt zu werden. Im Sozialrebellischen Nationalismus werden Oben-Unten-Unterschiede durchaus zum Thema gemacht, materielle Ungleichheit kann sogar als krass wahrgenommen werden, aber in ihrer Brisanz bzw. Zentralität wird sie durch die Innen-Außen-Spaltung überlagert – eine Spaltung, in der sich Sozialrebellische Nationalist*innen als Benachteiligte und Bedrängte sehen: Das Innen ist im Nachteil, die von Außen werden bevorzugt (Altreiter/Flecker/Papouschek 2022, 340–341).

Das Rebellische ist nicht nur Geste, es handelt sich um eine Art diffuse Revolte »[…] die zumeist in den Bahnen verbleit, die […] das System aufzwingt.« (Dörre 2020, 99) Die Abneigung richtet sich durchaus auch nach Oben, aber zuallererst gegen Fremde. Auch andere soziale und politische Probleme, die durchaus aufgeworfen werden können, werden innerhalb dieses Deutungsmusters durch die nationalidentitäre Opfererzählung überstrahlt. Das dürfte auch der Grund dafür sein, dass starke Sozialstaatsansprüche im Rahmen dieses Deutungsmusters kaum aufgeworfen werden; allenfalls wird der Wunsch nach einer strafenden Sozialpolitik Erwerbslosen gegenüber formuliert, die sich den Lasten des Arbeitslebens (angeblich) absichtlich entziehen.

Sozialporträt Karl – Der sozialrebellische Nationalist

»Ich bin jetzt seit 11 Jahren im Betrieb und ich bin einer von denen, die das nicht vom Arbeitsamt aufgedrückt bekommen haben. Das ist selten.« (I 5) Karl kommt direkt zum Punkt, zu einem wichtigen Moment seines Unbehagens. Einem Wunschjob geht er nicht nach, noch weniger das Gros seiner Kolleg*innen, die – so seine Wahrnehmung – durch die Arbeitsagentur i.d.R. dazu gezwungen werden, dort zu arbeiten. Arbeit wird hier ansatzweise als Zwangsverhältnis angesprochen, oder doch zumindest im eigenen Fall als Verlegenheitslösung:

> »Ich hatte vorher eine Firma, die Pleite gegangen ist, und habe dann was gesucht zum Parken. Und man staune, schon sind es elfeinhalb Jahre. Habe mich da beworben. Das Lustige war schon die Bewerbungsgeschichte am Anfang. Die haben mich gefragt, was ich gerne machen möchte, Früh- oder Spätschicht. Sagte ich, ich habe gehört, dass es

12 Siehe eine erste kürzere Variante dieses Porträts (Goes 2021a).

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

> Nachtschicht gibt. Sagt sie ›gut‹, geht weg, kommt zwei Minuten später wieder und sagt ›Du gehst in die Frühschicht‹. So ging das schon los.«

Wenn auch selbstgewählt, die Übergangslösung war von Anfang an auch ein Verhältnis, in dem eigene Anliegen nicht berücksichtigt werden konnten – zumindest im Rückblick nach 11 Jahren. Schon ein kleiner Wunsch (Nachtschicht) wird nicht erfüllt, zwar werden Vorlieben erfragt, die Antwort ist aber eigentlich egal.

> »Dann habe ich zwei Monate die Karren von A nach B geschoben, also zu den Leuten, die das bearbeiten, da war ich schon sehr begeistert, weil ich war ja vorher selbständig und dann fängst Du an irgendwelche Karren von A nach B zu schieben. Dann bin ich denen so auf den Senkel gegangen, dass ich dann in die Spätschicht gegangen bin als Bearbeiter. Damals war das ja noch so, man hat sich die Sachen selber beigeholt, selber bearbeitet, selber in die Tools gucken, war noch etwas, wo das Brain noch etwas betätigt wird. Mittlerweile ist ja so weit, dass das jeder Affe könnte mit rot-gelb-grün Knopf drücken.«

Befriedigend ist die Arbeitstätigkeit im Betrieb nicht, Knöpfedrücken heißt: Vereinfachung, Arbeitsteilung, Wiederholung. Sein eigener Anspruch nach einer kreativeren und verantwortlicheren Arbeit (»das Brain noch etwas« betätigen), wird nicht erfüllt. Das war nicht immer so, wie er im weiteren Gespräch verrät. In seiner Anfangszeit im Betrieb hat er sich eingebracht, es ist ihm gelungen eine anspruchsvollere Position im Betrieb zu finden. Aber dann kam es zu einer Wende.

> »Das Unternehmen hat mich dann also sehr gefickt, hat mir irgendwelche Tools genommen, die ich früher hatte. Ich habe so viele Sonderaufgaben gemacht, auch mal früher gekommen, ohne Bezahlung. Mittlerweile bin ich normaler Bearbeiter und bin ganz glücklich drum. Weil wenn du normaler Bearbeiter bist, dann… wenn du streikst, dann streikst du. Und wenn du krank bist, bist du krank. […]. Wo ich Sonderaufgaben gemacht habe, hieß es alle können, nur der Kollege und ich können nicht. Und jetzt funktioniere ich noch bei dem Job, sagen wir es mal so. Also ich gehe nicht mehr mit Freude hin, ich gehe mit Widerwillen hin, sonntags nervts mich schon abends, wenn ich an Montag denke. […]. Und funktioniere nur noch wie so ein Zombie, der da hingeht, sein Gehirn bei der Security abgibt und nach Feierabend wieder abholt.«

Und etwas später:

> »Ich bin jetzt normal am Band. Und da schnüffel ich quasi an Schlüpfern, ob die noch frisch sind, oder Jacken, leg die wieder zusammen. Ich nehme die Sachen zurück, die die Leute zurückschicken. Ich gucke, ob das in Ordnung ist, ob das weiterverkauft werden kann und ich bewerte das.«

Freiwillig hat er nicht auf sein »Privileg« verzichtet, die Degradierung führt ihn in ein inneres Exil, seine Frustration ist gleichzeitig auch ein Grund für sein betriebs- bzw. gewerkschaftspolitisches Engagement.

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

> »Also viele sagen ja beim Streiken, also warum sie streiken, wegen Tarifvertrag, wegen Geld und allem Drum und Dran. Das mit dem Geld ist sogar irgendwie noch in Ordnung, wir sind sowieso alle so an der Armutsgrenze quasi. Das ist für mich alles noch irgendwie hinnehmbar. Was für mich nicht hinnehmbar ist… die Verarschung und die Comedy. Die erzählen uns Sachen… So in der Art »Das Wasser fließt bergauf.« Und jeder weiß, es ist nicht so. […] Die erzählen uns irgendeinen Firlefanz, jeder weiß, das stimmt gar nicht oder das dürfen wir gar nicht so machen. Weil sie auch immer wieder neue Manager haben. Die geben Sachen von sich, die wir besser wissen. Und dann sagen die »wir nehmen es mit.« Aber sie bringen es nie wieder. Also das Thema kommt nie wieder auf den Tisch.«

Verarschung und Comedy – die Geschäftsführung nimmt die Belegschaft nicht ernst. Expertise wird, wo sie vorhanden ist, vom ständig wechselnden Management nicht anerkannt. Und Karl fühlt sich, wie es im Volksmund heißt, »für dumm verkauft«, im schlechteren Fall sogar belogen. Die Beziehung zwischen Führung und Belegschaft deutet Karl als eine Art Missachtungsverhältnis, das ihn wütend macht. Ganz grundlegende (implizite) Beteiligungsansprüche (siehe auch: Wolf 2018, 161) finden kein Gehör.

Das bedeutet nicht, dass er keine Geldsorgen hätte. Im Gegenteil, er hat hohe Schulden. Gerade deshalb würde ihm eine Lohnerhöhung allerdings auch nicht helfen, sollte die im Tarifstreit durchgesetzt werden. Gepfändet würde das zusätzliche Einkommen, meint er. Die Lohnfrage ist dennoch für ihn eine der prinzipiellen Gerechtigkeit:

> »Ganz klar, ich bin einer, der finanziell am Arsch ist, eine Pfändung hat. Also im Prinzip noch nicht mal was davon hätte, wenn wir einen Tarifvertrag hätten, als ich bei 5 Tagen Arbeit war zum Beispiel, mir würden sie das sogar wegnehmen. Mir geht es um die Gerechtigkeit. Weil es teilweise ist, das Umgehen mit den Kollegen, das ist so eine kleine Che Guevara-Denke. Irgendwie habe ich das gemacht wegen der Kollegen und der Gerechtigkeit. Dieser Gerechtigkeitswahn ist sehr stark ausgeprägt bei mir. Ich bin sogar zum Streiken hin, wenn ich krank war oder wenn irgendwas war. Ich bin sogar da dann hingegangen. Ich habe das gemacht, obwohl ich selber nix davon gehabt hätte, wenn wir den Tarifvertrag bekommen hätten. Ich finde, dass eine Firma, die… die machen ja nicht nur 1000 Mark, die machen richtig Geld, dann könnten die uns auch mehr Lohnerhöhung geben.«

Karls Sozialleid und Gesellschaftskritik

Das Arbeitsleben im Betrieb ist mit Anerkennungsmangel verbunden, Karl geht es um Respekt, von den Vorgesetzten fühlt er sich missachtet – es geht aber auch um Ansprüche an Arbeitsinhalte. Dieses Sozialleid steht nicht für sich allein, er fühlt sich auch sozial benachteiligt. Die zentrale Ungleichheit, die Karls Geschichte strukturiert, ist die zwischen Innen und Außen. Das Gefühl der sozialen Benachteiligung ist zugleich das Gefühl der Benachteiligung gegenüber Fremden. Es wird nicht verbunden (hier ein soziales Benachteiligungsgefühl, dort eine kulturelle Distanz), sondern gehört unmittelbar zusammen. Karl formuliert eine Art ethnisierte Sozialkritik (Bose/Köster/Lütten 2018, 215).

> »Teilweise sind es Ungerechtigkeiten, die ich selber erlebt habe. Beispiel, ich bin auf der Krankenkasse, weil meine Frau arbeitslos wurde musste ich zur AOK gehen, weil

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

meine Krankenversicherung wollte sie nicht mit übernehmen. Hab das fertig, will mich beraten lassen. Da sagt die Frau auf der Krankenkasse zu mir, warum wir da überhaupt groß die Beratung bräuchten, ob wir das nicht selber schon wüssten wie was funktioniert. Und dann sitzt da gegenüber einer aus irgendeinem Land, der hat einen Rechtsberater und der hat einen Übersetzer. Bei dem ist das normal, dass der da die Unterstützung kriegt. Und wo ich da normal gefragt habe mit meiner Frau, wie sieht es aus, was können wir da… ›Sie wissen da ja gar nichts‹, sagt die Frau zu mir. Da denke ich ›hallo?‹. Und solche Sachen habe ich sehr oft erlebt, wo ich mir gedacht ›Gastfreundschaft in allen Ehren‹… ist ja wie bei mir Zuhause, ich muss ja auch, wenn ich Gäste kriege, bin ich Gastgeber und habe einen Gast. Aber es kann ja nicht so sein, dass ich meine Frau, wenn ich Gäste habe, da scheiße behandle und die dumm hinstelle, aber meinen Gästen in den Arsch krieche. Wenn, dann müsste sich das irgendwie die Waage halten. Und ich habe es so oft erlebt, dass unsere ganzen neuen Mitbürger, wenn irgendwas war, die kriegten einen Support ganz selbstverständlich… was ich ja auch gut finde, ich meine, die haben keinen Plan, die brauchen ja auch Unterstützung, das ist ja nicht das Ding. […] Aber wenn man als normaler Deutscher was will, dann kriegt man suggeriert, so nach dem Motto ›Wir sind schon so überlastet mit den Leuten, dass wir denen helfen müssen, da haben wir eigentlich für euch gar keine Zeit. Und das ist so mit das größte Problem, was ich immer wieder in ganz vielen Situationen erlebe.«

Das Bild der Warteschlange kommt mir in den Sinn, wenn ich diese Zeilen lese. Die Soziologin Arlie Hochschild hat es genutzt, um uns die Vorbehalte von Tea-Party-Anhänger*innen in den USA gegenüber Zuwanderern und amerikanischer Bundesregierung zu veranschaulichen (Hochschild 2017, 188–194): Hier stehe ich, habe ausgehalten, geleistet, entbehrt und warte geduldig, stelle mich hinten an – und dann kommt jemand Neues und wird am Schalter bevorzugt, sogar an den anderen Wartenden vorbei gewunken. Karl empfindet etwas Ähnliches – ihm wird nicht nur Hilfe verwehrt, er wird auch noch dafür kritisiert, Hilfe zu benötigen. Wird er gedemütigt (»Sie wissen da ja gar nichts!«)? Das besondere Benachteiligungsgefühl lebt vom Fremden, ob es ihn ebenso empören würde, wäre ein »normaler Deutscher« bevorzugt behandelt worden? Gewiss ist nur, dass Karl seine Benachteiligungserfahrung im weiteren Gesprächsverlauf direkt in Verbindung bringt mit einem Unbehagen an politischer Korrektheit.

»Sobald ich irgendwas Negatives sage, ich darf das über dich sagen, oder über jeden. Aber ich darf nichts Negatives sagen, wenn das ein Zuwanderer ist. Das finde ich auch ein Ding. Ich kann nicht jeden als rechtsradikal hinstellen, wenn ich da gerade eine Situation erlebt habe, und dann muss alles geändert werden. Es darf nicht mehr Negerkuss heißen, das muss jetzt Schokokuss heißen. Das darf nicht mehr Weihnachtsmarkt heißen, das muss jetzt… diese ganzen Änderungen, die wir machen. Wie gesagt, da können die Leute nichts dafür, das sind die Politiker. Diese ganzen Änderungen, die gemacht werden, seit wir so viel Zuwanderung haben. Wieso müssen wir Deutschland komplett ändern, in gewissen Worten, in gewissen Sachen, die wir machen, in kulturellen Geschichten. Warum muss das alles geändert werden? Ich war in der Türkei, habe mich an einen Tisch gesetzt, da saß eine Frau, hat der Typ auf Türkisch was gesagt, habe ich gesagt ›please speak english‹, sagt er mir dann auf Englisch ›bei uns ist es nicht erlaubt, dass ich neben einer alleinstehenden Frau sitze. Bin ich aufgestanden und ha-

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

> be mich woanders hingesetzt, wegen deren Regeln. Und das ist hier nicht. Also ich bin mit unseren Politikern sehr, sehr unzufrieden.«

Karl drückt eine Art Entfremdung aus, er kann nicht mehr sprechen wie er möchte, aber auch die eigene Kultur wird ihm genommen (der Weihnachtsmarkt darf nicht mehr Weihnachtsmarkt heißen). Die großen Probleme, von denen er mir erzählt, sind kulturelle. Das unterscheidet den sozialrebellischen Nationalisten deutlich von Beschäftigten mit anderen Deutungsmustern, etwa von Leistungsorientierten Sozialkonservativen, auf die ich weiter unten eingehen werde (siehe Kap. 5.3.5). Auch für dieses Deutungsmuster sind Grenzziehungen gegenüber Migrant*innen teilweise typisch. Allerdings dominiert sie in den Gesprächen nicht, deren Analyse dem Deutungsmuster zugrunde lagen. Anders als bei Karl, der von diesen Identitätsfragen umgetrieben wird. Beim Reden über diese Entfremdung wirft er einen besonderen Blick auf Zuwanderer. Erneut ist Karl im Nachteil. Diese halten sich nicht an unsere Regeln, wie die Türkeierzählung nahelegt, Deutschland wird für sie sogar noch völlig geändert. Karl wird genommen was in seinen Augen seins war.

Eine scharf polarisierte Gesellschaft

Über soziale Kälte, über soziale Ungerechtigkeit redet Karl zwar, in der Regel aber in Verbindung mit Nachteilen gegenüber Fremden oder Menschen, die in seinen Augen nicht arbeiten wollen. Für ihn gibt es Wohlsituierte und eine Mehrheit von Menschen, denen es schlechter geht. Die Wohlsituierten werden sogar politische bevorzugt, Karl meint, dass Deutschland von der Wirtschaft und nicht von der Politik gesteuert wird. Wie ich in Kapitel 5.1.3 gezeigt habe, ist er mit dieser Deutung nicht allein. Die Gesellschaft ist in Karls Augen enorm ungleich, »*Zehn Prozent oben, zwanzig Prozent Mitte, der Rest alles unten*.« Diese scharfe Polarisierungsdeutung ist außergewöhnlich, wenn man sie mit den Oben-Unten-Deutungen vergleicht, die sich in den weiteren 40 Problemzentrierten Interviews, aber auch in den 34 Kurzgesprächen (siehe Kap. 5.2) abzeichneten. Sich selbst zählt er zur sozialen Mitte, aber dort bewegt er sich im unteren Bereich.

> »Die Mitte sind die, die sich, wie ich bis vor zwei, drei Monaten über Wasser halten können, die so irgendwie noch so… also ich bin in den zwanzig Prozent ganz unten. […]. Aber die sich gerade noch… dadurch, dass sie noch einen Zweitjob haben, oder nebenbei selbständig sind, oder so. Die sich da gerade noch retten können.«

Die relativ schmale Mitte hat eines gemeinsam: Sie ist noch nicht untergegangen, nicht arm. Die Mehrheit im Land ist dagegen schon unter Wasser, Altersarmut und niedrige Löhne sind Stichpunkte, die er in diesem Zusammenhang nennt. Der schmalen Mitte und der großen Mehrheit derjenigen, die laut Karl unten sind, stehen die richtig Wohlhabenden und Reichen, die Millionäre und Milliardäre gegenüber – »Die Albrecht-Brüder von Aldi, der Riemermann, ja diese ganzen großen Industriellen, die Reichgeerbten.«

Wie das Gros der Menschen, die ich interviewt habe, teilt Karl die Gesellschaft in drei Teile. Mit dem Unterschied, dass in seiner Wahrnehmung die soziale Polarisierung ausgesprochen groß ist, größer als sie von fast allen anderen Gesprächsparnter*innen gedeutet wurde. Aber die oben, die Wohlsituierten, sind für Karl nicht nur reich, sie ha-

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

ben auch die eigentliche Macht in Deutschland, Geld regiert die Welt, lässt er wissen, und die »[…] Politik ist ja nicht die Steuerung von Deutschland, sondern die Wirtschaft ist die Steuerung von Deutschland.« Diese Deutung teilt er mit vielen anderen, die ich interviewt habe. Und weiter:

> »Also auch Politik ist für mich nicht mehr wirklich Politik, wie ich mir das vorstelle. Sondern immer mehr eine wirtschaftliche Geschichte, gesteuert durch den, der dadurch Vorteile […] hat.«

Die Wirtschaft hat die eigentliche Macht, sie steuert die Politik, deren Opfer er selbst wird – aber nicht in erster Linie aufgrund wirtschaftsfreundlicher oder sozial ungerechter Politik, sondern weil zu viele Fremde ins Land kommen, die bevorzugt werden. Hier findet sich ein markanter Unterschied zu anderen Deutungsmustern, die ich im Weiteren rekonstruieren werde. Auch im Muster Soziale Gemeinwohldemokratie etwa wird die politische Macht des großen Geldes kritisiert, soziale Ungleichheit und politische Ungleichheit werden zusammengedacht. Allerdings werden Politiker*innen und Parteien nicht als eigene Kräfte »aufgelöst«, zu Stellvertreter*innen oder Handpuppen einer eigentlichen Macht gemacht (siehe Kap. 5.3.3).

Die Deutungen des politischen Feldes sind im Sozialrebellischen Nationalismus autoritär populistisch. Unterschiede zwischen Parteien verschwinden, »die« schlechten Politiker*innen stehen auf der anderen Seite. In gewissem Sinne überlagert die Innen-Außenspaltung den Oben-Unten-Konflikt, werden Karls Deutungen der Politik und der Entwicklung der Gesellschaft ausgrenzend-populistisch, wie man in Anlehnung an den Begriff des »autoritären Populismus« von Stuart Hall sagen kann (Hall 2014, 112f.). In autoritären ausgrenzend-populistischen Deutungen spielt der Wunsch nach der guten, sich sorgenden politischen Elite eine wichtige Rolle, sie verbinden sich allerdings – daher das Adjektiv ausgrenzend – mit dominanten Abgrenzungen und Stigmatisierungen anderen Bevölkerungsgruppen gegenüber, seien es Migrant*innen oder beispielsweise Erwerbslosen.

Ambivalente Klimadeutungen

Karl gehört insofern zu denen die nicht nur die Ungleichheit in Deutschland als zu hoch betrachten (siehe Kap. 5.1.2), er empfindet auch ein tiefes Unbehagen an der Politik. Nur: Lohnungerechtigkeit, Rentenarmut oder Ähnliches machen Karl nicht »heiß«, sie brennen ihm nicht unter den Nägeln. Auch der Klimawandel gehört zu diesen Themen. Der ginge uns zwar alle an, die Art und Weise, wie über Klimaschutz und Klimawandel öffentlich und politisch diskutiert wird, findet er allerdings problematisch. Dass zum Beispiel E-Autos besser sind als Pkw mit Verbrennermotoren bezweifelt er, hält entsprechende Statistiken von Politiker*innen und Konzernen für geschönt, wenn nicht für manipuliert:

> »Es geht darum, dass da gesagt wurde mit dem CO2-Ausstoß und so weiter, dass da teilweise die Berechnungen so strukturiert werden wie bei uns im Unternehmen die Zahlen. Die kann ich so drehen, dass ich meinen Leuten das so suggeriere, dass das besser wäre. Und meiner Meinung nach sind die ganzen Statistiken, die da erhoben

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

> werden… Wenn das gemacht werden soll, sind die Statistiken so, und wenn was anderes gemacht werden soll, sind die Statistiken dann so wieder, dass sich das so wieder schön anhört.«

Das bedeutet nicht, dass Karl »Klimaleugner« wäre, es gibt überhaupt keinen Anhaltspunkt für diese Annahme im gesamten Gespräch. Politik und Unternehmen begegnet er gleichwohl mit enormem Argwohn. Auch der Klimawandel werde gesteuert, und zwar »*von den ganzen Obersten, die irgendwelche Vorteile daraus ziehen*.« Diese Deutung jedenfalls ist anschlussfähig an extrem rechte antiökologische Deutungsangebote, die in Klimaschutzpolitik selbst eine Art ideologisches Unternehmen sehen, »mit dem liberale Eliten das Volk gängeln, seine Freiheit abschaffen und den Wohlstand ruinieren wollen.« (Quent/Richter/Salheiser 2022, 18). Ich möchte aber unterstreichen: Anschlussfähigkeit bedeutet, dass es einen Unterschied gibt, zwei verschiedene Positionen, die verbunden werden können. Karls Deutung ist aber selbst nicht anti-ökologisch. Zumindest ist seine Elitenkritik mehrdeutig. Nur kurze Zeit später spricht er im Interview über die Oben als Verhinderer wirksamer Klimaschutzpolitik. Auch in diesem Zusammenhang weist er auf die große Macht der Vermögenden hin.

> »Wenn die Macht der Geldleute wegfallen würde, glaube ich, hätten wir schon längst ein Wasserstoffauto, hätten wir schon längst irgendwelche anderen Regelungen, und Sachen, die viel besser für die Gesellschaft wären.«

Aber auch hier gilt, dieses Problem treibt ihn nicht an, Karls Gedanken kreisen nicht darum. Auch auf direkte Nachfrage nach weiteren sozialen und politischen Problemen, ergänzend zur Zuwanderung, pendelt sich das Gespräch wieder bei diesem Themenkomplex ein. So ist es auch als ich ihn ausdrücklich danach frage, welche sozialen Reformen ihm wichtig wären. Zunächst spricht er zwar über die Notwendigkeit, auch bei jüngeren Erwerbslosen Druck anzuwenden, wünscht sich also einen strafenden Sozialstaat, da etliche junge Menschen versuchen sich den Lasten des Arbeitslebens zu entziehen; aber schnell verbindet er auch diesen Gesprächsfaden mit dem Thema Migration. Wenn schon, so Karl, Menschen hier Asyl bekommen, dann sollten sie hier auch arbeiten müssen, ihren Beitrag leisten. Migration ist ein Anziehungspunkt, zu dem Karl immer wieder zurückkommt. Der Sozialstaat, so Karl an einer anderen Stelle, sorgt sich um die Menschen – und ist der Grund, weshalb Menschen einwandern wollen.

> »Es ist ein Sozialstaat, der sich um dich kümmert. Und bist eigentlich, wie hat letztens der eine Asylant zu mir gesagt? Er kommt hier her wie in Abrahams Schoß. Das war seine Aussage. […]. Das ist das, warum die Leute hierherkommen. […]. Und die kommen in Abrahams Schoß, die kommen ins Paradies, die kommen.«

Sofern im Deutungsmuster Sozialrebellischer Nationalismus Sozialpolitik ausführlich thematisiert wird, so als Problem (Magnet für Einwander*innen) und Instrument zur strafenden Integration von Erwerbslosen und Migrant*innen in den Arbeitsmarkt.

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Echter Nonkonformismus

Um das Deutungsmuster Sozialrebellischer Nationalismus richtig zu verstehen, ist es wichtig das Nonkonformistische darin ernst zu nehmen. Karl sieht sich, berücksichtigt man die verschiedenen zusammengehörigen Deutungen, einem Machtkomplex aus Wirtschaft, Politik und Medien gegenüber, dem es zu misstrauen gilt – ein Komplex, der, wie gesagt, durch die Wirtschaft gesteuert wird. Rebellisch ist Karl, weil er sich von diesem Komplex abgrenzt, weil er von einer permanenten Desinformation und von fehlender Transparenz ausgeht.

Allerdings: Politischer Fluchtpunkt dieser Rebellion bleibt die »nationalidentitäre Frustration«, auch wenn diese mit eigener sozialer Bedürftigkeit verbunden sein mag. Popular-demokratische Verarbeitungsweisen ziehen die politische Trennungslinie dementgegen dominant zwischen reichen Eliten und einem sozial-plebejisch verstandenen Volk, »der Mehrheit«, »den Leuten« oder Ähnlichem. Für das Deutungsmuster »Soziale Gemeinwohldemokratie«, auf das ich im nächsten Abschnitt eingehen werden, sind solche Deutungen beispielsweise zentral – bei Karl entstehen sie so nicht, oder Ansätze einer solchen Grenzziehung werden durch die Innen-Außen-Spaltung überformt. Oben und Unten verschwinden dabei nicht, aber sie erscheinen in einem ausgrenzend-populistischen Licht, das es auch ermöglicht, Oben und Unten auf nationaler Grundlage zu verbinden, wenn auch nicht zu versöhnen.

Im Gesprächsverlauf bezieht er sich zustimmend auf die AfD, an der er allenfalls ihre Zerstrittenheit und ihre unanständigen Ausfälle (Gaulands »Wir werden sie jagen«) kritisiert. Nebenbei erwähnt er kritisch die LINKE. Auf Nachfrage führt er seine LINKEN-Kritik aus.

> »Die LINKE, das muss man aber ehrlicherweise sagen, ich bin ja eher halbrechts, war die einzige Partei, die uns hier beim Streik unterstützt hat. Das muss ich ihr lassen. Von der gewerkschaftlichen Seite sind die LINKEN, es waren ja schon auch SPD und CDU da, waren die einzigen, die uns von da bis dort begleitet haben und zumindest suggeriert haben, als würden sie uns helfen. Die anderen haben uns mehr oder minder suggeriert ›wir schauen mal‹. Da war immer der Manfred von der Partei hier, der war auch zwei oder dreimal bei den Treffen dabei. Ich muss sagen, auch wenn ich mit ihm nicht einer Meinung bin, aber ich finde es toll, dass bei denen wenigstens einer das auf die Reihe kriegt, wenigstens zu versuchen da am Ball zu bleiben. […] Das rechne ich dem hoch an, dass er da immer wieder anrollt. Immer wieder irgendwie seinen Senf dazu gibt. Und zumindest suggeriert, auch wenn sie wahrscheinlich selbst nichts Großes reißen können, aber dran sind, zu der Gewerkschaft stehen, zu der Belegschaft stehen. Allein dieser Ansatz vom Willen, den rechne ich hoch an. Und das vermisse ich bei den ganzen anderen komplett.«

Die Solidarität der LINKEN mit der kämpfenden Belegschaft muss er anerkennen, er muss sie »ehrlicherweise« eingestehen. Nicht unbedingt widerwillig, aber die Distanzierung schwingt schon mit. Trotz einer einzigartigen Solidaritätserfahrung, trotz einer Unterstützung, zu der andere Parteien entweder nicht in der Lage oder willens waren. Wählen wird er die LINKE trotzdem nicht. Wegen der Flüchtlinge bzw. aufgrund der Migrationspolitik. Zu blauäugig sei sie da, es könnten ja nicht alle herkommen.

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

> »Da kriege ich zu oft das Ding gemacht ›alles rein, alles rein, alles rein. Und das ist mir zu global, zu viel ›alles rein‹. Geht in ein Glas nicht, wenn man Kaffee reinkippt, geht in eine Wohnung nicht, ich habe hier eine Wohnung, da kann ich auch nicht sagen ›alles rein, alles rein‹. Da muss ich wissen, wen ich reinkriege. Also ist mir zu viel zu sagen ›wir brauchen da gar nicht groß berechnen, sondern einfach alle mit ihren Problemen kommen alles rein. Und das ist mir, ich bin so ein kleiner Denker, Planer und so, das ist für mich nicht nachzuvollziehen, wie ich solche Aussagen tätigen kann.«

Die Liebe zur Heimat

Etwas vorschnell könnte man Karls Ablehnung darauf reduzieren, dass er lediglich Angst vor einer Konkurrenz um Arbeitsplätze und Wohnungen oder Ähnliches hat. Die Analogie zur Wohnung, in der es eben nur einen begrenzten Platz gibt, legt das nahe. Aber da ist mehr, es gibt eine »positive Haltung zur Welt«, in die sein Widerwille gegen zu große Aufnahmebereitschaft eingebettet ist. Karl empfindet ein Bedürfnis danach sich als Teil einer nationalen Volksgemeinschaft zu sehen – das Bild, das er sich von der Gesellschaft macht, ist stark durch völkisch-nationalistische Unterscheidungen zwischen Die und Wir geprägt (Bose/Köster/Lütten 2018, 214). Auf die Frage, was es bedeutet »halbrechts« zu sein, antwortet er:

> »Ja, so werde ich hingestellt. Ich bin zum Beispiel stolz ein Deutscher zu sein. Durch die ganzen Geschichten, wie die waren. Was Deutschland gemacht hat, aus dem ganzen Mist nach dem Krieg was aufgebaut haben. Ich darf aber diese Aussage, also stolz ein Deutscher zu sein, also bis jetzt durfte ich das zu einer Zeit sagen, da als die Weltmeisterschaft war. Da war es meiner Meinung nach fast angesagt zu sagen ›ich bin stolz ein Deutscher zu sein‹, weil wir dieses fucking Fußball da gewonnen haben. Was mir eigentlich scheißegal ist. Aber die Amerikaner zum Beispiel, wenn die das loslassen, dann sind das Patrioten. Aber diesen Patriotismus dürfen wir in Deutschland nicht ausleben. Und dann wird sich gewundert, warum die Deutschen zum Beispiel nicht so diesen Zusammenhalt haben wie die anderen Länder den haben. Aber wenn ich diesen Patriotismus nicht ausleben kann… und Patriotismus ist für mich keine politische Geschichte, das hat nichts mit links und rechts zu tun. Sondern Patriotismus ist wie die Solidarität bei der Gewerkschaft, das ist wie die Liebe zu meiner Familie, in meinem Zuhause, dieses Zusammen, das macht mich stolz, dass es so funktioniert. Das ist für mich Patriotismus. Aber teilweise werden Leute, die patriotische Sachen loslassen, wird das alles in die rechte Schiene reingemacht. Und das Schlimme an der Sache ist, dass man da ständig drauf rumhackt, wird diese Sache immer mehr rechts, immer mehr Nazi. Aber wenn das immer wieder suggeriert wird, dass das alles schlecht ist, nehme ich mir meinen eigenen Stolz. Und das finde ich schade. Ich kann ja stolz sein, dass meine Großeltern Deutschland mit aufgebaut haben. Oder damals, wo das Wirtschaftswunder kam. Die Deutschen haben ja nun wirklich […] über Jahrzehnte Deutschland aufgebaut. Nur warum darf ich darauf nicht stolz sein, dass einige Deutsche richtig fleißig und richtig toll waren und bin dann gleich, komm dann gleich in die rechte Schiene?
> I: Warum ist das für Dich ein Grund stolz Deutscher zu sein?
> K: Weil ich finde, dass jeder, von jedem Land, sollte auf die Sachen, egal was negativ gelaufen ist, stolz sein auf das, was das Land geleistet hat. Das ist meine Meinung. Ich bin ein Positivdenker, man sollte nicht immer negativ denken, man sollte auf die Sachen, die positiv laufen, stolz sein dürfen. Man sollte da drauf stolz sein dürfen, was

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

> man geschafft hat. Selbst jetzt, wo bei mir alles scheisse läuft, bin ich stolz auf die paar Sachen, die gut laufen. Um mich zu motivieren, um mein Selbstbewusstsein zu stärken, das ist eine ganz normale psychologische Geschichte. Und das meine ich mit dem Stolzsein. Klar, ich hätte keine Juden vergast. Ich hätte zum Beispiel, wenn ich sehe, dass die Asylantenheime anzünden… ey, das geht gar nicht. Das ist eine ganz andere Nummer. Solche Sachen ärgern mich auch. Ich muss aber stolz sein dürfen. Aber sobald man sowas kundtut, kommt immer so eine Aussage ›boah, wird schlecht geredet.‹«

Ein Patriot liebt seine Heimat, das ist der engere Wortsinn. Dieser Patriotismus ist für Karl zugleich lebenswichtig und tabuisiert. Lebenswichtig ist er für ihn, weil der Patriotismus gesellschaftlichen Zusammenhalt und Solidarität für ihn bedeutet. Aber auch, weil er ihm einen Stolz und Selbstbewusstsein gibt. Immerhin erlaubt es ihm die Zugehörigkeit zu einem über Herkunft bestimmten Volk, zugespitzt formuliert, sich in eine lange Reihe leistender und erfolgreicher Menschen zu stellen. Ihr Erfolg wird sein Erfolg, ihre Leistung seine. Das stiftet Identität, wer Karl ist, hängt von dieser Reihe ab. Das stärkt auch sein eigenes Selbstwertgefühl, motiviert ihn, wie er etwas später im Gespräch wissen lässt. Seine Volkszugehörigkeit gibt ihm Kraft, verleiht ihm Antrieb – Volk und Vaterland werden zu einer höheren Instanz, die von der »wirklichen« Geschichte abgeschnitten werden (Trotzki 1981, 207). In Karls Fall, weil vor allem über das Positive zu reden ist.

Die Bedeutung der Heimatliebe hängt allerdings, das wird auch bei Karl deutlich, davon ab, was als Heimat verstanden wird, auf welche »gemeinsame Geschichte« Menschen sich beziehen, was also die Identitätsanker sind, und von wem oder was sie sich abgrenzen. Möglich ist zum Beispiel ein linker Patriotismus, der in der Idee der Republik verankert ist: die Republik als Bollwerk der Demokratie, mit einer Geschichte der Kämpfe des einfachen Volkes um Gleichheit und Selbstbestimmung.

Ein solcher linker Patriotismus blitzte beispielsweise in der griechischen Anti-Memorandumsbewegung auf, die von der radikal linken Partei Syriza angeführt wurde. Oder in der Bewegung »Widerspenstiges Frankreich« von Jean-Luc Melénchon. Im rechten Patriotismus ist die Heimat und dessen Volk eine der Ahnenfolge, der Abstammung und Herkunft – in modernen Versionen nicht unbedingt über das Blut vermittelt, sondern über Kultur, über das Eigene[13]. Es ist dennoch ein ethnisiertes Volk, wie Michael Wildt es formuliert hat (Wildt 2017, 10). Für Karl jedenfalls ist das kulturell Eigene sehr wichtig, »unsere Regeln« stehen mindestens für eine Lebensweise. Aber das Lebenswichtige wird ihm verwehrt – als Patriot wird er in eine rechte Ecke gedrängt. Man könnte auch sagen, dass Karl zwar die soziale Politik der LINKEN vor Ort (Solidaritätsarbeit) würdigt, sie sein Bedürfnis nach nationaler Identitätspolitik aber nicht nur nicht befriedigen will (oder kann); Linke stören ihn dabei auch. Sein positiver Bezug auf das eigene Volk, das zunächst mit einer »leistenden Generationenabfolge« zusammengedacht wird, ver-

13 Siehe hierzu die Argumentation des neofaschistischen Intellektuellen Alain de Benoist (de Benoist 2017, S. 83f.).

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

bindet Karl im weiteren Gesprächsverlauf mit einer doppelten Abgrenzung. Wiederholt finden sich im Interview schillernde Verfremdungen gegenüber Migrant*innen.

Abgrenzungen von Migrant*innen

Diesen schreibt er Eigenschaften und Verhaltensweisen zu, die schlecht oder falsch sind. Es sind nicht einzelne Menschen, die sich so benehmen, sondern Einzelne stellvertretend für die Gruppe der Migrant*innen:

> »Und das meine ich mit dem halb rechts. Wenn das so ist, dass das, wie ich denke, dass meine Regeln… wenn bei mir Zuhause wird nicht geraucht, musst Du auf die Terrasse gehen, und das wird schon als… keine Ahnung was bewertet. Oder wenn ich sage, in der Stadt da hat ein Schwarzer zwischen zwei Geschäfte geschissen, da gibt es ein Video von, wenn ich sage, das gefällt mir aber nicht… da sagt einer von den Linken, ja, der hat aber nur gepinkelt. Sage ich aber ›ganz ehrlich, bei mir pinkelt auch keiner zwischen zwei Geschäfte‹. Das macht man nicht. Und jetzt kommt es. Da sagt er, dass liegt da dran, wir hätten dem das sagen müssen. Da sage ich, stell Dir mal vor, da kommt einer und sagt ›pinkel nicht zwischen Geschäfte‹, da würdest Du Dir verarscht vorkommen. Das meine ich mit halbrechts. Ich möchte meinen Stolz, meinen Patriotismus behalten, der mir… wo ich entmündigt werde.«

Verfremdung, so der Psychoanalytiker Helmut Dahmer, »[…] ist ein primitiver Modus von Selbsterhaltung.« (Dahmer 2009, 125). Dem so hergestellten Anderen gegenüber kann man gelassener und nachsichtiger, sogar neugierig und verständnisvoll gegenüberstehen.

> »In jeder Krisensituation (aber) schrumpft unsere Toleranz gegenüber dem, was anders ist als wir selbst, zieht sich der Identitätszirkel enger um uns zusammen. Was in besseren Tagen toleriert werden konnte, gar Neugier und Sympathie weckte, verfällt dann fortschreitend panischer Verfremdung.« (ebd.)

Panische Verfremdung führt zur Abwehr, manchmal auch zur gewaltbereiten, wenngleich sich im Gespräch, das ich mit Karl geführt habe, keine Spur derartiger Gewaltbereitschaft findet. Im Gegenteil, derartigen exzessiven Extremismus kritisiert er. Zum Abgrenzungsobjekt wird im Gespräch zunächst der »regelbrechende Migrant«, der grundlegende Kulturtechniken, die »uns« als gewöhnlich erscheinen, nicht beherrscht; zugleich aber auch der Linke, der sich nicht ebenso über den Regelbruch empört, sondern Verständnis aufbringt. Zu einem Problem wird das »Störfeuer von links« möglicherweise auch, weil Patriotismus für Karl kein abstraktes Ideal ist. Wenn er von Patriotismus redet, dann benutzt er ihn fast als Synonym für Tugenden und Verhaltensweisen, die ihm – in seinem Selbstverständnis wurzelnd – enorm wichtig sind.

> »I: Du hattest gesagt, zu Patriotismus gehört auch Loyalität und so. Was meinst du damit?
> K: Loyalität geht los, allein schon, wenn wir bei unserem Betrieb bleiben. Bei uns gibt es viele Leute, da wir keinen Akkord haben, die meinen, sie werden bezahlt für ihre An-

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

wesenheit. Und ich bin einer, der wirklich streikt, und macht und meckert und der sich auch bei Meetings meldet, irgendwie was sagt, wenn irgendwas ist. Aber mein Ding ist: Ich bin loyal zu meinem Chef, was Arbeit betrifft, weil ich, wenn ich da bin, die Leistung bringen möchte, eine Qualität bringen möchte, für meinen eigenen Stolz, für meine eigene Ehre. Wenn ich schon einen Idiotenjob mache, wenigstens so viel wie möglich, so gut wie möglich zu machen. Da bin ich loyal zu meinem Chef. Dann: Meine Frau ist chaotisch, ich bin eher der Planer. Heißt: Ich bin da loyal zu meiner Frau, weil man will die Frau nicht denunzieren. Oder ich bin in einem Club, wenn da was ist, heißt es, dass ich da bin für die Leute, wenn nicht gerade einer was Schlimmes gemacht hat. Loyalität heißt, die Gruppierungen, in denen ich bin, zu denen bin ich loyal. Oder auch eine gewisse Treue habe ich zu denen. […] Ich habe das auch hier tätowiert, Honour, Trust, Loyality. Also diese Treue, Stolz, Ehre, diese ganzen Geschichten, wie das früher war… zum Beispiel, dass man absagt, wenn man nicht kann. Hätte ich jetzt den Termin mit Dir nicht geschafft, ist es für mich einfach eine Pflicht Dir das zu sagen, weil Du Dir ja Zeit genommen hast. Also diese alten Werte, die es früher gab, die im Moment total zerfallen, die sind für mich ganz wichtig.
I: Und wie hängt das mit dem Patriotismus zusammen?
K: […] Patriotismus heißt zu dem stehen, zu dieser Gruppierung, ob zu Deutschland, zu meinem Club, zu meiner Frau, zu meiner Familie, zu meinen Gewerkschaftskollegen. Patriotismus ist für mich ein Stück weit, dass man sich auf mich verlassen kann, dass ich versuche für Gerechtigkeit zu sorgen. Dass ich stolz darauf bin, was wir erreicht haben. Ich bin sehr stolz darauf, was wir in der Gewerkschaft erreicht haben. Auch wenn viele sagen, wir haben nichts erreicht. Aber das fängt bei kleinen Sachen an, wie Umsonstkaffee, das gab es früher nicht. Wir haben nach 5 Jahren plötzlich eine Lohnerhöhung gekriegt, die hätten wir sonst nie gekriegt. […]. Also dieser Stolz und Ehre und Treue und diese ganze Geschichte, die greifen bei mir teilweise in den Patriotismus mit rein.«

Patriotismus wird für Karl geradezu zu einem Synonym für Solidarität und Respekt, wobei die Abgrenzung von denen, die nicht solidarisch sind, zumindest anklingt. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass die Solidarität gegenüber der Familie, gegenüber dem Arbeitgeber, den gewerkschaftlich aktiven Kollegen, Freunden (dem Club) und der Nation gegenüber als Beispiele Desselben aufgezählt werden. Was ist dieses Dasselbe? In elementarster Form (Stichwort Treue) sich einbringen, zu unterstützen, für Gerechtigkeit zu sorgen.

Patriotismus und Solidaritätsbedürfnis hängen insofern eng zusammen, und bereits der historische Faschismus konnte von derartigen Solidaritätssehnsüchten profitieren. Den Faschisten gelang es, so Oskar Negt, »[…] Solidaritätsbedürfnisse in Kameradschaftsbedürfnisse um(zu)organisieren, und zwar stabil […]«. (Negt 1987, 69) Das sollte eine Warnung vor der Annahme sein, es gäbe so etwas wie genuin linke Solidaritätsorientierungen oder stabile antikapitalistische Bedürfnisse, die für die radikale Rechte keine Anknüpfungspunkte bieten. Vielmehr seien Solidaritätsbedürfnisse häufig ambivalent und doppelwertig – für Negt sogar »jederzeit umorganisierbar, wenn man sie liegen läßt und so tut, als ob sie unwichtig wären.« (Ebd.).

Ob auch Karls Bedürfnisse »umorganisierbar« wäre? Das ließe sich nur beantworten, nachdem man es versucht hätte. Allerdings legen seine Ausführungen doch begründete

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Zweifel nahe. Das Bedürfnis nach Solidarität und Patriotismus reibt sich immer wieder am Fremden, an denen, die sich nicht an »unsere Regeln« halten, obwohl sie nicht mehr als Gäste sind. Karl verfremdet Migrant*innen nicht nur, indem er sie mit schlechten Eigenschaften oder Verhaltensweisen in Verbindung bringt, er stellt auch einen direkten Zusammenhang zum eigenen Verlust von Einfluss her. Die eigene Macht über andere wird nicht anerkannt, von der Karl aber eigentlich ausgeht – denn ein Gastgeber hat ja das Recht dazu, andere jederzeit seines Besitzes zu verweisen, wenn der Gast sich anders benimmt als erwünscht. »Zuhause«, sagt der Volksmund, »bin ich König«. Aber eben nicht in Deutschland.

> »I: Und wenn jetzt Leute zuwandern und die würden sich an Regeln halten, wie Du Dir das vorstellst – könnte dann kommen wer möchte?
> K: Dann könnte kommen wer möchte. Jeder der sich ordentlich benimmt, der für das Gemeinwohl zuträgt, und dann ist egal […] Nur… das ist wieder das Beispiel. Komm ich zu Dir, darf ich nicht rauchen, muss ich rausgehen. Ich erwarte, dass der Gastgeber, wenn der Gastgeber seine Regeln hat, und ich sehe die jetzt erstmal als Gast, kommen zu dem Gastgeber, dann kann nicht, sagen wir mal so, die Chefs von einer Gemeinschaft, die Gäste haben, den eine Entmündigung rüberbringen und sagen, jetzt ändern wir das, jetzt muss das so gemacht werden, weil die kommen, jetzt muss das so gemacht werden. Das finde ich schlimm an der Sache, weil das schürt sogar diese rechtsradikale Scheisse.«

In Deutschland ist nicht Karl König, nicht er bestimmt – sondern diejenigen, die die Macht haben, ändern die Regeln zu Gunsten der Neuen. Das Gespräch ist von einem Gefühl der Defensive geprägt. Sogar die gewohnte Art zu Denken und zu Sprechen wird nicht nur hinterfragt, sondern eigentlich unterbunden.

> »Das finde ich schlimm mittlerweile, wenn ich mich unterhalte auf der Straße und kenne die Leute nicht, ohne Scheiß, da überlege ich mir mittlerweile schon, wie ich manche Sachen ausdrücke, weil wenn ich die so loslasse, wie ich das so denke… und sage… Ein Beispiel, ich stehe vor der Post, plötzlich fällt einer hin. Früher hätte ich gesagt »guck mal, der Neger ist umgefallen.« Jetzt… da ist ein Mann umgefallen, ich passe schon auf, dass ich… das hat gar keinen interessiert, das war nicht bös gemeint und nix, hätte ich das gesagt, hätte es bestimmt wieder wen gegeben, der mir gesagt hätte, das sagt man aber so nicht. Obwohl ich nur sagen wollte, der gute Mann ist hingefallen. Also ich finde, wir stellen uns in Deutschland sehr unter den Scheffel.«

Karl begehrt auf, gegen Respektlosigkeit im Unternehmen, auch gegen Lohnunrecht – er ist ein »solidarischer Typ«, auch wenn er in unserem Gespräch gelegentlich fallen lässt, dass er eine große Zahl seiner Kolleg*innen für dümmer hält. Den Rücken macht er dennoch gerade für den aufrechten Gang im Betrieb. Nicht weniger aber begehrt er gegen die empfundene kulturelle Entfremdung auf, die ihm aufgezwungen wird – aber es ist ein Aufbegehren gegenüber einer Normalität, die ihn in die Ecke drängt. Denn es sind nicht Außenseiter, die ihn wohlmöglich maßregeln, sondern gewöhnliche Leute, »ganz normale Leute« auf der Straße und Kolleg*innen im Betrieb.

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

5.3.3 Die Sozialen Gemeinwohldemokrat*innen

Bildet der Sozialrebellische Nationalismus den äußersten rechten Pol des von mir freigelegten Deutungsmusterspektrums, dann liegt das nächste Muster, die Soziale Gemeinwohldemokratie, ihm am äußersten linken Pol gegenüber. Das Muster Soziale Gemeinwohldemokratie wird durch eine popular-demokratische Deutung strukturiert, im Mittelpunkt stehen Interessengegensätze zwischen Unternehmen und Beschäftigten sowie – unklarer – zwischen Oben und Unten. Ab- und ausgrenzende Deutungen etwa gegenüber Migrant*innen oder gegenüber Erwerbslosen spielen keine Rolle.

Die zentralen Probleme, die für Soziale Gemeinwohldemokrat*innen wichtig sind, die sie aufregen, sind sozialer Natur. Die zentrale Ungleichheitsspaltung, um die ihre Gedanken kreisen, ist der Oben-Unten-*Gegensatz*. Charakteristisch ist die Deutung schroffer, zunehmender sozialer Ungleichheit, einer sozialen Polarisierung, durch die die soziale Mitte schwindet.

Typisch für das Muster sind integrative Solidaritätsorientierungen, die Solidargemeinschaft wird jedenfalls nicht durch ausdrückliche Grenzziehungen gegenüber oder durch die Ausgrenzung von anderen Beschäftigtengruppen, Erwerbslosen oder etwa Migrant*innen beschränkt.

Ein Gesellschaftsbild, das durch die Wahrnehmung gesellschaftlicher Klassen gekennzeichnet wäre, findet sich trotz der wahrgenommenen Oben-Unten-Gegensätze allenfalls schemenhaft. Die Wahrnehmung von Problemen innerhalb der Arbeitswelt geht Hand in Hand mit der Diagnose einer ungerechten Gesellschaft und einer kritischen Haltung gegenüber politischen Parteien. Soziale Ungleichheit, verschiedene Facetten der Oben-Unten-Spaltung, wird als wichtiges gesellschaftliches Problem wahrgenommen, aber es ist nicht das einzige.

Für das Deutungsmuster Soziale Gemeinwohldemokratie ist eher typisch, dass neben der sozialen Ungleichheit noch andere Probleme wahrgenommen werden, etwa das Erstarken der extremen Rechten und der Klimawandel. Insofern ist das Deutungsmuster durch eine Kette von diagnostizierten Problemen strukturiert. Die Deutungen des politischen Feldes sind mit der Wahrnehmung der Oben-Unten-Ungleichheit eng verbunden, die Kritik materieller Ungleichheit geht einher mit der Kritik politischer Machtungleichheit, an einer Oben-Unten-Spaltung auch im politischen Feld.

Die Kritik an Parteien mündet aber nicht in einer grundsätzlichen Kritik an der Politik, und schon gar nicht in autoritären Wendungen. Im Gegenteil, für Soziale Gemeinwohldemokrat*innen ist typisch, dass sie eine Politik fordern, durch die demokratisch das Gemeinwohl gestärkt würde. Der Sozialstaat spielt insofern eine wichtige Rolle in diesem Deutungsmuster, das Potenzial für eine sozial-ökologische und demokratische Transformation der Gesellschaft ist in diesem Deutungsmuster besonders ausgeprägt: Neben einer schützenden (soziale Absicherung bietenden) und befähigenden (also im weitesten Sinne bildenden) Sozialstaatspolitik wünschen sich Soziale Gemeinwohldemokrat*innen auch Umverteilung, eine Politik des Öffentlichen, die Dekommodifizierung der Arbeitskraft und Demokratisierung. Artikuliert wurde das Deutungsmuster von einem Viertel der Befragten, darunter ein Handelsbeschäftigter, sieben Pflegekräften aus Krankenhäusern sowie vier Industriebeschäftigten.

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Sozialporträt Frank – Der Soziale Gemeinwohldemokrat

Das Muster Soziale Gemeinwohldemokratie stellt den Gegenpol zum Sozialrebellischen Nationalismus dar. Darlegen möchte ich es im ersten Schritt anhand eines anderen Beschäftigten aus dem Handel, der im selben Betrieb arbeitet wie Karl. Frank (I 8) ist ebenfalls als einfacher Arbeiter in einem Versandlager beschäftigt.

Anders als Karl, mit dem er gemeinsam gewerkschaftlich aktiv gewesen ist, plagen Frank aber nicht Sorgen vor zu vielen Flüchtlingen, ist er nicht getrieben vom Gefühl fremd im eigenen Land zu werden, hinten an stehen zu müssen gegenüber denen, die neu ins Land gekommen sind. Ein derartiges kulturelles Unbehagen, das sich mit sozialen Verlustängsten verbindet, spielte in unserem Gespräch lediglich indirekt eine Rolle. Er kritisiert diese Haltungen, grenzt sich von ihnen ab. Frank treibt etwas anderes um. Es ist die materielle Ungleichheit in Deutschland, die Macht der Unternehmen, über die er sich empört. Allerdings: Mit Karl teilt er eine Kritik an den betrieblichen Zuständen. Gesellschafts- und Betriebskritik gehen auch bei ihm Hand in Hand. Vorstellungen der Art, der »eigene« Betrieb sei so etwas wie ein sicherer Hafen in stürmischer gesellschaftlicher See (Dörre/Hänel/Holst/Matuschek 2011, 22), fehlen hingegen vollkommen.

Frank konnte, als er im Unternehmen anfing, bereits auf eine wechselhafte Berufsbiografie zurückblicken. Ein Studium der Informatik hatte er begonnen, dann aber aus finanziellen Gründen abgebrochen. Es folgten Jobs hier und da, er sammelte Erfahrungen in ganz unterschiedlichen Arbeitsbereichen. Unter anderem war er bei einem Paketdienstleister und einem Automobilzulieferer angestellt. Mit seiner jetzigen Anstellung ist er enorm unzufrieden.

> »Wenn man den Lohn sieht, dann gibt es noch weitaus schlechtere Firmen in der Gegend, die Löhne sind hier sehr schlecht. Aber… Es war am Anfang hier mal besser, aber inzwischen habe ich so eine ›Leck mich am Arsch-Haltung‹. Meine Abteilung wollen sie sowieso outsourcen. Da ist die Frage, wie lange wir noch da sind.«

Diese Unzufriedenheit ist aber nicht grenzenlos. Immerhin hat er bereits in bedrückenderen Beschäftigungsverhältnissen arbeiten müssen. Frank ist insofern bewusst, dass es durchaus noch schlechter kommen könnte. Das schmälert aber nicht sein gewerkschaftliches Engagement. Mögliche soziale Abstiegsgefahren, die ihm aufgrund seines Werdegangs bewusst sind, schüchtern ihn insofern nicht ein.

Kundenorientierte Missachtung von Beschäftigteninteressen

Eine Gemeinsamkeit zwischen Karl und Frank ist der Unmut über die Willkür des Managements im Unternehmen. Wieso er gewerkschaftlich aktiv ist, erklärt Frank folgendermaßen:

> »Weil ich finde, dass die Arbeitsbedingungen verbessert werden müssen und da auch eine tarifliche Absicherung geschaffen werden muss. […] Bei uns ist ja alles wie wildwest, der Arbeitgeber, wie er lustig ist, legt das fest. Und wir haben im Endeffekt gar keinen Einfluss. Selbst der Betriebsrat kann wenig machen, weil meistens ist es hier so, der Arbeitgeber sagt, entweder ihr nehmt das so an, wie wir das haben wollten, oder

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

> wir lassen es ganz bleiben. Und setzt dann auch dem Betriebsrat die Pistole auf die Brust. Ich bin aber der Meinung, gerade bei so einem großen Unternehmen, da wäre es ja eine Leichtigkeit, tarifliche Regelungen festzumachen. Und auch mehr Demokratie in den Betrieb reinzubringen. Wir sind hier ja nicht in so einem Fünfmannbetrieb. Wir sind hier 4000 Leute, und warum soll das hier diktatorisch veranstaltet werden?
> I: Warum ist das diktatorisch?
> F: Weil, die Spielregeln werden da irgendwo festgelegt und wir haben da zu folgen und haben da gar keinen Einfluss darauf da irgendwas selbständig den Arbeitsprozess. Die reden zwar immer davon, dass man Verbesserungsvorschläge machen kann. Aber im Endeffekt wird das von oben vorgegeben. Also der Rahmen, wie das abzulaufen hat. Da haben wir gar keinen Einfluss, auch was wir bezahlt bekommen.«

Frank nimmt das Management als mächtig und rücksichtslos wahr – das Management setzt dem Betriebsrat die Pistole auf die Brust. Ähnlich wie der Sozialrebellische Nationalist Karl empört sich Frank über eine Art betriebliches Missachtungsregime. Ohnmächtig fühlt er sich aber nicht, er resigniert auch nicht. Vielmehr will er die Spielregeln ändern, »mehr Demokratie in den Betrieb« reinbringen. Auch Frank hat eine rebellische Haltung, sie ist zielgerichtet: mehr eigene (Mit-)Gestaltung der eigenen Lebensbedingungen innerhalb des Betriebes. Dieser Anspruch ist in einem gewissen Sinne anti-autoritär-demokratisch. Rechtsextreme und faschistische Ideologien setzen auf das »[…] Gefühl, ausgeliefert zu sein«, stärkt bei den Menschen den Glauben, »[…] dass sie das Objekt einer permanenten Verschwörung seien […].« (Löwenthal 2021, 45)

Frank, der sehr wohl die Macht des gesellschaftlichen Obens wahrnimmt, sich selbst als Objekt von Herrschaft begreift, wenngleich er dies so nicht auf den Begriff bringt, will zugleich Subjekt seiner Geschichte sein. Auch in vielen anderen Interviews, die ich für diese Studie geführt habe, beschwerten Beschäftigte sich darüber, wie wenig ihre Interessen von Seiten der Geschäftsführungen aufgegriffen, in welch geringem Maße sie anerkannt wurden. In der Regel wünschten sie sich, dass das anders sein sollte. Frank geht allerdings einen Schritt weiter. Von Wirtschaftsdemokratie oder Vorschlägen, die Wirtschaft zu demokratisieren, hatte er zwar noch nie etwas gehört, wie er mir auf Nachfrage verriet; dennoch denkt er von sich aus in eine ganz ähnliche Richtung. Auf die Frage, was er sofort im Betrieb verändern würde, wenn er dazu die Macht hätte, antwortet er:

> »Ich würde sagen, wir wählen unsere Chefs selber. Die müssen sich bei uns Arbeitern bewerben. Das wäre mal voll demokratisch hier. Das wäre natürlich sehr untypisch für die kapitalistische Arbeitswelt, aber das wäre…«

Dass sich die Vorgesetzten bei den Arbeitern bewerben sollen, würde das Machtverhältnis umkehren, das im Betrieb besteht. Dieses ist geprägt durch einen unbedingten Flexibilitätsanspruch an die Beschäftigten, damit auf den Absatzmarkt reagiert werden kann. Im Rahmen kundenorientierter Managementstrategien wird den Beschäftigten eingebläut, dass ihr Arbeitsplatz von Kunden abhängt. Marktorientiertes Denken soll so vermittelt werden. Im Betrieb, in dem Frank arbeitet, führt dies in seinen Augen dazu, dass gerade nicht die Interessen und Ansprüche der Beschäftigten aufgegriffen, sondern immer wieder verletzt werden. In jedem Fall aber, so Frank, müsste der Mitarbeiter, nicht

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

der Kunde im Vordergrund stehen. Man könnte sagen, Frank kritisiert eine Art »kundenorientierte Mitarbeiter*innenmissachtung«.

> »Ganz einfaches Beispiel. Eine Kollegin kriegt einen Anruf in der Firma, dass bei ihr in der Wohnung ein Rohrbruch ist. Und sie kriegt aber vom Vorgesetzten gesagt, sie kann nicht nach Hause gehen, weil so viel zu tun ist. Was für ein Scheiß kann… das ist doch unwichtig, ob da mit den Rabattschlachten im Absatz… und bei der läuft die Bude voll mit Wasser. Ich darf doch bitten. Und da gehört es sich doch in so einem Fall… wir arbeiten doch nicht… ich meine, wenn ich jetzt Krankenschwester oder Arzt bin, wo es um Leben geht oder sowas. Aber irgendwelche Scheißartikel, die zum Kunden müssen? Tschuldigung, also da könnte ich platzen. Aber so läuft das öfters bei uns.«

Dieses Missachtungsregime, wie man die von Frank beschriebenen Verhältnisse zuspitzend nennen könnte, erklärt er selbst aus den hierarchischen Verhältnissen innerhalb des Unternehmens, die auch Vorgesetzten eigentlich kaum Handlungsspielräume und Entscheidungskompetenzen lassen:

> »Ich glaube, dass die Vorgesetzten ganz einfach ganz strenge Rahmen von oben. Die haben keinen Entscheidungsspielraum. Die kriegen auch gesagt ›das und so und nicht anders‹. Die kriegen auch gesagt, was sie zu machen haben, und fertig. Also eigentlich könntest du im Unternehmen auch nur noch dressierte Affen einstellen. Für die Tätigkeiten, weil die so einfach geworden sind. Und für die Vorgesetzten auch dressierte Affen. Oder da kannst du Papageien nehmen, die plappern nur nach, was sie von oben beigebracht bekommen.«

Rationalisierungsvorhaben innerhalb des Unternehmens, die Effizienz steigern und Kosten senken sollen, beziehen sich, so lässt Frank des Weiteren wissen, nicht nur auf die »einfachen« Beschäftigten. Experimente, die in anderen Ländern gemacht werden, betreffen gerade auch die Ebene der mittleren Vorgesetzten, Vorgesetztenarbeit soll durch Computerleistungen ersetzt werden.

> »Da ist es inzwischen schon so, dass ein Computer entscheidet, ob eine Person weiterbeschäftigt wird oder nicht. Und da wird dann die Kündigung ausgedruckt und der Manager braucht sie dann nur noch zu überreichen.«

Diese Bemerkung weist m.E. auf eine Befürchtung hin: dass menschliche Entscheidungsspielräume weiter eingeengt werden, Beschäftigte also noch stärker der »kundenorientierten Missachtung« ausgesetzt werden.

Eine Gesellschaft der Verteilungskämpfe

Frank gehört zu denen im Betrieb, die nachhaltig gewerkschaftlich aktiv sind. Er gibt nicht auf, auch wenn die Macht des Unternehmens enorm erscheint. Aber auch mit den gesellschaftlichen Zuständen ist er unzufrieden. Sah sich Karl klar als »rechts«, so Frank als »links«.

Seine Gesellschaftskritik macht sich an einer Vielzahl von Entwicklungen fest, die mit dem Profitstreben von Unternehmen und falscher Politik zusammenhängen – wobei

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

keineswegs verallgemeinernd von »der Politik« die Rede ist, sondern Parteien innerhalb eines größeren Interessenstreits verschiedenen Lagern oder Seiten zugeordnet werden. Doch dazu unten mehr. Als größte Probleme des Landes betrachtet Frank niedrige Einkommen und zu geringe Renten. Ein Verteilungskrieg tobt:

> »Die Schaffung des riesigen Niedriglohnbereichs unter der der Schaffung von Rot-Grün, diese komplette Ausnutzung. Und ich meine, die niedrigen Löhne sind ja das eine. Aber es hat ja auch Folgen, wenn die Leute später in Rente gehen, dass du eine Rente hast, von der du nicht leben kannst. Meiner Meinung nach ist das ein absoluter Sprengstoff für die Gesellschaft. Leider, muss ich ja sagen, dass momentan die Rechten davon profitieren, indem sie den Leuten sagen, die Flüchtlinge 2015 seien schuld an den Problemen. Aber im Endeffekt sind wir doch eigentlich mitten in einem Verteilungskrieg zwischen Arm und Reich.«

Franks Denken kreist um materielle Ungleichheiten, um (politische) Machtgefälle zwischen Oben und Unten, Unternehmen und Lohnabhänggen, sowie dem allem zugrunde liegenden Interessengegensätzen. Das ist typisch für das Deutungsmuster Soziale Gemeinwohldemokratie. Zwar kommen diese Verteilungs- und Machtungleichheiten auch in anderen Mustern vor, hier aber besonders klar, zentral und verbunden mit einer Kausalitätsdiagnose: Das Glück der Oberen wird in Beziehung gesetzt zum Unglück derjenigen weiter unten (Dörre 2019, 2014f.). In diesem Sinne kann man auch von einer dichotomischen Struktur sprechen, weil Sie-Wir-Unterscheidungen stark sind.

Sie werden aber nicht, wie im Sozialrebellischen Nationalismus zwischen Innen und Außen, Einheimischen und Fremden, sondern zwischen Oben und Unten gezogen[14]. Wie ich im Weiteren zeigen werde: Diese dichotomische Denkweise ist nicht reduktionistisch, neben der materiellen Ungleichheit werden weitere gesellschaftliche Probleme wahrgenommen, typisch für das Deutungsmuster ist die Konstituierung einer Problemkette »Materielle Ungleichheit – Politische Machtungleichheit – Rechtsruck/Fremdenfeindlichkeit«. Für einen größeren Teil derjenigen, die auf dieses Deutungsmuster zurückgreifen, ist darüber hinaus der Klimawandel ein wichtiges Problem, das sie umtreibt. Zusammengehalten wird diese Problemkette insbesondere durch ein Ethos der Gleichheit. Soziale Gemeinwohldemokrat*innen orientieren sich am Ideal der gleichen Verteilung, der gleichen Chancen, der gleichen Rechte, auch wenn das nicht immer kohärent und widerspruchlos ist.

---

14 Möglicherweise, so ließe sich eine These von Klaus Dörre zuspitzen, halten derartige kausale Ausbeutungsdiagnosen Beschäftigte davon ab, sich rechtspopulistische oder faschistische Erklärungsmuster anzueignen. Bei Dörre heißt es: »Ausbeutung benennt einen Kausalmechanismus, der Lohnabhängigen beweist: ›Die Reichen sind reich, weil die Armen arm sind, d.h. sie sind reich auf Kosten der Armen.‹ Fehlt es an organisierten gewerkschaftlichen und politischen Zusammenhängen, die solche Kausalmechanismen in den Arbeitermilieus verankern könnten, entsteht ein politisches Vakuum, das durch ressentimentgeladene Kausalmechanismen gefüllt werden kann. An die Stelle von Ausbeutung und Entfremdung treten dann Sündenbock- und Verschwörungstheorien, die den Schwachen versprechen, ihre Not durch Abwertung, Unterdrückung und Ausplünderung noch schwächerer Gruppen zu lindern.« (Dörre 2018, 65)

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Gegen-Rechts

Von dem Verteilungskrieg, in den sich Frank auch verwickelt sieht, profitiert allerdings die politische Rechte, eine Bemerkung, die Frank veranlasst, zu erklären, weshalb er die Fremdenfeindlichkeit, die er auch in »seinem« Betrieb wahrnimmt, ablehnt. Frank setzt sich in dieser Hinsicht in einen klaren Gegensatz zu Karl. Ganz ausdrücklich erklärt er, weshalb Fluchtmigration kein Problem für ihn und das Land ist:

> »Ja, wir haben auch unter den Streikenden Kollegen, die diese Schiene fahren. Ich merke das immer, wenn die bei Facebook irgendwelche Sachen teilen und ich denke ›mein Gott, die fallen auf diese blöden Sachen rein, die da praktisch in die Welt gesetzt werden‹. Also dass die Flüchtlinge vom Staat leben und der deutsche Rentner würde nichts bekommen. Oder der deutsche Obdachlose, der wird nicht unterstützt. Aber die Flüchtlinge werden unterstützt. Solche total schwachsinnigen Sachen halt, die da auf Facebook rumgehen. Und ich denke immer ›Ach Leute, seid ihr so blöd und fallt darauf rein?‹
> I: Warum ist es für dich schwachsinnig?
> F: Ja, weil es ja nicht stimmt. Weil wenn der Obdachlose wollte, kann er ja genau so zum Amt gehen und kann Hartz 4 beantragen und kann Unterstützung beantragen. […]. Und außerdem ist es ja auch verkehrt, dass die Flüchtlinge alle hierherkommen und von Hartz 4 leben. Ich sehe es doch selber bei uns, da arbeiten sehr viele Flüchtlinge und das sind alles sehr fleißige Leute, oder… oder sind genau so fleißig, vielleicht sogar fleißiger. Wir haben genau so, ich sag mal, Leute ohne Migrationshintergrund, die keinen Bock zum Arbeiten haben.
> I: Ist denn Zuwanderung für dich kein Problem?
> F: Für mich ist Zuwanderung kein Problem, nein. Ich sag mal so: Ich glaube nicht, dass die Leute, in dem Maße wie sie herkommen… also ich glaube, die meisten würden schon lieber in ihrem Land leben bleiben, wenn da die Bedingungen in Ordnung wären. Ich glaube, man nimmt nicht so ohne Weiteres eine Flucht übers Mittelmeer auf und riskiert sein Leben. Das ist ja auch nicht ohne.«

Ein kulturelles Bedrohungsgefühl, gar eine nationalidentitäre Opfererzählung, die für das Deutungsmuster Sozialrebellischer Nationalismus so wichtig ist, findet sich bei Frank nicht. Es gibt im gesamten Interview keine Spuren davon.

Im Gespräch, das ich mit Frank führte, spielt die Kritik flüchtlingsfeindlicher Positionen eine wichtige Rolle – eine Reaktion auf ihre zunehmende öffentliche Sichtbarkeit, darauf also, dass sie buchstäblich zu einer öffentlichen Sache wurden. Auch im Kreis seiner Kolleg*innen. Für das Deutungsmuster Soziale Gemeinwohldemokratie ist beides typisch: die Abgrenzung gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechte sowie eine empathische und entproblematisierende, aufgeschlossene Haltung gegenüber Migrant*innen und Zuwanderung.

Martina, Krankenpflegerin

Ein Beispiel für die kritische Auseinandersetzung mit Fremdenfeindlichkeit und einen empathischen Bezug zu Geflüchteten findet sich bei der Krankenpflegerin Martina (I 6), die seit 1994 in einer Universitätsklinik arbeitet. Auf die Frage, was für sie die wichtigsten sozialen und politischen Herausforderungen sind, vor denen die deutsche Gesellschaft ihres

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Erachtens steht, weist sie neben der Gesundheitspolitik und Verteilungsungleichheit auch auf die »Flüchtlingspolitik« hin. Als ich sie danach frage, was sie damit genau meint, geht sie auf Vorurteile und Ablehnung in ihrem Umfeld ein.

»Das Problem nehme ich wahr, das ist so ein bisschen gekoppelt so mit dem steigenden Wachstum der AfD-Wähler, dass viele gar nicht so den Blick für die Nöte anderer Mitmenschen aus anderen Regionen halt haben, sondern dass die halt dann eher Sorge haben, je mehr Menschen sozusagen ins Land kommen, dass ihre eigenen Probleme hintenüberfallen.«

Sie selbst legt Wert darauf eine andere Haltung zu haben. Martina setzt sich mit diesen Verarbeitungsweisen kritisch auseinander, für sie ist das Gleichheitsprinzip entscheiden:

»Das finde ich schlecht, weil für mich sind Menschen primär alle gleich, egal welche Hautfarbe oder welcher Glaubensrichtung die haben. Und wenn Hilfe benötigt wird, finde ich, ist das selbstverständlich, dass geholfen wird mit den Möglichkeiten, die man halt zur Verfügung hat. Aber ich stelle auch fest, wenn man sich halt so ein bisschen umhört im Bekanntenkreis, dass manche Menschen das halt nicht so sehen, sondern dass die dann halt teilweise sehr krass reagieren und sagen, ›die sollen da bleiben, wo sie sind, ich will die hier nicht haben!‹ Und dass man sich dann halt so ein bisschen Sorgen macht, wie die Tendenz sich weiterentwickelt, dass du dann vielleicht irgendwann doch deutlich mehr Rechtsradikalismus und so was halt hast und dass halt Menschen zu Schaden kommen.«

Für Martina ist diese kritische Abgrenzung wichtig, sie prägt ihre politische Selbstverortung. In unserem Gespräch wiederholt sie ihr Selbstverständnis, das sie in Widerspruch zur (extremen) Rechten bringt: Für sie sind alle Menschen gleich, diskriminierende Ungleichbehandlungen lehnt sie ab.

»Ich sehe jeden Menschen als Individuum, als Mensch halt an und mit eigenen Bedürfnissen und dass jeder halt ein Recht darauf hat, dass es dem genauso gut geht wie mir selber.

Jörg, Industriearbeiter

Ein Beispiel für eine identitätsprägende antifaschistische Grundhaltung findet sich bei Jörg (I 31), der bei einer Zuliefererfirma der Automobilindustrie arbeitet. Jörg ist Anfang 40, Familienvater, im Betrieb ist er als Vertrauensmann aktiv. Insgesamt ist sein Blick auf die Gesellschaft stark von der sozialen Ungleichheitsentwicklung geprägt, aber auch das Erstarken der extremen Rechten, mithin der AfD, ist für ihn eine ihn bewegende Herausforderung. Bereits zu Beginn unseres Gesprächs äußert er den Wunsch, seine Gewerkschaft solle sich noch stärker gegen die Rechte engagieren:

»Naja, also klar, wenn jetzt aufgerufen wird, ›Bündnis gegen Rechts‹ oder so, klar ist man dabei und bringt die IG Metall-Fähnchen mit und schwingt sie da. Aber für mich gehört da noch ein bisschen mehr zu. Und da hab ich das Gefühl, da ist noch ein bisschen Luft nach oben. Aus meiner Sicht, gerade jetzt die AfD, die hat durch die Coronanummer jetzt nicht gerade viele Punkte. Ich hoffe, dass das auch zieht bis zur Bundestagswahl, dass die nicht so leicht zweitstärkste Kraft werden. Also es wäre fatal. Das ist dann so eine Nummer, wo ich denn auch erwarte, dass da auch klare Kante gezeigt wird und gesagt wird ›Das geht nicht, das machen wir nicht.‹«

Jörgs Antifaschismus speist sich aus einem tiefen Dringlichkeitsgefühl, das zwei Gründe hat. Zum einen sieht er die AfD – aber auch andere Bruchstücke der extremen Mosaik-

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

rechten in Deutschland wie die Reichsbürger und die Querdenker – in einer direkten Kontinuität zum historischen Faschismus stehen, zum anderen sieht er sich (deshalb) als Gewerkschafter auch selbst in Gefahr. Käme die AfD an die Regierungsmacht, würde sie nicht nur eine Wirtschaftspolitik gegen die einfachen Leute machen, sie würde auch zur Gewalt greifen: »Und außerdem aus der Geschichte gelernt: Gewerkschaften sind die ersten, die dran sind.« Und weiter: »Wenn es denn so kommt, dann glaube ich auch, dass mein Name irgendwo auftaucht und dann ist man dran.«

Karin, Industriebeschäftigte

Ein weiteres Beispiel für eine klare Abgrenzung von der nicht-demokratischen politischen Rechten, die u.a. durch Aversion gegen Fremdenfeindlichkeit motiviert ist, findet sich bei Karin (I 23). Karin, zum Zeitpunkt unseres Gesprächs Anfang 50 und als Industriekauffrau in einem Maschinenbauunternehmen tätig, war vorher länger als Produktionshelferin in einem anderen Industrieunternehmen beschäftigt. Auch vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen lässt sie wissen, dass ihr ihre jetzige Arbeit »eigentlich« Spaß mache, aber die gesamte Arbeitsatmosphäre und »das Drumherum ist eine Katastrophe. […] Es gibt kein Miteinander. Das ist auch der Grund, weshalb sie an einem Arbeitskampf im Betrieb teilgenommen hat. Auch auf die soziale Entwicklung blickt sie kritisch, nimmt wahr, dass die Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinandergeht. Als wichtige eigenständige gesellschaftliche Probleme nimmt sie darüber hinaus das Erstarken der Alternative für Deutschland und die feindselige Haltungen Geflüchteten gegenüber wahr. Über die AfD heißt es im Gespräch:

»Ich finde, der Rechtsextremismus […] ist natürlich für mich problematisch. Wenn ich da ab und zu mal im Radio, Fernsehen oder in der Tagesssschau dann diese Reden höre, […] also die komplette Einstellung von der AfD, […] das geht für mich überhaupt nicht.«

Gegenüber der Einwanderung von Menschen nach Deutschland nimmt Karin etwas früher im Gespräch eine starke Position ein, sie signalisiert Offenheit und Solidaritätsbereitschaft.

»Ich wäre auf jeden Fall bereit noch mehr Flüchtlinge aufzunehmen. Ich bin vollkommen entsetzt darüber, wie manche Leute darüber denken, also so von wegen Mauern hier hochziehen. […]. Und dann wieder da in Griechenland auf dieser Insel da, da sind also erbärmlichste Zustände und Europa guckt sich das an. […]. Das ist für mich abartig.«

Und etwas später führt sie ihre Empörung mit Blick auf die Geflüchtetenfeindlichkeit in der eigenen Belegschaft folgendermaßen aus:

»Allein die Menschen da auf diesen Booten da verrecken zu lassen, ich weiß gar nicht, was wir für Menschen geworden sind. Das finde ich wirklich abschreckend […]. Und wir wissen das alles und wir gucken zu und Hauptsache wir haben keine Flüchtlinge. Ich bin der Meinung, finanziell kriegen wir das auch hin. Bin ich einfach der Meinung.«

Oben gegen Unten

Franks Kritik an der Fremdenfeindlichkeit ist verbunden mit der Einsicht, dass die eigentlichen Probleme des Landes ganz andere sind – und auch ganz andere Ursachen haben. Im Mittelpunkt seiner Deutung steht ein Gegensatz zwischen Oben und Unten:

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

»I: Du hattest von einem Verteilungskrieg geredet. Was verstehst du darunter?
F: Im Endeffekt, dass ein Großteil arbeitet, bringt seine Arbeitskraft ein und wird mit Peanuts abgespeist hier und diejenigen, die praktisch die Firmen besitzen, sag ich mal, die streichen die ganze Kohle ein. Und haben dann auch noch das Geld dafür zu sorgen, dass die Gesetze so gemacht werden wie sie es brauchen.«

Als ich ihn frage, wie denn vor diesem Hintergrund die deutsche Gesellschaft aufgebaut ist, stellt er sie zögerlich als Klassengesellschaft dar. Damit steht er nicht alleine, das Gros der Menschen, die ich interviewt habe, benutzt ein ähnliches Bild: das einer in drei Teile gegliederten Gesellschaft, bei dem entscheidend für die Klassenzugehörigkeit ist, über ein wie hohes Einkommen jemand verfügt. Während Frank von Klassen spricht, bezeichnen andere dieselben drei Teile als Schichten. Bemerkenswert ist lediglich, dass Frank tastend auf Begriffe zurückgreift, die heutzutage lediglich zum sozialistischen Sprachgebrauch gehören.

»F: Wie aufgebaut? Weiß gar nicht was ich sagen soll. Ich weiß nicht, ob wir noch Klassen haben wie früher, also die Arbeiterklasse und die bürgerliche Klasse. Also man kann die Klassen über das Finanzielle einteilen. Also du hast eine riesige Klasse, die im unteren Bereich verdient. Und du hast eine etwas kleinere Klasse in der Mitte. Und dann noch weniger, die unheimlich viel Geld haben.
I: Und wer würde zu denen ganz oben gehören?
F: Die ganzen Millionäre und so.
I: Und was macht die Mitte aus? Warum ist die kleiner?
F: Früher war die Mitte ja sehr stark, aber viele sind ja vom Lohnniveau nach unten gedrückt worden. Viele merken auch gar nicht, wie sie vom Lohnniveau nach unten gedrückt wurden. Die haben ja keinen Lohn weggenommen bekommen, sondern die Lohnentwicklung ist ja stagniert. Dass es keine Lohnerhöhung mehr gab. Heutzutage werden selbst höherwertige Jobs im unteren Lohnniveau angesetzt, indem irgendwo Projektarbeit und so gemacht wird. Selbst Arbeiten für Studierte werden prekär gemacht. Und deswegen finde ich, dass der mittlere Bereich so klein geworden ist. Wobei im Verhältnis die Spitze oben eigentlich breiter geworden ist. Es sind ja heutzutage viel mehr Millionäre wie früher da. Aber man kann es trotzdem als so ein Dreieck darstellen.«

Die Gesellschaft ist nicht nur dreigeteilt, im Laufe der Zeit ist die Mitte auch kleiner geworden, hat die Zahl derer an der Spitze zugenommen. Die Klassen teilt Frank im Sinne von Einkommensklassen ein (wer verfügt über wie viel Geld?), bleibt dabei aber nicht stehen. Dass z.B. »viele […] vom Lohnniveau nach unten gedrückt worden […]« sind, setzt eine Kraft voraus, die sie drückt, die »keine Lohnerhöhung mehr gab.« Insofern macht Frank den Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit implizit zum Thema, führt ihn als Ursache ein.

Das wird auch an späterer Stelle noch deutlich (siehe unten), an der er Firmen- und Belegschaftsinteressen gegenüberstellt. Sich selbst verortet Frank klar unterhalb der Mitte. Zögerlich gegenüber der Anwendung des Klassenbegriffs, den der dennoch tastend ausprobiert, ist Frank insofern nicht, weil in seinen Augen die sozialen Ungleichheiten nicht groß wären. Es ist das Denken des Gros seiner Kolleg*innen, das für

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

ihn dagegen spricht. Ihnen fehlt ein Bewusstsein davon zu einer Klasse zu gehören, von Klassenzugehörigkeit wird im Alltag nicht gesprochen:

> »I: Du hattest gesagt, diese alte Klasseneinteilung Arbeiterklasse und Bürgertum geht nicht mehr. Warum nicht?
> F: Doch, einteilen könnte man es schon noch. Aber das Klassenbewusstsein ist verloren gegangen.
> I: Was verstehst du darunter?
> F: Dass die Leute sagen, ich gehöre zur Arbeiterklasse und ich wähle auch so. Wenn ich 100 Jahre zurückgehe, dann habe ich entweder als Angehöriger der Arbeiterklasse die SPD oder die KPD gewählt. Aber mit Sicherheit nicht irgendwo Zentrum oder was es da sonst noch so gab. Also die meisten haben ja als Arbeiterklasse dann SPD gewählt. Und das ist ja heutzutage auch nicht mehr so. Viele Arbeiter wählen CDU. Wo die Partei ja eigentlich für den Arbeitnehmer überhaupt keine Politik macht, finde ich. […].
> I: Okay, das bezieht sich jetzt auf Wahlen. Aber du hattest ja auch gesagt, dazu gehört, sich selbst als Teil der Arbeiterklasse zu sehen, und das sei heute anders. Wie nimmst du es denn wahr, wie sich deine Kollegen so selbst sehen würden?
> F: Weiß ich nicht, das ist aus dem Sprachraum komplett raus. Das hörst Du heute ja nicht mehr, dass ich irgendeiner Klasse angehöre. Das klingt antiquiert. Es wird den Leuten auch immer so eingetrichtert als würde einem die Firma gehören, so muss man denken. Als Angestellter. Wo ich sage, das ist ja total schizophren. Dass ich die Interessen der Firma in den Vordergrund stelle und meine Interessen zurückstelle.«

Gewachsene soziale Ungleichheit und fehlendes Bewusstsein davon einer Klasse anzugehören gehören zusammen, man könnte diesen Zweiklang auch als politischen Pessimismus interpretieren. Zumindest lassen sich Franks Hinweise auf das fehlende Klassenbewusstsein einerseits, auf fremdenfeindliches Denken so interpretieren. Ein Pessimismus allerdings, der im starken Kontrast steht zu seinem anhaltenden gewerkschaftlichen Engagement.

Simon, Krankenpfleger

Auch Simon (I 9), der in einem Universitätsklinikum in Thüringen arbeitet, sieht nicht nur wachsende soziale Ungleichheit als eines der drängendsten Probleme dieser Gesellschaft an, er stellt auch einen kausalen Zusammenhang zwischen Reichtum und Armut her – und dies nicht nur mit Blick auf die deutsche Gesellschaft, sondern zwischen globalem Norden und ärmeren Ländern:

»Die Kluft zwischen Arm und Reich ist ein großes Problem. Es gibt eine Schicht, die wird immer reicher und es gibt eine Schicht, die wird immer ärmer. Wo Reichtum existiert, muss auch Armut existieren. Weil irgendwo muss ja der Reichtum erwirtschaftet werden. Man sieht das ja auch im Globalen. Also uns geht es ja nur gut, weil es anderen Leuten oder Ländern schlecht geht. […]. Wir kaufen preiswerte Klamotten ein und irgendwer muss die für diesen Preis herstellen. Das wird keiner aus Deutschland sein, weil der hat Mindestlohn und soziale Absicherung. Die sitzen da für 2 oder 3 Euro am Tag an der Nähmaschine.«

Vor diesem Hintergrund wirft Simon eine Reihe sozialer Probleme auf, spricht über zu hohe Mieten, zu niedrige Löhne, insgesamt ist er der Meinung, dass Zusammenhalt und Solidarität in Deutschland geringer geworden sind. Auch diese steht für ihn in einem Oben-

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Unten-Verhältnis: »Der solidarische Gedanke würde mir gefallen. Von den Leuten, die die Möglichkeit haben, anderen zu helfen, von denen sollte auch Hilfe erwartet werden.« Immer wieder kommt er im Gespräch darauf zurück, dass Reichtum sich an der gesellschaftlichen Spitze häuft – ein deutlicher Unterschied etwa zu Ungleichheitskritiken, wie sie für den Leistungsorientierten Sozialkonservatismus typisch sind, auf die ich unten (siehe Kap. 5.2.5) eingehen werde:

»Das sind jetzt alles so kleine Klassenkämpfe. Wir haben doch viele Leute, die viel zu viel haben, was sie nicht brauchen zum Leben. Millionäre oder Großkonzernbesitzer. Die könnten ja der Gesellschaft was Gutes tun mit ihrem Geld.«

Dass Simon einen Zusammenhang zwischen dem Wohlergehen der Einen und den Nachteilen der Anderen sieht, bedeutet nicht, dass er systematisch auf Begriffe der Ausbeutung zurückgreift – auch wenn er gelegentlich den Ausdruck Klassenkampf fallen lässt.

»Arm gegen Reich, das ist ja so immer ein bisschen Klassenkampf. Es ist einfach so. Es gibt eben eine Schicht, die hat mehr. Und es gibt eine, die hat weniger. Und die, die mehr haben, die wollen immer mehr haben. Und die verteidigen das auch viel, viel mehr.«

Ursächlich sieht er dafür zum Teil den wachsenden Egoismus, es fehlt die richtige Einstellung anderen Menschen gegenüber. »Jeder versucht nur vor der eigenen Haustür zu kehren. Das finde ich nicht in Ordnung.« An anderen Stellen des Gesprächs verweist er hingegen auf die Macht der Unternehmen, die an der wachsenden Ungleichheit mit schuldig sind.

»Es gibt eine arbeitende Bevölkerung. Dann gibt es eine Bevölkerung, für die die Leute arbeiten. Die Unternehmer. Man kann ja eine Kaskade bauen. Unten hat man die Arbeiter, dann die Unternehmer, darüber ein paar Konzerneigner und die Politiker.«

Vor diesem Hintergrund geht Simon auch auf die ungleiche Behandlung von Unternehmen und Reichen einerseits, von normalen Menschen andererseits ein. Auch durch die Medienberichterstattung werde klar, »[…] dass die Leute im Prinzip von dem, was sie haben, nicht mehr leben können.« Ihnen gegenüber stehen hingegen Akteure,

»die kriegen trotz aller dieser Krisen immer wieder was ausgeschüttet. Gucken wir uns doch einfach mal die Lufthansa an. Die wurden mit 3 Milliarden gepampert und zahlen dann ihren Aktionären noch Dividenden aus. Das fasst man sich doch an den Kopf.«

Ein Grund dafür sieht Simon in der wirtschaftlichen Macht der Unternehmen, Drohgebärden mit Entlassungen. In Simons Deutungen ist das Glück derjenigen an der Spitze der Gesellschaft verbunden mit den Nachteilen derjenigen, die eher unten stehen in der Klassen-, bzw. Schichtungsstruktur.

Johannes, Industriearbeiter

Ein weiteres Beispiel für Deutungen der materiellen Ungleichheit, in der nicht nur festgestellt, sondern auch ein ursächlicher Zusammenhang zwischen den oberen und den schlechteren Sozialllagen hergestellt wird, findet sich beim Industriearbeiter Johannes (I 29), der in der Automobilindustrie beschäftigt ist. Johannes, der in Tarifrunden aktiv ist, ansonsten aber keine gewerkschaftlichen Funktionen ausübt, ist zum Zeitpunkt unseres Gespräches Anfang 60. Im Verlauf unseres Interviews klagt er über verschiedene soziale Missstände, von Niedriglöhnen über Kinderarmut bis Rentenarmut, auch die Hartz-4-Gesetzgebung kritisiert er. Davon ausgehend wirbt Johannes für höhere Einkommens-

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

steuern für sehr gut Verdienende, womit er de facto Unternehmer*innen meint.
»Die verdienen doch da ihr Geld dadurch, dass andere Leute für sie buckeln. Dann können sie doch dem Sozialstaat auch mal was zurückgeben, oder nicht? Oder müssen die Leute Milliarden haben, die sie dann später mit ins Grab nehmen oder was weiß ich? Sie können es doch nicht fressen, das Geld?«
Auch Johannes stellt diesen Zusammenhang her, ohne auf eine popularisierte Ausbeutungstheorie zurückzugreifen. Allerdings stellt er direkt klar, dass die Vermögen ›der Reichen‹ erarbeitet werden, aber nicht durch sie selbst, sondern vor allem durch die »Leute«, die für sie buckeln. Reiche, die stärker besteuert werden sollen, verdienen ihr Geld durch anderer Menschen Arbeit. Vor diesem Hintergrund sieht er eine Vierteilung der Gesellschaft, greift im Prinzip die Unterscheidung zwischen Oben, Mitte und Unten auf. Besonders ist in diesem Zusammenhang allerdings, dass er eine vierte Klasse bzw. einen vierten Stand ergänzt, das gesellschaftliche Unten:
»Ich finde halt, wir haben keine Zweiklassengesellschaft, wie es immer dargestellt wird. Wir haben eine Mehrklassengesellschaft, weil wir haben die, von mir schon mehrfach angesprochen Reichen, wir haben den normalen Bürger. Wir haben noch einen Mittelstand, der aber jetzt richtig Probleme hat. Und dann haben wir die Klasse der Asylbewerber.«
Stellte er zunächst einen Zusammenhang zwischen unterschiedlichen sozialen Lagen her (die Reichen verdienen ihr Geld, weil andere für sie buckeln), unterscheidet er diese Klassen im Wesentlichen darüber, wie viel Geld sie haben. Der normale Bürger »hat quasi hier sein Auskommen, der einigermaßen vernünftig leben kann.« Um zum Oben zu gehören muss man dagegen »schon ein paar Millionen Festgeld haben und sich überhaupt keine Gedanken mehr machen müssen.« Zur vierten, zur untersten Klasse gehören asylsuchende Migrant*innen, weil sie institutionell ausgegrenzt werden, in Johannes Worten: »Die Leute werden bei uns eingepfercht. Die Leute kriegen keine Arbeitserlaubnis.« Eine eigene Schicht oder Klasse sind sie insofern, weil ihnen der Zugang zum normalen Leben, weil ihnen gesellschaftliche Teilhabe verwehrt bleibt. Darüber hinaus werden sie aktiv ausgegrenzt, sie »werden vom Großteil der Bevölkerung gemieden.«

Die politische Macht des Geldes

Frank kritisiert nicht nur die gewachsene Ungleichheit und die fehlende Berücksichtigung der Belegschaftsinteressen im Betrieb, er kritisiert auch eine politische Übermacht derjenigen, die über großen Reichtum verfügen. In diesem Punkt ist er sich mit etwa 60 Prozent der Bevölkerung (siehe Kap 5.1.3) und auch mit dem sozialrebellischen Nationalisten Karl einig – mit dem Unterschied, dass die Kritik an der Macht des Geldes im Deutungsmuster Soziale Gemeinwohldemokratie einen ganz anderen Stellenwert hat und in Ansprüchen auf eine bessere Demokratie münden. Bereits an früherer Stelle des Gesprächs hatte Frank darauf hingewiesen, dass die Firmen, die »die ganze Kohle einstreichen«, darüber bestimmen, wie die Gesetze aussehen. Er führt diesen Gedanken auf meine Nachfrage zu einem späteren Zeitpunkt des Gesprächs noch ausführlicher aus:

> »I Am Anfang hattest du gesagt, die Oben, die die Firmen besitzen, die haben auch das Geld, die Gesetze machen zu lassen. Es gibt ja diesen Ausspruch, dass die Politiker*innen dem Volk dienen. Was sagst Du dazu?

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

F: So sollte es sein. Aber heutzutage geht ja alles nur nach Lobbypolitik. Das heißt, für die großen Firmen sind ja professionelle Leute am Start, die […] schreiben die fertigen Gesetze, dass die Politiker sich darum nicht mehr kümmern müssen.
I: Ich habe eine andere Aussage gelesen, nämlich, dass der Staat, also unser Staat, der Staat der oberen Zehntausend ist. Was denkst du darüber?
F: Ich sags mal so, je mehr Geld man hat, desto besser kann man Lobbypolitik machen. Selbst die Gewerkschaft macht im Endeffekt Lobbypolitik und versucht Gesetze zu beeinflussen. Nur wie der Anschein ist, kriegen diejenigen, die das Geld haben, eher Gesetze so, wie sie es brauchen.«

Die politische Macht des großen Geldes bzw. der Unternehmen, steht für Frank in einem klaren Zusammenhang mit den sozialen Problemen, die ihn empören. Die Unternehmen waren und sind in der Lage, Reformen durchzusetzen, die zum Nachteil der Beschäftigten sind – aber wie am folgenden Beispiel der Energiepolitik deutlich wird, auch der Allgemeinheit:

»I: Welche Gesetze hast Du dabei im Sinn?
F: Gerade in der Arbeitspolitik hier mit sachgrundlosen Befristungen, Leiharbeit und so. Und Flexibilität des Arbeitsmarktes, Rechte einschränken von Arbeitnehmern. Es ist aber auch zum Beispiel, wenn ich jetzt bei den erneuerbaren Energien, Windkraft usw., da wird es so gemacht, dass die großen Stromkonzerne praktisch das auch wieder organisiert, anstatt dass man vielleicht sagen würde, jede Gemeinde tut mit Solar auf den Dächern und Windrädern in ihrer Gemeinde und versorgt sich praktisch selber. Sondern es wird wieder so organisierten, dass es praktisch von Großkonzernen geregelt wird.«

Frank thematisiert hier Konzernmacht in einem der zentralen Bereiche der Klimaschutzpolitik. Man kann es zugleich als ein Unbehagen an der konkreten Weise interpretieren, wie im marktorientierten Green New Deal (siehe Kap. 2.3), der Politik im Bündnis mit den Unternehmen, die große ökologische Transformation organisiert wird. Die Skepsis und Vorbehalte gegenüber der vorherrschenden Klimaschutzpolitik, von der in Kap. 5.1.5 die Rede war, wird von einer konzernkritischen Warte aus formuliert. Bevor es an späterer Stelle erneut um (den kritischen Blick auf) Klimapolitik ging, wurde im Gespräch aber zunächst das Verhältnis zwischen Gemeinwohl und Lohnabhängigeninteressen erörtert.

»I: Wo ist der Unterschied zwischen Lobbypolitik der Gewerkschaft und Lobbypolitik der Unternehmen. Du bist ja gegen Lobbypolitik.
F: Gegen Lobbypolitik von denen, die das Geld haben. Jeder versucht halt seine Interessen irgendwo durchzukriegen. Der Unterschied ist, dass das, was die Gewerkschaften versuchen, meistens auch irgendwas für die Gesellschaft ist. Gut, jetzt könnten die Großkopferten sagen, das ist ja auch was für die Gesellschaft, wir schaffen ja Arbeitsplätze. Wird ja immer gerne gesagt.«

Auf den Gegensatz zwischen Beschäftigten- und Unternehmensinteressen war Frank bereits früher im Gespräch eingegangen, ganz ausführlich anhand des eigenen Arbeits- und Betriebsalltags, aber auch anhand der sozialen Probleme im Land. Immerhin sprach er von einem »Verteilungskrieg«, der tobt. Diesen Interessengegensatz sieht Frank auch innerhalb des Staates wirken, wie hier deutlich wird.

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Während er die Macht der Unternehmen kritisiert, heißt er den Versuch gut – Stichwort Lobbypolitik der Gewerkschaften – im Interesse »der Gesellschaft« Einfluss auf Regierungen zu nehmen. Franks Deutungen sind popular-demokratisch (Hall 2014, 113) und sie sind charakteristisch für das Deutungsmuster Soziale Gemeinwohldemokratie. *Popular-demokratische Deutungen* kreisen um die Unzufriedenheit damit, dass soziale und politische Interessen bzw. Anliegen nicht aufgegriffen bzw. bearbeitet werden, hingegen starke Wirtschaftsinteressen bevorzugt werden. Sozialkritik und die Kritik z.B. an Parteien wirken auf eine Art und Weise zusammen, dass eine Oben-Unten-Spaltung auch im Politischen sichtbar wird. Häufig sind es verschiedene Interessen und Anliegen (Kette), die für wichtig gehalten werden, aber politisch vernachlässigt werden.

Der Wert demokratischer Teilhabe wird in popular-demokratischen Verarbeitungsweisen gewertschätzt. Typisch popular-demokratisch ist durchaus eine scharfe Kritik an Politiker*innen und Parteien, vorwiegend werden Parteien und der Staat dabei differenziert beurteilt. Infolgedessen erscheint es auch sinnvoll sich politisch zu engagieren. Popular-demokratisch ist eine Deutungsweise, wenn – zumindest im Ansatz – mehr oder bessere Demokratie gewünscht wird. Solche Deutungen sind in der Lage, den Gegensatz zwischen Volk (plebejisch verstanden als diejenigen, die nicht zu den Reichen und Profitabhängigen gehören)[15] und Eliten zu vertiefen, populistische Deutungen dagegen bauen Brücken zwischen Volk und Eliten, auch wenn das Unbehagen an denen oben eine zentrale Rolle spielt (ebd., 112f.).

Anna, Krankenpflegerin

Ein Beispiel für eine zuspitzende Kritik an politischen Entscheidungsträger*innen findet sich bei der Krankenpflegerin Anna, die sich in ihren Fünfzigern befindet. Anna (I 4) arbeitet an einer Universitätsklinik und hat den Streik unterstützt, der dort u.a. für eine Entlastung des Personals geführt wurde. Ausgangspunkt ihrer kritischen Reflexionen zu Staat und Politik sind ihre – nicht erfüllten – Ansprüche an staatliches Handeln.

»A: Also, ich bin der Meinung, dass der Staat da für die Menschen im Land da sein sollte, dass er dafür sorgen sollte, dass die Menschen gut versorgt sind, gut ernährt sind, gut gebildet sind und gut ihr Leben fristen können, dass das auch auf Perspektive eben weitergeht, also eben halt Umweltpolitik und so weiter und so fort. Und ich glaube, dass der Staat aber sehr viel von den Konzernen abhängig ist und er von deren Politik geleitet wird. […] Weil sonst würde man bestimmte Dinge umsetzen, die notwendig sind, zum Beispiel um Umweltpolitik zu machen, aber da nimmt man halt immer Rücksicht auf die Autokonzerne, auf was weiß ich, irgendwelche Energiekonzerne.«

Soziale Klassenungleichheit führt zu politisch ungleicher Macht, der Staat ist »sehr viel von den Konzernen abhängig.« Diese Kritik führt Anna aber nicht dazu, den Staat als abgeschlossen oder das Feld der Politik als vollkommen fremdgesteuert zu betrachten – eine Deutung, die sich beim Sozialrebellischen Nationalisten Karl beispielsweise fand, der sich einem Machtkomplex von Politik, Wirtschaft und Medien gegenübersah, der durch die Wirtschaft gesteuert wurde. Der Sozialstaat, so Anna etwas später im Gespräch, sei auf die Menschen im Land angewiesen, »die sind ja auch ein Kapital, also ohne die Menschen

15 Siehe hierzu Panagiotis Sotiris (Sotiris 2017, 30f).

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

könnte man keine Politik machen.« Wäre das anders, wäre die Bundesrepublik keine Demokratie, sondern eine Diktatur. Der Staat ist für Anna konzernabhängig, er ist aber kein Staat der Konzerne, weil immerhin »doch auch viel im Sinne der Menschen gemacht wird, aber was mir bisher nicht auffällt, ist, dass was gegen die oberen Zehntausend gemacht wird.«

Kai, Krankenpfleger

Ein weiteres Beispiel für eine zugleich differenzierende Kritik und für eine tiefe Enttäuschung über Politiker*innen und Parteien findet sich beim Krankenpfleger Kai (I 12), Ende 30 und Mitglied im Personalrat einer Universitätsklinik. Er ist aus verschiedenen Gründen von politischen Parteien enttäuscht, wie er wissen lässt. Seine Frustration führt ihn allerdings nicht zu einer verdichteten Kritik »der Politik«, er differenziert durchaus, unterstreicht den zu großen Einfluss von Wohlhabenden und Unternehmen auf politische Entscheidungen, wertschätzt aber die demokratischen Einflussmöglichkeiten. Seine kritische Haltung gegenüber vielen Parteien begründet er durch verschiedene Beispiele. Relativ früh im Gespräch führt er aus, dass der Umgang mit Geflüchteten seine Skepsis gegenüber den Parteien nochmals verfestigt hat:

»Ja, also ich glaube, noch mal richtig gefestigt hat das zum Beispiel die sogenannte Flüchtlingskrise. Also mich hat gestört, dass denen es ja vielleicht so offensichtlich scheissegal ist, was mit geflüchteten Menschen passiert. […] Da leben Leute echt am Existenzminimum. Wie da die Politik auch nicht nur in Deutschland, sondern in Europa reagiert hat, das hat wirklich enttäuscht. Und ich glaube, das war auch so ein richtiger Knackpunkt, wo ich gesagt habe, von den aktuellen Parteien, da kann ich mich jetzt nicht wirklich mit identifizieren.«

Ein enttäuschter Humanismus, so könnte man sagen, entfremdet ihn vom politischen Mainstream. Aber: Kais Distanz zu den Parteien hat auch andere Gründe. Er kritisiert den zu großen Einfluss von Lobbyisten bzw. die zu große Macht der Wirtschaft:

»Weil die Wirtschaft der Politik schon häufig was in die Feder diskutiert. Also, wie gesagt, ich sehe, dass manche Parteien echt gute Ideen haben und es auch Gesetzesentwürfe gibt, die dann aber letztlich so verwässert und rundgefeilt verabschiedet werden, wo ich mir denke ›Ja, da hatte wieder irgendein Lobbyist die Finger im Spiel.‹ Wo ich mir denke, da kann sich leider die Politik nicht gegen die mächtige Wirtschaft durchsetzen.«

Allerdings geht er nicht pauschal davon aus, politische Entscheidungen würden allein für die oberen Schichten bzw. besonders wohlhabende Menschen getroffen. Danach gefragt, was er von dem Ausspruch halte »Der Staat ist der Staat der oberen Zehntausend«, weist er diesen zurück.

»Ich glaube schon, dass wir eine Staatsform haben, die eigentlich gut geeignet ist so zum Leben. So von den oberen Zehntausend, nein, da habe ich so nicht das Gefühl, weil ich kenne Länder […], was da an Korruption abgeht in der Politik so, das ist noch eine Nummer heftiger. Das will ich nicht ausschließen, dass hier so was nicht passiert, aber vielleicht passiert es hier geschickter, aber ich habe den Eindruck, dass unsere Politik hier noch gesünder ist […]. Also vom Staat der oberen Zehntausend würde ich nicht unbedingt sprechen hier.«

Hier lohnt erneut der Vergleich mit den Deutungen des Sozialrebellischen Nationalisten Karl, der sich einem geschlossenen Machtkomplex gegenübersah, in dem Reiche und Un-

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

ternehmen im Prinzip alles bestimmen. Kai hingegen, ähnlich wie Anna, reflektiert Errungenschaften (»in anderen Ländern ist es heftiger«), die zeigen, dass es keinen »Staat der oberen Zehntausend« gibt. Danach gefragt, wie seine Kritik der Lobbymacht zu seiner Relativierung des Einflusses »der oberen Zehntausend« passt, erläutert er:
»K: Na ja ich weiß wohl, dass es immer noch schlimmer werden kann. […]. Ich möchte jetzt zum Beispiel nicht in Weißrussland leben. Ich möchte nicht in Brasilien leben. Ich möchte nicht in den USA leben. Also ich versuche das immer so ein bisschen gesamtgesellschaftlich, ein bisschen globaler zu sehen. […]«
Und kurze Zeit später heißt es:
»Bei aller Kritik, die ich auch geäußert habe, hast du aber trotzdem die Möglichkeit, deine Meinung frei zu äußern. Bei vielen Dingen, die wir manchmal zum Beispiel raushauen, jetzt im Rahmen vom Personalrat oder im Namen von Gewerkschaft, da gibt es Länder, da landest du im Knast, wirst du totgeprügelt. Und das passiert dir hier nicht. Und das ist ein absolut großer Wert. […]. Die Grundrechte, die funktionieren.«

Frank identifiziert unterschiedliche Seiten, auf denen man stehen kann, wie am Beispiel der Parteien deutlich wird, mit denen er sich auseinandergesetzt hat. Während der Begrüßung zum Interview, waren wir bereits ungezwungen ins Gespräch über eine tagespolitische Frage gekommen, Frank hatte bei der Gelegenheit wissen lassen, dass er die LINKE wählen würde. Auf Nachfrage erläutert er seine Präferenz, indem er letztlich unterschiedliche Lager ausmacht, in denen man stehen kann:

»F: Ja, ich hatte da so die großen Parteien im Kopf. Da würde ich auf jeden Fall LINKE wählen. Auch wenn ich auch nicht mit allem so einverstanden bin. Vor allem jetzt so mit der Tendenz mit rot-rot-grün solche Koalitionen machen zu wollen.
I: Warum?
F: Ja, ganz einfach. Unter einem Bundeskanzler Scholz. Das geht nicht. Dieser Mann ist auf der anderen Seite. Also ich gehe auch mal davon aus, dass das für die SPD der Todesstoß ist. Wobei… Die Grünen, ich muss ganz einfach sagen, die Grünen, die wollen ihre Umweltpolitik, aber auf kapitalistische Weise. Und dann ist es so, dass die kleinen Leute bezahlen müssen.«

Steht Olaf Scholz auf der anderen Seite und wollen die Grünen eine Umweltpolitik auf Kosten der »kleinen Leute« machen, verortet Frank DIE LINKE auf der richtigen Seite. Das ist zumindest die Implikation seiner Ausführungen.

Sozial faire Klimaschutzpolitik

In unserem Gespräch dominierten die bisher erörterten Probleme. Den Klimawandel hält er aber durchaus für eine wichtige Herausforderung, auch wenn er zunächst kritisch auf eine spezifische Form der Umweltpolitik (die der Grünen) reagiert. Man könnte hier von einer Variante von »Klimaschutzinteressen von unten« sprechen, auf die ich auch bei anderen Interviewpartner*innen gestoßen bin.

Umwelt- und klimapolitischen Forderungen steht Frank insgesamt durchaus aufgeschlossen gegenüber. Das wird auch an anderer Stelle des Interviews deutlich. Allerdings ist ihm dabei wichtig, dass abhängig Beschäftigte nicht auf der Strecke bleiben. Ausge-

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

hend von der Bemerkung über die grüne kapitalistische Umweltpolitik habe ich Frank nach seiner Meinung über die Fridays for Future-Bewegung gefragt. Die folgende Passage lässt sich als ein Plädoyer für eine sozial verantwortliche Umweltpolitik lesen:

> »F: Ja, ich fand die eigentlich gut. Wobei ich jetzt neulich ein Interview von Greta gesehen habe und muss sagen, die hat im Endeffekt davon geredet, es gibt nur schwarz oder weiß. Aber so einfach kann man die Sache nicht sehen, so einfach ist es nicht. Im Endeffekt hast Du ja auch Grautöne.
> I: Wie meinst Du das?
> F: Mit den Klimazielen hier. Man könnte jetzt sagen, wir sind jetzt radikal, wir schalten jetzt alles ab. Aber was sind dann die Konsequenzen davon?
> I: Und was wäre für Dich das richtige Grau? Also das wäre ja das Richtige aus Deiner Perspektive…
> F: Das Problem sind ja die Leute, die arbeitslos würden, wenn bestimmte Sachen nicht mehr gemacht werden. Obwohl ich sage auch, diese Braunkohle ist auch total schizophren, die zu verbrennen, um Strom zu erzeugen. Macht keinen Sinn. Dann müssen wir eben auch sehen, dass umstrukturiert wird. Es würde nichts bringen, dass wir jetzt klimaneutral wären, aber dafür 10 Millionen Arbeitslose hätten. Das kann ja nicht funktionieren. Ich bin also schon der Meinung, ich finde es einfach logisch, dass wir einen Verkehr haben, wo keine Emissionen mehr entstehen, weil es sinnvoll ist keine Umweltgifte in die Luft zu geben. Das müsste doch immer das Ziel sein, so wenige Gifte in die Umwelt zu lassen wie möglich. Der Wandel ist, man kann ja nicht so radikal sein, wir schalten alles ab, haben 10 Millionen Arbeitslose und die ganze Gesellschaft bricht zusammen. Für mich ist das Thema nicht Klimawandel, sondern Systemwandel. Weil ich glaube, dass dieses kapitalistische System nicht funktionieren kann, um unsere Umwelt zu schonen.«

Systemwandel steht für etwas Grundsätzliches, der Hinweis, dass »dieses kapitalistische System nicht funktioniert«, legt Radikalität nahe. Allerdings ist diese Diagnose in der vorstehenden Passage verbunden mit einem Plädoyer für soziale Machbarkeit. Eine Klimaschutzpolitik, bei der »10 Millionen Arbeitslose« entstehen, lehnt Frank ab. Beides, radikale Diagnose und Sorge um soziale Verantwortung, steht nebeneinander. »Greta« steht hier dagegen für eine mögliche soziale Verantwortungslosigkeit, so wie »die Grünen« in der vorherigen Passage Platzhalter einer Klimaschutzpolitik sind, für die »die kleinen Leute bezahlen müssen.«

Weshalb es seines Erachtens nicht möglich ist, die Umwelt unter kapitalistischen Bedingungen nachhaltig zu schützen, führt er im direkten Anschluss aus. Insbesondere die Umweltschädlichkeit grüner Produkte hebt er dabei hervor:

> »I: Die Grünen würden sagen, dass das doch geht.
> F: Ja, toll. Dann nehmen wir das Elektroauto. Ist ja schön, fahren wir alle hier bei uns sauber rum, haben keine Emissionen mehr, und in Südamerika geht die Umwelt zu Grunde wegen der Siliziumproduktion. Wird die Umwelt kaputt gemacht. Ich meine, Akkus haben wir nicht nur im Auto, auch in den Handys und überall. Ich fahre selber gerne Auto. Aber für unsere Gesellschaft wäre es doch eigentlich sinnvoller, dass wir eher Transportwege haben, wir eher mit dem Öffentlichen Nahverkehr fahren. Ist für mich auf dem Land ja gar nicht möglich. Wenn ich zur Arbeit will mit dem Bus, ich

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

> würde ne Stunde nach Arbeitsbeginn da. Vorher fährt gar nichts. Das hätte ja alles weiterreichende Konsequenzen. Auch die Arbeitszeiten müssten abgestimmt werden mit den öffentlichen Verkehrsmitteln. […]. Weil ein Bus, der dann auch von mir aus mit Wasserstoff oder Elektro angetrieben wird, ist immer noch effektiver als 50 Elektroautos. Und ich glaube, das kapitalistische Modell ist auf immer mehr und mehr, aber die Güter sind endlich. Also der Kapitalismus ist definitiv zum Scheitern verurteilt, weil irgendwann sind die Ressourcen alle. Oder ein Krieg bricht aus, weil die Ressourcen alle werden und dann kommt es zum Krieg.«

Franks anfängliche kritische Bemerkung über die Partei Die Grünen und Greta Thunberg münden keineswegs in Anti-Ökologie, im Gegenteil. Ein sozial verantwortlicher Klimaschutz, das wird in diesen Passagen deutlich, ist für Frank notwendigerweise mit dem Aufbau eines anderen Verkehrssystems und – das weiß der Autofahrer, der im Schichtrhythmus zur Arbeit fährt – sogar andere Arbeitszeitmodellen verbunden. Wie grundsätzlicher Systemwandel und soziale Gestaltbarkeit praktisch aussehen könnten, führt Frank allerdings nicht weiter aus.

Klimawandel und Klimaschutzpolitik werden auch von anderen Beschäftigten als wichtiges gesellschaftliches Problem aufgeworfen (wenn auch nicht von allen), die auf das Deutungsmuster Soziale Gemeinwohldemokratie zurückgreifen. Ich möchte hier auf zwei Beispiele aus Gesprächen mit Beschäftigten eingehen, die in anderen Branchen arbeiteten. Zunächst mit einer Person aus dem Krankenhaussektor, dann aus der Zulieferkette Automobil. Typisch ist für die Klimadeutungen innerhalb des Deutungsmusters Soziale Gemeinwohldemokratie nicht, dass – wie bei Frank – die Systemfrage aufgeworfen wird, wohl aber die Einbettung in Deutungen der Klassenungleichheit. Diese kritische Einbettung führt aber nicht zu Klimaschutzskepsis, im Gegenteil.

Anna, Krankenpflegerin

Das erste Beispiel findet sich bei der oben bereits zitierten Krankenpflegerin Anna (I 4). Sie sieht in Umweltproblemen und Klimaerwärmung »Riesenprobleme«, wie sie mich in unserem Interview wissen lässt.

A: Ja, für mich ist das Problem daran, dass ich Angst habe, dass die Erde nicht mehr lange so bestehen bleibt, wie sie jetzt ist. Dass die Menschen halt so nicht mehr auf der Erde leben können, dass man sie halt zerstört.

I: Und woran machst du das fest?

A: Dass es jetzt die Klimakatastrophen, die wir jetzt haben, die ganzen Hurricanes oder was weiß ich, Trockenzeiten, Eisschmelze, sonst irgendwas. Das nimmt ja immer mehr zu. Ich meine, solche Stürme, wie wir in den letzten Jahren hier hatten, die hatten wir früher nie. Das finde ich schon ein dringendes Problem. Und man hat ja auch nicht das Gefühl, dass die Politik da jetzt mal vernünftig dran arbeitet. Das sind immer kleine Schritte, dann werden sich Ziele gesetzt, die dann eh nicht eingehalten werden, was weiß ich, Ausstieg aus der Braunkohle oder solche Sachen, die sie dann nicht umsetzen. Oder die Erderwärmung nur um ein Grad bis da und da hin, und dann sagen wir, ne, schaffen wir ja doch nicht.

Wie auch Frank bringt Anna die soziale Ungleichheit bzw. die Klassenungleichheit ins Spiel. Wer soll die Lasten tragen? Hier zeichnet sich, ähnlich wie bei Frank, eine Unterscheidung zwischen Klimapolitik ab, die dringend nötig ist, und einer bedrohlichen Klimapoli-

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

tik, bei der Probleme auf »den kleinen Mann geschoben« werden.
A: Die Probleme werden ja auch oft auf den kleinen Mann geschoben, der soll da, was weiß ich, mit dem Fahrrad zur Arbeit fahren zum Beispiel und weniger heizen und sonst irgendwas machen, aber dass sie die großen Industrien und so weiter, die ja sehr viel mehr verbrauchen und das wird dann halt… Wir müssen dann erst mal langsam aussteigen.
Von Arbeitsplatzängsten ist Anna nicht getrieben. Auch wenn sie selbst diese Formulierungen nicht gebraucht, so glaubt sie doch an eine Art beschäftigungspolitische Gestaltbarkeit des ökologischen Umbaus. Ich frage Anna, ob eine striktere und entschlossenere Klimaschutzpolitik nicht Arbeitsplätze in Deutschland kosten wird.
A: Also, ich denke mal, dass man auch, wenn man Alternativen sucht, zum Beispiel zum Auto, damit auch mit Sicherheit Arbeitsplätze schaffen würde. Von daher glaube ich nicht, dass da so viel Arbeitsplätze verschwinden. Natürlich, wenn die Autoindustrie zumacht oder jetzt statt Dieselmotorbau zum Beispiel jetzt Elektromotoren gebaut werden, dann muss derjenige natürlich auch die Möglichkeit haben, umzulernen. Aber ich denke mal, man schafft mit klimaneutralen Sachen wieder neue Arbeitsplätze. Und ich kann nicht sagen, wir wollen die Braunkohle weiter behalten, nur, weil der Braunkohlebaggerfahrer vielleicht keine Arbeit mehr hat. Dann muss man halt Alternativen für den schaffen. Das halte ich für sehr wichtig.«

Jörg, Industriearbeiter

Nun ist Anna nicht direkt selbst betroffen durch die Veränderungen, die sie fordert, ihr Arbeitsplatz ist nicht direkt vom industriell-fossilen Kapital abhängig. Anders ist das bei Jörg (I 31), dem Vertrauensmann aus der Automobilindustrie, den ich oben (Rechtsextremismus und AfD) bereits zitiert habe. Jörg hat ein ausgeprägtes ökologisches Bewusstsein, ein nachhaltiger Umgang mit der Umwelt ist ihm wichtig. Umweltfragen verschiedener Art nennt er deshalb auch, als ich ihn frage, welche die drängendsten Herausforderungen sind, vor denen die deutsche Gesellschaft steht.
J: »Für mich ist halt die Erderwärmung ein Thema, was die ganze Menschheit angeht. Es ist nicht erst seit Fridays for Future so, sondern schon vorher. Das ist ja jetzt keine neue Erfindung von Greta Tunberg, dass man was für die Umwelt machen soll. Weil jeder bedient sich dran, ohne etwas dazu zu tun. Und das Thema Nachhaltigkeit. Das man noch was hinterlässt, wo die Kinder und Enkelkinder vielleicht noch was von haben. Das ist so eine Nummer. Ich finde, der Klimawandel ist eben kein Mythos, das ist real. Und wenn man das einmal verstanden hat, […] dann muss man es halt auch […] ändern.«
Für ihn bedeutet das umweltbewusst zu konsumieren, etwa Ökostrom zu beziehen und kein Fleisch aus Massentierhaltung zu kaufen. »Die Massentierhaltung ist […] auch umwelttechnisch ein riesiges Problem. Da muss man auch was gegenhalten.« Auch Jörg ist es wichtig, dass nicht die abhängig Beschäftigten die Lasten des ökologischen Umbaus zu tragen haben. Einen Widerspruch zwischen seinem Plädoyer für Umwelt- und Klimaschutz einerseits, seiner eigenen beruflichen Abhängigkeit von Industriearbeit, insbesondere von der Automobilproduktion, sieht er nicht. Bemerkenswert ist: Obwohl der Betrieb, in dem Jörg als Vertrauensmann aktiv ist, krisengebeutelt in jüngster Zeit Kolleg*innen entlassen bzw. Personal abbauen musste, ist er durchaus gestaltungsoptimistisch. In Kapitel 5.1.5 habe ich dargelegt, dass auch unter Industriebeschäftigten, die Klimaschutzpolitik

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

begrüßen, die Sorge vor Wohlstandsverlusten umgeht, eine Angst, die u.a. in schlechten Erfahrungen mit bisherigen industriellen Restrukturierungsmaßnahmen wurzelt. Vielleicht ist es übertrieben zu behaupten, Jörg sei diesbezüglich sorgenfrei. Aber er ist der Meinung, dass Klimaschutz und Arbeitsplatzerhalt sich nicht widersprechen müssen. Es kommt auf effizienten Ressourcenverbrauch an, etwas, was in dem Bereich, in dem er beschäftigt ist, schon aufgrund der relativ hohen Energiekosten eine wichtige Rolle spielt. Das eigentliche Problem sieht er darin, dass zu viel produziert und konsumiert wird. »Dieses Wegschmeißen und neu kaufen, das ist ja gar nicht meins. Ich versuche zu reparieren […] und nicht immer alles neu zu holen.« Allerdings mündet Jörgs Nachdenken nicht in einer Konsumstrategie, er sieht durchaus systemische Wachstumszwänge, auf die er hinweist, indem er über das Großkapital spricht, zu dem immer das Geld hinfließe.
»Das Geld ist ja nicht weg, sondern bei jemandem. Und dieses Großkapital funktioniert wie so schwarze Löcher, es fließt immer mehr Geld da hin und nichts mehr weg, weil die so viel Geld haben. Und weil das so ist, müssen wir alle Zinsen und Dividenden befriedigen und das halt weltweit. Und das auf Kosten der Leute, der Beschäftigten und auf Kosten der Umwelt.«

Der für das Gemeinwohl sorgende Staat

Franks Blick auf die Gesellschaft ist verbunden mit einer klaren Haltung Parteien und Regierungen gegenüber. Er wünscht sich eine Politik für die richtige Seite, einen Staat, der dem Gemeinwohl dient. Franks Gesellschaftsdeutungen sind geprägt von der Oben-Unten-Spaltung, seine Sozialpolitikdeutungen durch vielfältige Reformansprüche und dem Wunsch nach verschiedenen Formen der Sozialstaatsintervention: nach einer schützenden, einer umverteilenden und auch einer steuernden Wohlfahrtsstaatspolitik. Dieser starke Anspruch an den Sozialstaat ist typisch für Soziale Gemeinwohldemokrati:nnen. Dazu gehört auch bei vielen der Beschäftigten (nicht bei allen), die auf dieses Muster zurückgreifen, ein Plädoyer für eine dekommodifizierende Arbeitsmarkt- und Sozialversicherungspolitik, das teilweise mit dem Stichwort des bedingungslosen Grundeinkommens verbunden wird. Gemeint sind dabei aber nicht vorliegende Grundeinkommenskonzepte, sondern die Idee der Sanktionsfreiheit und deutliche Erhöhungen der Transferleistungen, so dass niemand gezwungen wird, eine Lohnarbeit anzunehmen. Hier ähneln entsprechende Deutungen denen, auf die ich auch in Kapitel 5.2 hingewiesen habe. Typisch für Soziale Gemeinwohldemokrat*innen ist insofern nicht das Ja zum bedingungslosen Grundeinkommen, sondern eine Haltung, die stark von Empathie für Erwerbslose geprägt ist. Wünsche nach einer strafenden Sozialpolitik, wie sie gelegentlich bei anderen Gesprächspartner*innen auftauchten, sind dem Muster Soziale Gemeinwohldemokratie jedenfalls fremd.

Laut Frank sollten sich an der Finanzierung des Staates nicht nur diejenigen in stärkerem Maße beteiligen, die hohe Einkommen haben, die staatliche Politik sollte darüber hinaus stets von der Frage geleitet sein »was bringt mir das für die Gesellschaft. Nicht, was bringt das dem Einzelnen, sondern was bringt das der Gesellschaft?« Frank sagt es nicht wortwörtlich, m.E. wird mit dieser Frage aber eingefordert, der Staat solle gemeinwohlorientiert wirken. Bereits im vorherigen Gesprächsverlauf war schließ-

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

lich deutlich geworden, dass er die wirtschaftlichen Interessen der Unternehmen diesem Gemeinwohl gegenübergestellt, während er es tendenziell mit den Interessen und Ansprüchen der Lohnabhängigen identifiziert. Der gemeinwohlorientierte Staat, den Frank sich wünscht, so ließe sich zuspitzen, setzt sich für die Anliegen der abhängig Beschäftigten ein.

Finanziert werden soll eine gesellschaftsdienliche Politik einerseits durch eine stärkere Besteuerung Vermögender, andererseits durch die Einsparung überflüssiger Staatsausgaben, beispielsweise im Verteidigungsetat:

> »Dann könnte man eine Reichensteuer machen. Mein Chef, der so viel Geld hat, was will der mit dem Geld? Dem würde doch viel weniger reichen, da könnte man dem viel wegnehmen, dann würde der immer noch nicht am Hungertuch nagen. Auf jeden Fall eine Umverteilung von Reichtum. Da gibt es dann auch Bereiche beim Staat, da könnte man gewaltig einsparen. Bundeswehr zum Beispiel. Ich sehe halt nicht, dass wir so eine Kriegsarmee bräuchten mit Kampfflugzeugen, Panzern, Drohnen und was weiß der Teufel was. Man muss auch wieder drüber diskutieren, dass wir praktisch eine Staatsarmee brauchen, dass jeder seinen Dienst am Land leistet, wir bräuchten nicht mehr als eine Verteidigungsarmee. Viel Geld fließt ja auch als Steuersubventionen für Abschreibungen, dass hier irgendwelche Kreuzfahrtschiffe abgeschrieben werden. Ich glaube, da könnte der Staat auch jede Menge einsparen.«

Konkret bedeutet die Gesellschafts- oder Gemeinwohlorientierung für Frank, dass der Staat den Menschen ein gutes Leben in Sicherheit ermöglichen soll. Er selbst sagt das nicht in diesen Worten, jedenfalls nicht exakt so. Es ist vielmehr die Quintessenz seiner Überlegungen. Diese zeigt sich in einer Reihe von Forderungen, die sich auf unterschiedliche Bereiche beziehen. Das Plädoyer für andere Bildungs- und Pflegepolitik, verbindet Frank mit der Fürsprache für Verstaatlichungen und eine andere Wohnungs- und Wohnraumpolitik:

> »Erstmal öffentlichen Nahverkehr kostenlos machen. Dann Verstaatlichung von Strom und Telefon, das alles wieder in staatliche Hand zurückholen. Dann sozialer Wohnungsbau. Gerade in den Großstädten muss sozialer Wohnungsbau sein. Und vor allen Dingen, dass die Leute nicht irgendwo in Randgebiete nach weit außerhalb getrieben werden. Ich war ja auch schon in Kreuzberg und habe das auch schon mitgekriegt, wie da Verdrängung stattfindet. In Frankfurt ist ja auch, da wo die EZB da gebaut hat und rundrum die alten Gebäude, wird dann versucht aufzukaufen, um da dann moderne teure Wohnungen hinzustellen und so.«

Insofern wünscht sich Frank eine Sozialstaatspolitik des Öffentlichen, durch die Infrastruktur und öffentliche Güter zur Verfügung gestellt werden. Und an anderer Stelle heißt es:

> »I: Die Sachen, wo Du meintest, die müssten verstaatlicht werden. Strom, Wasser, Öffentlicher Nahverkehr, sozialer Wohnungsbau. Warum die? Warum muss das verstaatlicht werden?
> F: Das, was die Leute zur Grundversorgung brauchen, damit sie leben können, das darf

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

> meiner Meinung nach nicht dem Kapitalmarkt überlassen werden. Genauso ist es meiner Meinung nach mit Lebensmitteln.«

Die Frage, weshalb etwas vom Staat, nicht aber von profitmaximierenden Unternehmen bewirtschaftet werden soll, ist keineswegs trivial. Wie im Folgenden noch zu zeigen sein wird, plädieren auch Beschäftigte, die auf andere soziale Deutungsmuster zurückgreifen, gelegentlich für die Re-Verstaatlichung einzelner Sektoren (siehe Kap. 5.3.4). Franks Plädoyer ist – zumindest im Ansatz – weitergehend. »Grundversorgung« steht hier, ähnlich wie dies in jüngeren politischen Diskussionen über eine neue Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik der Fall war, dafür, zum Wohlergehen und zur freien Entfaltung beizutragen. In den Diskussionen über eine »Ökonomie des Alltagslebens« geht es darum den sozialen Konsum grundlegender Güter und Dienstleistungen (von der Wasserversorgung über Schulen bis zu Pflegeeinrichtungen) zu gewährleisten, (Foundational Economy Collective 2019, 33), damit ein freies und gutes Leben für alle möglich wird.

Es geht um die Bereitstellung unverzichtbarer Alltagsgüter (ebd., 36). In der Tendenz spricht auch Frank über die Grundversorgung in ähnlicher Weise. Die Frage aber bleibt: Warum sollten bestimmte Güter und Dienstleistungen nicht privatwirtschaftlich organisiert werden? Franks Antwort ist simpel: Staatlich zu organisieren sind diese Bereiche, weil kapitalistische Unternehmen reine Profitinteressen verfolgen:

> »Weil es in einer Privatwirtschaft immer nur drum geht Gewinne zu erzielen. Das heißt, es verteuert sich ja nur. Wenn ich überlege Telefon, da hieß es, wir privatisieren alles, dadurch wird das Telefonieren billiger. Also ich zahle jetzt mit meinem ganzen Telefon, was ich alles habe… Ich meine, gut, vieles gab es früher nicht, da hatten wir ein Festnetztelefon. Da haben meine Eltern im Monat 40 DM gezahlt, 20 Euro. Ich zahle für meinen Handyvertrag, den ich habe, 60 Euro. Dann kommt noch der Telefonanschluss daheim mit dem schnellen Internet. Das sind dann nochmal vierzig Euro.«

Profitinteressen werden von Frank hier nicht als Ursache guter Warenproduktion, sondern von Nachteilen gesehen. Eine weitere wichtige staatliche Aufgabe ist es laut Frank gute Bildung zugänglich zu machen. Befähigende Sozialstaatspolitik spielt für ihn eine wichtige Rolle. Zum einen soll eine gute Bildung dazu beitragen ein anderes Miteinander zu ermöglichen. Bildung soll dem Egoismus in der Gesellschaft entgegenwirken, insofern, so lässt sich Frank zumindest interpretieren, ist Bildung für ihn auch ein Beitrag zu einer Gemeinwohlpolitik:

> »F: Bildung ist ja wichtig, damit wir uns weiterentwickeln könne. Und dass sich die Leute einbringen können in die Entwicklung von so einem Land.
> I: Wie beurteilst Du die Art, wie Bildung bei uns organisiert wird?
> F: Erstmal muss sie kostenlos sein. Aber ich glaube, im Schulsystem müssten auch andere Akzente gesetzt werden, so zu Allgemeinbildung. Wir erleben ja auch, dass es immer mehr Egoismus gibt und immer weniger Zusammenhalt in der Gesellschaft. Ich glaube, da müsste man schon in der Bildung früher anfangen das zu fördern. Also die Gemeinschaft und nicht der Einzelne.«

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Für Frank hat Bildung insofern nicht nur einen wirtschaftlichen Sinn, also beispielsweise Kindern und Jugendlichen möglichst gleiche Chance auf den Arbeitsmärkten bzw. für den sozialen Aufstieg zu geben. Das ist auch ein wichtiges Thema in anderen Interviews, im Deutungsmuster Soziale Gemeinwohlorientierung ist die Forderung nach einer befähigenden Sozialstaatspolitik aber mehr als ein Mittel zum Zweck, damit junge Menschen besser im Wettbewerb stehen können. Auch bei Frank fehlt es nicht völlig, allerdings greift er es in umgekehrter Weise auf, indem er die gewachsenen Anforderungen auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt anspricht. Einfache Schulabschlüsse, so seine Schlussfolgerung, reichen heute überhaupt nicht mehr aus.

> »F: Ich habe mich mit Eltern unterhalten und höre, bei mir in der Gesamtschule, auf die ich gegangen bin, da gibt es jetzt eine Hauptschulklasse, eine Realschulklasse und vier Gymnasialklassen. Ich glaube nicht, dass die Kinder heute schlauer sind wie wir früher. Irgendwas stimmt da doch nicht. Oder ist die Bildung so viel besser geworden, dass alle jetzt so gut sind, dass sie Gymnasium machen können? Und studieren können?
> I: Weil jetzt mehr Kinder Abitur machen?
> F: Ja. Oder sind die Ansprüche gesenkt worden? Ich sag mal, zu meiner Zeit war es noch so, die die Hauptschule gemacht haben, die waren die, die dann handwerklich tätig waren. Und da galt ja ein Hauptschulabschluss was. Da konntest du jede handwerkliche Tätigkeit aufnehmen. Heute musst du ja teilweise schon Abitur vorlegen, Realschulabschluss ist das Mindeste, und das muss schon ein guter sein, und am besten ist, wenn ich mich als Mechatroniker mit Abitur bewerbe. Da stimmt doch was nicht.«

Kurz: Ohne mittleren oder höheren Bildungsabschluss sehen die beruflichen Zukunftschancen von Jugendlichen schlecht aus. Frank interessiert sich darüber hinaus für das bedingungslose Grundeinkommen, weil eine sanktionsfreie Mindestsicherung den Zwang aufheben würde, einer Lohnarbeit nachzugehen. Allerdings: für ihn ist weniger entscheidend, dass er dann nicht arbeiten müsste, sondern dass innerhalb der Arbeitswelt bzw. auf dem Arbeitsmarkt dann das Machtverhältnis umgekehrt würde. So zumindest lässt sich Frank interpretieren. Die Unternehmen müssten sich um die Beschäftigten bemühen, nicht umgekehrt:

> »Dafür spricht, wenn es auf der richtigen Höhe ist, dass ich sage, ich kann damit mein Essen und Wohnung und das alles bezahlen, um zu überleben, brauche ich nicht arbeiten gehen. Das würde den Arbeitsmarkt ja umdrehen. Diejenigen, die jetzt Arbeitgeber sind, müssten sich drum kümmern, dass wir, die jetzt noch Arbeitnehmer sind, sagen, okay, ich biete dir meine Dienstleistungen da an. Ich bin bereit, für dich zu arbeiten. Und heute ist ja andersrum. War ja schon, als wir Richtung zwei Millionen Arbeitslosen gingen, war das Geschrei ja schon groß, ›wir müssen aus dem Ausland Arbeitskräfte ranholen, wir haben hier keine mehr‹. Aber die Sache war ja so, dass sie hier für das Geld, was sie anbieten, keine Leute gefunden haben. Und die jetzigen Arbeitgeber wollen ja immer, dass die Ressource Arbeitskraft größer wie die Nachfrage. Und nicht andersrum.«

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Zwischen Franks betrieblichen Erfahrungen mit einem »kundendorientierten Missachtungsregime«, wie ich es oben nannte, und seiner Neugierde einem bedingungslosen Grundeinkommen gegenüber, besteht also durchaus ein Zusammenhang – immerhin wären Beschäftigte nicht mehr dazu gezwungen sich zu unterwerfen, sondern Unternehmen darauf angewiesen sich um das Wohlwollen der möglichen Beschäftigten zu bemühen. Das Grundeinkommen, so ließe sich Franks Deutung zuspitzen, begreift er insofern in der Tendenz als Mittel innerhalb einer gesellschaftlichen Machtauseinandersetzung. Hiervon zeugt auch der Hinweis auf die »Arbeitskräftepolitik« der Unternehmer*innen, die darauf zielte das Angebot auf den Arbeitsmärkten hoch zu halten, indem Zuwanderung organisiert werden sollte, obwohl von einer Vollbeschäftigungssituation keine Rede sein konnte.

Umfassendere sozialpolitische Reformwünsche sind typisch für die Sozialen Gemeinwohldemokrat*innen. Neben einer schützenden (siehe Grundeinkommen) und befähigenden Sozialstaatspolitik gehören dazu auch Wünsche nach Umverteilung und eine Politik des Öffentlichen, wie ich abschließend anhand von Ausführungen von Beschäftigten aus dem Industrie- und Pflegesektor nachzeichnen will.

Markus, Krankenpfleger

Ein weiteres Beispiel für umfangreiche Sozialstaatsansprüche findet sich bei Markus (I 13), der in einem privaten Krankenhaus arbeitet und dort an einem Streik teilgenommen hat. Als ich ihn frage, was er sofort in der deutschen Politik ändern würde, wenn er dazu die Macht hätte, antwortet er mit einer ganzen Reihe von (sozialpolitischen) Ideen:

»Also ich würde den Mindestlohn hochsetzen, deutlich. Von mir aus auf 15 Euro. Und ich würde auf jeden Fall ein bedingungsloses Grundeinkommen einführen von, weiß ich nicht, 1.500 Euro. Ich würde die Erbschaftssteuer hochsetzen. Von mir aus ab einer Million, drastisch. Und ich würde eben auch den Spitzensteuersatz senken. Ich würde die Verkehrswende einleiten. Also ich würde öffentliche Verkehrsmittel subventionieren stark. Und in der Bildung würde ich Jugendlichen und Kindern den Zugang zu Bildung kostenlos machen, auch Kultur kostenlos machen für Kinder, sagen wir mal. Also abgesehen von Kino vielleicht. Aber Museen, Theater.«

Für ein bedingungsloses Grundeinkommen ist Markus aus mehreren Gründen. Er geht davon aus, dass im Zuge des ökologischen Umbaus weitere Arbeitsplätze verloren gehen, ausdrücklich nennt er die Bereiche des Braunkohleabbaus und der Autoindustrie. Ein Grundeinkommen wäre eine gute Möglichkeit, diese Menschen aufzufangen – ohne Stigmatisierung und ohne Zwang, irgendeinen Job anzunehmen. Wichtig ist ihm, dass kein großer Druck auf Erwerbslose ausgeübt wird, um dem Einzelnen bessere Entwicklungsmöglichkeiten zu bieten:

»Dann muss es eben auch klappen, dass das wirklich dann bedingungslos ist und eben auch gewisse Möglichkeiten bieten, um sich zu entfalten, beinhaltet. Ne, also ich meine, ich bin auch der Meinung, dass, wenn man dann eben einen Job macht, einen sinnvollen oder nicht sinnvollen durchaus, dass man dadurch mehr verdienen sollte. Aber man sollte auch Entfaltungsmöglichkeiten durch dieses bedingungslose Grundeinkommen haben.«

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Jörg, Industriearbeiter

Einen starken Ausbau des Sozialstaates wünscht sich auch der bereits zitierte Jörg (I 31), der bei einem Automobilzulieferer beschäftigt ist. Jörg wiederholt, als ich ihn danach frage, was er in der deutschen Politik verändern würde, auch nach konkreten Reformvorschlägen, zunächst Punkte, die er bereits zuvor im Gespräch zum Thema gemacht hatte: ein längeres gemeinsames Lernen in der Schule, eine andere Steuerpolitik, eine ökologische Landwirtschaftspolitik. Aber er erweitert diese Perspektive auch, bringt Verstaatlichungen ins Spiel, die letztlich ebenso dem Gemeinwohl dienen sollen, wie auch die bessere Besteuerung des Großkapitals, die er vorschlägt. Banken und Versicherungen, so Jörg, würde er in jedem Fall verstaatlichen. »Dass die Staaten die Hoheit des Geldes nicht haben, verstehe ich nicht, immer nur zugucken, wie Geld die Welt regiert.« Aber auch andere Bereiche würde er vom Markt nehmen, ausdrücklich spricht er dabei vom Krankenhaussektor, aber auch von der Altenpflege. In beiden Fällen stört er sich am Gegensatz einer gebrauchswertorientierten Pflege- und Sorgearbeit einerseits, der Notwendigkeit Geld damit zu erwerben, Gewinne zu machen, andererseits. Mit Blick auf die Altenpflegearbeit lässt er wissen:

»Was mich auch umtreibt, das ist der Umgang mit den Älteren in den Pflegeheimen, wie das organisiert ist, wie die Pflegekräfte bezahlt werden. Ich denke, es ist wie es ist, weil es schlecht finanziert ist und teilweise auch privatisiert ist. Dass das gewinnmaximierend laufen muss, das würde ich auch gerne ändern. Wenn man alt ist und gepflegt werden muss, und wenn man denn sterben muss, dann soll man auch würdevoll sterben. Und nicht irgendwie durch Medikamente ruhiggestellt.«

Neben einer gemeinwohlorientierten Verstaatlichungspolitik spricht sich Jörg für einen grundlegenden Richtungswechsel in der Arbeitsmarktpolitik aus. Prekäre und atypische Beschäftigungsformen wie Leiharbeit und Befristungen begreift er nicht als Mittel zum Zweck, um Beschäftigung zu schaffen, sondern als Beschäftigungsform, die Machtinteressen der Unternehmen entgegenkommen:

»Aber wann wird denn in einer Firma eingestellt? Ja, wenn Beschäftigung da ist. Wie wird eingestellt? Das macht man am liebsten über Werkverträge, über Leiharbeit, über Befristungen, weil man die Leute dann wieder, wenn man das nicht braucht, abmelden kann. Das ganze Risiko wird ja auch die Beschäftigten abgewältz, das hat ja in den letzten 20 Jahren stattgefunden.«

Und weiter:

»Bei uns in der Firma wird nicht eingestellt, weil man die Leute wieder loswerden kann, sondern wir stellen ein, weil wir sie brauchen. Das ist genau der Punkt. Dass der Unternehmer dann Regeln braucht, mit denen er arbeiten kann, ja klar. Die muss er aushandeln mit mir, mit dem Interessenpartner. Wie gehen wir damit um? Aber das wollen die ja gar nicht, die wollen ja nicht diskutierten, die wollen frei schalten und walten wie sie wollen. Darum wollen die Leiharbeit, brauchen sie dann ja nur noch abmelden.«

Vor diesem Hintergrund kritisiert Jörg auch die Hartz-4-Mentalität und spricht sich – nicht ohne Widersprüche – für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens aus. Unter Hartz-4-Mentalität versteht er die sozialpolitische Grundannahme, »ich muss die Leute nur genug drangsalieren und kürzen, dann gehen die auch arbeiten.« Das, so Jörg, sei sowohl unrealistisch als auch ungerecht. Unrealistisch ist es in seinen Augen, weil nur eine sehr kleine Minderheit der Erwerbslosen tatsächlich keiner Erwerbsarbeit nachgehen

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

wolle, hierin also nicht der Grund für die Massenarbeitslosigkeit zu finden sei. Eingestellt werde, so argumentiert er bereits vorher im Gespräch, wenn Betriebe aufgrund der Marktentwicklung Arbeitskräfte brauchen. Ungerecht sei es, weil Erwerbslose bereits nach einem Jahr des Bezuges von Arbeitslosengeld I in das Arbeitslosengeld II wechseln und somit die vorherige Erwerbsleistung, Berufserfahrung, Qualifikation und auch Einzahlung in das Versicherungssystem entwertet werde. »Und dann muss ich jeden Job annehmen, da ist meine Ausbildung und meine Berufserfahrung völlig egal, was sind da meine 30 Jahre Berufserfahrung vorher noch wert?«

Zusammenfassend lässt sich sagen: Franks Deutungen kreisen um Verteilungs- und Machtkonflikte zwischen abhängig Beschäftigten und Unternehmen bzw. Vermögenden, deren Ergebnis kritikwürdige Ungleichheiten sind. Auch wenn er selbst nur tastend auf Formulierungen wie »Klassengesellschaft« bzw. »Arbeiterklasse« zurückgreift, stellt er so doch einen Zusammenhang her zwischen dem Glück der einen und dem Unglück der anderen. Dies gilt für den Betrieb, in dem er arbeitet, ebenso wie für die ganze Gesellschaft.

In beiden »Bereichen« misst er bzw. kritisiert er die Zustände an einem Gemeinwohlanspruch. Darunter versteht er, dass dann für das Gemeinwohl gesorgt ist, wenn die Interessen von abhängig Beschäftigten aufgegriffen werden und für ihr Wohlergehen gesorgt ist. Störer*innen dieses »Gemeinwohls der Lohnabhängigen« sind – anders als im Sozialrebellischen Nationalismus – nicht Migrant*innen, sondern diejenigen, die für niedrige Löhne und soziale Unsicherheit sorgen, also ein Teil der politischen Parteien und »die« Unternehmen. Die Abgrenzung von Fremdenfeindlichkeit wirkt in diesem Zusammenhang durchaus identitätsstiftend.

Der Bezug auf ein »Gemeinwohl der Lohnabhängigen« wird auch deutlich in seiner kritischen Bezugnahme auf umwelt- bzw. klimapolitische Vorschläge. Kurz: Klimaschutzpolitik ja, aber nicht auf Kosten der abhängig Beschäftigten. Seine Ansprüche an den (Sozial-)Staat wurzeln in dieser Gemeinwohlorientierung. Vermögende sollen stärker zu dessen Finanzierung beitragen, staatliche Leistungen sollen der Gesellschaft und damit in erster Linie den abhängig Beschäftigten dienen – durch eine absichernde (z.B. Rente) und befähigende (z.B. Bildung) Politik. Dass eine solche Politik nicht betrieben wird, führt Frank mehr oder weniger ausdrücklich auf die Macht des Geldes bzw. die durch Reichtum gegebene Möglichkeit zu effizienter Lobbypolitik zurück.

5.3.4 Die (Enttäuschten) Sozialliberalen

Ein weiteres wichtiges Deutungsmuster ist der (Enttäuschte) Sozialliberalismus, der sich sowohl von Sozialrebellischen Nationalismus, als auch von der Sozialen Gemeinwohldemokratie deutlich unterscheidet. Auch in diesem Deutungsmuster werden betriebliche Entwicklungen kritisiert, gehen Betriebs- und Gesellschaftskritik Hand in Hand.

Die Deutungen der Gesellschaft sind durch Oben-Unten-Unterschiede und die Wahrnehmung einer dreigeteilten Schichtung gekennzeichnet. Beides teilt der Sozialliberalismus mit dem Muster Soziale Gemeinwohldemokratie, in dem allerding

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Gegensatzdeutungen zwischen Oben und Oben dominieren, nicht Unterschiedsdeutungen. Die Gesellschaft ist innerhalb des (Enttäuschten) Sozialliberalismus kein Raum, der stark durch Interessengegensätze oder gar Ausbeutungsbeziehungen aufgespannt wird – auch wenn in Gesprächen, in denen dieses Deutungsmuster zu finden war, unterschiedliche Interessen durchaus Thema werden konnten. Allerdings nahmen sie nicht keinen zentralen Platz ein. Eine rebellische oder kämpferische Haltung gegenüber »den anderen«, die in der Klassengesellschaft oben sind, zeichnet sich insofern nicht ab. Das ist ein wichtiger Unterschied gegenüber dem Muster Soziale Gemeinwohldemokratie, wenngleich es im Sozialliberalismus durchaus Anknüpfungspunkte für eine solche Abgrenzung gibt. Harte oder klare Schuldzuschreibungen an ein gesellschaftliches Oben sind aber »an sich« nicht charakteristisch.

Parteien und politische Entscheidungsträger*innen werden durchaus kritisiert, ähnlich wie in anderen Deutungsmustern wird auch in diesem diagnostiziert, dass Besitzende einen zu großen Einfluss auf die Politik haben. Zu einer zugespitzten Kritik oder gar Verurteilung führt das aber nicht notwendigerweise. Eine polarisierte Teilung zwischen »uns hier unten« und »denen da oben«, zu denen auch das politische Establishment gehört, gibt es nicht.

Wichtig ist: Die (interessen-)politische Handlungsorientierung ist vielleicht nicht durch Optimismus geprägt, wohl aber vom Glauben an die Gestaltungsfähigkeit der betrieblichen und auch der gesellschaftlichen Verhältnisse. Es handelt sich um *liberaldemokratische Deutungen* des politischen Feldes, für die drei Merkmale typisch sind. Erstens wird die demokratische Teilhabe gewertschätzt. Zweitens wohnt diesen Deutungen ein gewisser »Antiradikalismus« inne, die Spielregeln der liberalen Demokratie sollen gewahrt werden, Politik soll »seriös« sein. Drittens mögen Unzufriedenheiten über die Politiker*innen durchaus eine wichtige Rolle spielen, eine tiefere Spaltung zwischen Volk und den politischen Eliten wird aber nicht sichtbar – tiefe Enttäuschung über Parteien und Politiker*innen möglicherweise, aber kein Antagonismus. Das unterscheidet den Sozialliberalismus sowohl vom ausgrenzenden Populismus des Sozialrebellischen Nationalismus, als auch von der popular-demokratischen Orientierung innerhalb des Musters Soziale Gemeinwohldemokratie.

Weder die kritischen Diagnosen zu Betrieb und Gesellschaft, noch die (interessen-)politische Handlungsorientierung münden in der Wahrnehmung, das Verhältnis zwischen Unternehmen und abhängig Beschäftigten sei durch starke Interessengegensätze strukturiert. Vielmehr zeichnet sich die Vorstellung ab, ein Ausgleich zum Wohle aller sei möglich, wenngleich zu diesem Zweck auch eigene Interessenpolitik nötig ist.

Ohne dass Interviewte dies in diesen Worten ausdrücken würden, zeichnet sich – mal implizit, mal explizit – das Ideal einer sozial regulierten Wirtschaft ab, in der für das Wohl der abhängig Beschäftigten gesorgt ist. Eine scharfe Kritik an gesellschaftlichen Zuständen fehlt, die formulierte Gesellschaftskritik ist eher moderat. Eine Forschergruppe um den Jenaer Soziologen Klaus Dörre ist bereits vor einigen Jahren auf ähnliche unterschiedliche Gruppen von Gesellschaftskritiker*innen unter Industriearbeiter*innen gestoßen: Auf der einen Seite prononcierte Kritiker*innen der gesellschaftlichen Entwicklung (in meinem Fall: die Gemeinwohldemokrat*innen), auf der anderen Seite die Moderaten (hier: die Sozialliberalen), die zwischen Kritik und positiven Bewertungen changierten (Dörre/Matuschek 2013, 46). Kapitalismuskritik im

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Sinne einer systematischen Reflexion über objektive Interessengegensätze, Profittriebe oder Profitzwänge, spielt kaum eine Rolle bei (Enttäuschten) Sozialliberalen – allerdings fehlen ebenfalls positive Vorstellungen einer »guten Marktwirtschaft«.

Orientieren sich Soziale Gemeinwohldemokrat*innen stärker an Idealen der Gleichheit, so spielt für Sozialliberal Leistungsgerechtigkeit eine größere Rolle, auch wenn das mitnichten in Rechtfertigungsreden sozialer Hierarchien mündet. Der Sozialstaat spielt vor diesem Hintergrund eine wichtige Rolle, er soll vor Armut und Risiken schützen und Chancengleichheit gewährleisten. Typisch für den Sozialliberalismus sind insofern Forderungen nach einer schützenden und befähigenden Sozialpolitik, punktuelle Forderungen nach einer Sozialpolitik des Öffentlichen und Umverteilung sind möglich.

Von einem (Enttäuschten) Sozialliberalismus ist insbesondere aus drei Gründen hier die Rede: Erstens aufgrund der (latenten) Orientierung an einer sozialen kapitalistischen Wirtschaft. Zweitens aufgrund der demokratisch motivierten Skepsis gegenüber zu großer politischer Radikalität, also einer Orientierung an einer Art fortschrittlichem Pragmatismus. Drittens – und damit verbunden – aufgrund einer Ablehnung von Rechtsradikalismus und Rassismus. Beschäftigte, die dieses Deutungsmuster artikulierten, sind in der Regel offen für den Klimaschutz. Allerdings sind sie dabei pragmatisch. Das kann einen Grund in der Sorge um Arbeitsplätze haben, muss es aber nicht. Andere Erklärungen sind möglich, etwa das Interesse an einer praktischen (schnellen) Umsetzbarkeit. In jedem Fall folgt auch daraus eine Skepsis gegenüber zu großer Radikalität.

Wie das Deutungsmuster Soziale Gemeinwohldemokratie ist auch der Sozialliberalismus von einer Kette wahrgenommener Probleme gekennzeichnet. Allerdings sind sie in eine liberaldemokratische, nicht in eine antagonistische popular-demokratische Deutung der gesellschaftlichen Beziehungen und Grundorientierung eingebettet.

Ich habe in Klammern ein (Enttäuscht) vorangestellt, weil einzelne Gesprächspartner*innen, die auf dieses Deutungsmuster zurückgegriffen haben, enttäuschte ehemalige Anhänger*innen der SPD oder Grünen waren. Kurz: Sie fühlten sich politisch nicht repräsentiert. Bei anderen Interviewten fand sich dieser Zug der Enttäuschung nicht, sie gaben sich als Wähler*innen des mitte-links-Spektrums zu erkennen. Da es sich zwischen den Gesprächspartner*innen um den einzigen wirklich markanten Unterschied handelte, habe ich darauf verzichtet einen eigenen Deutungsmustertyp darzustellen. Artikuliert wurde das Muster (Enttäuschter) Sozialliberalismus von etwas mehr einem Viertel der Interviewten, überwiegend von Beschäftigten aus der Industrie, aber auch von zwei Beschäftigten aus Lagern und zwei Pflegekräfte.

Sozialporträt Jens – Der Enttäuschte Sozialliberale

Die Logik dieses Deutungsmusters möchte ich anhand des Sozialporträts des Arbeiters Jens nachzeichnen. Jens (I 21) arbeitet in einem Industrieunternehmen, das als Zulieferer für die Automobilindustrie tätig ist. Er gehört zu den Gewerkschaftsmitgliedern, die in der letzten Tarifauseinandersetzung aktiv waren, bei der auch gestreikt wurde.

Mittefünfzigjährig ist er bereits – mit einer kurzen Unterbrechung – seit den späten 1980er Jahren im Unternehmen beschäftigt. Eine lange Zeit also, auf die er durchaus nostalgisch zurückblickt. In diesem Blick zurück werden verschiedene Verschlechterungen sichtbar (ähnlich für ältere Angehörige von Stammbelegschaften: Wolf 2018, 163–164). Da er zuvor als Bäcker gearbeitet hatte, war der Einstieg in den Industriebe-

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

trieb für ihn eine Art Aufstieg, die Arbeitszeiten waren im neuen Job besser und so auch der Lohn, »früher konnte man hier richtig dickes Geld verdienen. […] Da hat man halt gedacht ›oh super, passt ja‹.«

Heute ist das anders. Jens ist unzufrieden mit der Situation im Betrieb und Jens ist auch unzufrieden damit, wie es in der Gesellschaft zugeht. Ein Bruch in seiner persönlichen Aufstiegsgeschichte prägt zumindest sein Bild, das er sich von den Vorgängen im Betrieb und in der Arbeitswelt macht. Ein scharfer Gesellschaftskritiker ist er aber nicht, seine Anliegen sind moderat, wenn auch unerfüllt, und er formuliert sie auch auf eine moderate Art und Weise. Extremismen schrecken ihn ab. Ein rebellischer Gestus, wie er etwa in den gegensätzlichen Deutungsmustern Sozialrebellischer Nationalismus und Soziale Gemeinwohldemokratie zu finden ist, fehlt. Gewerkschafter ist er, »weil ich halt denke, dass man halt was erreichen kann oder beziehungsweise, man muss die Leute schützen.« Im Mittelpunkt des Gespräches, das ich mit ihm geführt habe, stehen soziale Themen. Aber in unserem Interview kommen wir auch auf anderes zu sprechen, beispielsweise auf Rassismus oder den Klimawandel.

Der Betrieb als Ort von Last und Ungerechtigkeit

Jens ist Betriebsratsmitglied, spielt aber im Gremium keine führende Rolle (mehr). Insgesamt ist er unzufrieden damit wie es im Betrieb läuft. Das hat mehrere Gründe. Die eigentliche Arbeitstätigkeiten, die er an der Maschine machen muss, stören ihn nicht. Brisant sind für ihn zuallererst die sozialen Beziehungen im Betrieb. Insbesondere das mehr als angespannte Verhältnis zum Betriebsleiter treibt ihn um. Für ihn nicht genehme Betriebsratsentscheidungen »[…] gab es immer Retourkutschen.« Jens Erzählungen werden also von einer längeren Konfliktgeschichte geprägt. Nicht zuletzt kritisch sieht er die ungleiche Behandlung der Beschäftigten durch die Unternehmensleitung.

> »Und die Leute, die er braucht, die werden gehätschelt. Die Leute, die kritisch sind und schon länger hier sind und die ihn von früher kennen, die will er am liebsten alle rausschmeißen.«

Andere werden dagegen systematisch schlechter behandelt,

> »[…] die haben halt manchmal Personen, auf die haben sie sich eingeschossen, dann wird immer wieder und immer wieder beim kleinsten […] Anlass, wo man hebeln könnte, wird sofort gehebelt. Und andere Leute dürfen sich Sachen rausnehmen, wo ich denke ›puh‹.«

Das Betriebsklima, so lässt sich zumindest Jens Wahrnehmung zusammenfassen, ist nicht gut. Hinzu kommt ein gewisser Arbeitsdruck, ein »hoher Termindruck«, wie er sagt. Ein Druck, der den Betrieb für ihn zum abschreckenden Ort macht. »Das ist mittlerweile so, man nimmt das mit nach Hause. Man nimmt das richtig dick, fett mit nach Hause und am Freitagmittag gefühlte Erleichterung.«

Und etwas später im Gespräch heißt es dann:

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

> »Weil jetzt zum Beispiel, mein Kollege ist um zwölf heimgegangen, ich müsste jetzt acht CNC-Maschinen nicht nur bestücken, sondern auch einrichten, Programme schreiben, die Programme abstimmen. […] Und da fühlt man sich halt schon manchmal gerade so ein bisschen überfahren.«

Im Prinzip fehlen die Rahmenbedingungen, damit er seine Arbeit angemessen erledigen könnte. An einer anderen Stelle des Gesprächs versucht Jens diesen alltäglichen Arbeitsdruck zu veranschaulichen. Die Maschinen müssen laufen, deshalb muss Jens hetzen. Hinzu kommen Unterstützungsbedürfnisse von Kolleg*innen, Kooperation wird für ihn zur Zusatzlast.

> »Und da ist halt immer ein gewisser Druck da, dass diese Maschine alle laufen, dass das dauernd bestückt werden muss und das muss einfach brummen. […] Dann war halt dieser äh Crash, den der Kollege gefahren hat, wo ich mir also Gedanken machen musste, wie ich das hinkriege. Aber ich habe es ja jetzt von der Backe. Und dann kommen, obwohl ich kein Vorarbeiter bin, kommen dann die Kollegen zu mir und kannst du mal da anrufen, kannst du mal hier helfen. Man macht gerade was, dann kommt schon der nächste und kreischt von hinten, ›ey, warte, ich brauche was‹.«

Insgesamt wünscht sich Jens eine faire Behandlung der Beschäftigten durch Vorgesetzte, eine bessere Bezahlung und angemessenere Arbeitszeiten, um die Arbeitslasten schultern zu können.

> »Ich glaube, wenn die Leute halt auch ein bisschen weniger Arbeitszeit hätten, weil man kommt her und muss hier acht Stunden Vollgas geben. Das ist jetzt in allen Abteilungen, ob jetzt da oder sogar die Instandhaltung. Die haben auch eigentlich fast nie pünktlich Feierabend oder wenn die sich gerade umziehen wollen, dann geht wieder irgendwas kaputt, dann müssen sie da wieder antanzen.«

Der Betrieb ist für Jens, fasst man seine Deutungen zusammen, ein Ort der Ungerechtigkeit und der Belastung, ein Ort, an dem ein respektvoller Umgang fehlt. Die betrieblichen Sozialbeziehungen bereiten ihm Unbehagen. Die Verantwortung dafür sieht er beim Betriebsleiter. Allerdings führt er die Probleme eher auf Inkompetenz oder eine fasche Haltung der Person zurück. Personalisierende Kritik ist nicht ungewöhnlich, denn es sind ja Menschen, die Entscheidungen treffen, sie umsetzen und sich dabei in eine Beziehung zu denen setzen, die sie umzusetzen haben. Respekt und Anerkennung ebenso wie Missachtung sind zwischenmenschlich. Gleichwohl: Im gesamten Gespräch, das ich mit Jens geführt habe, fehlen Versuche, diese Personalisierung mit einer Kritik an wirtschaftlichen Ursachen zu verbinden. Stellenweise tauchen im Interview durchaus Deutungen auf, die auf egoistische Wirtschaftsinteressen der Unternehmer verweisen, aber anders als im Deutungsmuster Soziale Gemeinwohldemokratie ist diese popularisierte Kapitalismuskritik im Gespräch mit Jens nicht von zentraler Bedeutung.

Angesichts seiner schlechten Erfahrungen, die er im Betrieb gemacht hat, denkt er darüber nach zu kündigen. Dass er es nicht tut liegt vor allen Dingen an fehlenden Alternativen, als Angelernter findet er in seiner Heimatregion keine vergleichbar gut bezahlte

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Arbeit. Wenn man so will: Er ist am Ort der Ungerechtigkeit und der zu hohen Belastung gefangen. Grundsätzlich ist Jens aber nicht nur mit Druck und dem betriebsinternen Führungsstil unzufrieden, ihn stört auch die Lohnhöhe, die deutlich unter dem üblichen Tarif liegt. Auch das hat etwas mit fehlendem Respekt bzw. mangelhafter Anerkennung zu tun. Seit mehr als 15 Jahren schon ist das Unternehmen aus dem Tarif ausgestiegen, brutto bedeutet das für ihn ungefähr ein Minus von 900 Euro, die er mehr hätte, würde Tariflohn gezahlt. Er fühlt sich um seinen gerechten Anteil betrogen, sein Anspruch auf Leistungsgerechtigkeit wird deutlich enttäuscht.

Ein eigenes Thema, das Jens beschäftigt, ist der mangelnde Zusammenhalt in der Belegschaft, den er wahrnimmt. Im Laufe des Gesprächs zeichnen sich zwei Aspekte ab, die für ihn für Egoismus und fehlende Gemeinschaft stehen. Einerseits kritisiert er mangelhafte Arbeitstugenden bei den Kollegen, andererseits zu geringe Solidarität in der Interessenpolitik. Gerade in seiner Kolleg*innenkritik zeigt sich Jens Leistungsorientierung:

> »Die machen, was sie wollen oder wie es denen am besten passt. Und wenn man denen dann sagt, ›hier, könnt ihr da mal‹, da wird man immer nur ausgelacht. Oder das wird halt nicht für voll genommen. Das sind halt so die alltäglichen Schwierigkeiten. Es könnte halt vieles besser laufen. Viele Leute, die nicht ehrlich sind, die nur ihren Vorteil suchen. Viele denken auch, sie machen schon zu viel für das Geld, was sie verdienen und sagen dann, das ist nicht meine Aufgabe, das mache ich nicht.«

Jens ärgert sich nicht nur über diese Kolleg*innen, weil sie nicht Leistungen erbringen wie sie sollten. Auch das wäre möglich, etwa weil auch alle anderen die Anstrengung erbringen, die Lasten schultern sollen, denen man sich selbst aussetzt. In ihrer Studie »Legitimationsprobleme in der Erwerbsarbeit« haben Forscher*innen des ISF München und des SOFI Göttingen unterstrichen, dass die von ihnen befragten Beschäftigten neoliberale Konkurrenzlogik und sozialdarwinistische Verhaltensorientierungen nicht verinnerlicht hatten. Von einer Hegemonie neoliberaler Ideologie konnte deshalb, so das Autor*innenteam, keine Rede sein. Zumindest nicht in den Köpfen ihrer Gesprächspartner*innen, bei denen es sich um nicht-prekär arbeitende Normalbeschäftigte handelte, zum Teil ebenfalls Belegschaften aus der Industrie (Kratzer/Menz/Tullius/Wolf 2015, 394–395).

So ist es auch bei Jens. Seine Kritik an der Arbeitsmoral einiger Kollegen wurzelt gerade nicht in einer neoliberalen Wettbewerbs- und Ellenbogenmentalität. Jens Kritik an den Kolleg*innen wird in der Tat durch Leistungsorientierung begründet. Seinen Groll ziehen sie sich aber zu, weil sie sein Solidaritätsbedürfnis nicht erfüllen: Die mangelhafte Einstellung zur Arbeit wird für Jens insbesondere vor dem Hintergrund der empfundenen hoben Arbeitsbelastung ein Problem. Immerhin führen Schludrigkeit und Fehler dazu, dass auch andere die Folgen tragen müssen. Kurz: Wenn andere ihre Arbeit nicht ordentlich machen, muss auch Jens die Zeche zahlen.

Leistungsbereitschaft ist für ihn wichtig, und dessen Mangel bei Teilen seiner Kollegen lässt ihn wehmütig an frühere Tage zurückdenken, als in der Werkstatt noch »Zucht und Ordnung« herrschten. »Also nicht falsch verstehen, ich bin kein Ewiggestriger«, ergänzt er. Und zuvor heißt es: »Die sollen ja nicht alles kritiklos hinnehmen, aber mal

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

zuhören und sich das mal zu Herzen nehmen.« Der betriebliche Gesamtarbeiter kann so nicht als Solidagemeinschaft und Leidgenossenschaft die Lasten schultern, die der Arbeitsalltag bereithält. Jens Kolleg*innenkritik hat tatsächlich einen regressiven Touch – weil sein nicht-neoliberaler Anspruch auf Zusammenhalt nicht erfüllt wird.

An Zusammenhalt mangelt es in der Belegschaft laut Jens auch, wenn es um die Interessenpolitik geht. Er selbst spricht von Konkurrenzdenken, von dem ihm nicht klar ist, woher das in der Belegschaft komme.

> »Wir haben vor zwei Jahren Tarifverhandlungen geführt und dann ging es dann auch um aktive Mittagspause, wo dann die Leute sich draußen hingestellt haben in der Mittagspause, haben eine Wurst gegessen. Die Arbeiter waren draußen, aus dem Büro war kaum einer draußen. Wo wir dann auch gedacht haben, ›ja, ihr profitiert auch davon, wenn wir was erreichen‹. Wir haben dagestanden und die nicht. Jetzt also nicht nur miteinander wegen der Arbeit, sondern auch zum Beispiel, wenn es um so Sachen geht. Da ist halt überhaupt kein Miteinander.«

Problem Fremdenfeindlichkeit und Rechtsruck

Im Zusammenhang mit Unstimmigkeiten und dem fehlenden Zusammenhalt in der Belegschaft spricht Jens auch über Rassismus, den er im Kolleg*innenkreis wahrnimmt. Auch die Abwertung von Mitarbeiter*innen, die aus dem Ausland stammen, zerreißt die Gemeinschaft im Betrieb:

> »Wir haben ein oder zwei Kollegen, die sind richtig rassistisch und dann haben wir halt diesen Alltagsrassismus. Wir haben hier in der Abteilung, da sind Albaner beschäftigt. Und wenn wir dann hier reden, die Abteilung will Mehrarbeit machen, dann heißt es, ›ja, der Albanerkönig mit seinen Albanern‹, so Sprüche dann halt.«

Jens grenzt sich von diesem Verhalten ab. In der Belegschaft gab es und gibt es »einen hohen Ausländeranteil«. Ein respektvoller Umgang mit diesen Kollegen ist ihm wichtig,

> »dass man halt nicht sagt, der scheiß Kanake ist blöd wie ein Mülleimer, der rafft das ja nicht. Es gibt auch Kollegen, die so reden. Dass man halt unabhängig von, wo der herkommt, was der ist, einfach ›guten Tag, guten Morgen, kann ich dir helfen, was ist?‹ sagt.«

Er thematisiert einen eigenen Lernprozess, glaubt, als jüngerer Mann selbst so gedacht zu haben. Heute sieht er die Dinge anders. Grund dafür ist eine Gegenseitigkeitserfahrung. Kollegen mit Migrationshintergrund behandeln ihn gut, also sieht er sie mit anderen Augen.

> »Und anders rum, viele von denen, so die letzten Jahre, die behandeln mich richtig mit Respekt. Viele, auch die neu angefangen haben, die fangen an mit Sie. Die haben bessere Manieren oder benehmen sich ordentlicher wie Deutsche. Die sagen dann ›können Sie mir mal helfen‹. Also das denke ich immer, wenn der dich so behandelt, dann musst du den natürlich auch ganz anders behandeln.«

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Diese Distanzierung von Rassismus und Rechtsextremismus ist typische für den Sozialliberalismus, das teilt dieses Deutungsmuster mit dem Muster Soziale Gemeinwohldemokratie. Im Gespräch, das ich mit Jens führte, taucht die Innen-Außen-Spaltung auch an späterer Stelle nochmal auf, sie ist Teil seiner Gesellschaftsdeutung. Insbesondere das »Problem Zuwanderung« beschäftigt Jens. Nicht die Zuwanderung selbst sorgt ihn. Vielmehr reibt er sich am Umgang mit Geflüchteten. Ähnlich wie im Sozialraum Betrieb gibt er hier die Maxime aus »[…] das sind auch nur Menschen. Und wenn man halt respektvoll mit denen umgeht, gehen die auch respektvoll mit einem um.«. Für die Flucht aufgrund eigener Perspektivlosigkeit zeigt er Verständnis, wütend macht ihn der Umgang mit qualifizierten Migrant*innen. In diesem Zusammenhang lässt sich auch von einer bedingungsgebundenen Solidarität sprechen, die Jens fordert:

> »Und was sollen sie denn machen, wenn sie zu Hause keine Zukunft mehr haben? Die denken sich dann, dass sie hier in Deutschland eine Chance haben. Die kriegen ja hier nichts in den Arsch geblasen. Was mich natürlich fassungslos und wütend macht, in der Tageszeitung bei uns sind ab und zu Berichte drin, da sind dann Syrer, die dann hier sind oder Afghanen, die eine Ausbildung als Altenpfleger angefangen haben. Sind zweieinhalb Jahre hier und haben im halben Jahr Abschlussprüfung. Die sollen weggeschickt werden, weil die Aufenthaltsgenehmigung abgelaufen ist, die sollen zurück in ihr Land. Die Verbrecher, die Gangster, ja, nee, das geht nicht, der muss hierbleiben, den müssen wir schützen. Da komme ich nicht mit klar. Warum eine Familie mit Kindern, der sich hier integriert, der ein Zugewinn für die Gesellschaft ist, weil er Altenpfleger werden will, der soll gehen? Und der andere, der, warum auch immer, einen umgebracht hat oder Verbrecher ist und diese marokkanischen Clans und sonst was, die werden geschützt, die haben gute Anwälte, die bleiben hier. Das ist so das, wo ich wirklich nicht mit klarkomme. Das ist, wenn die Leute herkommen mit Familie und die integrieren sich, es ist doch alles gut, da ist doch jedem geholfen. Die zahlen ja auch Steuern, wenn sie einen Job haben oder wenn sie eine Lehre anfangen, kriegen ein Gehalt oder wie auch immer Ausbildung oder so, da zahlen die auch Steuer.«

Gute Migrant*innen integrieren sich, arbeiten, zahlen steuern – und sind dann eben auch willkommen, es spricht nichts dagegen, dass sie in Deutschland leben. Schlechte Migrant*innen sind kriminell. Es wäre eine überspitzte Interpretation, würde man behaupten, Jens Aufnahmebereitschaft sei von der Nützlichkeit der Zuwandernden abhängig. Auch ein Herr-im-Haus-Standpunkt, wie er im Sozialrebellischen Nationalismus zu finden ist, fehlt völlig. Ohne es ausdrücklich zu sagen macht er seine Solidarität aber dennoch von Bedingungen und damit vom Wohlverhalten derjenigen abhängig, die einwandern wollen. Das ist ein deutlicher Unterschied zum Deutungsmuster Soziale Gemeinwohldemokratie, in dem entsprechende Nützlichkeitserwägungen fehlen.

Über Zuwanderung denkt Jens auch unmittelbar im Zusammenhang mit terroristischen Anschlägen nach, wie bereits früher im Gespräch deutlich wurde. Dabei zeigt sich eine Sorge, die ihn im Zusammenhang mit der Einwanderung beschäftigt: die mögliche Eskalationsdynamik von islamistischer und rechtsradikaler Gewalt. Terrorismus verurteilt Jens, wie aus dem weiteren Gesprächsverlauf deutlich wird, er sorgt sich aber insbesondere um die Eskalation von rechts:

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

> »Das ist halt so, jetzt wird wieder gesagt, ›ja, die Islamisten‹ und wird wieder alles wild gemacht. Und ich habe mein Bedenken, dass jetzt dann wieder diese blöden Nazis dann wieder genau auch mit so einer Scheiße anfangen. Weil sie sagen, ›ja, die haben angefangen, jetzt machen wir weiter‹.«

Typisch sozialliberal ist nicht die unbedingte Offenheit für Einwanderung, wohl aber die Abgrenzung von der AfD, die oft mit kritischen Bemerkungen über Fremdenfeindlichkeit einhergeht. Kurz: Eine wohlwollende Haltung Migrant*innen gegenüber ist mit einer starken Anti-Haltung zur äußersten Rechten verbunden.

Georg, Industriearbeiter

Sorge um die Rechtsentwicklung hat beispielsweise auch Georg, der zum Zeitpunkt unseres Gespräches etwa Mitte 50 ist, und in einem Zulieferbetrieb der Automobilindustrie beschäftigt ist (I 32). Ihn besorgen insbesondere die Erfolge der AfD, Grund dafür ist sein Wissen über die Geschichte, über die Konzentrationslager der Nationalsozialisten, in deren Traditionslinie er die Partei insofern verortet. Für Georg ist die AfD als Rechtsaußenpartei, wie er sagt, völlig inakzeptabel.

»Die neonazistischen Tendenzen bei der AfD, also zum Beispiel in der Flüchtlingspolitik, die müssen alle wieder raus, wir werden alle unterwandert und undeutsch, das geht alles nicht. Da gibt es dann auch noch eine Verdrehung von Fakten leider. Und wo das hinführt hat man ja gesehen in den USA, bei Trump und so.«

Die Flüchtlingsfeindlichkeit schreckt ihn. Dass die AfD stark abschneidet bei Wahlen führt er auf die Unzufriedenheit vieler Menschen zurück, weniger auf Gesinnung. Er sieht vor allen Dingen Protestwähler*innen, »Leute, die aus Frust rechts wählen«. »Ich erkläre mir das ein bisschen so, dass die Leute in einer Zeit von Verunsicherung sich den großen Macker suchen, der sagt, wo es langgeht.«

Herbert, Handelsbeschäftigter

Auch Herbert (I 35), Mitte 50, treibt das Erstarken der AfD um, sieht darin eines der großen Probleme des Landes. Deren Gesinnung, so lässt er im Laufe des Gesprächs gelegentlich wissen, lehnt er ab, insbesondere die Fremdenfeindlichkeit. Herbert arbeitet im Handel und hat in seinem Betrieb die Gewerkschaft mit aufgebaut, war auch im Arbeitskampf aktiv. Das Stärkerwerden der Rechten ist für ihn ein großes Problem, weil auch in seinem Bekanntenkreis immer mehr in diese Richtung neigen – zumindest deuten deren Äußeren darauf hin. Der AfD, so Herbert, gelingt es demnach »den kleinen Mann« abzuholen, »die sprechen den Leuten aus dem Herzen.« Insbesondere mit ausländerfeindlichen Parolen, glaubt er, sind sie erfolgreich. Auch das Argument, Ausländer würden Deutschen die Arbeit wegnehmen, verfängt. Er selbst sieht das anders. Bedroht sieht auch er sich nicht.

»Das sind ja gebildete Leute, die auch arbeiten wollen. Es gibt ja auch bei uns viele, die nicht arbeiten wollen. Es gibt nun mal Arbeit, die gefällt nicht jedem. […]. Und wer macht es dann hinterher? Das machen dann irgendwelche Flüchtlinge. Die wirklich froh sind, dass sie arbeiten dürfen und Geld verdienen.«

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Jan, Industriearbeiter

Ein weiteres Beispiel sind die Deutungen von Jan (I 28), der Ende 20 und als Vertrauensmann bei einem Autohersteller aktiv ist. Der Rechtsextremismus ist für ihn ein wichtiges Problem, von dem er auch vor Ort merkt, »[…] dass das auch immer stärker wird.« Prägend wirkt auf ihn in diesem Zusammenhang ein Mord aus rechtsextremen Motiven, der in seiner Heimatregion begangen wurde. Nicht nur das Erstarken der extremen Rechten, deren Weltanschauung er ablehnt, problematisiert er, sondern auch die wachsende Gewaltbereitschaft.

»Und auch die Stürmung jetzt von dem Bundestag [Kontext Coronaproteste am Brandenburger Tor, der Verf.] vor nicht allzu langer Zeit zeigt halt, wie gewaltbereit oder auch entschlossen die sind mittlerweile da vorzugehen, angefacht natürlich auch durch die Politik.«

Zum Problem wird dies alles für ihn auch, weil er sich um die öffentliche, aber auch um seine eigene Sicherheit als Gewerkschaftsmitglied sorgt. Wäre es nicht möglich, dass etwa auch die 1. Mai-Kundgebung des Deutschen Gewerkschaftsbundes von Rechtsextremen angegriffen wird? An der AfD übt er in diesem Zusammenhang scharf Kritik. Sie ist für ihn eine Partei, die nicht in den Bundestag gehört. Nicht zuletzt lehnt er sie ab, weil sie keinen konstruktiven bzw. produktiven Beitrag für die Gesellschaft leistet.

»Sie kopieren einfach nur Sachen und schüren einfach nur Feuer in Konflikten, die schon da sind, ohne wirklich sichtbare Lösungen zu bringen.«

Die Gesellschaft der Rücksichtslosigkeit

Der Betrieb ist für Jens ein Ort der Ungerechtigkeit, der fehlenden Anerkennung und der hohen Belastung. Er wirft allerdings auch einen kritischen Blick auf die Gesellschaft. Er beginnt mit einer Analogie zur Situation im Betrieb. »Die soziale Stimmung im Land oder wie Leute miteinander umgehen, das ist so ähnlich wie hier, diese Rücksichtslosigkeit. Jeder denkt nur ›ich‹.« Die großen Themen, die ihn bewegen, sind neben Zuwanderung und politischer Rechtsdynamik, die »soziale Stimmung« und der industrielle Wandel, in diesem Zusammenhang auch die Herausforderungen durch den Klimawandel und die Klimaschutzpolitik – hier vor allem, was diese für die Zukunft der Beschäftigten mit sich bringen. Insgesamt ist Jens Denken durch soziale Verunsicherung einerseits, die Wahrnehmung sozialer Ungerechtigkeit andererseits geprägt – beides verbindet er aber nicht mit antagonistischen Abgrenzungen vom gesellschaftlichen Oben, seien das nun »die Reichen« oder »die Konzerne«.

Das Gespräch, das ich mit Jens geführt habe, war geprägt durch eine kritische Sicht auf soziale Ungleichheit. Wichtig sind für ihn soziale Teilhabemöglichkeiten, deren fehlen er bemängelt. So problematisiert er »dass die Leute, wenn sie sich kein Haus leisten können, wenigstens ein vernünftige Wohnung mieten können […]« sollten, wünscht sich eine Erhöhung des Mindestlohns, damit »[…] die Leute ordentlich Geld verdienen […].«, meint, es sollten mehr Wohnungen gebaut werden, »[…] die sich die Leute leisten können.«

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Obwohl Jens selbst an verschiedenen Stellen des Gesprächs auf materielle Ungleichheit und soziale Missstände eingeht, ist sein Blick anders als bei Beschäftigten, die das Deutungsmuster Soziale Gemeinwohldemokratie artikulieren, nicht mit einer Kausalitätsannahme verbunden, die das Glück der Reichen und Unternehmen klar mit Nachteilen des Rests der Bevölkerung, also der von diesem Reichtum Ausgeschlossenen, verbindet. Eine Klassengesellschaft sieht Jens in Deutschland nicht, eher eine Gesellschaft der größer werdenden Ungleichheit. Die Superreichen, meint er, werden immer reicher. Auf der anderen Seite stehen schlecht qualifizierte Beschäftigte ohne angemessene Ausbildung. »Und dass man dann natürlich als Hilfsarbeiter nur eingestellt wird oder als Leiharbeiter, da kann man sich ja nichts aufbauen.« Klassengesellschaft – das ist für Jens eine Gesellschaft, in der es nur Arme und Reiche gibt. In Deutschland gibt es aber eine Mittelschicht.

> »Die Mittelschicht, ja, die hat mehr zu kämpfen, würde ich mal sagen. Aber wir hier in Deutschland haben es eigentlich noch gut. Und natürlich gibt es auch die ganzen Hartz-IV-Leute, die alleinstehende Frauen, die zwei Kinder haben und die dann nicht arbeiten gehen können und Hartz IV kriegen, weil der Alte nicht bezahlt. Für die ist es auch sauschwierig.«

Eine Alltagstheorie darüber, wie der Superreichtum der einen mit der Armut der anderen in Verbindung steht, findet sich bei Jens nicht. Die Superreichen dort – die Armen hier, dazwischen der »Mittelstand«, also »die normalen Leute, die normale Arbeiter sind oder vielleicht auch irgendwo angestellt sind, jeden Tag zur Arbeit gehen.« Aber auch mittelgroße Unternehmen gehören dazu – eben weil sie weder groß noch klein sind. Sein eigener Chef gehört deshalb genauso zum Mittelstand wie Jens selbst, immerhin leitet er keinen Großkonzern. »Ich bringe das zusammen mit dem Unternehmen, weil ich das so als kleineres Unternehmen hier sehe. […] Und VW dagegen ist ja riesig.« Insgesamt sind Jens Gesellschaftsdeutungen von einem pessimistischen Zug gekennzeichnet. Und dennoch unterstreicht auch Jens: »Aber wir hier in Deutschland haben es eigentlich noch gut.«

Die Oben-Unten-Ungleichheit wird auch im Sozialliberalismus thematisiert, anders als bei den Sozialen Gemeinwohldemokrat*innen aber nicht im Sinne eines Gegensatzes. Soziale Probleme und Benachteiligungen spielen eine wichtige Rolle, aber strukturierte Kausalitätsannahmen darüber, dass und wie der Wohlstand der Reichen mit den Problemen der anderen zusammenhängen, fehlen.

Malik, Industriearbeiter

Ein Beispiel ist das Gespräch, das ich mit dem Vertrauensmann Maik geführt habe (I 19). Maik, der zum Zeitpunkt unseres Interviews Ende 30 ist, arbeitet als Facharbeiter in einem Hochtechnologieunternehmen. Im Gespräch redet er an verschiedenen Stellen über materielle Ungleichheit, auch über Bildungsungleichheit. Seine Sicht auf die deutsche Gesellschaft ist von zwei widersprüchlichen Tendenzen geprägt, Kritik und Wertschätzung. Er selbst wünscht sich eine Gesellschaft, in der sich die Menschen umeinander sorgen. Dieser Wunsch steht im Kontrast zum Ist-Zustand einer Ellenbogengesellschaft, in der – so Maliks Sicht – jeder und jede nur an sich denkt. Dementgegen wünscht er sich ein Miteinander, in

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

dem alle bereit sind zu geben, wie es an späterer Stelle des Gesprächs heißt: »Und wenn jeder Einzelne auf seine Art und Weise gibt, dann würde das Miteinander viel besser laufen, weil jeder jeden unterstützen kann.« Beziehen sich diese Überlegungen auf das Miteinander aller Menschen, also auch der Kolleginnen und Kollegen im Betrieb, wünscht er sich auch eine entsprechende Verteilungsordnung, die allen Menschen ermöglichen würde ihr Leben gut zu leben.

»Es soll ja der ganzen Gesellschaft besser gehen, weißt du. Und es sollen ruhig einige weniger haben, dafür aber Leute, die wenig haben, mehr haben. Es muss ein Reicher keine […] sechs, sieben, acht Häuser haben […].«

Grundsätzlich ist er der Meinung, dass Deutschland über einen gut ausgebauten Sozialstaat verfügt. Das wertschätzt Malik. Niemand müsse hier verhungern, keiner auf der Straße Leben, grundsätzlich werde für alle gesorgt. Selbst das Arbeitslosengeld II, an dem er die Sanktionen kritisiert, erlauben es seines Erachtens ein gutes Leben zu führen, wenn man in der Lage ist die eigenen Lebensstandards anzupassen. Und doch gibt es Ungleichheiten im Land, die er kritisiert. Dabei unterscheidet er zwischen »[…] den Leuten, denen es gut geht, denen es wirklich sehr gut geht […]« zwischen denen, denen es gerade gut geht, aber die »auf der Kippe stehen«, also der Mitte, und denen, die sich unten in der Gesellschaft befinden, »[…] die untere Kluft«. Abstieg, so heißt es weiter, sei heutzutage wahrscheinlicher als Aufstieg. Dass Malik soziale Probleme im Land sieht, wird auch indirekt deutlich, wenn er über politische Parteien spricht. An der LINKEN etwa wertschätzt er, dass sie die sozialen Probleme der Menschen im Auge haben, etwa Ungerechtigkeiten auf dem Wohnungsmarkt oder im Bildungsbereich – wenngleich er ihre politischen Reformvorschläge für zu unrealistisch hält.

Georg, Industriearbeiter

Ein weiteres Beispiel für die moderate, aber deutliche Gesellschaftskritik, die für den Sozialliberalismus typisch ist, findet sich beim Betriebsrat Georg (I 32). Er hat in den vergangenen Jahren als Interessenvertreter mehrere betriebliche Auseinandersetzungen mitgeführt, in denen es u.a. um Beschäftigungssicherung, aber auch Firmenumstrukturierungen und Beschäftigungsabbau ging. Auch der Einstieg in die E-Mobilität, der in der Branche vollzogen wird, trifft das eigene Unternehmen. Das prägt auch seinen Blick auf die Gesellschaft. Soziale Ungleichheit spielt eine wichtige Rolle in seinen Deutungen, er hebt im Laufe unseres Interviews aber immer wieder auch hervor, welche sozialen Errungenschaften es in Deutschland gibt und verweist auf gute Einkommenslagen, etwa im eigenen gewerkschaftlichen Organisationsbereich der IG Metall, wo seines Erachtens gute Löhne gezahlt werden. Dennoch nimmt er in der Gesellschaft ein starkes soziales Gefälle wahr, spricht über Altersarmut, die zu geringe Entlohnung für Beschäftigte im Gesundheitssektor oder über den Mangel an günstigem und bezahlbarem Wohnraum.

»Ich sagte ja, dass die IGM-Löhne nicht schlecht sind, gut, Bergbau und Chemie ist noch ein bisschen besser. Aber das ist ja nicht das Gros der Gesellschaft, dann gibt es ja noch Millionen von Verkäuferinnen, Frisörinnen, Leute in prekären Beschäftigungsverhältnissen, die keinen gradlinigen Lebenslauf haben. Also erwerbslos werden und so.«

Insbesondere wünscht er sich, dass Wege beschritten werden, damit Menschen von ihren Löhnen gut leben können, und keine Sorgen vor Zukunft mit niedrigen Renten haben müs-

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

sen – eine Zukunftssorge, die auch Kolleg*innen aus seinem Betrieb haben, obwohl, wie er hervorhebt, dort vergleichsweise gut bezahlt wird. Es wäre übertrieben zu behaupten, der Unten-Oben-Gegensatz hätte das Gespräch stark strukturiert, das ich mit Georg führen durfte. Dennoch kommt er – allerdings auf Bitte, mir seine Meinung zu einem Statement zu sagen – zu einer klaren Diagnose:

»Die Schere geht weiter auseinander. Und ich denke, dass diese Mittelschicht stark in Auflösung begriffen ist. Weil tatsächlich die Reichen reicher und die Armen immer ärmer werden. Das sehe ich ja in unserer eigenen Tarifpolitik. Durch die nun wieder anstehenden prozentualen Entgelterhöhungen ist ja klar, dass sich die oberen Lohngruppen immer weiter von den unteren entfernen. Was auch nicht unbedingt gut ist. Und das zieht sich ja durch. Und teilweise dann noch verstärkt durch Vererbung von Geld, also man Geld für das Nichtstun bekommt.«

Vor diesem Hintergrund unterscheidet auch Georg ein Oben von der Mitte und dem Unten, Zugehörigkeit dazu hängt von der Einkommenshöhe ab – zwischen den sozialen Lagen stellt er, anders als typischerweise Gemeinwohldemokrat*innen, keinen Zusammenhang her. Zur Mittelschicht gehört demnach »der Arbeiter, der sein Leben lang gearbeitet hat und einigermaßen sein Auskommen und seine Rente bekommen hat.« An der Spitze der Gesellschaft befindet sich eine »Reichenschicht mit richtig viel Geld. Am obersten Ende dann noch die Superreichen und ganz unten der Obdachlose.«

Schützende und Teilhabe stärkende Wohlfahrtsstaatspolitik

Auch wenn Jens nicht nur unzufrieden damit ist, wie es im Betrieb läuft, sondern auch gesellschaftliche Ungleichheit kritisiert, sind seine Forderungen an »die Politik« relativ moderat – insbesondere, wenn man sie mit Ansprüchen vergleicht, wie sie im Deutungsmuster Soziale Gemeinwohldemokratie und in der ökosozialen Unterströmung des Musters Ökologie-Zuerst ausbuchstabiert wurden, auf die ich noch eingehen werde (siehe Kap. 5.3.6).

Moderat bedeutet in diesem Zusammenhang nicht, dass seine Ansprüche problemlos zu verwirklichen wären oder gar im Trend der sozialpolitischen Reformpolitik läge, durch die die prekäre Zweidrittelgesellschaft hervorgebracht wurde. Ihnen fehlt aber die antagonistische Stoßrichtung, wie sie etwa für die Sozialen Gemeinwohldemokrat*innen typisch ist. Jens wünscht sich eine Erhöhung des Mindestlohns, mehr bezahlbare Wohnungen, bessere Renten und eine gute soziale Absicherung. Der Sozialstaat soll vor – unverschuldetem – sozialem Absturz schützen.

Eine andere Rentenpolitik wünscht er sich, weil er selbst nur eine relativ geringe Alterssicherung erwarten kann. »Rente, das ist auch so ein düsteres Kapitel.« Eine Reform, die er sich wünscht, ist die Einführung einer Bürgerversicherung, also ein Finanzierungssystem, zu dem z.B. auch Beamte beitragen. Wichtig ist ihm darüber hinaus eine kostengünstige Schulausbildung und staatliche Kinderbetreuung, so »dass halt die Eltern arbeiten können. Oder dass halt die nicht sozial abrutschen, weil die Mutter zuhause bleiben muss und der Mann vielleicht nur ein Leiharbeiter ist.« Die Kinderbetreuung soll die Erwerbstätigkeit ermöglichen, damit die Eltern für einen akzeptablen Lebensstandard sorgen können.

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Eine weiterreichende sozialpolitische Forderung, die Jens wichtig ist, ist die Entprivatisierung des Gesundheitswesens. Das ist ihm wichtig aufgrund der Einblicke, die er in diesen Bereich durch seine Frau gewonnen hat, die in einer Privatklinik gearbeitet hat, »das sind ja keine Patienten, das sind Kunden. Die OPs laufen rund um die Uhr.« Ähnliches gilt für Alten- und Pflegeheime, »[…] auch da läuft nicht immer alles rund […]. Es sind auch zu wenig Leute, die kontrollieren, wie es den Leuten da geht.« Andere Bereiche der Wirtschaft nimmt er von diesen Verstaatlichungsvorschlägen aber aus, da es dort um Produkte und nicht um Menschen geht. »Wenn es um Wirtschaftsunternehmen geht sehe ich das eher weniger, weil da drin geht es um Menschen, also Patienten, beziehungsweise um alte Leute.« Eine Sozialpolitik des Öffentlichen wünscht Jens sich also durchaus, aber deutlich punktueller als z.B. der Gemeinwohldemokrat Frank. Und zumindest ansatzweise wünscht er eine Wohlfahrtsstaatspolitik, die auf die Einkommensungleichheit einwirkt. Auf die Frage, was er sofort als Bundeskanzler ändern würde, antwortet Jens: »Dass jeder von seiner Arbeit leben kann.«

Typisch sozialliberale Wohlfahrtsstaatsansprüche zielen auf eine schützende und eine befähigende Sozialstaatspolitik, die im Zentrum stehen. Ergänzt werden sie durch die punktuelle Befürwortung einer Sozialstaatspolitik des Öffentlichen.

Georg, Industriearbeiter

Ein weiteres Beispiel für diese Wohlfahrtsstaatsorientierungen findet sich beim bereits zitierten Betriebsrat Georg (I 32), dem der Sozialstaat wichtig ist, wie er selbst unterstreicht. Von zentraler Bedeutung sind für ihn zu niedrige Renten, ein Problem, mit dem er auch im eigenen Kolleg*innenkreis zu tun hat. Hier würde er ansetzen und, hätte er die Möglichkeit, würde er die Renten erhöhen und eine Bürgerversicherung einführen, in die auch heutige Beamte einzahlen müssten. Wichtig ist für ihn:

»Muss aber alles bezahlbar bleiben, was man macht!« Grundsätzlich stört ihn auch der Umstand, dass die Löhne zu niedrig sind: »Wenn jeder von seiner Arbeit leben könnte, bräuchte man nicht drei Jobs.«

Die Diagnose, dass in vielen Bereichen die Löhne zu niedrig sind, prägt auch seinen Blick auf die Erwerbslosenversicherung und Arbeitsmarktpolitik. Sollte es tatsächlich Menschen geben, die lieber ALG-II beziehen als arbeiten zu gehen, so Georg, dann sei das in erster Linie darauf zurückzuführen, dass Unternehmen zu niedrig entlohnen. Strafender Sozialpolitik, die sich etwa ein Teil der Leistungsorientierten Sozialkonservativen wünscht (siehe unten), steht Georg nicht offen gegenüber. Hinsichtlich des Niedriglohnsektors sieht Georg insofern Handlungsbedarf, macht aber keinen eigenen Vorschlag. Ähnlich wie Jens ist er darüber hinaus offen für eine stärkere Sozialstaatspolitik des Öffentlichen. Wichtige Wirtschaftsbereiche, die für die grundlegende und gute Versorgung (etwa das Gesundheitswesen) der Bevölkerung mit Dienstleistungen und Gütern wichtig sind, sollten nicht privatwirtschaftlich und mit dem Ziel der Gewinnmaximierung organisiert werden. Aber auch Georg ist lediglich für eine punktuelle Sozialstaatspolitik des Öffentlichen offen:

»Den Staat, das will ich nicht für alle Bereiche haben. Aber so für Bereiche der Versorgung. Warum muss es eine Strombörse geben, wo 27 Unternehmen sich die Kunden wegnehmen. Wer bleibt da auf der Strecke? Das Personal. Weil wenn die die Kunden mit Super-

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

angeboten ködern, dann sparen die das auf Kosten des Personals dann. Es wird ja nicht wirklich billiger für uns, die Energiekosten sind ja nicht günstiger geworden.«
Grundsätzlich aber sollte die Versorgung der Menschen mit Gütern und Dienstleistungen von Unternehmen erledigt werden, die Profite erwirtschaften. »Den Staat will ich nicht für alle Bereiche haben«, die Ausnahme bestätigt die Regel.

Malik, Industriearbeiter

Ein anderes Beispiel ist der bereits zitierte Industriearbeiter Malik (I 19). Er hat ein positives Bild des deutschen Sozialstaates, in vielen Bereichen sei dieser »ein Paradebeispiel«, insbesondere im Vergleich zu den USA. »Also in Deutschland gibt es nicht so viele Möglichkeiten rumzukritisieren, wenn man es mit anderen Ländern vergleicht.« Diese Wertschätzung geht Hand in Hand mit seiner zwar kritischen, aber gleichzeitig auch moderaten Sicht auf soziale und politische Probleme im Land. Malik blickt durchaus sorgenvoll auf Ungleichheiten, die beseitigt werden sollen. Im Vergleich zu anderen Gesellschaften relativiert er diese aber auch. Das Sozialsystem in Deutschland ist in seinen Augen hochentwickelt, wofür für ihn auch das Arbeitslosengeld II ein Beispiel ist. Immerhin erhalten Menschen ohne Gegenleistung Geld – allein die Sanktionen, die damit verbunden sind, betrachtet er als Mittel der Fremdbestimmung und bürokratischen Kontrolle eher skeptisch. Wichtig ist für Malik die gute und kostenlose ärztliche Grundversorgung. Ein drängendes Problem ist die Bereitstellung von Krippenplätzen für Kinder unter 3 Jahren. Armut und Reichtum hängen für Malik mit dem Zugang zu Bildung zusammen, Bildung ist für ihn eine wichtige Ressource, ein zentrales Mittel des sozialen Aufstiegs. Malik reflektiert weniger die Ursachen einer ungleichen Verteilung von Einkommen und Vermögen, als über die unterschiedlichen Chancen der Menschen sich von unteren Positionen der Ungleichheitsstruktur auf höhere Positionen vorzuarbeiten. Reiche gibt es in seinen Augen in erster Linie, weil sie erben, wenngleich es auch Vermögende gibt, die hart für ihren Wohlstand gearbeitet haben. Darüber hinaus unterscheidet er zwischen Menschen, die von Armut betroffen sind, und sich mit ihrer Armut abfinden, zwischen Armutsbetroffenen, die sich emporarbeiten, und solchen, die das aufgrund misslicher Umstände (z.B. aufgrund von Sorge- und Pflegeverpflichtungen) nicht können. Chancen sind insofern ungleich verteilt. Mit Blick auf »die Reichen« lässt er beispielsweise wissen, »[…] dass die ja ein ganz anderes Paket (haben), das mit Geld und […] Reichtum beschert ist, die das halt mitnehmen.« Bildung ist für Malik vor diesem Hintergrund u.a. wichtig, weil sie die Verbesserung der eigenen Lebenssituation ermöglichen kann. Umgekehrt: Ohne Bildung sind schwierige Lebenswege wahrscheinlich, wie er an früherer Stelle des Gesprächs deutlich macht:
»Wenn du keine Bildung hast, dann kann ich dir jetzt schon sagen in welche Richtung deine Zukunft geht. Deswegen sind Bildungsmöglichkeiten für alle das Wichtigste meiner Meinung nach.«

Arbeitsplatzfreundlicher Klimaschutz

Viel Raum im Gespräch nimmt der Zusammenhang zwischen Klimaschutz, Veränderungen der Lebensweise und Sicherung von Arbeitsplätzen ein. Ich muss Jens auf diesen Problemzusammenhang nicht erst ansprechen. Im Verlauf unseres Gesprächs spricht er über seine Sicht auf »die« Politik. Von der Partei Die Grünen grenzt er sich in diesem

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Zusammenhang zunächst einmal ab. Grüne stehen für politische Maßlosigkeit, in der Tendenz für die Zerstörung der Wirtschaft und für die Einschränkung seiner Mobilität:

> »Ich bin begeisterter Motorradfahrer und Autofahrer, mir geht es jetzt nicht ums Tempolimit, mir geht es dann da drum, dass die dann so das Autofahren verteuern werden, dass ich mir Gedanken machen muss, wie komme ich überhaupt an die Arbeit. Ein Elektrofahrzeug kommt für mich momentan noch nicht in Frage, weil das zu teuer ist. Ich will auch nicht so ein Hässliches haben, es darf schon gerne eine bisschen was aussehen. Ich will nicht sagen, dass die Grünen die Industrie kaputtmachen, das wäre eine überzogene Behauptung. Aber, dass sie halt in vielen Sachen nicht maßvoll reagieren, sondern gleich so mit der Keule draufhauen.«

Die Anti-Wirtschaftlichkeit, die er mit Bündnis 90/Die Grünen verbindet, hat für ihn vor allem eine soziale Seite. Er sieht seine Lebensgewohnheit bedroht zu der die Automobilität gehört. Aber das ist nicht alles, Umweltschutz könnte »die Industrie kaputtmachen«. Auch wenn er diese Aussage relativiert, die Sorge ist deutlich. Dabei sorgt sich weniger um die Gewinne der Konzerne, als um Arbeitsplätze. Beides könnte eine antiökologische Wende im Gespräch einleiten. Aber dem ist nicht so. Jens lehnt Klimaschutzpolitik nicht grundsätzlich ab, die sei durchaus notwendig:

> »Also nicht maßvoll jetzt dahingehend, dass, wie gesagt, die Automobilindustrie das Feindbild ist. Und dass das natürlich auch Auswirkungen auf uns hat, auf meinen Arbeitsplatz zum Beispiel. Oder auf alle Autohersteller und die Zulieferer. Natürlich muss der Wandel, die hätten das ja gerne sofort, aber da ist dann auch die Frage, selbst, wenn wir in Deutschland CO2-neutral sind, der Rest der Welt macht ja nicht mit.«

Dem »Natürlich muss der Wandel« folgt hier ein Aber, die Passage ließe sich auch als Einwand interpretieren. »Ja, aber.« In der Regel ist dann das Aber entscheidender als das Ja. Ein verbreiteter Einwand gegen »zu viel« Klimaschutz, der in der öffentlichen Debatte vorgebracht wird, findet sich auch bei Jens (wie auch bei anderen Sozialliberalen): »Macht der Rest der Welt nicht mit«, was nützt dann Klimaschutz im eigenen Land?

Diese Aussage ist sachlich nicht falsch, kann aber politisch in unterschiedliche Richtungen führen. Relativierend, indem der Nutzen des Klimaschutzes auf dieser Basis infrage gestellt wird; oder mobilisierend, indem die Notwendigkeit zu effizienterem Klimaschutz auch »woanders« unterstrichen wird. Im Gespräch wird aber tatsächlich eine widersprüchliche, eine bedingungsgebundene Offenheit für den Klimaschutz sichtbar. Getragen wird diese Offenheit auch durch ein Dringlichkeitsgefühl, das mit Jens eigener Naturverbundenheit zusammenhängt. Nach einer längeren Interviewunterbrechung, in der wir getrennt Mittagessen waren, kommt er erneut auf das Thema zurück. Er hatte Zeit, um nochmal nachzudenken. Nun spricht er über seinen eigenen Bezug zur Natur. Später heißt es ausführlicher im Interview:

> »Ich sehe das mit dem Klimawandel, muss man ganz ehrlich sagen, ich schlafe schlecht. Wir haben Hunde, mein Vater war Jäger und ich bin, seit ich Kind war, dauernd in der Natur. Und ich sehe das Waldsterben bei uns. Das macht mich fertig. Das macht mich richtig fertig. Weil ich halt weiß, früher, so bestimmte Waldwege, die ich mit meinen

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

> Kunden gehe, das war immer so hohe Fichten und kein Sonnenstrahl. Ja, jetzt ist alles weg, Fläche, da ist kein Wald mehr. Das treibt mich natürlich genauso um. Das lässt mich auch nicht kalt. Das setzt mir zu.«

Der Autofan Jens ist naturbewusst, aufgrund seiner Kindheit sogar naturverbunden. Deshalb belasten ihn die Folgen des Klimawandels, die er in der ihm vertrauten Umwelt beobachten kann. Von einer Problemleugnung findet sich keine Spur. Klimaschutz ja, aber seine sozialen Ängste und Probleme sollten ernst genommen werden:

> »Ich sage mal so, wenn wir eine Lösung hätten, dass wir in der Autobranche unsere Arbeitsplätze nicht verlieren, würde ich meinen Verbrenner sofort auf den Müll schmeißen. Überhaupt kein Ding. Überhaupt kein Ding. Ist halt, ich bin 55, mit Fortbildung, Weiterbildung brauche ich gar nicht mehr anfangen. Das kriege ich auch vom Kopf, ich habe nur einen Hauptschulabschluss und eine Bäckerlehre, mehr habe ich nicht vorzuweisen, das kriege ich auch vom Hirn, glaube ich, nicht mehr hin. Das ist, glaube ich, so das eigentliche Problem, warum die Leute immer noch, weil sie halt denken, ›Uh, wenn die Autos nicht mehr hergestellt werden, ich verliere meinen Job und um Gottes Willen, was mache ich denn dann, ich muss das Auto noch bezahlen‹. Das Haus noch bezahlen und so, das sind so die Ängste, die die Leute wahrscheinlich haben und die sie dann zögern lässt. Wie gesagt, mit dem Klimawandel, das ist wir haben ja auch hier keinen Winter mehr. Letztes Jahr war ein halber Tag, wo mal Schneematsch lag, das war es. Früher, wann war das, 77 oder 79, wo wir diese Schneekatstrophe hatten, wo die Bundeswehr ausgerückt ist, das gibt es ja schon seit Jahren nicht mehr. Winterreifen habe ich auch keine mehr. Meine Frau fährt Ganzjahresreifen auf ihrem Auto. Ich habe noch einen alten VW-Bus, da sind auch Ganzjahresreifen drauf, weil, brauchen wir nicht mehr.«

Für mich als Interviewenden kommt diese ökologische Wende überraschend, die dargelegte Vor-Geschichte hatte in eine andere Richtung gewiesen. Im Prinzip erzählt Jens eine ökologische Dringlichkeitsgeschichte, wie man sie auch von Aktiven der Klimagerechtigkeitsbewegung kennt. Die nun auch nicht mehr übersehbare Veränderung des Wetters, aber auch die Folgen für die eigene Lebensumwelt machen deutlich: etwas stimmt grundsätzlich nicht. Das Waldsterben macht ihn fertig, setzt ihm zu. Klimaschutz würde er deshalb unterstützen, aber seine soziale Zukunft müsste gesichert sein. Existenzsorgen einerseits, Wissen um die Folgen des Klimawandels andererseits – beides ringt miteinander, und die Existenzsorgen haben die Oberhand.

Hier scheint, wie bereits beim Gemeinwohldemokraten Frank, ein widersprüchliches »Klimaschutzinteresse von unten« auf. Lediglich die soziale Skepsis ist größer, die auch im Wissen um die eigene Verletzlichkeit in der Arbeitswelt wurzelt: Schon älter und ohne moderne formale Qualifikationen würde das Aus der Beschäftigung in der Wertschöpfungskette Automobil ihn der Gefahr der sozialen Deklassierung aussetzen. Kurz: Hier drückt sich unmittelbar nicht nur die Abhängigkeit der Existenz vom fossil-industriellen Kernkomplex der prekären Zweidrittelgesellschaft aus, die dem Handelsarbeiter Frank fremd ist; es dringt auch die Angst hervor, aufgrund des Mangels an kulturellem Kapital aus der relativ gesicherten Mitte absteigen zu können, zu der sich Jens trotz alle-

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

dem zählt. »Ich bin ein ganz normaler Arbeiter, ich muss noch zwölf Jahre weiterarbeiten. Wie wird es weiter werden die letzten zwölf Jahre?«

Jens ist nicht nur skeptisch, weil er selbst betroffen sein könnte. Er macht sich auch Sorgen um die Zukunft der Arbeiter bzw. seiner Kollegen insgesamt macht. Denn Jens denkt nicht nur über Klimawandel und Klimaschutz nach, er setzt sich auch mit den aktuellen Rationalisierungsprozessen in der Industrie auseinander (Digitalisierung), die er als Herausforderung und als Gefahr empfindet. Auch sie – vielleicht als Teil einer umweltpolitischen Modernisierungspolitik – bedroht Arbeitsplätze, insbesondere die der jüngeren Kolleg*innen: »Und ich denke mal, dass diese Art von Arbeit, wie wir sie hier machen, die wird ja immer weniger.« Eine soziale Trauer wird deutlich: Die eigene Industriearbeiterexistenz hat so keine Zukunft mehr. Möglicherweise drückt sich hierin auch das Wissen um den langfristigen Rückgang der Industriebeschäftigung infolge mehrerer Krisen und Rationalisierungswellen aus, auf den ich in Kapitel 4 eingegangen bin. Insgesamt zieht sich jedenfalls eine Art wirtschaftliches bzw. arbeitsplatzbezogenes und beschäftigungspolitisches Bedrohungsgefühl durch das Deutungsmuster. Es mag nicht gerecht zugehen im Land, Leistung mag sich nicht mehr lohnen wie früher – aber es gibt immer noch etwas zu verlieren.

Typisch ist für (Enttäuschte) Sozialliberale nicht unbedingt die bisher dargestellte Sicht, sondern das tendenzielle Plädoyer für moderates, für pragmatisches Vorgehen beim Klimaschutz bzw. beim sozial-ökologischen Umbau. Dieser Wunsch wurzelt in den ausgedrückten sozialen Sorgen:

Siegrid, Industriearbeiterin

Offenheit für Klimaschutz signalisiert z.B. auch Siegrid, die als Betriebsrätin in einem Zulieferunternehmen der Automobilindustrie tätig ist (I 37) – allerdings eine an soziale Bedingungen gebundene Offenheit für Klimaschutzpolitik. Siegrid selbst kann auf eine lange Geschichte im Betrieb zurückblicken, da sie bereits seit den 1980er Jahren dort arbeitet – daher sind ihr auch die Veränderungen der Beschäftigungsstruktur bewusst, sie sich in den letzten Jahrzehnten infolge technologischer und arbeitsorganisatorischer Rationalisierungswellen durchgesetzt haben. Einfache körperliche Industriearbeit ist so marginalisiert worden. In der Gegenwart war das Unternehmen von wirtschaftlichen Problemen getroffen. Im Rahmen der mit Corona verbundenen Krisenerscheinungen baute das Management Beschäftigung ab, außerdem ist er von der Umstellung der Automobilindustrie auf die Elektromobilität voll betroffen. Siegrid beginnt vor diesem Hintergrund mit einer Art Bekenntnis zum Klimaschutz.

»Das Wichtige daran ist eben der Erhalt des Klimas, dass da die Erwärmung so nicht stattfindet. Das würde ja dazu führen, dass wir alle miteinander untergehen. Das ist ja im Grunde das Problem. Und dafür muss Sorge getragen werden, dass das nicht passiert.«

Deutlicher noch als Jens unterstreicht sie allerdings, dass Umwelt- und Klimaschutz nicht dazu führen dürfen, dass Arbeitsplätze verloren gehen. Dabei sucht sie im Gespräch einen argumentativen Umweg, auf dem sie zunächst hervorhebt, dass globale Lösungen nötig sind – in Deutschland sei man auf einem guten Weg, in anderen Ländern hingegen nicht.

»Das ist sicherlich ein wichtiges Thema, unbestritten ist auch, dass man da alles für tun

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

muss. Aber ich sag auch, es kann nicht alles nur an solchen Staaten liegen wie Deutschland. Das muss auch insgesamt, das muss auch auf der ganzen Welt auch Bewegung da sein. Und ich kenne genügen Beispiele von anderen Ländern, weil ich auch schon viel verreist bin und gesehen habe, und wenn man da mal in Mittelamerika zum Beispiel guckt, oder Südamerika, die leben einfach ganz anders. Und die haben einfach kein Verständnis dafür.«

Wichtig sind in diesem Zusammenhang Erfahrungen, die sie als Betriebsrätin gemacht hat, sie sich mit dem typischen Wettbewerbsdruck auseinandersetzen muss, unter dem Unternehmen der stark weltmarktabhängigen Automobilindustrie stehen und den sie direkt an Interessenvertreter*innen und Belegschaften weiterreichen. Als Betriebsrätin setzt sie sich für die Belange der Belegschaft ein, aber »der wirtschaftliche Faktor« muss immer berücksichtigt werden, denn ohne Unternehmen gibt es auch keine Jobs, so ihre Überlegung. Vor diesem Hintergrund sind m.E. auch ihre Reflexionen zum Klimaschutz zu verstehen:

»Und ich habe auch die Angst, dass wir damit auch unsere eigene Wirtschaft auch ein bisschen kaputtmachen, weil wir immer die Vorreiter sein wollen für die ganze Welt. Und am Ende sind wir die Verlierer. Ich habe das Gefühl, wir wollen was vorleben, uns geht es ja heute auch noch gut, wir können das auch noch alles bezahlen, aber irgendwann mag das auch mal umkippen. Und dann sind wir die Verlierer.«

Auch diese Deutung beruht auf Erfahrungen bzw. Beobachtungen. Nimmt sie oben die Perspektive eines Teils der ökonomischen Wettbewerbsgemeinschaft ein (wir, die wir unsere Wirtschaft möglicherweise kaputt machen), richtet sie etwas später den Blick auf die Folgen, den die ökologische Produktstrategie, also der Umstieg auf die E-Mobilität, für Beschäftigte haben du haben wird:

»Klar, Elektrifizierung, E-Motoren, das macht viele Arbeitsplätze kaputt, weil der Verbrenner nicht mehr da ist und da werden mehr Beschäftigte gebraucht. Das wissen wir ja. Deswegen wird es für die Menschen, die heute noch in der Automobilindustrie beschäftigt sind, morgen auch nicht mehr diese Arbeitsplätze da sein. Und das fängt ja heute schon an. Die Arbeitsplätze werden abgebaut und die Beschäftigten auf die Straße gestellt.«

Albert, Industriebeschäftigter

Ähnliche Überlegungen stellt Albert an, Anfang 50, der im selben Unternehmen beschäftigt ist, wie Siegrid (I 38). Auch er ist als Betriebsrat aktiv, auch er bejaht grundsätzlich, dass Klimaschutz nötig sei, »wir müssen das Klima im Auge behalten, es kann so nicht weitergehen«. Über die Klimabewegung Fridays for Future hat er deshalb auch eine grundsätzlich positive Meinung. Wie Jens und Siegrid betont auch er dabei das Spannungsverhältnis, das zwischen dem Ziel, Klimaschutz zu betreiben und der Notwendigkeit, Arbeitsplätze in Deutschland zu erhalten, besteht.

»Wir müssen das Klima schützen, klar, das geht so nicht weiter. Durch die Verbrennung und Ozonloch, das ist ja nicht von der Hand zu weisen. Aber man muss es eben vernünftig und nachhaltig machen.«

Mit »vernünftig« und »nachhaltig« verweist, wie aus dem weiteren Verlauf des Gesprächs deutlich wird, Albert auf zwei unterschiedliche Probleme. Als unvernünftig und nicht nachhaltig beurteilt er zum einen etliche konkrete Schritte, die gegangen werden, um die

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

CO2-Emissionen zu reduzieren, beispielsweise den Einstieg in die E-Mobilität, bei der ungeklärt sei, woher die Batterien kommen sollen, die dazu nötig seien. Aber nicht vernünftig wäre auch ein Vorgehen, dass die Beschäftigungsprobleme ignoriert, die entstehen. Um in Zukunft etwa an ihrem Standort Teile für E-Motoren zu bauen, seien über die Hälfte der jetzigen Belegschaft vermutlich überflüssig. Auf lange Sicht jedenfalls werde die Beschäftigung zurückgehen, ähnlich wie im Kohlebergbau. Mit einer gewissen Ratlosigkeit, wie das Dilemma aufzulösen sei, stellt er deshalb fest: »Das ist die Gratwanderung, die man macht. Man muss CO2 minimieren, richtig. Klima hat Vorrang. Aber wenn du keine Beschäftigung hast, nützt es auch nichts.«

Jan, Industriearbeiter

Nicht alle Sozialliberalen blicken offen-skeptisch auf den Klimaschutz, weil der Abbau von Arbeitsplätzen drohen kann. Es gibt auch zuversichtlichere Deutungen. Ein Beispiel findet sich bei Jan (I 28), der die Dringlichkeit des Klimaschutzes hervorhebt und unterstreicht, dass Klimaschutz und Arbeitsplatzerhalt grundsätzlich möglich seien. Allerdings: Jan arbeitet sozial gesichert bei einem Endhersteller der Branche, bei dem die Belegschaften an den verschiedenen Standorten in der Vergangenheit zwar immer wieder im Rahmen des »disziplinierenden Wettbewerbskorporatismus« Konzessionen machten, um vorläufig Beschäftigung zu sichern (Goes 2019); Beschäftigungsabbau wurde allerdings überwiegend über Altersteilzeitregelungen und Arbeitszeitverkürzungen sozialverträglich betrieben. Kurz: Auch wenn Belegschaften dieses Konzerns nicht »sorgenfrei« lebten in den vergangenen Jahrzehnten, gibt es doch eine »kollektive Geschichte relativer Absicherung« in einer eher stürmischen Wettbewerbssee. Dieser kollektive Erfahrungshintergrund, der auf starken Betriebsräten und einer sehr gut verankerten IG Metall beruht, sollte bei der Interpretation dieser Passagen berücksichtig werden. Jan selbst kommt im Gesprächsverlauf auf das Thema Umwelt- und Klimaschutz zu sprechen.

»Ich sage mal, das beste Beispiel ist ja im Moment, man hat wieder einen Tag, dann schneit es hier 5 Zentimeter, dann haben wir wieder 15 Grad plus. Also meiner Meinung nach kann man da nicht mehr sagen, dass wir keinen Klimawandel haben oder nichts mehr für die Umwelt tun müssen. Ich glaube, wenn wir so weitermachen, dann wird es die Erde in der Form nicht mehr geben. Und ich denke da nicht nur an mich, sondern auch wenn ich irgendwann mal Nachwuchs haben sollte, will ich ja auch nicht wissen, unter welchen Bedingungen die dann aufwachsen müssen oder dann Generationen dann noch nach mir oder nach meinem eigenen Nachwuchs, dann noch die Generationen müssen ja auch irgendwie noch von der Erde leben.«

In diesem Zusammenhang nimmt er empathisch Bezug auf die Folgen für Menschen im globalen Süden, die schon heute von den Folgen der Klimakrise betroffen sind.

»Und man sieht ja jeden Tag die Bilder auch aus Afrika oder aus anderen Regionen, wo es ja auch immer heißer wird und die Menschen ja einfach nur von da flüchten wollen oder wegwollen, weil es denen da einfach die Grundlage zum Leben genommen wird. Ich meine, hier bei uns, wir selber merken das nicht so, weil wir hier immer noch in einem industriellen Land leben. Da sind die Gegebenheiten immer noch so, dass wir hier normal leben können oder mit diesen Wetterbedingungen umgehen können. Aber es gibt Regionen auf der Welt, wo es das halt nicht mehr geht und über die letzten Jahrzehnte ist es dadurch

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

nicht besser geworden, dass wir immer mehr CO2 produzieren oder ausstoßen.«
Da es sich um ein drängendes Problem handelt, sieht Jan großen Handlungsbedarf – einen Widerspruch sieht er als Beschäftigter in der Automobilindustrie dabei nicht notwendigerweise zwischen seinem Interesse am Arbeitsplatz und seinem Interesse am Klima- und Umweltschutz. Umwelt- und Klimaschutz seien mit dem Arbeitsplatzerhalt durchaus vereinbar, so Jan etwas später im Gespräch, weil bereits technologische Fortschritte (etwa im Fahrzeugbau selbst) erzielt worden sind und weitere möglich sind.
»Es ist dann halt anstrengender und kostet vielleicht auch ein bisschen mehr Geld, aber meiner Meinung nach ist das heutzutage alles machbar. Also man kann Umweltschutz auch so machen, dass es nicht Arbeitsplätze kostet.«
Fridays for Future steht Jan vor diesem Hintergrund offen und positiv gegenüber, lediglich Aktionsformen, bei denen abhängig Beschäftigte eingeschränkt und betroffen werden – etwa Blockaden von Werkstoren, wenn Kolleg*innen nach Hause wollen – lehnt er ab.

Politische Heimatlosigkeit und Kritik am politischen Einfluss von Unternehmen

Von Politiker*innen und Parteien ist Jens enttäuscht, er ist ein Repräsentant der Unterströmung der *Enttäuschten* Sozialliberalen. Jens fühlt sich von keiner der großen Parteien vertreten, grenzt sich von einigen ab, ohne sich mit einer stärker zu identifizieren. In den Äußerungen, in denen er sich distanziert, zeichnet sich gleichwohl eine eigene Haltung, eine eigene Orientierung ab: Von der SPD ist er enttäuscht, Grünen und LINKEN sind zu radikal, um eine Politik für »die Normalen« zu machen, die er sich wünscht. »Die Normalen« ist eine Formulierung, die er an anderer Stelle für Arbeiter*innen und Angestellte nutzt, die er zur sozialen Mitte zählt. Er selbst sieht sich als eine Art klassischen ehemaligen SPD-Wähler.

Ähnlich wie auch in anderen Deutungsmustern spielt auch im Sozialliberalismus die Kritik am zu großen Einfluss, den Unternehmen auf politische Entscheidungen haben, eine Rolle. Allzu scharf wird Jens dabei aber nicht. In einer jüngeren Studie zum Krisenbewusstsein von Arbeitern, auf die ich bereits in Kapitel 5.1.2 und 5.1.3 hingewiesen habe, waren die Autor*innen beispielsweise auf ein politisches Gesellschaftsbewusstsein gestoßen, in dem der Staat von gewerkschaftlich organisierten Industriebeschäftigten als der Staat der oberen Zehntausend kritisiert wurde (Sauer/Stöger/Bischoff/Detje/Müller 2018, 196). Derart scharfe Urteile sind für den (Enttäuschten) Sozialliberalismus nicht typisch. Ein funktionierendes »Repräsentationsverhältnis« zwischen Wahlvolk und Politiker*innen zeichnet sich in Jens Schilderungen aber ebenfalls nicht ab. »Die Politik«, so bestätigt er, diene eher nicht dem Volk. Der Staat sei erpressbar:

> »Dann kommen die Lobbyisten der Landwirte, die Autoindustrie, jeder Verband. […]. Wo ich dann denke, du lieber Gott.‹ Und da sitzt die Regierung, so richtig frei entscheiden kann sie nicht, ich will es mal so ausdrücken. Weil halt immer von irgendwoher eingeflüstert wird, ›ja, wir brauchen wir das, wir brauchen die Prämie für Elektroautos, also die Arbeitsplätze, sonst gehen ja so viel tausend Arbeitsplätze wieder weg und das kann man ja nicht leisten.‹«

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Für besonders einflussreich hält er die großen Besitzerfamilien, rund 50 Familien wie beispielsweise die Familie Quandt, die u.a. die größten Anteile an der Firma BMW hält.

> »Das sind jetzt halt wirklich diese Milliardärsfamilien wie Albrecht, Quandt und Piech, die natürlich viel mehr Einfluss haben. Ich denke mal, der Herr Piech (ehemaliger VW-Vorstandsvorsitzender, der Verf.) hat früher eine Standleitung gehabt zu dem jeweiligen Bundeskanzler.«

Eine radikale Grundhaltung hat er, trotz seiner kritischen Einschätzung der Macht von Lobbys und Milliardären, aber nicht. Populismus gibt es in verschiedenen Spielarten, in linken oder rechten. Insofern ist Populismus eher eine Art und Weise politisch zu handeln und zu denken, als eine eigenständige Richtung. Alle Populismen haben aber etwas gemeinsam. In ihnen wird stark zwischen einem (schlechten) Oben und einem (guten) Unten/Volk unterschieden; sind starke und leidenschaftliche Gegnerbezüge typisch, in denen Gegner- oder gar Feindschaft zum Ausdruck gebracht werden; werden Veränderungen auf dem Weg des Bruchs mit dem Establishment versprochen. Spuren dieses Denkens finden sich auch im Enttäuschten Sozialliberalismus. Allerdings fehlen harte Schuldzuschreibungen an diejenigen, die Jens zu den besonders Reichen und Einflussreichen zählt ebenso wie heiße Gegnerschaften oder eine Neigung zu radikaleren Lösungen.

Viel eher ist Jens ausgleichend liberal. Ohne den Begriff, der bekanntlich für eine politische Regierungskoalition steht, überstrapazieren zu wollen, ließe sich bei ihm eher von einer Art »heimatlosem Sozialliberalismus« sprechen. Radikalität ist ihm suspekt, er bevorzug eher ein gemäßigtes und verlässliches Vorgehen – nicht ohne selbst enttäuscht davon zu sein, dass auf diese Weise seine eigenen Interessen nicht konsequent verfolgt und angemessen umgesetzt werden.

Sein Plädoyer für Leistung und Gerechtigkeit verbindet er mit einer klaren Abneigung gegen Rechtsradikalismus und eine widersprüchliche Offenheit für Klima- und Umweltpolitik. Er möchte, dass Politik in seinem Sinne gemacht wird, aber die »Wirtschaft« darf keinen Schaden nehmen. Dahinter versteckt sich die einfache Einsicht, dass ansonsten Arbeitsplätze verloren gehen. Unterfüttert ist dies durch eine durchaus wertschätzende Haltung politischen Errungenschaften gegenüber, die es in Deutschland gibt, und auf die implizit in kritischen Abgrenzungen gegenüber Entwicklungen im Ausland Bezug genommen wird. Ob »frauenfeindliches« Abtreibungsgesetzt in Polen oder schlechte Asylpolitik in Ungarn, die Bundesrepublik wirkt im Vergleich dazu auf Jens »menschenfreundlich«

Jens hat eine liberal-demokratische Haltung zu den Akteuren des politischen Feldes, er will in gewissem Sinne, dass die »Regeln des Spiels« geachtet werden, wie man in Anlehnung an Pierre Bourdieu sagen könnte. Bourdieu analysierte Politiker*innen als »Professionelle«, die sich auf eine im politischen Feld (zu dem auch die Journalist*innen gehören, die das Bild stark mitprägen, das von Politiker*innen in der Öffentlichkeit vorherrscht) akzeptable Weise zu verhalten haben (Bourdieu 2001, 81). Der Anspruch auf ein Agieren nach den politischen Spielregeln hat zwei Seiten, eine inhaltliche und eine

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

formale. Inhaltlich wirken auf Jens Vorschläge zu extrem, die zu stark vom politischen Konsens abweichen. Formal geht es aber auch um die Art und Weise, wie Politik gemacht wird. Zu den Regeln des politischen Feldes gehört in einem Mindestmaß eben auch ein »respektables Vorgehen«. Das Besondere am politischen Feld ist aber, dass Politiker*innen und Parteien in einem Mindestmaß den Kontakt zu ihren Wähler*innen nicht verlieren dürfen und deren Ansprüche befriedigen müssen (ebd., 34). Jens orientiert sich an Normalität und Respektabilität, ist aber enttäuscht davon, dass die Politiker*innen dieses etablierten Mainstreams nicht erfüllen, was er sich wünscht. Von »Extremismen« grenzt sich Jens jedenfalls wiederholt ab, nicht zuletzt von extremen politischen Vorgehensweisen. Etwa von Umweltschützer*innen, die Autobahnen blockieren, oder gewaltbereiten Demonstrant*innen. Auch die AfD sagt ihm nicht zu, die rechte Ausrichtung stört ihn. Allerdings: Zunächst fühlte sich Jens durch die AfD durchaus angesprochen.

> »Wie die aufkam habe ich gedacht, ich bin auch ein bisschen naiv, endlich mal jemand für die Arbeiter und die Normalen, der auch mal was sagt, ohne gleich nazimäßig zu sein. Und dann aber nach ein paar Wochen war es dann schon gleich vorbei.«

Imponiert hat ihm insbesondere ihr Auftreten.

> »Aber mir ging es da jetzt explizit darum, dass die was für die normalen Arbeiter machen wollten, weil sie immer gesagt haben, ›ja, die da oben, die Besserverdienenden und das kann ja nicht sein‹.«

»Endlich mal jemand für die Arbeiter und Normalen« – das heißt, dass in Jens Augen keine der anderen Parteien sich für diese einsetzt. Früher war er Anhänger der SPD, »nur mit Hartz 4, das fand ich so nicht in Ordnung, wie das alles so gelaufen ist.«

Die LINKE dagegen kommt für ihn nicht in Frage, weil er sie mit extremer Politik verbindet. Die Partei »für die Normalen« scheint sie nicht sein zu können. Er glaubt, die Partei würde Gewalt gegen Polizist*innen rechtfertigen und radikale politische Maßnahmen ergreifen wollen, etwa Enteignungen durchführen, aber auch Zwangssteuern einführen. Ein Problem ist das für Jens, weil er sich selbst als Opfer dieser radikalen Wohlstandspolitik wähnt. Er wird das Haus seiner Eltern erben und dieses vermutlich vermieten. DIE LINKE, so glaubt er, wolle ihm das wegnehmen. Die Möglichkeit einer rot-rot-grünen Bundesregierung bereitet ihm daher auch eher Sorgen, als dass sie ihm Hoffnung macht. »Wie gesagt, wirtschaftliche Sicherheit, meine wirtschaftliche Existenz, weil dann das zu schnell alles umgesetzt wird.« Auch in diesem Fall ist nicht der Inhalt dieser Passagen entscheidend (die richtige oder falsche Sicht auf Grüne oder LINKE), sondern die damit verbundene moderate, liberaldemokratische Haltung.

Wie ich eingangs dargelegt habe: Diese politische Repräsentationslücke ist lediglich typisch für einen Teil der Sozialliberalen. Dieses Repräsentationsdefizit nehmen aber nicht alle wahr. Für andere Sozialliberale ist dagegen typisch, dass sie zwar durchaus kritisch auf die Einflussmacht von Unternehmen und Reichen blicken, insgesamt aber durchaus eine wertschätzende Haltung gegenüber Politiker*innen und Parteien einnehmen.

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Jan, Industriearbeiter

Zu einer völlig anderen Bewertung von Parteien als Jens kommt z.B. Jan (I 28), aber auf der Grundlage derselben liberaldemokratischen Haltung zur Politik – allerdings ist er nicht frustriert, sondern kritisch-wertschätzend gegenüber Politiker*innen und Parteien eingestellt. Kritisch blickt er beispielsweise auf den größeren Einfluss von Wohlhabenden auf politische Entscheidungsträger, über den er im Laufe des Interviews spricht. Ausgangspunkt dafür ist sein Nachdenken über soziale Ungleichheit im Land. Diejenigen, die in dieser Gesellschaft oben sind, so Jan, haben auch mehr Einfluss darauf, was in diesem Land geschieht.

»Und ich glaube, dass der Großteil der Bevölkerung sich in dem unteren Bereich befindet als in dem oberen, aber trotzdem die Oberen mehr dafür sorgen, was in unserem Land geschieht oder immer mehr größeren Einfluss haben auf das, was in unserem Land geschieht und eigentlich nicht die Mehrheit, die sich vielleicht in der unteren Ebene bewegen. […] Hat natürlich auch mit dem kapitalistischen System zu tun, weil das strebt ja eigentlich immer nach mehr und immer weiter nach oben, als nach unten.«

Der Einfluss derjenigen, die zu den Oberen gehören, ist größer, weil in diesem System, so Jan weiter, das Geld sagt wo es langgeht. Dem ist laut Johannes so, weil

»[…] egal was die Politik will oder entscheidet, hängt es immer sehr stark davon ab, wie wird es finanziert oder wer kommt dafür auf und haben wir überhaupt die finanziellen Mittel, um so was überhaupt umzusetzen. Und da kommen natürlich immer wieder die Menschen ins Spiel, die das Geld halt haben oder der Regierung das Geld geben könnten. Und jeder, der der Regierung Geld gibt oder leiht, hat immer seinen eigenen Hintergedanken und möchte natürlich auch das umsetzen, was für ihn am besten ist und in dem Fall natürlich auch noch dafür sorgen, dass er noch mehr Geld bekommt.«

Aber nicht nur die Abhängigkeit der Regierung vom Geld bevorteilt diejenigen, die viel davon haben. Auch direkte Kontakte zwischen ihnen und politischen Entscheidungsträgern setzen sie in einen Vorteil, sorgen mit dafür, dass sie mit ihren Anliegen eher Gehör finden.

»Ja, die Menschen bewegen sich ja in den politischen Kreisen beziehungsweise haben auch Kontakt zu Politikern, beziehungsweise ehemalige Politiker landen ja auch immer wieder in den Aufsichtsräten von großen Betrieben und da sieht man ja sofort, was da die Interessen sind oder wer da denn die Interessen umsetzt. Oder viele aktive Politiker sind ja auch in Vorständen vertreten oder Aufsichtsräten mit dabei. Ich glaube, diese Firmen machen das nicht nur, weil das schön aussieht, sondern weil sie dann auch gewisse Hintergründe haben, dass sie so was machen, oder Hintergedanken haben.«

Allerdings: In eine scharfe Kritik »der Politik« bzw. der Parteien und der Politiker*innen mündet all das auch bei Jan nicht. Mit der Deutung beispielsweise, Politiker*innen würden nicht dem Volk dienen, kann er kaum etwas anfangen – trotz seiner Kritik am Einfluss des Geldes auf die politischen Entscheidungsprozesse. Politiker, so Jan, versuchen durchaus dem Volk zu dienen, sie tun dies lediglich nicht »im vollen Umfang«, sie machen »prozentuale Abstriche«, insbesondere bei »größeren Sachen« beeinflussen Firmen mit, was beschlossen wird.

Ich »[…] glaube nicht, dass nur Politik für die oberen Zehntausend gemacht wird. Ich glaube, die oberen Zehntausend sorgen dafür, dass es für sie einfacher wird, aber der Staat macht, glaube ich, trotzdem für alle Politik beziehungsweise für alle irgendwelche Erleich-

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

terungen oder Gesetze, weil auch die oberen Zehntausend müssen sich an die Gesetze halten, nur die haben vielleicht die besseren Anwälte, die da irgendwie ein Schlupfloch finden. Aber trotzdem würde ich das so nicht unterschreiben, dass es nur für die oberen Zehntausend, sondern eigentlich für alle gemacht wird. Ob es jetzt im gleichen Umfang ist, das weiß ich nicht.«

Seine eigenen Interessen sieht er durchaus in der bestehenden Demokratie berücksichtigt, auch wenn einiges falsch läuft, insbesondere mit Blick auf die soziale Ungleichheit, wie er an verschiedenen Stellen des Gespräches verdeutlicht hat – aber insbesondere im Vergleich zu anderen Ländern, etwa den USA, in denen demokratische Spielregeln gebrochen werden, sieht er in Deutschland eine intakte Demokratie. Trotz seiner Kritik am Einfluss derjenigen, die das Geld besitzen, unterstreicht er, dass es grundsätzlich demokratisch in Deutschland zugehe, denn der Geschäftsführer einer Firma habe eben auch nur eine einzige Stimme. Vertreten sieht er sich am ehesten von der SPD, den Grünen oder der LINKEN, die ihn alle in verschiedenen Themenfeldern ansprechen. Angesprochen fühlt er sich, weil

»[…] diese drei Parteien sich im gewissen Maße alle für die Arbeitnehmer einsetzen, die Grünen natürlich auch das Thema Umwelt und Klima hauptsächlich bei sich mit drin haben. Ich sage mal, Die Linken haben das Thema Mindestlohn und die SPD hat ja dieses klassische ›es muss den Arbeitnehmer besser gehen‹. Ich beziehe halt so Sachen auch nicht immer auf mich, wenn ich zum Beispiel auch Leute sehe, die für 8,50 Euro oder für 9 Euro arbeiten müssen, wo ich ja auch sage, das muss definitiv geändert werden. Da sag ich halt, dass Die Linke da radikaler vorgeht und sagt, hier die würden ja am liebsten 20 Euro Mindestlohn machen, wo ich sage, da würde ich definitiv mitgehen. Wo ich aber auch sage, es muss halt was für die Umwelt oder das Klima getan werden, dann wären ja wieder die Grünen da radikaler unterwegs, und für mich selber, wo ich sage, dass die SPD halt mehr auch für die Arbeitnehmer macht oder machen sollte.«

Malik, Industriearbeiter

Eine ebenfalls kritisch-wertschätzende Haltung zum politischen Feld findet sich bei Malik (I 19). Auch er geht von einem größeren Einfluss der Wohlhabenden und Unternehmen auf das politische Agendasetting und auf Entscheidungsfindungen aus.

»Man muss ja auch die Frage stellen, wer bezahlt die Politiker. […] Das sind ja alle Unternehmen und Unternehmensführer und reiche Leute […]. Man will ja auch dann die Politik auch so machen, dass die Leute, die dich unterstützen finanziell, ja auch nicht ganz abgeschreckt sind im Prinzip.«

Deutlicher noch als Jan unterstreicht er, dass ein großer Teil der Politiker*innen vor diesem Hintergrund nicht die Interessen des Wahlvolkes vertritt. Ohnmächtig sind sie allerdings nicht, er kritisiert sie gerade deshalb, weil »[…] die Politik die Gesetze verabschieden kann, die haben sehr viel in der Hand, die können auch steuern.« In seinen Augen sollten Politiker*innen für sozialen Ausgleich und moderate Umverteilungspolitik sorgen – tun es aber nicht. Insgesamt sieht Malik daher eine politische Schieflage in Deutschland. Die Anliegen der Wohlhabenden werden stärker berücksichtigt durch Regierungen als die Anliegen der einfachen Leute. Eine Antihaltung nimmt er aber nicht ein. Die Verhältnisse sind für ihn gestaltbar, überhaupt beschweren »sollte sich nur der Mensch, der wirklich versucht hat,

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

auch die Gesellschaft positiv zu beeinflussen […].« Vor diesem Hintergrund gelangt er auch nicht zu einer populistisch-vereinheitlichenden Deutung, in der alle Politiker*innen gleich (schlecht) sind. Für ihn gibt es »gravierende Unterschiede«. Hinter den Unionsparteien stehen »die ganzen Unternehmen«, diese Parteien »[…] sind halt ganz klar auch dafür, dass die Wohlhabenden auch wohlhabend bleiben«. Dennoch fühlt sich Malik durchaus repräsentiert im politischen Feld. Gewählt hat er stets die SPD, hadert aber mit dieser. Programmatisch setze sie sich zwar für die Schwachen ein, praktisch aber löst sie diesen Anspruch nicht ein. »Die SPD verliert sich mehr und mehr […], du siehst keine Unterschiede mehr zwischen CDU und SPD […].« Der LINKEN, die er zum Teil für zu radikal-unrealistisch hält, steht Malik angesichts dessen offen gegenüber, wünscht sich, dass Forderungen der Grünen und LINKEN umgesetzt werden.

5.3.5 Die Leistungsorientierten Sozialkonservativen

Die bisher vorgestellten Deutungsmuster hatten bei allen zwischen ihnen bestehenden Unterschieden eine Gemeinsamkeit: Kritische Diagnosen über die deutsche Gesellschaft spielten eine größere Rolle. In moderater (Sozialliberale) oder starker Weise (Gemeinwohldemokrat*innen) in Form eines Ungleichheitsdiskurses, oder wie beim Sozialrebellischen Nationalismus in Form einer nationalidentitären Benachteiligungsgeschichte.

Etwas anders verhält es sich mit den nächsten Deutungsmuster, auf das ich gestoßen bin, dem Leistungsorientierten Sozialkonservativismus. Auch für Leistungsorientierte Sozialkonservative ist ein kritischer Blick auf die Arbeitswelt durchaus typisch, Missachtungserfahrungen vor dem Hintergrund demonstrativer Leistungsbereitschaft spielen eine wichtige Rolle. Von »sozial« ist die Rede, weil anerkennende Bezahlung und ein sorgender Umgang mit den Beschäftigten verlangt wird. Die Ansprüche, die damit verbunden sind, sind allerdings relativ moderat. Gewünscht wird ein sorgender Herr, ein Management, das ans Betriebswohl und deshalb aus eigenem Interesse auch an die Belegschaft denkt.

Diese Kritik des Arbeitslebens steht einem relativ positiven Blick auf die Gesellschaft gegenüber. »Relativ positiv« bedeutet nicht, dass keine Probleme wahrgenommen werden, gerade in sozialer Hinsicht aber werden keine starken Dringlichkeits- oder Krisendiagnosen vorgetragen. Die Unten-Oben-Spaltung der Gesellschaft spielt durchaus eine Rolle, auch Sozialkonservative nehmen durchaus eine »soziale Schere« wahr oder benennen soziale Probleme wie Rentenarmut oder Niedriglöhne. Daraus speist sich auch Enttäuschung. Nur verdichtet sich all das bei Leistungsorientierten Sozialkonservativen nicht zu einem starken Ungerechtigkeitsdiskurs um die Unten-Oben-Spaltung herum, in dem das gesellschaftliche Oben etwa scharf kritisiert würde. Das ist ein markanter Unterschied gegenüber Gemeinwohldemokrat*innen, ansatzweise aber auch gegenüber Sozialliberalen. Ist für den Gemeinwohldemokraten beispielsweise die Zunahme sozialer Ungleichheit ein drängendes Problem oder für die Ökologiebewegten (siehe unten) die Umwelt- bzw. Klimakrise, fehlen solche starken Problemdiagnosen im Sozialkonservativismus. Kurz: Kritische Diagnosen zur gesellschaftlichen Entwicklung kann es geben, allerdings fehlen typischerweise leidenschaftliche Problembestimmungen.

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Auch ein Unbehagen an »der Politik« wird durchaus formuliert, dies geschieht typischerweise aus einer liberal-demokratischen Haltung, wie sie auch bei Sozialliberalen zu finden ist: Kritische Deutungen gehen Hand in Hand mit Wertschätzungen einzelner Parteien oder auch des Politischen Systems – jedenfalls fehlen im Sozialkonservatismus sowohl popular-demokratische Deutungen, die Demokratiedefizite klar in einen Unten-Oben-Gegensatz einordnen, als auch populistische Deutungen einer allgemein schlechten politischen Elite. Verbreitet sind auch Abgrenzungen gegenüber der AfD, die – hier ist ein breites Spektrum sichtbar – als Gefahr oder zu extrem in ihren Positionen beurteilt wird. Dabei sind nicht die einzelnen Positionierungen zur AfD, die sich in den Gesprächen finden, typisch für den Leistungsorientierten Sozialkonservativismus, sondern die (unterschiedlich starke) Abgrenzung vom Rechtsextremismus, mit dem die Partei verbunden wird.

»Konservativismus« bezieht sich hier nicht auf eine politische Weltanschauungsgemeinschaft oder auf grundsätzlich konservative Einstellungen zu gesellschaftlichen Fragen, sondern soll *erstens* auf die an *Maß und Mitte* ausgerichtete Haltung gegenüber der Gesellschaft und der Politik, *zweitens* auf die *relativ bescheidenen eigenen materiellen Ansprüche* und *drittens* auf die *eher konservative Sozialstaatsorientierung* hinweisen. Der Sozialstaat soll vor Risiken schützen, kaum mehr.

Die Solidaritätsorientierung ist vielleicht nicht exklusiv, aber in den Gesprächen, die ich mit Beschäftigten geführt habe, die auf das Muster Sozialkonservativismus zurückgegriffen haben, fanden sich immer wieder Abgrenzungen von anderen abhängig Beschäftigten, mal stärker, mal schwächer. Dabei lassen sich zwei Strömungen voneinander unterscheiden. In einer Strömung werden Abgrenzungen gegenüber leistungsschwachen Kolleg*innen oder imaginierten leistungsunwilligen Erwerbslosen, die nicht arbeiten wollen, gezogen. Sie basieren in der Regel auf einer ausgeprägten Leistungsorientierung. Leistungsungerecht ist insofern nicht nur die fehlende Anerkennung eigener erbrachter Leistungen, sondern auch, wenn sich Erwerbslose den Strapazen des Arbeitslebens angeblich entziehen können und – so die Unterstellung – ohne Leistungsbereitschaft unterstützt werden.

In der zweiten, deutlich kleineren Strömung wird hingegen ein kritischer Blick auf Migration und Migrant*innen geworfen, die z.B. angeblich nur Sozialleistungen beziehen wollen, ohne sich in die Gesellschaft einzubringen und einen Gegenbeitrag zu leisten, oder als (kulturelle) Belastung wahrgenommen werden. In beiden Fällen handelt es sich um relevante Abgrenzungen, die allerdings nicht so dominant, prägend und eindeutig sind wie etwa im Sozialrebellischen Nationalismus. Das Deutungsmuster Leistungsorientierter Konservativismus wurde von fast einem Viertel der Interviewten artikuliert, darunter zwei Industrie- und drei Lagerbeschäftigte sowie vier Pflegekräfte aus Krankenhäusern.

Sozialporträt: Der Fall Albert

Albert (I 22), der Anfang 60 ist, arbeitet in einem Industrieunternehmen. Das Gespräch, das wir geführt haben, ist von einer Verschlechterungsgeschichte geprägt, zumindest was die Erfahrungswelt Betrieb angeht. Sein Blick auf die Gesellschaft ist wohlwollender. Im Verlauf des Gesprächs markiert er wiederholt, aus welcher sozialen Position her-

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

aus er sich äußert: Mehrfach signalisiert er, dass er als »einfacher Arbeitnehmer« und Teil der »einfachen Leute« spricht, mit denen er sich identifiziert. Albert verortet sich nicht unten in der Gesellschaft, stellt aber durchaus deutlich heraus, dass er einer der gewöhnlichen Leute ist. Seine Ansprüche an Lohn, aber auch an gesellschaftliche Teilhabe, sind von Leistungsbereitschaft und einem damit verbundenen Wunsch nach Anerkennung geprägt, gleichzeitig aber auch durch eine selbstbewusste Bescheidenheit charakterisiert.

Der Betrieb als verlorener Stolz

Albert ist stark leistungsorientiert, wie er in unserem Gespräch mehrfach betont war er in seinem Leben immer bereit hart zu arbeiten, um seine Familie zu versorgen. Leistungsbereitschaft ist für ihn die Voraussetzung, um ein eigenständiges Leben führen zu können. Im Betrieb hat er es zu einer Art Vorarbeiter gebracht. Allerdings erwartet er eine Anerkennung dieser Leistungsbereitschaft durch angemessene Löhne.

Früher gab es diese Anerkennung im Betrieb, in dem Albert zum Zeitpunkt unseres Gespräches beschäftigt ist, einem Maschinenbauunternehmen, das insbesondere für die Automobilindustrie tätig ist. Diese »guten Zeiten«, in dem die Belegschaft noch stolz auf das Unternehmen waren, so Albert, sind vorbei, längst wird nicht mehr nach dem branchenüblichen Tarif gezahlt.

> »Was mich stört am meisten, ist, dass quasi das Werk, wenn man das früher gekannt hatte, war eigentlich immer war unser Stolz. Man war stolz, hier zu arbeiten. Also die haben gut bezahlt, man konnte sich dann, sage ich mal, eine gute Existenz aufbauen. Und nach den ganzen Änderungen und nach der, sage ich mal so, Ausbeutung, muss man so sagen, ist vieles anders geworden.«

Albert erzählt eine Geschichte der Verschlechterungen. Früher wurde die erbrachte Leistung durch gute Löhne anerkannt. Die Ansprüche, vor deren Hintergrund er diese Verschlechterungen kritisiert, sind bescheiden. Er will »noch mal richtig Geld verdienen, so wie es mal früher war, das ist […] alles, was man sich wünschen kann. Mehr braucht man nicht.«

Dem ist aber nicht so, es fehlt die Anerkennung – die einzelnen Beschäftigten sind der Unternehmensleitung nicht wichtig, sind ersetzbar, werden nicht geschätzt. Mit Blick auf seine (jüngeren) Kollegen lässt er wissen:

> »Die leisten dafür sehr viel, so muss dann sagen. Und trotzdem, die Anerkennung fehlt. Also man wird hier nicht mehr als Mensch gesehen, sondern ich sage immer, wir sind nur […] eine Personalnummer. Wenn du ausgedient hast, wird die Personalnummer dann im System irgendwo abgelegt und das war es dann. Das […] Menschliche fehlt.«

Etwas später im Gespräch heißt es mit Blick auf das Verhalten der Geschäftsführung präzisierend:

> »Auch die Unterstützung von Geschäftsführung (fehlt). Das ist ja für mich, was eigentlich mal menschlich war. […] Wir sind alle, sage ich mal, wir sind so ein […] ein Körper.

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

> Und wir sind die Organe, also das heißt, wenn man dann die Leute gut behandelt und unterstützt in bestimmten Sachen, wenn da jetzt Schwierigkeiten sind oder […] auch […] Krankheiten oder wie auch immer. Wenn man dann den Leuten auch leicht zur Seite steht, aber heute ist das natürlich egal. Das war früher anders.«

Die Geschichte der Verschlechterungen, die Albert erzählt, umfasst insofern mehr als die Diagnose, Lohnzurückhaltung sei eine Form der Missachtung. Auch das Verhalten der Geschäftsführung in der Personalführung wird problematisiert – ausgehend vom Anspruch, das Management sollte, wie in einer Gemeinschaft, die Beschäftigten unterstützen, sollte ihnen zur Seite stehen. Die Leistungsbereitschaft der Belegschaft sollte durch ein sich sorgendes Management entgolten werden. Durch das Gespräch, das wir führten, zieht sich eine enttäuschte Gegenseitigkeitserzählung.

Die Gesellschaft: Genügsamkeit und Ungleichheitskritik

Derartige Verschlechterungsgeschichten finden sich auch bei Beschäftigten, die andere Deutungsmuster artikulieren, beispielsweise das Muster Soziale Gemeinwohldemokrat*innen. Dort folgen typischerweise ausführlichere und kritische Überlegungen zur sozialen Ungleichheit im Land.

Bei Albert ist das anders. Nur auf direkte Nachfrage hin spricht auch er davon, dass es Menschen in Deutschland gibt, die zu wenig verdienen – hier stellt er den direkten Bezug zum eigenen Betrieb her. Hier findet man die Menschen, die nicht gut über die Runden kommen: »Wenn die Miete gezahlt ist, dann ist eigentlich nicht viel übrig, wo man sagen kann ›das macht mich glücklich, ich möchte das machen.‹ Das ist nicht drin.«

Sozialkonservative sprechen durchaus über Ungleichheit, allerdings entwickeln sie keine starken Ungleichheitserzählungen. So auch Albert. Er vertieft das Thema nicht, wenngleich an verschiedenen Stellen des Interviews deutlich wird, dass er durchaus einen Zusammenhang zwischen Verteilungsungleichheit und einem Gegensatz zwischen den Interessen von Unternehmer*innen und Beschäftigten sieht. An einer späteren Stelle des Gesprächs heißt es etwa:

> »Kapitalismus ist eigentlich immer eine Wirtschaftsform, wo ich als […] Betriebsinhaber […] uneingeschränkt die Chance habe, die Gewinne in die eigenen Taschen zu stecken. Das ist für viele Unternehmer das A und O. Billige Arbeitskräfte, hoher Gewinn. Also alles, was mir guttut als Unternehmer.«

Dieser nüchterne Blick auf Verteilungskonflikte führt Albert aber nicht dazu, ausführlicher über das Thema zu sprechen oder Kritik zu entwickeln. Auf die oben zitierte Passage folgt vielmehr eine Wende hin zu einer Beschreibung seiner eigenen Lebensweise, an die Ansprüche gekoppelt sind. Die zentrale Botschaft: Man muss nicht reich sein, aber zu einem Leben ohne Not müssen die Löhne reichen. Diese Bescheidenheit, die auch die Grundlage für seine moderate Kritik an der gesellschaftlichen Ungleichheit bildet, dreht sich ganz um seine Familie, für die gesorgt sein muss: »Ich will nicht das große Auto fahren oder Motorboot oder so, nein, ich will nicht.« An Geld, so Albert weiter, hat es auch in der Vergangenheit oft gefehlt – gut leben konnte er dennoch, wichtig dafür waren die

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Freunde aus der Belegschaft, aus der Nachbarschaft und die eigenen Kinder, kurz: die konkreten Gemeinschaften, in denen er seine Zeit verbracht hat.

Leistungsorientierte Sozialkonservative nehmen die Oben-Unten-Ungleichheit durchaus wahr, allerdings sprechen sie zögerlicher darüber, formulieren ihre Kritik zurückhaltender. Anders als bei den Sozialen Gemeinwohldemokrat*innen prägt die Ungleichheitsdeutung dieses Deutungsmuster nicht stark.

Janna, Handelsbeschäftigte

Janna (I 17) ist zum Zeitpunkt unseres Gespräches 50 Jahre alt und arbeitet im Handel, wo sie sich auch gewerkschaftliche engagiert. Über gesellschaftliche Probleme spricht sie in erster Linie anhand von konkreten Beispielen. Sie geht auf diese Erscheinungsformen der Unten-Oben-Spaltung ein, zum roten Erzählfaden, der sich durch das Interview zieht, gehört das aber nicht. Bewegender ist für Janna die Innen-Außen-Spaltung bzw. negative Erfahrungen, die sie mit Migrant*innen gemacht hat (siehe unten). Dennoch geht sie im Verlauf unseres Gesprächs auf verschiedene Ungleichheits-Probleme ein, die sich zu einer moderaten Ungleichheitskritik verdichten. Sie selbst, so Janna, wird von Rentenarmut betroffen sein, »[…] ich werde ein Sozialfall als Rentnerin […]. Und da frage ich mich halt auch, wie das sein kann.« Und weiter: »Mit meinem Einkommen ist ja so schon echt die Hölle mit dem Geld auszukommen, aber dann mal in Renten nachher fehlen mir noch 30 Prozent oder so.« Soziale Gemeinwohldemokrat*innen kamen ausgehend von derartigen Beobachtungen wiederholt auf pessimistische Ungleichheitsdeutungen zurück, die sie greifbar empörten. Bei Janna ist das anders, wenngleich dies nicht bedeutet, dass ihr entsprechende Sichtweisen fremd wären. Ausgehend von dieser eigenen Betroffenheit greift sie dementsprechend an späterer Stelle das Deutungsangebot positiv auf, das ich ihr im Gespräch mache, »Die Armen werden ärmer, die Reichen werden reicher«. Sie schließt mit einer eigenen Niedergangdeutung an, in der es die sozialen Mittelschichten sind, die kleiner werden:

»Also ich würde mal behaupten, vor 30 Jahren waren in Deutschland die Menschen, also gleichgestellt kann man nicht sagen, aber da gab es noch diesen Mittelstand. Ich glaub, den gibt es mittlerweile auch nicht mehr so extrem. […]. Reiche werden immer reicher und die Armen immer ärmer. Zumindest ist es mein Empfinden. […]. Ich glaube, dass wir in Deutschland irgendwann mal doch stolz sein konnten auf diesen Mittelstand. […]. In Amerika zum Beispiel Arm und Reich, da hat man ja auch immer gesagt, die Leute mussten zwei, drei Jobs haben, um sich irgendwie über Wasser zu halten. Und in Deutschland war man stolz drauf, dass die Frau Zuhause bleiben konnte, und der Mann hat gearbeitet. Und da hat das Geld zum Leben gereicht. Wie sieht es denn heute aus?«

Und etwas später:

»Ja und ich glaube schon, dass wir in so eine Richtung gehen, wie es in Amerika ist, […] hier habe ich viele Kollegen, die einen zweiten Job haben, ja, sei es, dass sie irgendwo hingehen Putzen oder in einem Büro Akten sortieren. […]. Und schon da zeigt sich, dass sie zwei Jobs haben müssen, das erinnert mich so ein bisschen an amerikanische Verhältnisse.«

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Anna, Krankenpflegerin

Ein weiteres Beispiel für die eher moderate Ungleichheitskritik, die für den Leistungsorientierten Sozialkonservativismus typisch ist, findet sich bei Anna (I 10), die als Fachkraft im Krankenhaus arbeitet. Sie hat an einem länger andauernden Arbeitskampf teilgenommen, zum Zeitpunkt unseres Interviews ist sie Anfang 40. Ungleichheit problematisiert sie durchaus, allerdings ohne grundsätzlich von sich aus zu verallgemeinern. Auch sie spricht eher von konkreten Problemen, die sie beobachtet, ohne diese in einen Zusammenhang zu bringen. Dabei würdigt sie auch soziale Errungenschaften in Deutschland, vor deren Hintergrund sie auf einzelne Probleme wie Rentenarmut oder Niedriglöhne eingeht. Ausdrücklich hebt sie in diesem Zusammenhang sozialstaatliche Leistungen hervor, ebenfalls die gegebene gute Gesundheitsversorgung. Dennoch besteht in Annas Erleben »[…] ein Ungleichgewicht zwischen denen, die viel Geld haben, und denen, die wenig Geld haben. Und die Spanne wird immer mehr und immer größer.« Und weiter heißt es:

»Es gibt Menschen mit sehr viel Geld und es gibt viele Menschen mit weniger Geld. Und da wo Geld ist, da wird das Geld bleiben. Und das sind eben die paar. Und das ist ja so ein Mechanismus, dass da, wo Geld ist, Geld hinkommt und da, wo kein Geld ist, auch keins hinkommt. Und ich glaube, das driftet noch weiter auseinander.«

Vor diesem Hintergrund unterscheidet auch Anna zwischen Oben, Mitte und Unten bzw. »den Armen, den Mittleren und den Reichen«. Einen direkten Zusammenhang zwischen den unterschiedlichen sozialen Lagen, wie er typischerweise von Sozialen Gemeinwohldemokrat*innen hergestellt wird, findet sich bei Anna ebenso wenig, wie eine zugespitzte Ungleichheitskritik formuliert wird.

Gesellschaftliches Problem: Rechtsruck

Eine Gemeinsamkeit, die sich zwischen den Deutungsmustern Soziale Gemeinwohldemokrat*innen, (Enttäuschte) Sozialliberale und Leistungsorientierte Sozialkonservative abzeichnet, ist die Sorge vor einem politischen Rechtsruck in Deutschland bzw. Befremden über Fremdenfeindlichkeit. Auch Albert beschäftigten beide Themen. Typisch für den Sozialen Konservativismus ist weniger die besondere Intensität, mit der sich Albert damit auseinandersetzt, wohl aber die Art der Sorge: es geht um die Bedrohung einer politischen Ordnung, die ein Mindestmaß an politischen Freiheiten und Rechten gewährt und in der Vergangenheit ebenfalls ein Mindestmaß an sozialer Teilhabe ermöglicht hat – in Alberts Fall etwa versinnbildlicht anhand seiner beiden Kinder, die den sozialen Aufstieg durch Studium geschafft haben.

Wichtig ist: Wenngleich Albert, ausgehend von seiner ausgeprägten Leistungsorientierung, sich durchaus kritisch von Erwerbslosen, in seinen Augen nicht leistungsbereiten Kollegen und punktuell auch von Migrant*innen abgrenzt, die in seiner Wahrnehmung lediglich Sozialleistungen beziehen wollen (siehe unten), drückt er grundsätzlich einen Ethos der Gleichwürdigkeit der Menschen aus, er beurteilt sie nach ihrem konkreten Verhalten, unter anderem danach, ob sie gut arbeiten und sich im Betrieb als gute Kollegen zeigen, oder nicht. Eine Beurteilung aufgrund der Herkunft, wie sie etwa für das Muster Sozialrebellischer Nationalismus wichtig ist, findet sich im Gespräch mit Albert nicht.

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Auch deshalb stört er sich am Rechtsradikalismus, den er auch in Teilen »seiner« Belegschaft wahrnimmt. Angesichts von Erfahrungen mit AfD-Wählern im eigenen Betrieb spricht Albert von seinem eigenen Antifaschismus, über seine Haltung gegenüber der extremen Rechten. Diese ist nicht zuletzt biografisch begründet. Sein Vater war Nationalsozialist, er selbst wurde in diesem Sinne erzogen:

> »Ich habe ein Problem damit. Ich bin von einem Nazi großgezogen worden, ich weiß, wie das ist, wie mein Vater mich behandelt hat. […] Mein Vater ist als junger Soldat mit verletzt worden. Also zweimal ist er verletzt worden. Und mein Opa ist im Krieg geblieben. Und […] mein Vater war […] bis zum Schluss, bis der gestorben ist, hat klipp und klar gesagt, von mir kriegst du kein Geld. Weil ich bin ja immer dagegen gewesen. Ich habe […] kaum Kontakt zu ihm gehabt. […] Und dann hat er gesagt, das kriegt alles die NPD, du kriegst keinen Cent. […] Aber ich bin von einem Schläger […], der jeden Tag geschlagen hat, großgezogen worden. Deswegen, ich hasse das, wenn ich das sehe.«

Die extreme Rechte bereitet ihm auch Sorge mit Blick auf die Stabilität der sozialen und politischen Ordnung in Deutschland. Jedenfalls geht er auf diesen Punkt von sich aus ein, als ich ihn danach fragte, ob er sich angesichts der wahrnehmbaren wirtschaftlichen Krisenerscheinungen (während der Pandemie) eigentlich Zukunftssorgen mache. Nicht auf mögliche soziale Verschlechterungen für sich, seine Kollegen oder andere Beschäftigtengruppen kam er zu sprechen; vielmehr fürchtete er sich vor einem Erstarken der Rechten,

> »[…] also ich sag mal so, dass die Wirtschaftskrise die rechte Bewegung nochmal so richtig stark macht. […] Die rechte Bewegung hat zugenommen. Und das ist etwas, was mir Angst macht.«

Sorgen bereitet Albert dies, weil damit die politische Ordnung beeinträchtigt werden könnte, die er selbst wertschätzt. Diese Ordnung steht für ihn für »Gleichberechtigung für alle« – wozu auch die prinzipielle Gleichbehandlung von Menschen gehört, die aus dem Ausland kommen.

Manfred, Krankenpfleger

Eine Gefahr für die deutsche Demokratie sieht auch Manfred (I 25) in den Wahlerfolgen der AfD. Manfred, Mitte 50, arbeitet als Krankenpfleger, vorher war er als Zeitsoldat bei der Bundeswehr. Im Gespräch legt er eine ausgeprägte Anti-AfD-Haltung an den Tag, für ihn sind es »nur Polemiker, die mit irgendwelchen Phrasen daherkommen, nur Stimmung machen im Land.« Gefährlich sei das insbesondere, weil seit der Entstehung der AfD die rechte Szene in Deutschland deutlich größer geworden ist. »Und das ist der Verfassung und dem Land, der Demokratie nicht zuträglich, und was der Demokratie nicht zuträglich ist, hat im Bundestag oder sonst wie irgendwo nichts zu suchen.« Letztlich, so heißt es später im Interview, »sind sie gegen unsere Verfassung, gegen unsere Demokratie und wer gegen unser Grundgesetz ist, hat verspielt bei mir.« Andere Parteien, die er kritische betrachtet, etwa die SPD und die LINKE, würdigt Manfred durchaus, an der AfD lässt er kein gutes Haar. »Ganz ehrlich, ich höre bei denen nicht zu, sobald einer von denen redet.« Und weiter

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

heißt es im Gespräch: »Also, ich sag mal, mit der AfD darf eine Partei, die sich mit unseren Grundrechten oder mit dem Wesen unseres Staates identifiziert, nicht zusammenarbeiten.« Die AfD betreibt in seinen Augen in erster Linie Hetze, natürlich zu allererst gegen Flüchtlinge.

Anna, Krankenpflegerin
Sorgen um die politische Entwicklung in Deutschland, macht sich auch Anna (I 10). »Der Rechtsruck macht mir einfach Angst!« Angesichts der Wahlerfolge der AfD sorgt sie sich davor, dass sich da wieder so ein Regime bildet und die es schaffen, alle in ihren Bann zu ziehen und trotten alle wie die Häschen hinterher.« »Ein Regime« steht für den historischen Faschismus, wie aus dem weiteren Gesprächsverlauf hervorgeht. In diesem Zusammenhang geht sie auch auf eigene Alltagserfahrungen mit Fremdenfeindlichkeit, aber auch auf die Diskriminierung anderer Gruppen ein.
»Der Allein, wenn ich sehe wer alles AfD wählt oder ähnliche Parteien. Oder wie über die Flüchtlingspolitik gesprochen wird. Ich höre das auch hier in meinem Umfeld. So hinter vorgehaltener Hand. Wir sind ja nicht gegen Ausländer, aber. Ich höre immer nur aber. Das finde ich schwierig, wie generell mit Andersartigen umgegangen wird. Ich habe auch homosexuelle Freunde, was die immer noch erleben müssen. Und wo geht das wieder hin? Was wird einfach daraus? Wir hatten doch schon die schreckliche Zeit.«
Und später heißt es:
»Die AfD ist für mich eine rechtsradikale Partei. Und die fordern Dinge für Deutsche. Und damit kann ich nicht umgehen. Die Fremdenfeindlichkeit, die da gelebt wird, das Ausgrenzen verschiedenster Menschengruppen, das ist für mich rechtsradikal.«

Umweltschutz und Arbeitsplätze

Auch für Leistungsorientierte Sozialkonservative sind »Klimaschutzinteressen von unten« relevant, auch dies ist eine Parallele zum Sozialliberalismus und zum Muster Soziale Gemeinwohldemokrat*innen. Albert wirft das Thema Klimaschutz ebenfalls von sich aus auf. Im Zusammenhang mit der Macht von Unternehmen, über die er im Laufe unseres Gespräches nachdenkt, spricht er von sich aus auch über das Thema Umweltschutz. Strengere Auflagen bzw. Maßnahmen, so Albert als Beispiel für konkrete Unternehmermacht, werden beispielsweise durch Autobauer bekämpft, indem sie auf mögliche Arbeitsplatzverluste verweisen – ein reales Problem auch für Albert, wenngleich er findet, dass Umwelt- und Klimaschutz durchaus richtig ist.

> »Ich denke, dass das jetzt politisch und wirtschaftlich richtig in die Hand genommen werden muss. Aber das geht nicht nur in einem Land, sondern das muss weltweit passieren. Und dass Arbeitsplätze, die durch den Umweltschutz vernichtet werden, auf einer anderen Seite wieder andere entstehen.«.

Allerdings: Albert wendet sich aufgrund dieser Einschätzung nicht gegen die Unternehmen, der Umweltschutz darf gewissermaßen nicht dazu führen, dass Unternehmen nicht mehr ausreichende Gewinne machen. Die Wirtschaftlichkeit darf nicht bedroht werden. Diesen Gedanken vertieft er im Lauf des Gesprächs. Etwas später greift Albert

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

den Faden erneut auf und spricht wieder über den Umweltschutz. Auch hier, ähnlich wie im Sozialliberalismus, deutet sich eine ambivalente Haltung an – Natur wirksam schützen, die Zukunft der Wirtschaft aber nicht aufs Spiel setzen. Die Lösung liegt für Albert in der Innovation. Nun plädiert er für eine stärkere staatliche Förderung der Technologieentwicklung. So sollte es möglich werden Bodenschätze und Natur insgesamt zu schützen – für die spätere Generation, denn

> »[…] jetzt wird alles immer zerstört und raubmäßig alles ausgenutzt bis nichts mehr geht. Also die Natur wird dabei euch vernichtet und kaputtgemacht, ohne Rücksicht. Hauptsache, ich kann da Geld verdienen.«

Typisch für die Leistungsorientierten Sozialkonservativen ist ihre Offenheit für den Klimaschutz. Anders als im Muster Soziale Gemeinwohldemokratie fehlen hier aber stärkere Unternehmenskritiken. Leistungsorientierte Sozialkonservative wünschen sich eine Art pragmatischen Klimaschutz, der wirksam sein, aber möglichst auch ›die Wirtschaft‹ nicht schädigen soll. Die Einschätzung, wie gut und auf welchen Wegen das zu erreichen ist, gehen hingegen unter Sozialkonservativen auseinander.

Antonia, Krankenpflegerin

Auch Antonia (I14) steht Umwelt- und Klimaschutz offen gegenüber. Antonia ist zum Zeitpunkt unseres Gespräches etwa Mitte 50, ist als Pflegerin in einem Universitätsklinikum beschäftigt und hat sich an einem Streik für bessere Personalbemessung beteiligt. Das Thema Umwelt- und Klimaschutz hat für sie durchaus einen wichtigen Stellenwert:

»Wir müssen auf unsere Erde achten. Verbrennungsmotoren abschaffen, ja, E-Auto halte ich dann wieder für fragwürdig, man muss ja auch gucken, wo kommen die Baumaterialien her, was wird da drin verbaut, wie giftig sind die Sachen? Auf jeden Fall müssen wir auf unsere Erde aufpassen, wir haben schon viel zu lange geschlafen. Alleine die Vermüllung der Meere, ich sehe das jeden Tag im Wald, ich bin jede Woche im Wald. Wenn ich sehe wie vermüllt das ist, wie lange eine Zigarettenkippe draußen verwittert. Es ist schlimm, wie wir mit unserer Erde umgehen. Und wir sind von ihr abhängig.«

Und etwas später heißt es:

»Im Kern müssen wir was für unsere Erde tun, weil wir sind von ihr abhängig. Es muss sich dringend in diesem Punkt, da haben wir im Denken schon viel zu lange gewartet für unsere Erde zu denken. Die Erde wird ausgebeutet, unser Planet. Definitiv. Und das muss aufhören.«

Dass die Naturausbeutung ein Problem ist, ist für Antonia klar. Es zeichnet sich im Interview allerdings keine hohe Dringlichkeit ab, eher nüchtern geht sie damit um – ohne die ökologische Herausforderung aber zu relativieren. Skepsis gegenüber rasanten Umbrüchen und Verbesserungen zeigt sich.

»Und klar, wir beuten die Erde aus, darüber müssen wir gar nicht diskutieren. Es ist leider so. Ob man vieles verändern kann sofort, das weiß ich nicht. Wenn, dann sind es langwierige Prozesse. Aber es wird Zeit. Das Klima verändert sich, die Eisberge schmelzen. Wir haben hier im Harz keinen Schnee mehr, so gut wie gar nicht mehr. Also wenn man es realistisch beobachtet, sieht man es.«

Eine anti-kapitalistische Wendung findet sich auch Antonia nicht, vielmehr betont sie das

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Dilemma, dass ökologischeres Wirtschaften auch zu einem Schrumpfen des Bruttosozialproduktes und einer Bedrohung von Arbeitsplätzen führen könnte. Hier ähneln ihre Überlegungen denen der sozialliberalen Industriebeschäftigten bzw. denen Alberts, obwohl sie selbst nicht direkt vom fossil-industriellen Kernkomplex des deutschen Kapitalismus abhängig ist. Zwar weiß sie nicht wie es zu erreichen wäre, plädiert aber für ein Gleichgewicht zwischen »wie können wir eine Verbesserung für die Erde herbeiführen und trotzdem weiter die Wirtschaft am Laufen halten«, also zwischen Umwelt- und Klimaschutz auf der einen, Wirtschaftswachstum auf der anderen Seite.

Manfred, Krankenpfleger

Eine pragmatische Klimaschutzpolitik befürwortet auch Manfred (I 25), dem Umweltschutz allerdings ein deutlich wichtigeres Anliegen ist als Antonia und Albert. Entscheiden für seine Haltung ist der Menschheits- und Generationenbezug. Er möchte eine lebenswerte Erde hinterlassen, »[…] wir können nicht nur rausziehen, nehmen mit allem Drumm und Dran, die ganze Massentierhaltung, Schweinehaltung und auch die Waldbewirtschaftung […].« Manfred ist Großvater, seine Bemerkungen haben einen unmittelbaren familiären Bezug. Aus dieser Perspektive kritisiert er auch das Umschwenken auf E-Mobilität, der »ökologische Nutzen eines E-Autos ist jenseits von Gut und Böse«, insbesondere aufgrund der CO_2-Freisetzung bei der Herstellung der benötigten Bauteile, oder der nötigen Rodung von Wäldern »Allein um den Stoff für die Batterien zu gewinnen werden eine Million Liter Trinkwasser pro Tag vernichtet.« Manchmal werden solche Kritiken an Elektroautos von Akteuren ins Feld geführt, die die bisherige Art der Automobilproduktion verteidigen und die Relevanz des Klimawandels relativieren wollen. Nicht so Manfred. Als ich ihn nach seiner Meinung zu Fridays for Future frage, reagiert er zustimmend.

»Die haben tatsächlich Recht. Die Argumentation ist manchmal ein bisschen schlecht, aber letztlich ist alles durch Wissenschaft schon belegt. […]. Allein wenn man Berichte über die Entwicklung der Eiskappen der Erde hört, da kann man es mit der Angst kriegen. Und da muss ganz einfach was getan werden.«

Was gemacht werden sollte, hält Manfred für prinzipiell pragmatisch umsetzbar – durch Aufforstungsprogramm, die Umstellung der Fleischerzeugung, in der Wirtschaft insgesamt durch technologische Lösungen, deren Einsatz neue Jobs schaffen können. Auch Manfred setzt insofern auf Innovationen.

»Es gibt doch für alles eine technische Möglichkeit. Dann habe ich doch wieder andere Sparten, die sich öffnen, und das gibt doch auch wieder Jobs. Auch diese ganze Technisierung, Computer. Sicher, es fallen vielleicht irgendwelche Jobs weg, werden überflüssig, aber es tun sich doch auch immer neue Möglichkeiten auf, neue Jobs. Das ist ja ein Wandel ständig, der stattfindet im Leben. Dafür muss man einfach offen sein.«

Kurz: Der nötige Umwelt- und Klimaschutz sind gestaltbar, wirtschaftliche Probleme oder soziale Folgelasten drohen in Manfreds Augen nicht zu entstehen – ein problematisches Verhältnis zwischen der bestehenden Wirtschaftsordnung bzw. dem Einfluss von Unternehmen und Klima- und Umweltschutzpolitik sieht er hingegen nicht. Das bedeutet aber auch: In Manfreds Augen existiert der Widerspruch zwischen Arbeitsplatzsicherung und einer Priorität der Umweltschonung (PAQ 1987, 173) nicht. Beschäftigungssicherung durch eine funktionierende Wirtschaft ist ihm, wie aus dem Zusammenhang seiner Überlegun-

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

gen hervorgeht, durchaus wichtig, allerdings eher aktiv-zukunftszugewandt im Sinne der Schaffung neuer Jobs, als im Sinne der Sicherung bestehender.

Moderate Kritik an Parteien und Politiker*innen

In der bisherigen Deutungsmusteranalyse wurden zum Teil scharfe Kritiken von Politiker*innen und Parteien deutlich, etwa in den Mustern Sozialrebellischer Nationalismus und Soziale Gemeinwohldemokratie. Eine Autor*innengruppe um den Darmstädter Soziologen Ulrich Brinkmann ist bei gewerkschaftlich organisierten Industriearbeiter*innen sogar auf einen »politischen Entwurzelungsprozess« (Brinkmann/Hassan-Beik/Zappino 2020, 104) gestoßen. Für Leistungsorientierte Sozialkonservative gilt dies nicht. Zwar äußerst sich auch Albert kritisch über Akteur*innen des politischen Feldes, Spuren einer Entwurzelung, einer populistischen oder popular-demokratischen Kritik sucht man allerdings vergebens. Sein Blick auf das politische Feld ist deutlich ausgleichend, wenngleich nicht unkritisch.

Insgesamt ist die Gleichbehandlung von Menschen für Albert ein wichtiger Bezugspunkt, etwa wenn es um die faire Behandlung von Kollegen im Betrieb geht. Gerade dieser Wunsch und Anspruch auf Gleichbehandlung machen ihn zu einem Anhänger der politischen Mitte. Dabei positioniert er sich gegenüber den Polen des deutschen Parteiensektrums. Eine zu linke und eine zu rechte Politik sei nicht in der Lage, so das Argument, die Menschen gleich zu behandeln, »[…] zu weit nach links, zu weit nach rechts, da kommt die Gleichbehandlung ins Schwanken.« Albert neigt zur SPD, weniger zur LINKEN, die ihm aufgrund ihrer sozial- und steuerpolitischen Forderungen zu radikal ist. Er begründet seine Nähe zur Sozialdemokratie, indem er seine Lage als Arbeitnehmer erläutert:

> »Ich bin Arbeitnehmer. Ich bin keiner, der irgendwie vermögend ist oder so. Ich bin Arbeitnehmer, deswegen ist für mich die Partei die SPD, weniger die LINKE. Oder die SPD mit der LINKEN zusammen und dann irgendwas Passendes machen. […]. Für die kleinen Leute. Ich bin Arbeitnehmer, deswegen ist mir das wichtig.«

An der LINKEN stören ihn die zu extremen sozialpolitischen Vorschläge. Im Kern geht es um ihr Versprechen, auch Menschen ein gutes Leben zu ermöglichen, die sich nicht Arbeit und Mühsal auferlegen. Er selbst will nicht mehr Steuern zahlen, damit anderen Menschen mehr Wohngeld finanziert werden kann, so seine Zuspitzung. Insofern zeichnet sich hier eine begründete, aber begrenzte Solidaritäts- und Sozialstaatsorientierung ab.

Da er weitestgehend zufrieden mit der Gesellschaft ist, fehlen auch Schuldzuschreibungen an Parteien oder Politiker*innen, die sich zu einer grundsätzlicheren Kritik verdichten könnten. Prinzipiell ist er – anders als etwa Gesprächspartner*innen, die die Deutungsmuster Exklusiver Sozialpopulismus (siehe unten) oder Sozialrebellischer Nationalismus artikulieren – der Meinung, Politiker*innen würden sich darum bemühen, die Anliegen und Interessen des Wahlvolkes angemessen zu vertreten. Von einem Wir-Die-

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Gegensatz, bei dem die politischen Eliten zu den Anderen gehören, kann nicht die Rede sein.

Seine wohlwollende Haltung Parteien bzw. Politiker*innen gegenüber basiert allerdings nicht auf der Idee, alle Anliegen bzw. alle Interessen innerhalb einer Gesellschaft hätten dieselbe Chance, durch Regierungen berücksichtigt zu werden. Im Gegenteil, er meint »[…] die Arbeitgeber haben schon immer die Politik gemacht.« Drohungen mit der Verlagerung von Betriebsstätten ins Ausland gehören zu Repertoire der Erpressung, auf das Unternehmen zurückgreifen, um sich durchzusetzen. Die Wirtschaft, so Albert zusammenfassend, kämpft für ihre eigenen Interessen, »die« Politik »[…] versucht dem Volk (hingegen) vom Kuchen auch mal was zu geben.«. Regierungen, so die positive Sichtweise, mögen unter Druck gesetzt werden – aber bemühen sich, den einfachen Arbeitnehmern auch ihr Recht zukommen zu lassen.

Typisch Leistungsorientierte Sozialkonservative ist eine durchaus nüchtern-kritische Sicht auf das politische Feld. Die liberal-demokratische Haltung mündet in einer noch deutlicheren Wertschätzung dessen, was als demokratische Ordnung wahrgenommen wird, als im Sozialliberalismus – gerade vor dem Hintergrund der positiveren Beurteilung der Gesellschaft.

Manfred, Krankenpfleger

Eine politische Orientierung, die der Alberts ähnelt, findet sich auch bei Manfred (I 25), dem bereits zitierten Krankenpfleger. Er identifiziert sich mit »unserer Demokratie«, wie er insbesondere in seiner oben bereits zitierten scharfen Abgrenzung von der AfD deutlich macht. Von einem politischen Repräsentationsbruch kann nicht die Rede sein. Er sieht sich auch durchaus politisch von Parteien vertreten. Allerdings neigt er, anders als Albert, nicht zur Sozialdemokratie. Während er die SPD und die LINKE für gewissermaßen wirtschaftlich verschwenderisch hält, neigt er mittlerweile zu CDU und Grünen. Mit Blick auf die LINKE heißt es etwa: »Die LINKEN sind sehr sozial, die wollen also alles für die Leute, die schlecht dastehen. Aber ohne Vorschläge zu haben, woher das Geld kommen soll.«
Und etwas früher heißt es: »Es muss auch irgendwo finanzierbar bleiben. Du kannst nicht wahllos das Geld rausschmeißen.« Zu den Christdemokraten neigt er, weil sie für Wirtschaftlichkeit stehen, zu den Grünen, weil sie sozial und ökologisch sind – die »mittlerweile echt gesellschaftsfähig geworden sind, und auch führungsfähig.« Wenngleich er zu anderen Parteien neigt, teilt er mit Albert den Wunsch nach einer Wirtschaft, die funktioniert und gleichzeitig sozial ausgewogen ist, und die Orientierung an eher respektabler und ausgleichender Politik. Wenngleich sich Manfred politisch also durchaus vertreten sieht, kritisiert auch er den politischen Einfluss der Wirtschaft. Diese »hat hier zu viel Macht und beeinflusst das System ganz einfach zu dolle.« Zugespitzt heißt es auch »die Politik wird von der Wirtschaft gesteuert.« Sie schafft auch Probleme. Zwar habe Deutschland einen guten Sozialstaat, aber

»es kann nicht vernünftig funktionieren, wenn die Wirtschaft ständig Stöcke in die Arena schmeißt, weil wirtschaftliche Interessen da ganz einfach höhergestellt werden und die Wirtschaftsmächtigen nicht genug beaufsichtigt und gemaßregelt werden.«

Vor diesem Hintergrund nimmt Manfred eine etwas kritisch-distanziertere Haltung zu Politiker*innen ein als Albert, aber ebenfalls keine populistisch-antagonistische. Leitend für

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Politiker*innen sei weniger das Wohl der Wähler*innen bzw. des Volkes, sondern persönliche und wirtschaftliche Interessen. Später im Gespräch führt er aus, früher habe es dagegen gradlinige politische Persönlichkeiten gegeben – Strauß, Schmidt, Brandt –, heute müsse man die große Nähe zwischen Wirtschaft und Politik beklagen. »Was hat ein Ministerpräsident denn im Vorstand einer Firma zu suchen. Oder was soll das mit den Beraterverträgen und sowas alles?« Zwei Problembestimmungen verbinden sich: Zum einen die Diagnose einer Verflechtung von Politik und Wirtschaft, eines zu großen Einflusses von »Wirtschaftsmächtigen«; zum anderen die Wahrnehmung, es fehlte an glaubwürdigen, kompetenten und auch ehrlichen Politiker*innen. Finden sich diese Kritiken des großen Geldes auch in den Deutungsmustern des Sozialrebellischen Nationalisten Karl und der Sozialen Gemeinwohldemokrat*innen, haben sie hier doch eine andere Bedeutung. Sie bleiben eingebettet in eine wohlwollende Haltung gegenüber dem Gros der Parteien.

Sandra, Krankenpflegerin in Ausbildung

Sandra (I 27) ist bereits Mitte 30, beendet nach einem Neueinstieg ins Berufsleben aber gerade ihre Ausbildung. Gewerkschaftlich aktiv geworden ist sie im Rahmen eines Streiks, in dem es u.a. um die Abwehr von verschiedenen Verschlechterungen im Privatkrankenhaus ging, in dem sie arbeitet. Wo es im Gespräch, das ich mit ihr führen durfte, um Politik ging, signalisiert sie eine gewisse Unsicherheit, bemerkt gelegentlich, dass sie sich über bestimmte Fragen noch nie Gedanken gemacht hat. Eine scharfe Kritik an Parteien und Politiker*innen formuliert sie nicht, sie ist SPD-Wählerin, begründet das vor allem damit, dass sie die Akteure vor Ort bereits lange kennt, weist auf Gewohnheit hin. Unzufrieden ist aber auch Sandra. Etwa über die Geringschätzung, mit der die Regierung bzw. »die« Politiker mit Berufsgruppen wie Einzelhandelsbeschäftigten während der Coronapandemie umgegangen sind. Als ich sie frage, wie sie sich diese Geringschätzung erklärt, weist sie auf Ignoranz hin. Als ich sie etwas später frage, ob sie glaubt, Politiker*innen würden sich für die Belange der Bevölkerung einsetzen, antwortet sie:
»Nein, dienen tun sie dem Volk nicht. Weil sie halt das durchsetzen, was sie möchten, und nicht, was das Volk möchte. Also wenn sie dem Volk dienen würden, dann würden sie ja auch das machen, was das Volk fordert oder wir als Pflegende zum Beispiel fordern.«

Eine »heiße« Kritik an Parteien und Politiker*innen folgt daraus aber nicht, vielmehr verweist Sandra im weiteren Verlauf des Gesprächs eher auf ein bisheriges Desinteresse an Politik. »Ich habe mir vor unserem Arbeitskampf auch über die einzelnen Parteien nie so die Gedanken gemacht.« Darin drückt sich aber keine Distanz oder gar ein Gefühl mangelnder Repräsentation aus, eher eine Art leidenschaftslose Gewohnheit. »Ich habe eigentlich schon immer SPD gewählt, aber muss ganz ehrlich sagen, halt, weil ich da noch Leute aus der Schulzeit kenne.«

Abgrenzungen gegenüber imaginierten Leistungsunwilligen

Ein markanter Unterschied zwischen Sozialliberalismus und Sozialkonservativismus besteht in den deutlichen Abgrenzungen, die Leistungsorientierte Sozialkonservative gegenüber imaginierten Erwerbslosen und/oder Migrant*innen ziehen. So auch Albert. Er formuliert hohe Leistungsansprüche an seine Kollegen, denkt in unserem Gespräch aber auch (kritisch) über Erwerbslose und Menschen nach, die seines Erachtens nicht

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

so hart arbeiten oder arbeiten wollen wie er selbst. Von Erwerbslosen erwartet er Leistungsbereitschaft, wenn sie schon staatliche Unterstützung erhalten (siehe unten).

Wie ich oben dargelegt habe: An verschiedenen Stellen des Gesprächs grenzt sich Albert von Rechtsextremen ab, er signalisiert auch Einwanderung offen gegenüber zu stehen. Das hat zwei Gründe. Erstens ist er selbst als »Auslandsdeutscher«, wie er sagt, aus Polen nach Deutschland gekommen. Zweitens geht er davon aus, dass die Menschen in der Bundesrepublik zu wenig Kinder bekommen und deshalb auf die Immigration angewiesen sind. In seinen konkreten Äußerungen zu Einwander*innen zeichnen sich gleichwohl negative Bewertungen ab. »Und was dann eigentlich das größte Problem bei der Einwanderung ist, da kommen immer Leute noch mit, die das System ausnutzen wollen.« Albert fürchtet die Einwanderung in die sozialstaatlichen Systeme. Ausführlich geht er aber von sich aus allein auf das Problem einer drohenden kulturellen Abschottung ein, das er zu sehen scheint. Er reibt sich also an einem so wahrgenommenen mangelnden kulturellen und politischen Integrationswillen. Ausdrücklich bezieht er sich dabei auf Menschen, die der islamischen Religionsgemeinschaft angehören, die er dann mit »den Türken« in Verbindung bringt. Durch Einwanderung werde »die islamische Welt« immer größer, diese aber bliebe »unter sich«, schotte sich ab. Aus eigener Erfahrung (als Kind einer deutschen Familie in Polen) kennt er diese Einigelung, wie er ausführt. Austausch mit polnischen Kindern habe es in seiner Kindheit wenig gegeben. Er schlussfolgert:

> »So machen die Türken das auch, die haben die gleiche Mentalität: ›Du gehörst hier nicht her, du bist hier nur geboren, du sollst hier nur arbeiten, die Türkei ist aber deine Heimat. […]. Der Glaube ist schuld.«

Im Vergleich zum Sozialrebellischen Nationalisten Karl stört ihn nicht so sehr, dass zu viele Einwander*innen »ins Haus« kommen, sondern dass sie sich in die Hausgemeinschaft nicht richtig einfügen. Im Sozialkonservativismus zeigen sich migrationsskeptische oder gar -ablehnende Einstellungen, auf die auch in der jüngeren Forschung zum politischen Bewusstsein von Gewerkschaftsmitgliedern hingewiesen wurde. In einer kleinen Fragebogenbefragung, an der etwa 240 Gewerkschafter*innen in Bildungszentren teilnahmen, meinten z.B. rund 30 Prozent der Befragten, es sei nicht gut, dass Deutschland in den Vorjahren so viele Geflüchtete aufgenommen habe. Dass der Staat »konsequenter abschieben« sollte, fanden fast 60 Prozent. Den Eindruck, der deutsche Staat würde sich mehr um Geflüchtete als um »hilfsbedürftige« Deutsche kümmern, teilten etwa 45 Prozent der befragten Gewerkschafter*innen.« (Brinkmann/Hassan-Beik/Zappino 2020, 119). Derartige »Abschiebeforderungen« wurden von den Beschäftigten, die das Deutungsmuster Leistungsorientierter Sozialkonservativismus artikuliert haben, nicht erhoben. Typisch für Sozialkonservative sind gleichwohl kritische Blicke auf Einwanderung und Grenzziehungen gegenüber Migrant*innen, die zum Teil kulturell, zum Teil sozial begründet werden.

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Janna, Handelsbeschäftigte

Ein Beispiel für eine deutliche identitäre Grenzziehung gegenüber Migrant*innen findet sich im Gespräch, das ich mit der Handelsbeschäftigten Janna geführt habe (I 17). Wie sich oben dargelegt habe blickt Janna durchaus auch moderat-kritisch auf die soziale Entwicklung in Deutschland. Besonders unzufrieden ist Janna aber mit der deutschen Migrationspolitik. Der Grund: Geflüchtete werden besser behandelt als bereits hier lebende Deutsche, »[…] ich habe in unserem Land mittlerweile das Gefühl, dass jeder bessergestellt wird wie unsere eigenen Bürger.« Im eigenen Land, so Janna weiter, gibt es Armut, während Zugewanderte bzw. Geflüchtete mehr besitzen als »[…] manche, die hier groß geworden sind, das finde ich einfach erschreckend mit anzuschauen, diese Ungerechtigkeit, die hier herrscht.« Anders als Karl, der Sozialrebellische Nationalist, entspinnt sich hier aber keine nationalidentitäre Opfer-, sondern eine soziale Benachteiligungsgeschichte, wie sie u.a. Klaus Dörre auch für rechtsaffine Arbeitergeschichten ausgewiesen hat. Im Kampf um Statuserhalt, möglicherweise unter Wettbewerbsdruck, fühlen sich die entsprechenden Beschäftigten benachteiligt – möglicherweise gegenüber einem Oben, gewiss aber gegenüber Migrant*innen (Dörre 2020, 17f.) Erklärend fügt Janna hinzu:

»Ich rede von der Flüchtlingssituation, die wir in unserem Land haben. Ich habe neben mir auch so ein Haus mit Flüchtlingen. Ich will mich nicht über mein Leben beschweren, also es geht mir mit Sicherheit gut, aber ich kenne leider viele Menschen, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind, die von Hartz-Viert leben. […] Und wenn ich dann den Blick nebendran schaue, da werden große Autos gefahren, die haben in unserem Land noch nie was gearbeitet, aber sie können große Autos fahren, haben fünf, sechs Kinder […]. Und dann sehe ich auf der anderen Seite Familien, die von einem Minimum leben müssen, die mit zwei, drei Personen mit 300 Euro im Monat auskommen müssen. […]. Und eben da dann die anderen Familien, die hier noch nie was geleistet haben.«

Soziale Ungerechtigkeit thematisiert Janna zunächst in erster Linie entlang der Spaltungslinie Innen-Außen, nicht Oben vs. Unten, wie dies etwa im Deutungsmuster Soziale Gemeinwohldemokratie der Fall ist. Allerdings beruhen ihre Überlegungen, hier ähnelt ihre Argumentationslogik der des Nationalisten Karl, auf einer impliziten »Ideologie der Ungleichheit« (Meier 2010, 13): Können Geflüchtete so gut leben wie »Einheimische«, dann kommt dies einer Bevorteilung gleich. Ihre Kritik mündet im Plädoyer, »[…] die eigenen Leute, das eigene Volk, die hier auch gearbeitet haben, die hier aufgewachsen sind, dass man die auch ein bisschen besserstellen würde.« Auch eigene Unsicherheits- und Bedrohungsgefühle spielen eine Rolle, wie sie anhand ihrer Gefühle gegenüber ausländischen Männern zum Ausdruck bringt. Allerdings sind es keine sozialen Bedrohungsgefühle, wie aus dem Gesamtgespräch hervorgeht.

»Also wenn ich durch die Stadt laufe abends im Dunklen […], kriege ich es mit der Angst zu tun, weil du wirst als Frau alleine halt auch ganz schnell angemacht […]. Es macht mir einfach Angst, weil was machen da die vielen Männer, die uns Frauen anbaggern.«

In dieser Hinsicht ähnelt Jannas Kritik teilweise denen, die für den »Sozialrebellischen Nationalismus« typisch sind. Allerdings: Janna wendet sich nicht grundsätzlich gegen Geflüchtete, »[…] natürlich ist es ganz wichtig, dass wir auch Flüchtlinge aufnehmen.« Das ist keine pflichtschuldige, sozial erwünschte Rhetorik. Eine zugespitzte Ablehnung von Geflüchteten findet sich bei ihr nicht. Die Flüchtlingspolitik der AfD, so Janna an späterer Stel-

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

le unseres Gesprächs, lehnt sie etwa ab, weil sie ihr zu radikal ist.
»Ich mag auch ihre Flüchtlingspolitik überhaupt gar nicht. Also finde ich überhaupt nicht gut. Die sind mir zu radikal […]. Ich sage ja nicht, dass ich überhaupt keine Flüchtlinge im Land haben will, um Gottes Willen nicht. Ja, nur man sollte vielleicht ein bisschen konkreter drauf achten, wen holt man sich ins Land. […]. Aber die AfD, die Ansicht, die kann ich überhaupt nicht vertreten, überhaupt gar nicht.«

Antonia, Krankenpflegerin

Auch die Krankenpflegerin Antonia (I 14) blickt kritisch auf Migration, wenngleich auch dies nicht in grundsätzliche Ablehnung von Einwanderung oder gar in Fremdenfeindlichkeit mündet. Eine begrenzte Aufnahme von Menschen aus anderen Ländern ist möglich. Aber auch Antonia hierarchisiert bzw. priorisiert. Entscheidend sei, dass zuerst die bereits hier lebenden Deutschen ein angemessenes Leben führen können:
»Flüchtlingszahlen sollte man begrenzen. Ich weiß, wie schwer das ist. Ich möchte auch die Entscheidungen nicht treffen, also wer rein darf und wer nicht rein darf. Ich habe das immer ein bisschen damit verglichen, dass ich ein Haus habe, und eine Familie und ein bestimmtes Budget. Und bevor ich andere in meinen Haushalt reinlasse, muss ich erstmal darauf schauen, dass meine eigenen Familienmitglieder Nahrung haben, Obdach haben und so weiter. Dass die eine gute Ausbildung bekommen, dass sie in Arbeit kommen, um dann später ihr Leben selbst zu gestalten. Und das Budget gibt mir dann auch vor, welche Möglichkeiten habe ich, andere Leute daran teilhaben zu lassen. Wie viele kann ich noch zu mir holen, denen ich das noch bieten kann. Die brauchen Kleidung, die brauchen eine Unterbringung, die brauchen eine Ausbildung, die brauchen Geld.«
Migration bringt sie so einerseits in den Zusammenhang mit Überlastung und sozialer Belastung, positive Urteile über Migration, wie sie bei anderen Gesprächspartner*innen vorkommen (auch bei Sozialkonservativen wie Anna), fehlen dagegen. Andererseits bemüht Antonia gelegentlich die Sozialfigur des »arbeitslosen Ausländers«. So fragt sie etwa »Und wie viele haben wir in diesem Land, auch sicherlich Deutsche, die gar kein Interesse haben zu arbeiten?« Und im späteren Verlauf des Gesprächs kommt sie auf Beispiele von Migrant*innen zurück, die trotz bereits langen Aufenthaltes in Deutschland keiner Erwerbsarbeit nachgehen.
Antonia blickt aber nicht nur aus sozialökonomischen Gründen kritisch auf Migrant*innen, sie spricht auch über Respektlosigkeiten, die sie erlebt hat. Hier ähnelt das Gespräch dem, das ich mit Janna geführt habe:
»Aber man muss die Menschen auch in ihrem eigenen Land respektieren. Auch hier vor Ort fällt mir das auf. Da kommen vier Personen mit Migrationshintergrund nebeneinander her, erstens halten sie keinen Abstand und bei vier nebeneinander Hergehenden, kann ich auch keinen Abstand mehr einhalten. Und dann muss ich als Einheimische, als ältere Person, im Gegensatz zu ihnen, auf die Straße gehen Das hat auch was mit Respekt, Charakter und Erziehung zu tun. Und das fehlt mir ganz oft. Man möchte doch als Mensch einfach respektiert und wahrgenommen werden.«
Respektlosigkeit trifft sie allerdings nicht nur als »Bürgerin an sich«, sondern auch als Frau, die nicht gleichwertig behandelt wird – von Migranten:

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

»Oder dass ich mich im Krankenhaus auf Arbeit bedrohen und beschimpfen lassen. Das passiert auch durch Deutsche, aber schon häufiger auch von Leuten mit Migrationshintergrund. Das sehe ich aber auch am IQ gekoppelt sehe. Leute, die ein bisschen Verstand haben, dann sind die eben auch verständiger. Wenn die keinen IQ haben, dann eben nicht. Und es ist eben auch häufig ein Problem von mir und meinen Kolleginnen, das wir von Männern aus islamischen Ländern überhaupt nicht respektiert werden. Wir werden nicht wahrgenommen. Da kommt Papa Mohamed in die Notaufnahme, guckt mich an, und schreit buchstäblich ›Wo ist Chef?‹ Keine Begrüßung, keine Höflichkeit, nichts, ich werde angeschrien. Er will nicht so behandelt werden. Und ich auch nicht.«

Strafende Arbeitsmarktpolitik

Typisch für Leistungsorientierte Sozialkonservative ist, dass sie ihre Leistungsbereitschaft angemessen gewürdigt sehen wollen. Die Leistungsorientierung geht einher mit einem Ethos der Selbständigkeit – durch Arbeit unabhängig sein, ein respektables Leben führen können. Die Ansprüche an den Sozialstaat sind vor diesem Hintergrund eher moderat, auch im Vergleich zum (Enttäuschten) Sozialliberalismus. Aber typisch sozialkonservativ sind in diesem Zusammenhang auch Plädoyers für eine strafend-aktive Sozialpolitik Erwerbslosen gegenüber bzw. Deutungen, die dies logisch folgern lassen.

Das zeigt sich auch bei Albert, der eher bescheidene Ansprüche an den Sozialstaat hat. Der Staat, so erklärt er, als ich ihn danach frage, was in seinen Augen die wichtigsten Aufgaben des Staates sind, soll dafür sorgen, dass das Volk zufrieden ist. Besonders wichtig ist deshalb »das Geld«, also – das geht aus dem Gesamtzusammenhang unseres Gespräches deutlich hervor – die Löhne und Einkommen, die hoch genug sein müssen. Auf die konkretisierende Nachfrage, was der Sozialstaat leisten sollte, nennt er insbesondere die Renten, genauer die Absenkung des Renteneintrittsalters für Beschäftigtengruppen, die schwer körperlich arbeiten mussten, auf 63 oder 64 Jahre.

Von großer Bedeutung ist für Albert, dass der Sozialstaat mehr Geld für Bildung ausgeben sollte. Auch hier drückt sich sein Ethos der Selbständigkeit aus. »Jeder junge Mensch muss sich irgendwie entwickeln. Das heißt, die Schule ist wichtig, der Beruf, die Lehre, all das gehört dazu.«. Das ist allerdings nicht nur für den Einzelnen und dessen Chancen, einen guten Beruf zu bekommen, sondern auch für die Zukunft des ganzen Landes wichtig, denn »die Jugend ist unser Fundament.«

Bemerkenswert sind Alberts Überlegungen zur Arbeitslosenversicherung, in denen sich nicht nur ein negatives Bild von Erwerbslosen und sozial benachteiligten Familien abzeichnet; sie legitimieren auch aktivierende und strafende Formen der Arbeitsmarktpolitik, wie sie im Zuge der Neoliberalisierung des deutschen Wohlfahrtsstaates eingeführt wurden (siehe Kap. 3.2). Um seine Meinung zum Hartz-4-System darzulegen, wählt Albert Beispiele von Bezieher*innen, die mit der staatlichen Transferzahlung auf eine Art und Weise umgehen, die er missbilligt. Diese werden implizit für ihn zu Repräsentant*innen »der« ALG-II-Bezieher*innen – eine Deutung, die sich stark von den Sichtweisen unterscheidet, die sich bei Sozialen Gemeinwohldemokrat*innen aber durchaus auch bei Sozialliberalen finden.

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

> »Aber es gibt viele Hartz-4-Empfänger, sogar sehr viele, wo das Geld genommen wird für andere Sachen, die das Familienleben zerstören. Wenn die noch mehr Geld bekommen, dann kaufen die noch mehr. Dann werden die Kinder noch mehr vernachlässigt.«

Ausgehend von dieser Schilderung entwickelt Albert eigene Vorstellungen, wie Lösungen aussehen könnten. Arbeitszwang spielt dabei eine wichtige Rolle, weil Arbeit erzieherisch wirkt. Wer nicht lohnarbeitet, entwickelt Gewohnheiten, die für ein reibungsloses Funktionieren in der Erwerbswelt schädlich sind:

> »Man muss, das ist klar, Arbeitsplätze schaffe, wo die Menschen auch mal gezwungen werden irgendwas zu tun. Weil wenn die zu lange nur Geld bekommen, dann entwickeln sie sich in eine ganz andere Richtung. Wir haben hier auch Leute gehabt, die lange Hartz-4 bezogen haben. Die Leute haben nach zwei, drei Monaten aufgegeben. […] Das ist meine Ansicht. Also um den Menschen zu helfen.«

Als positives Beispiel für eine diesbezüglich hilfreiche staatliche Sozialpolitik verweist Albert auf Regeln im realsozialistischen Polen. In seiner Erinnerung wurden Menschen, die in Kneipen angetroffen wurden, kontrolliert, ob sie einer Erwerbsarbeit nachgingen. Wer nicht arbeitete, so Albert, durfte auch nicht feiern. Die diktatorische Staatsform lehnt Albert ab – »[…] aber im Grunde genommen hat das vielen geholfen. Wenn man nicht für die eigenen Kinder gezahlt hat, ist man eingesperrt worden. Man musste Arbeiten gehen.«

Antonia, Krankenpflegerin

Kritisch blickt auch Antonia (I 14) auf Empfänger*innen von Arbeitslosengeld II. Sie plädiert für eine bedingungsgebundene Unterstützung für Erwerbslose. Wenngleich sie im Gesprächsverlauf die Drohung mit Sanktionen problematisiert. Demnach schwebt ihr eine Art Arbeitszwang vor. »Wie viele Deutsche sind das, die wirklich arbeiten wollen?« Ihre Grundüberzeugung: Nur wer arbeitet, sollte auch staatliche Unterstützung bekommen:
»Einerseits finde ich es schlecht, wenn man mit Sanktionen droht. Andererseits, das ist ein Spruch aus der Bibel, ›wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen!‹ Als ich muss auch was dafür tun, wenn ich Sozialleistungen vom Staat bekommen. Da erwarte ich, dass derjenige auch eine Gegenleistung dafür erbringt, indem er nämlich arbeitet. Und nur aus nichtigen Gründen, ›mir tut dies weh oder mir tut das weh', das würde bei mir nicht ausreichen, um zu sagen, ›gut, bist du halt heute krank, kannst Du keiner Arbeit nachgehen.‹ Es sind immer noch viel zu wenige, die in Arbeit kommen und die Hartz Vier bekommen. Es gibt sicherlich auch welche, die arbeiten wollen, ich kenn solche Leute auch, eine Freundin von mir zum Beispiel.«
Für Antonia ist es die Regel, dass Erwerbslose nicht arbeiten wollen – »es gibt sicher auch welche, die arbeiten wollen« –, deshalb muss man sie drängen. Ihre Deutung unterscheidet sich damit radikal von der beispielsweise für Soziale Gemeinwohldemokrat*innen typischen Sichtweise, dass das Gros der erwerbslosen Menschen nach Arbeit sucht.

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Manfred, Krankenpfleger

Eine größere Rolle spielt der unangemessene Umgang mit Hartz-4-Empfängern auch für den Krankenpfleger Manfred (I 25). Er problematisiert eine ungerechte Sozialpolitik. Ungerecht ist für ihn zum einen – im Unterschied zu den Sozialen Gemeinwohldemokrat*innen – nicht grundsätzlich der Druck, der er auf Erwerbslose ausgeübt wird, sondern die Möglichkeit, so seine Interpretation, ein sehr gutes Leben zu führen, ohne lohnarbeiten zu gehen. Die Sozialfigur des arbeitsunwilligen Erwerbslosen wird genutzt:

»Es kann nicht sein, dass eine Familie in Hartz 4 mit 4700 Euro netto nach Hause geht, weil die sämtliche Zulagen beantragen für ihre Kinder, dementsprechend natürlich auch Kinder haben, sieben Kinder.«

Zu nachsichtig sei man in Deutschland mit denen, die nicht arbeiten wollen. Im Unterschied zu Antonia differenziert Manfred allerdings. Innerhalb des Arbeitslosengeld-II-Systems gibt es demnach zwei Arten von Ungerechtigkeiten. Auch die leistungsbereiten Erwerbslosen sind betroffen:

»Es kann ja auch nicht sein, dass jemand, der bis zu seinem 50. Lebensjahr gearbeitet hat und dann in Hartz-4 fällt, sich dann auf einmal rechtfertigen und mit allen Konsequenzen rechnen muss […].«

Kurz: Gegenüber Menschen, die nicht Teil der Leistungsgemeinschaft sind, ist die Sozialpolitik zu nachsichtig, gegenüber denen, die Teil der Leistungsgemeinschaft waren, zu streng. Leistungsbereitschaft aber ist in jedem Fall die nötige Rechtfertigung für Hilfe.

Sandra, Krankenpflegerin in Ausbildung

Einen sehr kritischen Blick auf ALG-II-Bezieher*innen wirft auch Sandra (I 27). Zwar nimmt sie wahr, dass die sozialstaatlichen Unterstützungsleistungen durchaus niedrig sind, deshalb sorgt sie sich auch selbst davor einmal darauf angewiesen zu sein. Zugleich bemüht auch sie immer wieder im Laufe unseres Interviews die Sozialfigur des arbeitsunwilligen Erwerbslosen, dem es sehr gut geht – ein Zustand, über den sie sich aufregt. Sie findet es deshalb richtig, wenn in einem gewissen – von ihr nicht genau bestimmten – Maße Druck auf ALG-II-Empfänger ausgeübt wird. Dabei verweist sie wiederholt auf Darstellungen in Medien.

»Es gibt's so ein Pärchen in diesen Sendungen, und die sagen ganz klar, sie kriegen mehr Geld vom Staat, wenn sie nicht arbeiten, als wen sie arbeiten gehen würden. Und da denke ich mir dann auch wieder so, vielleicht ist es für manche Personen auch fast zu viel, dieses Hartz-4. […] Da würde ich dann auch wieder sagen, ›weißt du, ganz ehrlich, dann kriegst du halt nur noch die Hälfte […].«

Wenn Menschen nicht auch zu niedrigeren Löhnen arbeiten gehen wollen, so die Implikation, die im weiteren Gesprächsverlauf deutlich wird, ist die Sozialisation misslungen. Gelungene Erziehung, so lässt sich schlussfolgern, stärkt in Sandras Augen Arbeitsamkeit- und Arbeitsbereitschaft. »Also du könntest da sagen, das sind Schmarotzer, wo auch viele junge Leute dabei sind, die sowas geäußert haben in diesen Sendungen.« Es folgen Beispiele von unrechtmäßiger Beantragung von Sozialleistungen, etwas Ausstattungen für Kinder, über die im Fernsehen berichtet wurde. Bezogen auf einen jungen Menschen heißt es weiter: »Noch nie gearbeitet, ist 28 Jahre alt, wo ist das der Fehler passiert? Das ist doch nicht von alleine so, da muss in der Erziehung etwas falsch gelaufen sein.«

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Fast wütend macht sie, dass Erwerbslose sich angeblich Dinge leisten können oder zur Verfügung gestellt bekommen, die ihr als Arbeitender verwehrt bleiben:
»Und wenn du dir das anguckst, das macht mich sauer, weil du genau weißt, ich würde auch gerne mal sowas trinken, statt mir No-Name-Getränke zu kaufen. Oder ich würde auch gerne mal in der Woche mal alle zwei Tage was zu essen bestellen, weil ich kein Bock auf Kochen habe, weil ich einfach so kaputt von der Arbeit bin. Mache ich aber nicht. […] Machen wir nicht, auch wenn wir das vielleicht könnten, einfach weil wir denken, es kann ja mal was passieren und wir legen Geld zurück. Lass mal die Waschmaschine kaputt gehen. Aber darüber machen die sich keine Gedanken. Einfach einen Antrag beim Arbeitsamt oder sonst wo ausfüllen und schwupp kriegen sie eine neue Waschmaschine.«
Entsagungen, die Sandra sich und der eigenen Familie auferlegt, gibt es für diese Erwerbslosen nicht – dass Lust oder Glück empfinden mag, und sei es durch den Verzehr von Markenprodukten, wer sich nicht selbst den Zwängen der Lohnarbeit aussetzt, empört sie, die oft »einfach kaputt von der Arbeit« ist.

5.3.6 Die Ökologie-Zuerst-Bewegten

In den Deutungsmustern, die ich bisher vorgestellt habe, dominierten jeweils bestimmte Dringlichkeitswahrnehmungen von im engeren Sinne sozialen Problemen. Für den Sozialrebellischen Nationalisten Karl ist es die Innen-Außen-Spaltung, die fast alle seine Deutungen färbt. Für den Sozialen Gemeinwohldemokraten Frank und den Sozialliberalen Jens sind es, auf sehr unterschiedliche Art und Weise, materielle Ungleichheit und damit verbundene Ungerechtigkeiten. Nimmt der eine einen Gegensatz zwischen Oben-Und-Unten wahr, so der andere einen Unterschied, der ihn bewegt. In ähnlicher Weise ist dies auch so bei Sozialkonservativen der Fall, wenngleich hier auch ein kritischer Blick auf Migrant*innen und Erwerbslose eine größere Rolle spielt. Neben den durchaus moderat kritisierten Oben-Unten-Unterschieden tritt bei Sozialkonservativen eine klare, aber nicht dominante Innen-Außen-Grenzziehung und eine disziplinäre Haltung Erwerbslosen gegenüber.

In sechs Gesprächen, die ich geführt habe, dominierte hingegen die Ökologie-Dringlichkeit die Wahrnehmung anderer Probleme. Wie ich gezeigt habe, drückt sich auf unterschiedliche Weisen auch in den anderen bis her erörterten Deutungsmustern ein »Klimaschutzinteresse von unten« aus. Es wurde aber von der Oben-Unten-Spaltung bzw. von der Sorge um die materielle Ungleichheitsentwicklung überstrahlt bzw. überformt. Bei den Gesprächen, aus denen ich das folgende Muster rekonstruiert habe, verhält es sich umgekehrt. Das Problem, das die anderen dominiert, sind Klima- und Umweltzerstörung.

Diese Interviewpartner*innen blicken durchaus auch kritisch auf die Ungleichheitsentwicklung, aber besonders dringlich erscheint ihnen das destruktive Naturverhältnis. Aus diesem Grunde spreche ich von den Ökologie-Zuerst-Bewegten. Ihre Sicht auf Politiker*innen und Parteien ähnelt der, wie ich sie in den bisher bereits behandelten Deutungsmustern nachgezeichnet habe. Eine politische Repräsentationslücke zeichnet sich dabei jedenfalls nicht ab. Ökologie-Zuerst-Bewegten werfen einen kritischen Blick auf die Parteien in Deutschland, aber sie fühlen sich durchaus repräsentiert. Von ei-

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

nem populistischen Verhältnis zum politischen Feld kann insofern auch bei Ihnen keine Rede sein. Hier allerdings enden aber die Gemeinsamkeiten zwischen den erwähnten Gesprächspartner*innen, es werden zwei unterschiedliche Strömungen des Deutungsmusters deutlich. Möglicherweise ließe sich auch, gäbe es mehr entsprechende Interviews, um durch ihren Vergleich die Muster schärfer herauszuarbeiten, von zwei unterschiedlichen Deutungsmustern sprechen.

Den ersten Strang nenne ich *Die Klimasozialen* oder Klimagerechtigkeit. In ihm ist die Ökologie-Zuerst-Deutung verbunden mit einer kritischen Sicht auf betriebliche Verhältnisse und geprägt von Unzufriedenheiten und Ungerechtigkeitswahrnehmungen, sobald es um die Gesellschaft geht. Drei Krankenpflegekräfte lassen sich als Klimasoziale charakterisieren. Die Kritik an sozialer Ungleichheit bzw. als sozial ungerecht empfundenen Verhältnissen fehlt insofern keineswegs in diesem Strang. Typisch ist wie in den Mustern Soziale Gemeinwohldemokratie und Sozialliberalismus die Wahrnehmung wachsender Ungleichheit und schrumpfender sozialer Mittelschichten. Auch die Lobbymacht von Unternehmen wird kritisiert, als drängendstes Problem wird aber der Klimawandel wahrgenommen. Ähnlich wie im Deutungsmuster Soziale Gemeinwohldemokraten zeichnet sich ein *popular-demokratisches Verhältnis* zu den politischen Parteien ab. Darüber hinaus wird – wie im Deutungsmuster Soziale Gemeinwohldemokratie – eine Kette von gesellschaftlichen Problemen wahrgenommen. Neben der materiellen Ungleichheitsentwicklung gehört dazu etwa die politische Rechtsentwicklung bzw. Fremdenfeindlichkeit. Kapitalismuskritik spielt in dieser Strömung eine wichtige Rolle, alle Probleme, die soziale Ungleichheit, der Klimawandel und die große Lobbymacht der Konzerne, werden ansatzweise in einen Zusammenhang mit dem Kapitalismus bzw. mit der heutigen Wirtschaftsweise gebracht. Das unterscheidet diese Strömung der Ökologie-Zuerst-Bewegten deutlich von den Leistungsorientierten Sozialkonservativen, dem Sozialrebellischen Nationalisten, aber auch von den (Enttäuschten) Sozialliberalen, bei denen punktuelle Verweise auf die Wirtschaftsweise und die Spielregeln des Kapitalismus allerdings nicht fehlen. Eine wichtige Rolle spielt in diesem Deutungsmusterstrang auch die Gemeinwohlorientierung, die sowohl die Kritik an sozialer Ungleichheit, als auch an Lobbymacht und Klimawandel unterfüttert. Sie begründet darüber hinaus eine starke Orientierung an einem umverteilenden und für das Gemeinwohl sorgenden Sozialstaat. Damit einher gehen nicht nur Plädoyers für Armuts- und Unsicherheitsbekämpfung, sondern auch eine Offenheit für die Vergesellschaftung bestimmter Wirtschaftssektoren. Insgesamt ist eine starke demokratische Grundhaltung typisch für die Klimasozialen, die sich insbesondere in der Kritik an großer Lobbymacht ausdrückt. In alledem ähneln sie den Gemeinwohldemokrat*innen. Allerdings gewichten sie die Klimakrise als drängendstes Problem, hinter das sie andere zurückstellen. Unter meinen Interviewpartner*innen gab es zwei Klimasoziale, beide sind Krankenpflegekräfte.

Die zweite Strömung dieses Deutungsmusters nenne ich *Die Ökopragmatiker*, zu denen drei meiner Gesprächspartner*innen gehörten: ein Handelslager-, ein Industriearbeiter und eine Krankenpflegekraft. In diesem Strang geht die Kritik an der Zerstörung der Umwelt und sozialen Missständen Hand in Hand mit einer sehr starken pragmatischen Gestaltungsorientierung. Soziale und ökologische Verbesserungen sollen durchgesetzt

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

werden, dies aber auf »vernünftige« Art und Weise. Das bedeutet einerseits inhaltlich moderate Reformen auf den Weg zu bringen, die keinen harten Bruch mit dem bisherigen Politikpfad bedeuten würden, andererseits in der Form auf als verantwortungsvoll geltende politische Mittel zu setzen. In dieser Hinsicht ähneln Ökopragmatiker Sozialliberalen. Ungleichheitsprobleme werden durchaus wahrgenommen; aber die entsprechenden Diagnosen werden nicht zu einem »heißen« Ungleichheitsdiskurs verflochten, in dem soziale Ungleichheit als Problem mit hoher Dringlichkeit erscheint – Oben-Unten-Dichotomien oder Dreigliederungen (Oben-Mitte-Unten) des sozialen Raums spielen insofern keine prägende Rolle. Das unterscheidet sie nicht nur von Sozialliberalen und Sozialkonservativen, für die zwar nicht Unten-Oben-Gegensätze, wohl aber Deutungen der Oben-Unten-Ungleichheit typisch sind, sondern auch von den Klimasozialen. Scharfe politische Polarisierungen zwischen denen da oben und denen da unten, oder zwischen den politischen Eliten, die auf Abwegen sind, und dem rechtschaffenden Volk, findet man bei Ökopragmatikern nicht, wohl aber durchaus auch spitze Kritik an Parteien oder Politiker*innen. Wie im Deutungsmuster »(Enttäuschte) Sozialliberale wird diese aus einer *liberal-demokratischen* Haltung heraus formuliert. Ihre sozialpolitischen Reformvorschläge sind wenig antagonistisch, es finden sich eher Vorstellungen eines moderat umverteilenden und eines bildenden und befähigenden Sozialstaates, der durchaus Ungleichheiten ausgleichen soll.

Aus Platzgründen werde ich das Deutungsmuster Die Ökologie-Zuerst-Bewegten anhand des Sozialporträts eines Beschäftigten vorstellen, der zur Strömung der Klimasozialen gehört. Um den Strang der Ökopragmatiker zur Geltung zu bringen, werde ich in den Kästen bewusst Deutungen aus den Sozialporträts von Beschäftigten erörtern, die ich zu den Ökopragmatikern zähle.

Sozialporträt Mark – Der Klimasoziale

»Also, im privaten Leben kann ich sagen, das ist die zweite Krise, wo ich mir denke, ich bin in den richtigen Job gegangen. Wenn ich an die Finanzkrise denke, Kollege, der Banker war, oder andere mit ihrer eigenen Firma oder Leute mit Lädchen, die dann schon Probleme hatten, die gingen an mir spurlos vorbei.« Mark (I 3) ist Anfang 40, arbeitet in einer großen Universitätsklinik in Westdeutschland, er ist Vater. Zum Zeitpunkt unseres Gesprächs ist er bereits seit 19 Jahren als Gesundheits- und Krankenpfleger im Betrieb beschäftigt. Insgesamt fühlt sich Mark sozial sicher, wie er im Verlauf des Gesprächs auch mit Blick auf die wirtschaftliche Seite der Coronakrise wissen lässt.

Im Vergleich etwa zum Sozialrebellischen Nationalisten Karl, aber auch zum Enttäuschten Sozialliberalen Jens strahlt Mark eine gewisse Zukunftssicherheit aus. Das teilt er mit dem Gros der von mir interviewten Beschäftigten aus dem Krankenhaussektor. Erwerbslos war er während seiner ganzen beruflichen Laufbahn nicht. Mark ist in einem Arbeitskampf aktiv gewesen, in dem es um eine bessere Personalbemessung ging. Deshalb suchte ich das Gespräch mit ihm, in dem er sich kritisch über den Klimawandel, über soziale Ungleichheit und zu große Lobbymacht äußerte und sich als langjähriger Grünenwähler outete.

Klima- und Umweltschutz, so wägt Mark am Ende unseres Gespräches ab, sind wichtiger als »soziale Werte« – wenngleich er im Laufe des Gespräches immer wieder konkrete

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

soziale Ungleichheiten und, wie er meint, Ungerechtigkeit kritisiert, die unbedingt behoben werden müssten. Soziale Gewissenlosigkeit kann man Mark nicht unterstellen, im Gegenteil. Über weite Strecken des Gesprächs bemängelt er soziale Probleme im Land. Im gesamten Gespräch fällt auf: Mark ist unzufrieden, aber er ist nicht wütend. Das ist ein wichtiger Unterschied – beispielsweise gegenüber dem Sozialrebellischen Nationalisten Karl. Leidenschaftliche Schuldzuschreibungen beispielsweise, die mit starken Feindseligkeitsgefühlen einhergehen, suche ich im Interview vergebens. Jedenfalls dann, wenn man von der klaren Kritik am Lobbyismus großer Unternehmen einmal absieht, die aber nüchtern-sachlich bleibt. Während des etwas mehr als dreistündigen Gesprächs, das ich mit ihm führen durfte, kritisierte er gesellschaftliche Entwicklungen, ohne aber zu düsteren Zeitdiagnosen zu kommen.

Der verletzte Pflegeethos

Beginnen wir mit seinem Blick auf seine Erwerbsarbeit und den Betrieb, in dem er tätig ist. Immerhin nahm Mark an einem Streik teil, in dem für eine bessere Arbeitsbedingungen gekämpft wurde. Auch wenn es in den vergangenen Jahren immer wieder entsprechende Tarifauseinandersetzungen in Deutschland gegeben hat, ist es für Pflegepersonal alles anderes als selbstverständlich zu streiken. Was also hat ihn motiviert teilzunehmen? Was schätz er, was missfällt ihm an seiner Arbeit und an seiner Beschäftigungssituation?

Seine Arbeit macht ihm grundsätzlich Spaß, auch wenn die konkreten Bedingungen, unter denen er sie machen muss, teilweise zu schweren Belastungen führen. Zu den guten Rahmenbedingungen, die er zu schätzen weiß, gehören die Kolleg*innen, mit denen er direkt zusammenarbeitet. Sie machen den Alltag auch dann erträglich, wenn dieser einmal sehr schwer wird. Insbesondere aber den Umgang mit den Patient*innen empfindet Mark als anregend. »Das Schöne an der Arbeit ist der Umgang mit den Patienten. Viele Leute unterschiedlichster Charaktere, unterschiedlichster Krankheitsgeschichte […], das ist sehr schön.« Seine grundsätzliche Neigung zu seiner Arbeitstätigkeit unterscheidet ihn zwar deutlich von Beschäftigten, die in Lagern des Handels beschäftigt sind, etwa vom Gemeinwohldemokraten Frank. Aber auch in seinem betrieblichen Alltag gibt es Probleme. Mark ist unzufrieden.

Dass er gute Kolleg*innen hat, ist nicht nur aufgrund des persönlichen Umgangs miteinander wichtig. Er braucht sie, um im beruflichen Alltag bestehen zu können. Gut sind andere Beschäftigte, wenn sie teamfähig sind. Denn immer wieder müssen im Laufe des Arbeitstages Arbeitsabläufe umgestellt werden, muss flexibel reagiert werden. Um das gewährleisten zu können, müssen die Kolleg*innen »kommunikationsfähig« sein, also in der Lage sein sich auszutauschen, zu verständigen. Für das Miteinander von Kolleg*innen heißt das auch: Wer dazu nicht in der Lage ist oder wer nicht dazu willens ist, macht den anderen das Arbeitsleben schwerer. Hier ähnelt Marks Geschichte der des Sozialliberalen Jens.

Bei aller theoretischen Zufriedenheit mit seinem Beruf ärgert sich Mark darüber, dass sich die tatsächliche Arbeitssituation in der Klinik über mehrere Jahre hinweg verschlechtert hat. Seine »eigentliche« Freude am Pflegeberuf stößt auf einen Klinikalltag, der sie untergräbt. Er versucht seinen Eindruck zu verdeutlichen, indem er seine eigenen Arbeitserfahrungen schildert, die er auf seiner früheren Einsatzstation gemacht hat. 10

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Jahre lang war er dort tätig, ausreichend Zeit also, um Veränderungen nachzeichnen zu können. Im Kern beschreibt er, wie die Poren des Arbeitstages immer mehr geschlossen wurden – worunter sowohl die Patient*innen als auch die Pflegenden leiden. Zu Beginn seiner Tätigkeit 2002 gab es ausreichend Personal, im Laufe der Zeit sei es immer weiter reduziert worden. Auf eine Pflegekraft kamen eine bis zwei Patient*innen.

> »Wenn da ein aufwendiger Patient war, dann war das eine eins-zu-eins-Betreuung. […]. Ja, man konnte zusammen Pause machen. Man konnte sich innerhalb der Pause auch austauschen. Die Patienten waren in diesem Bereich optimal versorgt, möchte ich sagen. Weil man hatte erstens Zeit und gerade die Kiddies, brauchten dann auch schon mal Zeit oder halt dementsprechend aufwendige Patienten, das war schon mal sehr gut. Man hatte auch mal Zeit, über Gott und die Welt zu reden mit denen. So etwas ist halt nicht mehr.«

Im Laufe der Zeit verschlechterte sich der Betreuungsschlüssel. Auf eine Pflegekraft kamen nun drei bis vier Patient*innen – mit der Folge, dass die Arbeitsbelastung wuchs und es immer weniger gemeinsame Pausen- und Austauschzeiten mit den Kolleg*innen gab.

> »Also es war kein Problem, ohne Pause durchzuarbeiten, weil man hatte genug zu tun. Man musste sich wirklich sagen, mache ich meine Pause und lasse was für die Patienten liegen oder mache ich durch. Es gab Kollegen, die haben manchmal auch durchgemacht, die haben keine Pause genommen, was man nicht tun sollte.«

Dem Anspruch, Patient*innen gut zu versorgen, ist schwer unter solchen Bedingungen gerecht zu werden. Die Arbeitsbedingungen und der Pflegethos kollidierten:

> »Wenn man dann so Tage hat, wo sehr viel zu tun ist und man mit wenig Leuten da ist, dann kann man auch natürlich den Patienten nicht vernünftig versorgen. Und ich spreche jetzt nicht von irgendeiner Waschung […], sondern auch andere Sachen. Dann bleibt mal der Verband liegen, der eigentlich hätte gemacht werden müssen oder dass vielleicht nicht das ganze Infusionsmaterial gewechselt wird, sondern nur teilweise und dann bewegt man sich ganz schnell in eine Fahrlässigkeit und das ist keine Kunst, da hinzukommen, wenn halt dementsprechend wenig Leute da sind und natürlich die Arbeitsbelastung auch groß ist.«

Ist die Arbeit mit den Patient*innen eigentlich das Befriedigende und Anregende am eigenen Beruf, erlauben es die heutigen Bedingungen in Marks Wahrnehmung kaum mehr, die Pflegetätigkeit angemessen sorgsam zu erledigen. Es fehlen die Ressourcen (insbesondere Zeit) bzw. Rahmenbedingungen (insbesondere ein angemessenes Verhältnis zwischen Pflegenden und Patient*innen), um gute Arbeit leisten zu können – daran entzündet sich auch Marks Kritik (siehe auch Menz/Nies 2021, 18). Der Gebrauchswert der eigenen Pflegearbeit ist damit in Frage gestellt, wie er anschaulich zeigt:

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

> »Ja, wenn man, wie wir den Verband angesprochen haben, es kamen schon mal Patienten zu uns zur Dialyse, da guckt man da drunter, oh der wurde ja schon Ewigkeit nicht mehr gewechselt. Das heißt, wir haben keine Wundkontrolle, was macht die Wunde, infiziert sie sich, dann liegt der alte Verband da drauf, je nachdem eventuell, wo das ist, dann ist da eventuell auch noch Stuhlgang mit drin und das gehört sich nicht, dann infiziert sich schnell eine Wunde, und dann haben wir ein größeres Problem.«

Das ist auch der Grund dafür, weshalb Mark am Streik teilgenommen und sich dazu entschieden hat der Gewerkschaft beizutreten. Und: Bei aller Kritik an den betrieblichen Problemen: Ein Fluchtgefühl macht sich bei Mark nicht breit. »Ich sehe genügend Probleme, aber ich arbeite da gerne, und die Arbeit macht mir Spaß.« Die von mir interviewten Pflegekräfte haben nicht nur ein ausgeprägtes Wissen um den sozialen Wert und den Nutzen ihrer Arbeit, sie sind sich auch ihrer Qualifikationen bewusst. Insofern ist es sinnvoll von einer Art Facharbeiterbewusstsein zu sprechen, das zum Ausgangspunkt gewerkschaftlicher Kämpfe werden kann (Behruzi 2021, 149–150). So ist es auch bei Mark.

Dringlichkeitsgefühl: Klimawandel

Auch mit der gesellschaftlichen Entwicklung ist Mark nicht zufrieden. Er spricht von Reichen, die reicher werden, er spricht auch vom egoistischen Kapital, zeichnet nach, wie deren Interessen gesellschaftliche Probleme verursachen. Personalisierende Kritik, die in Wut auf Menschen umschlägt, seien das nun Vorgesetzte[16] oder Migrant*innen, fehlt allerdings. Mark ist kein Wutbürger, sondern ein kritischer und gemeinwohlorientierter (potenzieller) Kritiker, dem der Umweltschutz sehr wichtig ist. Das drängendste Problem, das er sieht, ist der Klimawandel, der »[…] international und auch lokal zu bekämpfen […]« sei, gleich gefolgt von der »Schere zwischen Arm und Reich«, die weiter auseinandergehe und dem politischen Lobbyismus, insbesondere innerhalb der Energiewirtschaft. Der Klimawandel ist ein so drängendes Problem, weil dessen Folgen unberechenbar sein könnten:

> »Weil wenn man nichts tut, ist es unvermeidlich und wir wissen nicht, wie schlimm es wird und allen Theorien nach, wird es wahrscheinlich schlimm und wir haben alle was davon. Das heißt, es betrifft dann ja auch jeden. Ja und ich denke, spätestens wenn man Kinder hat, sollte man sich darüber Gedanken machen, wie die Zukunft wird und dann nicht nur habe ich schon ein Sparbuch oder einen Bausparvertrag für mein Kind oder irgendetwas anderes, sondern wie gehe ich mit dem Planeten um. Deswegen ist es eigentlich das Dringendste und je mehr der Klimawandel voranschreitet, sind wir ja alle direkt betroffen. Das heißt, auch Deutschland soll trockener werden. Wir haben Ernteausfälle, Afrika könnte es dementsprechend hart treffen oder sämtliche Nachbarländer. Wir haben jetzt schon große Flüchtlingsströme Richtung Europa. Das wird mehr werden und ich befürchte, wir werden uns weiter abschotten und das Mittelmeer hat nachher mehr Leichen zu tragen. Es wird alle Konflikte verschärfen und neue bewirken und neue werden entstehen. Deswegen ist es dann entscheidend, alles daran

16 In Interviews, die ich einmal für ein älteres Forschungsprojekt geführt habe, träumten Kolleg*innen etwa davon, den Chef zu bossnappen und zusammenzuschlagen (Goes 2015, 267f.).

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

> zu setzen, dass die Temperatur so wenig wie möglich steigt. Es ist das dringendste Problem und was man ja immer sieht, Deutschland ist ein großes Land, angesehen in der Welt, und Deutschland ist schon in vielen Sachen Vorreiter geworden und ich denke, hier hätte man Potenzial zu zeigen, wie es geht.«

Der Klimawandel überformt viele andere Entwicklungen, ist eine zentrale Kraft, die alles andere prägt, so Marks Wahrnehmung. Er bedroht die Lebensgrundlagen (»auch Deutschland soll trockener werden«), aber er wird auch bereits vorhandene soziale Probleme verschärfen – etwas den Migrationsdruck im globalen Süden. Mark wünscht sich insofern effizienteren Klimaschutz auch aus sozialen Gründen, wenngleich er selbst resümiert, der Natur- und Umweltschutz sei wichtiger als »soziale Werte«, wie es gegen Ende unseres Gespräches heißt. Der Stellenwert, den die Umwelt- und Klimafrage für ihn haben, zeigt sich auch an der Ausführlichkeit, in der Mark darüber im Interview spricht. Diese Priorisierung der Klimafrage führt ihn aber nicht zu einer Politik der sozialen Kälte, die auf soziale Anliegen keine Rücksicht nehmen würde. Auch eine radikale Anti-Auto-Politik lehnt er ab, insbesondere so lange es keine günstige Verkehrsalternativen gibt.

> »Ja, also, wie gesagt, der Klimawandel wird das Problem ja nur befeuern, dass es ärmere Leute gibt und dann nicht in erster Linie in Deutschland, sondern im Ausland, die dann natürlich zu den Reicheren auch hinwollen, also die Flüchtlingsströme würden dementsprechend größer werden. […] Das Auto wegnehmen, das geht natürlich nicht so schnell, gerade nicht so in Deutschland. Wir sind eine Autofahrernation, oder leider Gottes ist es so. Ich muss ja auch Alternativen aufzeigen und wenn jetzt die Alternative, um ein Beispiel zu nennen, meine Schwiegereltern leben in Neubrandenburg und wenn man da hinwill, mit Kindern ist das eigentlich eine total super Sache, mit dem Zug zu fahren, es ist absolut entspannt, ja, ich kann mich bewegen während der Fahrt. Allerdings zahle ich für vier Leute das Doppelte, was der Sprit kostet, wenn nicht sogar noch mehr und solange diese Option da ist, ist es keine Option. Da geht keiner hin, es sei denn jemand, der darauf nicht achtet auf den Preis oder nicht achten muss, aber der fährt sowieso mit dem Auto, also eigentlich Quatsch, aber ich brauche eine Alternative. Das heißt, wenn ich ein günstiges Bahnticket hätte, dann wird sich die Familie wahrscheinlich für die Bahn entscheiden aus meiner Perspektive. Wenn ich spontan irgendwo hinwill, dann ist es vielleicht ein bisschen schlechter, aber lange Rede, kurzer Sinn, wenn ich vernünftig ausgebauten ÖPNV habe und nicht nur Nahverkehr, sondern auch Fernverkehr, der meines Erachtens nicht von diesem Bahnkonzern ausgebaut werden kann, dann hätte ich da schon mal eine Alternative. Zum anderen haben wir jetzt zum Beispiel auch eine Alternative.«

Kurz, wer wenig Autoverkehr möchte, muss günstige und verfügbare Alternativen schaffen. Man könnte auch sagen: die Verkehrspolitik muss sozial in dem Sinne sein, dass sie »erschwingliche« Angebote schafft, weil nur so realistische Alternativen zur Autogesellschaft verbreitet werden können – ökosozialer Pragmatismus, wenn man so will.

Ob die Veränderungen, die ihm vorschweben, sich im Rahmen eines grünen Kapitalismus verwirklichen lassen? Mark äußert sich vorsichtig, lässt wissen, ob »[…] das im Endeffekt aufgeht, weiß ich nicht.« Allerdings hat er Zweifel.

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

»Die Grünen möchten ja eigentlich mit einer grünen Marktwirtschaft […] ein stabiles Wachstum, wenn nicht sogar das […] wirtschaftliche Wachstum erhöhen, so ist ja deren Plan. Ob das im Endeffekt aufgeht, weiß ich nicht. Ich denke, irgendwann hat man mal eine Stagnation beziehungsweise eine Reduktion des Wachstums. Man kann ja nicht ewig wachsen, das funktioniert nicht. Da gibt die Erde gar nicht so viel Ressourcen wieder, ja.«

Der Ökopragmatiker Hermann, Handelslagerarbeiter

Auch für Hermann (I 24) ist nicht die materielle Ungleichheit oder soziale Ungerechtigkeit das drängendste Problem, vor dem die deutsche Gesellschaft steht, sondern das Umweltproblem. Um Hermanns Deutungen etwas verständlicher zu machen, hier einige Informationen zu ihm: Hermann ist Ver.di-Aktivist, Betriebsrat und einer der zentralen Akteure seiner Gewerkschaft im Betrieb, einem großen Standort des Versandhandels. Er ist zum Zeitpunkt unseres Gesprächs etwa Ende 40 und kann auf eine durchaus wechselvolle Erwerbsbiografie zurückblicken. In der ehemaligen DDR geboren absolvierte er nach dem Besuch der Realschule eine Ausbildung zum Industriemechaniker. Später, nachdem er gemeinsam mit seinen Eltern nach Westdeutschland gezogen war, schulte er um, wurde Einzelhandelskaufmann. Nach einer Phase der Erwerbslosigkeit fand er schließlich seinen Weg in das Unternehmen, in dem er bis heute tätig ist. Heute arbeitet er in Dauerspätschicht in der Warenannahme. Die Arbeit, die er macht, charakterisiert er als anspruchslos, »[…] ›Mach einfach was das System dir sagt. […] Wo du hingehen sollst und so weiter und mach Dir keine Gedanken, dafür haben wir unsere Manager‹« Seine Sicht auf seine betriebliche Stellung und Arbeitstätigkeit unterscheidet sich in dieser Hinsicht nicht von Anschauungen, die in anderen Gesprächen mit Handelsbeschäftigten offenbart wurden. Im Laufe der Zeit hat er allerdings verstanden, wie er erklärt, dass Gewerkschaftsmacht unerlässlich ist, damit Belegschaftsanliegen gehört werden. »Also ich sage immer, wenn die Gewerkschaft überhaupt nicht mehr da ist und man die Waffen streckt, dann macht das Unternehmen ja wirklich was es will.« Der Betrieb selbst erscheint in seinen Schilderungen nicht nur als ein Ort des Unbehagens, sondern auch als Kampfzone.

Auch im Interview, das ich mit Hermann führen durfte, hat allerdings die Umweltzerstörung einen zentralen Stellenwert. Ich schreibe »allerdings«, weil mich die Priorisierung der Umweltprobleme selbst überrascht hat, nachdem er mir im ersten Drittel unseres Gesprächs eine Arbeitsleidgeschichte erzählt hatte, die der des Sozialrebellischen Nationalisten Karl bzw. des Gemeinwohldemokraten Frank stark ähnelte. Gleichwohl drückt sich in dem Gespräch, das ich mit Hermann führte, nicht so eine hohe Dringlichkeit aus, wie beim Klimasozialen Mark. Auf die Frage, was die größten und drängendsten Probleme sind, vor denen die deutsche Gesellschaft steht, antwortet er, indem er ausführlich über umwelt- und klimapolitische Themen spricht. Eine verfehlte Industriepolitik problematisiert er, die »[…] wollen natürlich viel zu lange an dem alten System festhalten, gerade was jetzt zum Beispiel die Automobilindustrie angeht […].« Aufgrund der Macht der Autolobby, die den Ist-Zustand festschreiben wolle, seien wichtige Weichenstellungen verpasst worden.

Ein Problem ist für Hermann etwa das aus seiner Sicht zu lange Festhalten an der »Kohleindustrie«, bei dem es in seinen Augen um den Schutz von Arbeitsplätzen geht. »Die Arbeitsplätze da scheinen unendlich viel mehr wert zu sein als andere. Aber Kohle, das ist

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Vergangenheit. Das ist ›Walking Dead.« Soziale Bedenken, wie sie bei Mark sichtbar werden, fehlen im Gespräch mit Hermann. Auch Spuren einer sozialen Skepsis, wie sie für die Sozialliberalen typisch ist, oder eines Plädoyers für sozial fairen Klimaschutz, wie es sich bei Gemeinwohldemokrat*innen findet, sucht man bei Hermann vergebens. Wünschenswert ist für ihn ein Umsteuern beispielsweise in der Energie- und Verkehrspolitik. Der Ausbau erneuerbarer Energien etwa und die Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs nennt er beispielhaft für Reformen, die ihm wichtig sind. Gerade eine bessere Verkehrspolitik wurde seines Erachtens blockiert, »[…] da ist überhaupt nichts mehr passiert, gerade im Bereich der Bahnen […]. Das hat man alles geopfert zugunsten von Fernstraßen und Autobahnen.« Die Produktion von Elektroautos hält er allenfalls für eine unter umweltpolitischen Gesichtspunkten problematische Zwischenlösung. Der Umweltschutz liegt ihm insgesamt am Herzen, allerdings hebt er den Klimawandel – anders als Mark, der darin eine grundlegende Bedrohung der Gesellschaft sieht – und eine dementsprechend notwendige Klimaschutzpolitik nicht ausdrücklich hervor.

»Die Verhältnisse in der Fleischindustrie, diese Massentierhaltung, das sind so Sachen, auch diese Pflanzenschutzmittel, das sind so Sachen, das kann einfach nicht sein, dass hier Leib und Leben von Verbrauchern aufs Spiel gesetzt wird. Und nur wieder aus reinen Lobbyinteressen. Hier geht es nur um das Interesse von einigen tausend Leuten, die damit kräftig Geld verdienen […].«

Auto- und Fleischlobby – Hermann wünscht sich nicht nur einen besseren Umgang mit der Umwelt und den Tieren, er stellt auch Unternehmensinteressen heraus, die dagegenwirken.

Paul, Industriebeschäftigter

Ein weiterer ökologischer Pragmatiker ist der Betriebsrat Paul (I 30), der in einem Zulieferbetrieb der Automobilindustrie arbeitet, das direkt vom Einstieg der Endhersteller in die E-Mobilität betroffen ist. Paul, etwa Mitte 50 und gebürtiger Portugiese, ist seit 1989 im Unternehmen beschäftigt. Er blickt auf eine betriebliche Aufstiegsgeschichte zurück. Zwar berichtet auch Paul von der unternehmerischen Missachtung erbrachter Leistungen, er erzählt aber – anders als etwa der Sozialliberale Jens oder der Sozialkonservative Albert – keine Missachtungsgeschichte. Zu seinem Aufstieg gehörte auch, dass er, wie er wissen lässt, in der Belegschaft anerkannter Betriebsrat wurde. Klimaschutzpolitik ist gerade aufgrund seiner Arbeit als Gewerkschafter und betrieblicher Interessenvertreter weit mehr als Theorie. Es ist etwas, womit er sich auch im Betrieb auseinandersetzen muss, weil, wie gesagt, die Umstellung auf die Elektromobilität auch in »seinem« Unternehmen zu Veränderungen führen wird. Deutlich klarer als Hermann rückt Paul vielleicht auch deshalb das Klima in den Fokus seiner Überlegungen:

»Der Klimawandel ist ja nur der Beginn. Also ich bin kein Verschwörungstheoretiker, ich glaube schon, dass die Wissenschaftler, was die jetzt berichten, die Prognosen der Wissenschaft, dass die Meeresspiegel steigen, dass die Erderwärmung kommt mit sämtlichen Folgen. Als ich Teenager war, da hatten wir immer sehr kalte Winter, jetzt nicht mehr. Letztes Jahr war es ausnahmsweise mal ganz kalt. Dann die Überfischung, die Zerstörung der Wälder und so weiter. Das wird dramatische Folgen haben für unser Überleben. Beziehungsweise es wird eine Menge Probleme mit sich bringen, dass gewisse Leute ihre Nahrung

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

weltweit nicht mehr haben, weil da nichts mehr wächst. Vielleicht fehlt es ihnen auch an Lebensraum durch die Überschwemmung. Wir werden das vermutlich nicht verhindern können, weil es schon zu weit ist. Aber zumindest so weit einschränken wie möglich, sollten wir das schon. Und wenn es nach mir gehen würde, ich lebe vom Auto, ich lebe auch vom Verbrenner, aber wenn es nach mir gehen würde, wäre der Verbrenner schon seit 3 oder 5 Jahren vom Markt. Und wir würden uns jetzt schon über den Wasserstoffeinstieg unterhalten. Und nicht erst in 20 Jahren. Wenn es nach mir ginge, wäre ich mit diesen ganzen Themen, um die Umwelt zu retten, oder das Klima zu retten, wären wir schon viel weiter. Für mich ist das Problem Nummer 1.«

Pauls Deutungen signalisieren Dringlichkeit und Realismus. Dringlichkeit, weil er dramatische Probleme auch auf globaler Ebene (herannahen) sieht; Realismus, weil er weiß, dass sich »lediglich noch« das Schlimmste verhindern lässt. Konservativ an überkommenen Produkten will er nicht festhalten, auch wenn sein Arbeitsplatz davon abhängt. Diese Haltung liegt auch in einem gewissen Gestaltungsoptimismus begründet, der ihm eigen ist. Denn Paul hat eine eher pragmatische Sicht auf den Klimaschutz, hält diesen zwar für dringend geboten, aber auch für machbar innerhalb des heutigen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems. Umweltschonende Produkte können entwickelt werden. Dass ein ökologisch zerstörerisches Wachstum wirklich nötig ist, glaubt Paul nicht. Wachstum brauchen die Aktionäre und Führungskräfte in seinen Augen, um ihr Geld zu verdienen, die heutige Gesellschaft, wie er meint, vielleicht nicht. Seine Vermutung begründet er, indem er auf die Kapitalismen in Portugal und Japan verweist, die in seinen Augen schon lange kein Wachstum mehr haben. Auch einen Widerspruch zwischen Klimaschutzpolitik und dem Erhalt von Arbeitsplätzen sieht er gesellschaftlich grundsätzlich nicht, wenngleich in der Branche, in der er arbeitet, durchaus weniger Arbeitskräfte benötigt werden in Zukunft:

»Also ich sehe Umweltschutz und Arbeitsplätze überhaupt nicht in Konkurrenz. Klar, das wird sich verändern. Natürlich wird es in der Automobilindustrie weniger Arbeitsplätze geben. Und auch bei den Lieferanten. Wir brauchen in Zukunft keinen Auspuff mehr, keine Ölwanne mehr. Aber in den nächsten 10 bis 20 Jahren wird es erstmal alles geben, da wird es Elektrofahrzeuge geben. Da ist man noch in den Kinderschuhen. Es wird Wasserstoffautos geben, ab 2035 auch in Serien und bezahlbar. Es wird auch Hybridfahrzeuge geben, das wird noch ein bisschen zunehmen als Brückentechnologie. Aber in 20–30 Jahren haben wir dann eine andere Landschaft und den Verbrenner nicht mehr an vorderster Stelle. Das heißt, wir brauchen Akkus, Möglichkeiten, den Strom herzustellen, die Windräder sind auf dem Vordermarsch. Wir müssen einfach das nutzen, was wir können. Von mir aus bis zur Solarenergie, wo wir den Strom speichern und selbst verbrauchen. Und das ist dann auch was, was man exportieren kann, wenn man da ziemlich vorne ist.«

Pauls Sicht auf den Wandel der Automobilindustrie und auf den Umweltschutz ist durch die Überzeugung geprägt, beides ließe sich »vernünftig« gestalten, womit er den Dreiklang von notwendigem Klimaschutz, die Sicherung von sozialen Standards und die Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten meint – so sehr er lobende Worte für Fridays for Future findet, so wenig scheint all das in seinen Augen von sozialen Bewegungen abhängig zu sein, so wenig scheint es als ein konflikthafter Prozess, in den auch Gewerkschaften sich einbringen müssten.

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Wachsende soziale Ungleichheit

Auch wenn Mark Klimawandel und Klimaschutz für vorrangige Probleme bzw. Aufgaben hält, zieht sich Ungleichheitskritik durch das gesamte Gespräch. Schon wenn er über Klimapolitik nachdenkt, spielt deren soziale Seite für ihn eine Rolle, wie ich gezeigt habe. Aber die soziale Frage treibt Mark auch als eigenständiges Problem um. Denn das zweite große drängende Problem, so lässt er gleich zu Beginn des Interviews wissen, sei die wachsende Ungleichheit zwischen Arm und Reich. Klimawandel und Ungleichheitskritik prägen seine Deutungen. Das ist ein erster Grund dafür, weshalb ich Mark als beispielhaften Klimasozialen ausgewählt habe.

> »Die reichsten Leute in Deutschland häufen mehr Kapital an. Ich glaube, die werden nicht sonderlich mehr in ihrer Anzahl, wenn ich das so recht in Erinnerung habe, aber es gibt immer mehr Leute, die dementsprechend weniger Einkommen haben. […] Ja, woran liegt das, also dass Arbeit schlechter bezahlt wird, also, viele Geringverdienerjobs gibt es, diese haben zugenommen. Das ist definitiv der Fall und also in einigen Bereichen, in einigen Berufssparten kann man ja auch nicht so viel verdienen, dass man teilweise gezwungen ist, einen Zweitjob anzunehmen […].«

Wenn das auch nur rudimentär geschieht, stellt Mark hier doch einen Zusammenhang zwischen dem Unglück der Einen (»immer mehr Geringverdiener«) und dem Glück der Anderen (die »reichsten Leute«, die »immer mehr Kapital anhäufen«) her – ähnlich, wie dies im Deutungsmuster Soziale Gemeinwohldemokratie geschieht. Mark fragt sich selbst weshalb es diese Entwicklung gibt, spricht über die Spielregeln bzw. die Logik des Kapitalismus. Tastend fragt er sich

> »[…] ob es vielleicht einfach dieses kapitalistische System ist, was nur eine Richtung dreht. Dem Kapitalismus wird ja nachgesagt, dass er die Reichen immer reicher macht und die Armen immer ärmer […]. Ich kann ja nur im Endeffekt Gewinn ziehen, wenn irgendjemand anders Verlust macht.«

Diese Überlegungen münden in ein Gesellschaftsbild, in dem die Bevölkerung in drei Teile gegliedert ist. Ähnlich wie viele andere Gesprächspartner*innen unterteilt Mark die deutsche Gesellschaft in eine Ober-, eine Mittel- und eine Unterschicht. Die Mittelschicht, so Mark, werde kleiner, die soziale Ungerechtigkeit nehme zu. Die Mittelschicht

> »[…] wird ja wohl weniger, wenn man die Mittelständler und die Leute, die sich vom Einkommen da bewegen […] was als Mittelschicht irgendwie jahrzehntelang bekannt war […], wird ja diese Schicht immer kleiner.«

Angehöriger der Oberschicht ist man für Mark, wenn man über ein Nettoeinkommen ab 5000 Euro verfügt. Wer zur Mitte gehört, ist fähig unabhängig seinen Lebensunterhalt zu bestreiten, sogar über das Notwendige hinaus zu konsumieren. Anders hingegen die sog. Unterschicht. Sich selbst sieht er als Angehörigen jener Mitte, die sich oberhalb derjenigen bewegt, »[…] die eigentlich fast schon zu wenig verdienen«. Das ist in seinen Augen das Hauptmerkmal der Unterschicht.

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

»Also, wenn man jemandem sagt, also ich gehöre zur Unterschicht, dann, denke ich, werden die meisten auch im Auge haben, ›oh, der ist ja wahrscheinlich schon ziemlich arm und hat nicht viel‹. Und Mittelschicht sind eigentlich so die Leute, die gut auf ihren eigenen Beinen stehen können und sich auch noch einigermaßen was an Luxus erlauben, vielleicht dann auch ein bisschen mehr oder ein bisschen noch mehr, aber irgendwann hört der Luxus dann auch auf.«

Entscheidend für Marks Schichteinstufung ist, über ein wie hohes Einkommen Menschen verfügen, denn »[…] daraus resultiert ja auch das, was ich zum Leben zur Verfügung habe.« Bemerkenswert ist bei alledem, dass Mark auf marxistisch anmutende Formulierungen zurückgreift (kapitalistisches System, »Kapital anhäufen«), ohne dass diese in eine systematisierte entsprechende Weltanschauung – im Sinne einer ausgearbeiteten, wenngleich popularisierten Alltagstheorie – eingebettet sind. Er versucht so tastend die von ihm beobachtete Schichtungleichheit zu erklären, ohne allerdings tatsächlich Ausbeutungsbeziehungen darzustellen, die erklären würden, wieso das Glück der Reichen mit dem Unglück der Armen zusammenhängt (Dörre 2019, 14f.).

Typisch für Ökopragmatiker ist eine gelassenere Sicht auf die soziale Ungleichheitsentwicklung. Das bedeutet nicht, dass Ökopragmatiker überhaupt keine Probleme sehen, die mit der materiellen Ungleichheit im Land zusammenhängen. Das tun sie. Aber ähnlich wie bei den Leistungsorientierten Sozialkonservativen zieht sich keine kritische und problematisierende Ungleichheitsgeschichte durch die Gespräche, die ich mit ihnen geführt habe.

Hermann, Lagerhandelsarbeiter

Anders als der Klimasoziale Mark, aber auch insbesondere im Unterschied zu den interviewten Gemeinwohldemokrat*innen und Sozialliberalen, macht Hermann (I 24) materielle Ungleichheiten von sich aus nicht zum Gegenstand des Gespräches, obwohl er selbst einen relativ niedrigen Lohn erhält und Lohnforderungen für den betrieblichen Konflikt, an dem er führend beteiligt ist, eine durchaus wichtige Rolle spielten. Lediglich im Zusammenhang mit seinem Wunsch die Steuerpolitik zu verändern, auf den ich weiter unten noch eingehen werden, spielt Ungleichheit indirekt eine Rolle – kleine und mittlere Einkommen sollten stärker entlastet werden, wie er findet. Ausdrücklich auf das Thema der sozialen Ungleichheit angesprochen reagiert er zunächst relativierend. Ungleichheit sei ein weltweites Problem, erließe man in Deutschland Gesetze – etwa in der Steuerpolitik –, die sie bekämpfen würden »[…] wandert das Geld eben ab, woanders hin.« Ist Hermann im Gespräch ansonsten um kein Wort verlegen, steht er beim Thema der Ungleichheit zunächst »[…] ein bisschen auf dem Schlauch, ich habe keine Ahnung.« Explizit danach gefragt, was er über das Deutungsangebot denkt »die Ungleichheit nimmt zu, Deutschland ist eine Klassengesellschaft oder auf dem Weg dahin«, stimmt er zunächst zu.

»Ja, das ist schon so, dass haut teilweise schon hin, dass wir in unterschiedlichen Klassen leben. Das wird zwar noch nicht äußerlich so stark wahrgenommen, aber im Prinzip ist das schon irgendwo so.«

Und kurze Zeit später ergänzt er: »Das ist so, aber das gehört nun mal zum Wesen vom Kapitalismus dazu. Das ist nun mal so. […] Das ist gerade die DNA des Kapitalismus.« Dabei sieht er – anders als etwa der Klimasoziale Mark oder Gesprächspartner, die das Deutungs-

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

muster Soziale Gemeinwohldemokratie artikulierten –, nicht das Profitstreben, sondern den Aufstiegswillen der Menschen als eine tiefere Triebkraft des Systems.
»Es geht ja auch darum, dass die Leute aufsteigen wollen, dass die sich entwickeln wollen, […] und aus dem Ehrgeiz, den die Leute haben, […] dass es ihnen besser gehen soll, das ist ja auch eine Triebkraft dieses Systems.«
Und weil dem so ist, hat sich der Kapitalismus als bisher durchsetzungsfähigste und anziehendste Gesellschaftsform erwiesen, die es bisher gab. »Und es hat sich ja auch erwiesen, wenn alles so gut gewesen wäre im Sozialismus, […] dann wären die Leute ja nicht scharenweise abgehauen.« Auf seine Art drückt Hermann in seinen Überlegungen zum Zusammenhang von sozialer Ungleichheit und Kapitalismus eine Art »kapitalistischen Realismus« (Fisher 2013) aus, der Ungleichheit möglicherweise als bedauerlich, aber doch eben als unvermeidlich erscheinen lässt. Aber: Von sich aus spricht der Streikaktivist Hermann Fragen der sozialen Ungleichheit im Interview nicht an.

Thorben, Krankenpflegekraft

Eine etwas andere Sicht auf die materielle Ungleichheitsentwicklung hat ein anderer Ökopragmatiker, Thorben (I 11), etwa Mitte 50 und als Personalrat in einem Universitätsklinikum aktiv. Von einer schärferen Ungleichheitskritik kann auch bei ihm nicht die Rede sein. Ausgehend von einer grundlegenden Zufriedenheit mit seiner eigenen Lage redet er durchaus über die wachsende Ungleichheit. So spricht er, als ich ihn frage, welche größeren Probleme er in der deutschen Gesellschaft sieht, auch wachsende materielle Lebensungleichheit an, die er insbesondere auf arbeitsmarktpolitische Reformen zurückführt, die die rot-grüne Bundesregierung (1998–2005) durchgeführt hat (siehe Kap. 3.2):

»Ich glaube schon, dass wir so eine Schere haben zwischen Reich und Arm, die immer weiter auseinandergeht, dass wir natürlich mit dem Hartz-4 und dieser Agenda-2010, da hat man sich schon in die falsche Richtung bewegt. Ich würde schon versuchen, dass man auch Menschen, die über ihren Job nicht ganz so gut aufgestellt sind, oder durch ihre Herkunft, wenigstens ermöglicht, dass sie wenigstens eine Teilhabe am Leben haben. Dass sie sich mal auch was leisten können. Dass sie teilnehmen können an Kultur und solchen Sachen. Und dass sie nicht so abgehängt sind.«

Etwas später heißt es dann im Gespräch: »Der größte Spalt, der in der Gesellschaft klafft, ist dass der Abstand zwischen Arm und Reich immer größer wird […].« Dass der Abstand zwischen zwei Polen größer wird, heißt aber nicht, dass eine Mehrheit der Bevölkerung davon in Mitleidenschaft gezogen wird. Anders als der Klimasoziale Mark sieht Thorben die soziale Mitte insofern nicht schwinden. Davon ausgehend relativiert er das Ungleichheitsproblem, indem er darauf hinweist, dass Mehrheiten im Land nicht betroffen sind. Zugespitzt meint er: »Es gibt keine gefährliche Klasse mehr, weil die Mittelschicht bequem leben kann.« Mittelschicht, das sind Leute, die sich abgefunden und eingerichtet haben. Dazu zählt er sich auch selbst. Ihm selber geht es gut, er ist »total zufrieden«. Und weiter: »Ich muss die Welt jetzt nicht mehr umwälzen, ich lebe mein Leben, das gefällt mir gut, ich habe da keine großen Defizite.« Weil die Mitte bequem leben kann drohen in seinen Augen auch keine größeren sozialen Konflikte: »Das liegt auch daran, dass wir mit re-

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

lativ wenigen finanziellen Mitteln für die Menschen ein lebenswertes Leben bereithalten. Man kann sich einrichten, ohne hungern zu müssen.«

Paul, Industriebeschäftigter
Auch der Ökopragmatiker Paul (I 30), der über ein deutlich höheres Einkommen verfügt als Hermann, rückt – anders als Sozialliberale, Gemeinwohldemokrat*innen oder der Ökosoziale Mark – die Unten-Oben-Polarisierung nicht in den Mittelpunkt. Richtig sei zwar, so Paul, dass die Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinandergehe; und auch in Armutsrenten oder Niedriglöhnen sieht er ein ernsthaftes Problem. Er ist darüber hinaus der Meinung, dass es in der Vergangenheit, namentlich in den 1970er Jahren, weniger Armut gegeben habe. Insgesamt ist er aber der Ansicht, dass es der großen Mehrheit der Menschen in Deutschland eher wirtschaftlich gut gehe – ausdrücklich auch in Ostdeutschland. Von einem sozialen Dringlichkeitsgefühl kann insofern nicht die Rede sein. Paul, so ließe sich zuspitzen, sieht durchaus sozialen Reformbedarf, aber ausgehend von einem insgesamt positiven Bild, das er sich mit Blick auf die materielle (Un-)Gleichheit von der Gesellschaft macht. Dabei verschließt er keineswegs die Augen vor Problemen, denn ehrenamtlich engagiert er sich vor Ort karitativ gegen Armut.

Gemeinwohl und Privatinteressen

So sehr Mark kritisch auf die Entwicklung der sozialen Ungleichheit blickt, so sehr orientiert er sich an einer Art Allgemeinwohl. Dessen Sicherung spielt für ihn insgesamt eine wichtige Rolle. Hier ähnelt seine Deutung der der Gemeinwohldemokrat*innen. Als Garanten des Gemeinwohls sieht er letztlich den Staat. Jedenfalls stellt er in seinen Ausführungen die privaten Gewinninteressen von Unternehmen den Interessen der Allgemeinheit gegenüber und widerspricht damit dem urliberalen Diktum, wonach die zielstrebige Verfolgung der wirtschaftlichen Eigeninteressen dazu führen werde, dass es allen besser geht. Mark plädiert hingegen für weitreichende sozialpolitisch Eingriffe, spricht sich für die Verstaatlichung von Wirtschaftssektoren aus, die für die Grundversorgung der Bevölkerung mit wichtigen Dienstleistungen bzw. Gütern da sind. Er begründet das nicht zuletzt mit eigenen Erfahrungen, die er innerhalb des Gesundheitssystems gemacht hat. Gewinnstreben führt demnach zu einer schlechteren bzw. selektiveren Krankenversorgung. Insbesondere private Krankenhäuser sind für ihn daher ein gesundheitspolitischer Irrweg, aber auch die Ökonomisierung des gesamten Krankenhaussektors lehnt er ab. »Ja, der wirtschaftliche Gedanke macht im Endeffekt die Krankenhäuser tot oder das Gesundheitssystem.«

Ausgehend von seinen Einblicken in diesen Bereich, der zunehmend privatisiert und einer stärkeren Wirtschaftlichkeitsrechnung ausgesetzt wurde, spricht sich Mark also gegen die Privatwirtschaft in bestimmten Bereichen aus.

> »Also, in meinen Augen gehören die wichtigsten Faktoren eigentlich in staatliche Hand, was wir ja zum größten Teil auch schon mal hatten. Dazu würde der Energiesektor dazugehören, Gesundheitssektor, Verkehr, sprich Bahn, das sind so die Sachen, die ja mit in erster Linie auch systemrelevant sind. Die gehören für mich in staatliche Hand und nicht in den Besitz von Privatfirmen. Also, am Gesundheitssystem macht

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

> sich das ja eigentlich ganz gut fest. Es gibt ja genügend Firmen, die auf dem Markt sind, die auch Krankenhäuser betreiben, sei es Fresenius mit ihrer Helios-Kette zum Beispiel. Die haben natürlich gesetzlich den Auftrag, auch eine Grundversorgung anzubieten. Das tun sie dann auch in dem gesetzlichen Rahmen, sprich der Notfall, der reinkommt vom Rettungswagen, muss betreut werden, aber ansonsten picken solche Firmen sich auch gerne die Rosinen aus und gucken, womit verdiene ich das meiste Geld, was biete ich an für OPs, für Therapieformen. Und für die ist das halt auch schon mal ein Leichtes, dann Patienten abzugeben und sagen, tut uns leid.«

Verstaatlichung hält er gerade deshalb für sinnvoll, weil Betriebe in öffentlicher Hand die Grundversorgung besser garantieren können. Es sind »[…] elementare Sachen, die gehören nicht in private Hände, weil private Hände […] immer gewinnorientiert sind. Der Staat ist es in erster Linie nicht.« Die Energiewirtschaft, eine der wichtigsten deutschen Sektoren des industriell-fossilen Kapitalismus, in denen Oligopole eine zentrale Rolle spielen, gehört auch aus umweltpolitischen Gründen zu den Bereichen, die nicht privatwirtschaftlich organisiert sein sollten:

> »Weil ich dann eine Grundversorgung habe […], die stehen muss und ich habe mehr Eingriffsmöglichkeiten und ich könnte die jetzt getrost steuern. Wir haben jetzt ja das Problem mit der […] Umstellung auf regenerative Energien. Wenn die Kohlekraftwerke in öffentlicher Hand wären, dann wäre es für den Staat einfacher zu sagen, wir steuern jetzt dagegen. Jetzt klagen Betreiber, was leider ihr gutes Recht ist, darauf hin, ›nein, unsere Anlage hat sich noch nicht rentiert, wir müssen die noch so und so lange laufen lassen‹ und bekommen dann teilweise auch Recht. Anderweitig müsste quasi der Staat hingehen und versuchen einzuklagen, dass Energiebetreiber, die Jahrzehnte lang Atommüll produziert haben, auch dafür zahlen. Das kann es nicht sein. Das ist ein eindeutiger Widerspruch. Ja, also die Firmen versuchen natürlich, das Beste für sich rauszureißen, ja und im Endeffekt ist der Staat beziehungsweise die Gesellschaft die Gelackmeierten und müssen kräftig zur Kasse gebeten werden, was ja auch der Fall ist und solche grundliegenden Pfeiler, um da auch flexibler zu sein, so umstrukturieren und um auch die Versorgung sicherzustellen und auch die Sicherheit der Anlagen, denke ich, dass es in staatlicher Hand besser wäre, genauso wie Verkehrsbetriebe.«

Das bedeutet gerade nicht, dass Mark einer grenzenlosen Überführung von Privatfirmen in die staatliche Hand das Wort redet. Weitgehende Verstaatlichungsforderungen folgen aus seiner Gegenüberstellung der Gewinninteressen von Firmen und dem Gemeinwohl nicht. Wie bemerkt: Es sollen die »elementaren Sachen« sein, die der Profitwirtschaft entzogen werden. Welche das aber sind, ist – zumindest in der politischen Debatte – Ermessenssache. Mit der Rede von der Grundversorgung und den »elementaren Dingen« plädiert er zugleich für die marktwirtschaftliche Organisation aller anderen Bereichen. Es wäre insofern falsch zu folgern, er Mark würde sich grundsätzlich eine »Politik gegen den Markt« wünschen. Dennoch: Der mögliche Grenzziehungskonflikt ist leicht denkbar. Letztlich ist dafür entscheidend, was politisch als unerlässliche Grundversorgung für ein gutes Leben verhandelt wird. Dass Mark selbst bereits den Verkehrssektor nennt, zeigt jedenfalls, dass nicht nur existenzielle Dienstleistungen wie die Krankenversorgung oder der Zugang zu Wasser gemeint sein müssen. Da Verstaatlichung ledig-

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

lich begrenzt erfolgen soll, wünscht sich Mark weitere Wege, um Gemeinwohlanliegen durchzusetzen. Als Alternative zur Verstaatlichung jedenfalls sieht Mark in Sektoren, die sinnvollerweise weiterhin »privat« organisiert werden sollten, den Ausbau von Mitspracherechten für die Öffentlichkeit, insbesondere die Möglichkeit »[…] sinnige Beschränkungen zu erlassen für die Firmen.«

Für eine humane Geflüchtetenpolitik

Klimasoziale machen sich, hier ähnlich den Gemeinwohldemokrat*innen, Sorgen über Fremdenfeindlichkeit und den politischen Rechtsruck. Mark begründet dies, indem er seine Bedenken gegenüber einer migrationspolitischen Abschottungspolitik ausführt. Ausdrücklich und ausführlich spricht sich Mark gegen die Abschottungspolitik gegenüber Migrant*innen aus. Er unterstützt die zivile Seenotrettung, wünscht sich die menschlichere Unterbringung von Geflüchteten und die Möglichkeit Asylanträge stellen zu können. Proaktiv müsse die deutsche Außenpolitik »[…] den Ländern […] helfen, dass es erst gar nicht dazu kommt, dass diese Leute wegen politischer sowie aus wirtschaftlichen Gründen ins Ausland fliehen.«

Insgesamt argumentiert er für eine großzügigere und humanere Asyl- und Einwanderungspolitik. Dabei unterstreicht er, hier implizit auf die »Problemdiskurse« der Rechten Bezug nehmend, die Migration als Bedrohung und Problem darstellen, auch die möglichen Vorteile, die mehr Einwanderung für die deutsche Gesellschaft haben könnte. Der »wirtschaftliche Flüchtling« wird insofern als Teil der Lösung gesellschaftlicher Probleme gesehen, vor denen die deutsche Gesellschaft steht:

> »Und was wirtschaftlich Flüchtlinge anbelangt, ist da auch ein enormes Potenzial. Was ich sehr interessant finde, dass es da vergessen wird, dass diese Leute die Lösung für einige Probleme hier sein könnten. Wir haben den demografischen Wandel. Es gibt immer mehr Ältere und weniger Jüngere und wir brauchen Leute, die sich nicht nur um alte Leute später kümmern, sondern die auch hier dementsprechend in die Sozialsysteme einzahlen. Uns fehlt ja im Endeffekt Nachwuchs, und das ist nicht nur in Deutschland so, sondern auch in anderen Ländern so. Und das wäre eine Lösung des Problems, ganz eigennützig gedacht.«

Demokratie und Lobbymacht

Klimasoziale teilen mit den Gemeinwohldemokrat*innen eine popular-demokratische Haltung zur Politik bzw. gegenüber Parteien und Politiker*innen, Ökopragmatiker hingegen die liberal-demokratische Orientierung der (Enttäuschten) Sozialliberalen. Wie auch die Gemeinwohldemokrat*innen geht Mark auf die politische Macht von Unternehmen und Wohlhabenden ein. Im Mittelpunkt seiner Deutungen steht in diesem Zusammenhang die »Macht der Lobbys«. Gerade »sinnige Beschränkungen«, für die Mark im Verlauf des Gesprächs z.B. im Bereich der Finanzmärkte wirbt, scheitern aber an Lobbymacht. Der Lobbyismus größerer Unternehmen gehört – auch deshalb – zu den drängendsten Problemen, die es in Deutschland gibt, so Mark etwas früher im Gespräch. Deshalb plädiert er für mehr Transparenz, die mit Hilfe eines Lobbyregisters geschaffen werden könnte, »[…] wo Politiker zum einen ihre Kontakte offenlegen müssen, ihre Ge-

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

hälter […]«, zugleich »[…] man diese besagten Lobbyisten dann quasi auch enttarnt, wer für welche Firma da agiert […].«

Lobbyismus ist für Mark nicht gleich Lobbyismus, er unterscheidet scharf die Interessen, für die politische Entscheidungsprozesse beeinflusst werden sollen. Eine umweltpolitische NGO beispielsweise setzt sich demnach für allgemeine Interessen ein, Unternehmen dagegen für private – in dieser Logik: lediglich ihre eigenen. Während Mark diese Sichtweise begründet stellt er die Interessen der Bevölkerung den Interessen einzelner Firmen gegenüber und argumentiert mit einer Entscheidungssituation. Ähnlich wie im Deutungsmuster Soziale Gemeinwohldemokratie zeichnet sich hier – auch vor dem Hintergrund der sozialen Polarisierung, die Mark feststellt – eine popular-demokratische Haltung ab. Nicht für die Unternehmensseite sollten sich Politiker*innen einsetzen, sondern für die Bevölkerung.

> »Wenn eine Firma sich aktiv in die Politik mischt, hat das da nichts zu suchen. Die Politik muss unabhängig von den Firmeninteressen agieren können, wo ich Deutschland und viele andere Länder nicht sehe, weil […] die Firmen offen hingehen an die Politiker, im schlimmsten Fall irgendwelche Deals macht und versucht, seine Interessen durchzusetzen. Jeder hat natürlich Interesse, seine Interessen zu gewahren. Ja, aber die Politik muss davon ziemlich abgeschirmt sein und die muss sich auf Fakten konzentrieren und mehr auf die Bevölkerung und nicht auf das Interesse einzelner Firmen.«

Ich frage ihn, ob nicht auch sein Gewerkschaft Lobbyismus macht, also die Interessen des ver.di-Mitglieds »der« Politik gegenüber vertritt. Mark differenziert und nimmt Bezug auf die Gemeinnützigkeit von Interessen:

> »Natürlich ist das auch ein gewisser Lobbyismus oder eine Interessensvertretung. Nur man muss ja auch gucken, wessen Interessen sie vertreten beziehungsweise der Lobbyist für eine Firma vertritt ja nur ein Interesse. Die anderen Interessen sind gemeinnützig. Ich verstehe deine Fragestellung, ja, weil beide praktizieren Lobbyismus, welcher Lobbyismus ist jetzt der gute, welcher ist der schlechte, um es einfach auszudrücken, fehlen mir die Worte, um das vernünftig zu erklären. Firmenpolitik hat in Berlin nichts zu suchen, das muss einfach da raus. Wenn jetzt eine Umweltschutzorganisation hingeht und sagt, ›hallo, unsere Wälder sterben, wir müssen was dagegen tun‹ und machen dann Werbung oder Lobbyismus, um dann Maßnahmen dagegen einzulenken oder dagegen zu bewirken, ist das ja ein ganz anderer Background als der, den der Lobbyist einer Firma hat oder einer Branche. […]
>
> Ja, eine Firma handelt ja aus Eigeninteresse. Greenpeace, ja, gewissermaßen, aber ist ein ganz anderes Interesse. Die handeln ja nicht als Einzelinteresse, weil sie ihr Produkt verkaufen wollen oder irgendwie aus irgendwelchen Gründen, dass Verluste machen würden, ja, sondern eher einen Gewinn für die Allgemeinheit. Beziehungsweise sie kämpfen für jemand anderes, in diesem Fall die Natur, im weitesten Sinne dann für ihr eigenes Überleben oder für ihre eigene Verbesserung.«

Es wäre übertrieben Mark einen Antikapitalisten zu nennen. Sowohl durch seine Überlegungen zum Klimawandel, zur wachsenden Ungleichheit im Land als auch durch seine Lobbyismuskritik zieht sich aber eine deutlich skeptisch-kritische Haltung gegenüber

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

großen Privatunternehmen. Dabei spielt auch der Interessengegensatz zwischen Unternehmen und Beschäftigten punktuell eine Rolle. Etwas später im Gespräch heißt es etwa über den Unterschied zwischen Unternehmenslobbyismus und gewerkschaftlicher Politik:

> »Ja, allerdings haben wir da ja dann auch schon indirekt zwei Fronten. Einmal die Arbeitnehmer und dann die Wirtschaftsvertreter, die für die Firmen einstehen und dann für das Kapital der Firma in erster Linie und zwischen denen muss ein vernünftiger, ausgeglichener Konsens erfahren, ne. Das ist die Frage, wie das dann im Endeffekt ähm gestrickt ist, aber ich glaube, die Unternehmenspolitik ist in vielen Bereichen auch anders geworden.«

So sehr Mark den Lobbyismus der Konzerne kritisiert, eine übermächtige Lobby sieht er nicht am Werk. Zumindest sieht er Grenzen. Wie sonst sollten fortschrittliche Gesetze bzw. Reformen zu erklären sein, auf die er hinweist? »Wäre es eine konsequente Politik für die oberen Zehntausend, dann gäbe es keinen Mindestlohn in diesem Land, immer noch nicht.« Das ist eine wichtige Wendung, denn die Kritik an Konzernlobbymacht mündet so nicht in Ohnmachtsgefühlen und in eine Abwendung von Politik. Zumindest möglich bleiben ja Reformen, die in die richtige Richtung gehen.

Eine etwas andere politische Orientierung ist für Ökopragmatiker*innen charakteristisch. Auch sie kritisieren nüchtern die Macht des großen Geldes, typisch ist für sie aber eine deutlich pragmatischere Gestaltungsorientierung als sie sich beim Klimasozialen Mark abzeichnet.

Hermann, Handelslagerbeschäftigter

Parteien und Politiker sind auch für den Ökopragmatiker Hermann (I 24) ein zentrales Thema und Problem. Sein Eindruck ist, so spitzt er seinen Einstieg ins Thema zu, »[…] dass die deutsche Politik mittlerweile schon so erinnert an osteuropäische oder Bananenrepublikverhältnisse«. Gute Politiker*innen, so impliziert er, machen sich Gedanken um das ganze Land. Das ist ein Gedanke, den er im Gespräch wiederholt – es geht um das Ganze im Unterschied zum Einzelinteresse. Zugleich verbindet er mit »Gedanken um das ganze Lande machen« eine Vorstellung von Verantwortungsbewusstsein bzw. Kompetenz. Heutige Politiker*innen agieren hingegen aus Eigennutz. In diesem Zusammenhang thematisiert er auch den Einfluss der Wirtschaftslobby. »Geld ist Macht. Und je mehr Geld man hat, desto mehr Macht kann man ausüben.« Allerdings lehnt Hermann nicht alle Parteien ab, ein populistischer Bruch zwischen Volk und Politik zeichnet sich nicht ab, sondern eher die Suche nach Kompetenz, Glaubwürdigkeit und Gestaltungswillen. Für den Strang Ökopragmatismus ist diese Orientierung an Gestaltungswillen, Kompromissbereitschaft und Pragmatismus entscheidend. »Klug daherreden«, so Hermann, »können viele, ich muss sehen, wie die Leute handeln, wenn sie in einer verantwortlichen Position sind.« Hermann misst an den Taten, nicht an den Versprechen – will aber eben auch Taten sehen. Positiv besetzt ist für ihn ein »gesunder Pragmatismus«, für den früher die SPD stand, »[…] man war getragen von Überzeugungen, […] aber man war auch bereit zu Kompromissen.« Heute sei das anders, die SPD ist »nichts Halbes und nichts Ganzes« Fündig wird er bei seiner Suche nach einer Kompetenz und diesem realpolitischen Pragmatismus bei den Grünen.

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Paul, Industriebeschäftigter

Auch der Ökopragmatiker Paul (I 30) vereint einen durchaus skeptischen Blick auf die politischen Parteien und insofern das politische System mit einer ausgeprägten Gestaltungsorientierung. So lässt er etwa wissen »wer das Geld hat, bestimmt. Das war schon immer so. Das ist auch hier im Betrieb so, das ist Zuhause so, das ist in der Politik auch so.« Zwar spricht er nicht gleich von einer Bananenrepublik, wie Hermann es tut, stellt aber nüchtern die politische Macht der Wirtschaft fest. Ein Beispiel dafür sieht er etwa in runden Tischen, die Politiker*innen mit Konzernen veranstalten, bei denen sich am Ende die Anliegen der Unternehmen in der Regel durchsetzen. »Gibst Du mir was, dann geb ich Dir was!« Gleichzeitig wertschätzt Paul das (interessen-)politische System Deutschlands. Darüber hinaus plädiert auch er für eine Art realistischen Pragmatismus, wie in seiner Beurteilung verschiedener Parteien deutlich wird. Die Partei DIE LINKE würde er beispielsweise nicht wählen, weil deren Forderungen nicht umsetzbar seien. Grundsätzlich seien die Ideen »nicht schlecht«, aber das kapitalistische System ließe ihre Verwirklichung einfach nicht zu. In diesem Zusammenhang thematisiert Paul – ohne dies selbst so zu formulieren – die gewachsene strukturelle Macht des Kapitals, die aus der Transnationalisierung der Produktion folgt. Dabei greift er auch auf eigene Erfahrungen zurück, die er als Betriebsrat in einer Branche gemacht hat, die durch transnational agierende und stark in den Exportwettbewerb eingebundene Unternehmen geprägt ist. Anzuerkennen sei, so Paul, dass die Unternehmer in der Globalisierung am längeren Hebel sitzen. »Und da muss man gucken, dass man mit denen zu unseren Gunsten mit denen kooperiert. Und da gehen die LINKEN ein Stück zu weit mit vielen Ideen, die leider Gottes nicht machbar sind.« Eine zu konfrontative Politik, eine, die die Wettbewerbsinteressen der Unternehmen vernachlässigt, »bringt uns ja nicht weiter, weil die Welt das nicht mitmacht.« Wenn das Kapital abgewandert ist, so Paul weiter, nützt dies auch den Beschäftigten nichts.

Sozialstaatsorientierungen

Klimasoziale plädieren für eine starke Wohlfahrtsstaatspolitik. Mark wünscht sich deshalb eine Regierung aus Grünen, LINKE und SPD, die »[…] dann auch wirklich Tacheles reden und politisch was auf die Beine bringen, was auch dementsprechend in den […] Parteiprogrammen auch definitiv steht.« Er ist Wähler der Grünen, weil sie Umweltschutz und Sozialstaatspolitik miteinander verbinden. Der LINKEN attestiert er zu klein zu sein, außerdem »[…] sehe ich viel Rot, aber wenig Grün«, wenngleich er durchaus feststellt, dass auch die LINKE ein Umwelt- und Klimaschutzprogramm hat (»die haben auch Grün«). Der LINKEN steht er insofern durchaus positiv gegenüber. Ausschlaggebend für seine Entscheidung für die Grünen ist Marks abwägende Höherbewertung der ökologischen gegenüber der sozialen Frage: »Die Natur oder Umweltschutz, finde ich, ist höher anzusiedeln als soziale Werte.«

Hermann, Handelslagerarbeiter

Dass der Ökopragmatiker Paul gerade aufgrund seines deutlich herausgestellten Realismus, der auf der Anerkennung unternehmerischer Profitinteressen beruht, die Reformpolitik der LINKEN ablehnt, habe ich bereits dargelegt. Aber auch Hermann grenzt sich deutlich von der LINKEN ab. Die GRÜNEN haben ein positives Image für ihn, sie kümmern sich

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

um die ökologischen Themen, sind kritisch gegenüber Lobbyinteressen, etwa gegenüber der Chemischen Industrie, und vertreten eine glaubwürdige Außenpolitik, die die Werte der Bundesrepublik – Menschenrechte und Freiheit – zur Grundlage hat, insbesondere vertreten sie seines Erachtens klare Positionen gegenüber Diktaturen, und setzen sich für den notwendigen Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs ein. Deutlich anders sieht er die LINKE, sie ist für ihn kaum an realer Politik interessiert, er sieht sie als »ideologisch verbohrt«, »die sind ja irgendwie noch total im Marxismus-Leninismus gefangen […].« Nicht zuletzt die Außen- und Sicherheitspolitik der LINKEN lehnt Hermann ab, insbesondere sieht er sie an der Seite von Diktaturen stehen.

»Und auch was die sehr unkritische Haltung angeht gegenüber Russland und China, da sehe ich den uralten Antiamerikanismus. Der ist doch verwurzelt. Da habe ich manchmal das Gefühl, jeder, der gegen Amerika ist, und wenn es auch Russland und China ist. Also bei Russland und China ist das alles okay und Hauptsache die Amerikaner immer schön beschimpfen. Ich meine, […] ich sehe Amerika auch kritisch und auch was sie machen in der Außenpolitik. Da müssen wir uns gar nicht drüber unterhalten. Aber man kann da nicht auf einem Auge so total blind sein und auf dem anderen wieder fast schon penetrant penibel alles kritisieren wollen, was einer macht.«

Wohlgemerkt, nicht alle Ökopragmatiker haben sich von der LINKEN so vehement abgegrenzt. Der oben bereits zitierte Krankenpfleger Thorben, ebenfalls Grünenwähler, sympathisiert durchaus mit der Partei. Insofern wäre es falsch darin ein typisches Merkmal des Ökopragmatismus zu sehen.

Auch wenn er den Klima- und Umweltschutz priorisiert: Sozialpolitik ist Mark gleichwohl wichtig, insbesondere die »elementaren Dinge«, die Arbeitslosenversicherung, die Rente, Pflegeversicherung und die Krankenversicherung. Das Elterngeld wertschätzt er, hält es aber – gerade im internationalen Vergleich – für einen großen Luxus. Hätte er die Möglichkeit mehr Geld für einen Bereich des Sozialstaates auszugeben, würde er dies für die Rente und Hartz 4 tun, die Bezieher*innen erhalten zu geringe Leistungen. Über das Arbeitslosengeld II als Teil der Agenda 2010 kommt er im Laufe unseres Gespräches an verschiedenen Stellen zurück. Bei der Beurteilung wägt er durchaus gegeneinander ab, was gegen zu starke Zumutbarkeitsregeln gegenüber ALG-II-Bezieher*innen spricht und ob nicht die Gefahr besteht, dass Menschen die Arbeitslosenversicherung ausnutzen, wenn die Zumutbarkeitsregeln sehr locker sind. Das verdeutlicht er am Beispiel des Bedingungslosen Grundeinkommens, das er ablehnt.

> »Für ein bedingungsloses Grundeinkommen, was manche ja fordern, wäre ich jetzt […] nicht so dafür, damit es auch dementsprechend nicht ausgenutzt werden kann. Also, ich persönlich, wenn es nach mir gehen würde, würde ich auch lieber zu Hause bleiben als zu arbeiten. Ich hätte genug zu tun oder ich könnte mir genug Sachen vorstellen, die ich machen kann. Allerdings leben wir ja in einer Gesellschaft. Das heißt in einem Miteinander, und dann ist es nur legitim, wenn ich irgendetwas tue, wo ich der Gesellschaft etwas zurückgeben kann. Also, irgendeinen Dienst an der Gesellschaft, am Gemeinwesen muss ich tun. Einfach mich zurücklehnen und nichts tun, ist schlecht.«

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Für eine staatliche Leistung sollte also eine Gegenleistung erbracht werden müssen. Wäre Mark in der Lage die Politik im Land zu gestalten, etwa als Kanzler einer von ihm favorisierten grün-rot-roten Bundesregierung, würde er die erneuerbaren Energien ausbauen, Alternativen zur »Festung Europa« schaffen, außenpolitisch härter mit diktatorischen bzw. undemokratischen Regierungen ins Gericht gehen (er nennt Ungarn als Beispiel, das er aus der EU ausschließen will, weil es sich in Richtung einer Diktatur entwickelt), den Unternehmenslobbyismus abschaffen und für soziale Gerechtigkeit sorgen. Hartz-4 würde er grundlegend überarbeiten, Reiche und Unternehmen deutlich stärker besteuern und Tempo 30 in den Städten einführen. Nimmt man das Plädoyer für punktuelle Verstaatlichungen hinzu, spricht sich Mark insofern für einen umverteilenden und schützenden Sozialstaat sowie eine stärkere Wohlfahrtsstaatspolitik des Öffentlichen aus.

Die Sozialstaatsorientierungen der Ökopragmatiker unterscheiden sich klar von den Klimasozialen. Ihre Ansprüche sind bescheidener, allenfalls moderat. Ökopragmatiker sind insbesondere an einer schützenden, in geringerem Maße auch an einer umverteilenden Wohlfahrtsstaatspolitik interessiert.

Ökopragmatiker Thorben, Krankenpflegefachkraft

Wie ich oben dargelegt habe, deutet Thorben (I 11) die materielle Ungleichheitsentwicklung in Deutschland als eine Art Gleichzeitigkeit wachsender Ungleichheit zwischen Arm und Reich einerseits, relativ guten Lebensbedingungen für die soziale Mitte andererseits, die von der sozialen Polarisierung nicht oder kaum betroffen ist. Vor diesem Hintergrund erklärt er: »Ich würde den Mindestlohn deutlich anheben, damit die Diskrepanz zwischen größeren und kleineren Verdiensten kleiner wird. Die Leute sollten nicht noch, wenn sie arbeiten, auch noch Sozialleistungen beantragen müssen.« Seine sozialpolitischen Ideen beziehen sich ausschließlich darauf, die Lage derjenigen zu verbessern, die er als Arme sieht. Neben Niedriglohnbeschäftigten gehören hierzu die Bezieher*innen von Arbeitslosengeld II, das er nicht zuletzt für problematisch hält, weil »man nach 12 Monaten schnell reinrutscht.«. Kurz, es destabilisiert den sozialen Status von Erwerbstätigen. Aber auch für die ALG-Bezieher wünscht er sich Verbesserungen. Er spricht sich für die Einführung einer Mindestsicherung aus, die höher wäre als »Hartz-Vier«. Ausdrücklich positioniert er sich in diesem Zusammenhang gegen ein bedingungsloses Grundeinkommen, er ist, wie er unterstreicht, »für das vernünftige Mittelmaß.« Gegen das Grundeinkommen führt er die Leistungsgerechtigkeit ins Feld, auch wenn er sie nicht beim Namen nennt:

»Beim bedingungslosen Grundeinkommen ist das so, dass mich das persönlich schon ärgern würde, wenn ich mitbekommen würde, dass jemand zu faul ist zu arbeiten. Wenn jemand zu faul ist und der würde so viel Geld bekommen wie einer, der eine halbe Stelle arbeitet zum Beispiel, dann fände ich das ungerecht. Das kann nicht sein, dass man jemanden hofiert, während der andere sich in irgendeiner Form einbringt und sich den Arsch aufreißt in der Hälfte seiner Zeit da. Also das würde mich schon unzufrieden machen. Das darf auch nicht sein.«

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Paul, Industriebbeschäftigter
Wenngleich im Gespräch, das ich mit Paul (I 30) geführt habe, die Oben-Unten-Spaltung lediglich eine zweitrangige Rolle spielte, von einer ausgeprägten kritischen Sicht auf materielle Ungleichheit insofern nicht die Rede sein kann, spielen der Sozialstaat und Sozialreformen für ihn eine Rolle. Armutsprobleme und wachsende Ungleichheit, die er durchaus wahrnimmt, möchte er durch einen höheren und an regionale Preisunterschiede angepassten Mindestlohn bekämpfen. »Was in Thüringen reicht, reicht in München nicht.« Darüber hinaus wünscht er sich, dass Mieten gesetzlich eingefroren werden, da Mietpreissteigerungen Armut erzeugen. Und schließlich plädiert er für eine Krankenhauspolitik, die davon entlastet in den Häusern Gewinne erwirtschaften zu müssen.

Hermann, Handelslagerarbeiter
Sozialpolitische Reformwünsche spielen in Hermanns (I 24) Denken eine nachgeordnete Rolle. Neben höheren Investitionen in die Schulen, also die Stärkung befähigender Sozialstaatspolitik, spricht sich Hermann für eine Reform der Steuerpolitik aus. Ausgangspunkt ist für ihn die Deutung, der Staat solle soziale Leistungen wie etwa das Kindergeld, nicht allen Bürger*innen zahlen. Das Kindergeld sei ein Beispiel für eine »Rasensprengergeldvergabe«, von der – so die Implikation – auch diejenigen profitieren, die das Geld eigentlich nicht brauchen. Hierin drückt sich nicht notwendigerweise eine Anti-Unterstützungshaltung aus. Im Zusammenhang mit seinem Plädoyer für eine steuerpolitisch Entlastung der unteren und mittleren Einkommen ließe sich die Forderung nach gezielteren Transferleistungen auch als Anspruch interpretieren, stärker den unteren Einkommensschichten zu helfen. Ambivalent bleibt diese Orientierung allemal. »Wie gesagt, Geld zielgerichteter einsetzen. […] Das Steuergeld denen geben, die es wirklich brauchen.« Genau das aber – wer braucht staatliche Transferleistungen, wer bezieht sie berechtigterweise – ist politisch-moralisch umkämpft. Und es gehört zu den gängigen Argumenten neoliberaler und neokonservativer Sozialstaatskritiken, dass Menschen zu Unrecht staatliche Transferleistungen beziehen, die sie eigentlich gar nicht brauchen. Eindeutig sind demgegenüber Hermanns Steuersenkungsvorschläge, zu denen er überleitet. Insbesondere die Lohnsteuer für einfache und untere Einkommensschichten müssten niedriger sein. Die Steuer funktioniert
»schon deutlich zu Ungunsten der niedrigen und mittleren Einkommen in Deutschland. Da sehe ich auch so eine klare Benachteiligung, was die Steuerpolitik angeht, der einfachen arbeitenden Menschen, […] die sind die Gearschten auf gut Deutsch. Da sehe ich […] schon auch großes Potenzial für Verbesserungen.«

5.3.7 Der Exklusive Sozialpopulist

»Ich habe ganz klar […] das Gefühl, dass das im Endeffekt […] zwei Hemisphären sind. Also die Politik an sich, die […] wie die Denker und Lenker über diesem Land schweben. Und dann kommt ganz viel Luft dazwischen und dann kommen eigentlich die Menschen, um die es ja geht in diesem Land. […] Dass man das Gefühl hat, da oben sitzt eine Schaltzentrale, die schaltet mal so vor sich hin, guckt auf […] ihre Bildschirme und

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

> sagt, ›ach ja, heute drücken wir mal den Knopf, heute drücken wir den, mal gucken was passiert.«

So spitzt Kevin, Ende dreißig, alleinstehender Vater und Arbeiter mit mittlerer Reife in einem großen Lager des Einzelhandels, seine Sicht auf die Politik zu, die von Skepsis und Distanz geprägt ist. Dort »die« Politik, hier die Menschen, um die es eigentlich gehen müsste. Verbunden ist diese Deutung mit einer deutlichen Sozialkritik, die sich gegen das Management des eigenen Betriebes richtet und mit Unzufriedenheit über die soziale Ungleichheitsentwicklung im Land. Exklusiver Sozialpopulismus (siehe auch: Goes 2015, 241f.) habe ich das Deutungsmuster genannt, das sich bei Kevin abzeichnet.

Charakteristisch ist vordergründig ein ähnlich kritischer Blick auf den politischen Betrieb, wie wir ihn auch bei den Sozialen Gemeinwohldemokrat*innen finden. Aber im Exklusiven Sozialpopulismus dominiert keine popular-demokratische Haltung gegenüber Politiker*innen oder Parteien, sondern eine populistische. Für *populistische Deutungen* ist typisch, dass eine starke Entfremdung zwischen Volk und Elite wahrgenommen wird. Diese Spaltung soll aufgehoben werden, gute Politiker*innen bzw. ein »gutes Oben« soll sich um die Leute kümmern (Reinfeldt 2013, 51–54). »Die« Politik sollte eigentlich auf die Bevölkerung hören, tut es aber nicht. Daraus folgt eine gewisse Antihaltung, die allerdings nicht zu politischer Inaktivität führen muss – und auch nicht zu einer zugespitzten Ablehnung, wie sie beispielsweise für den Sozialrebellischen Nationalismus typisch ist. Im Exklusiven Sozialpopulismus wird die Ununterscheidbarkeit der Parteien, die Entfremdung der Politiker*innen von den Wähler*innen kritisiert, ihre Selbstbereicherung bzw. ihr materieller Eigennutz, auch der Unternehmenslobbys.

Ich spreche von *Sozial*populismus, weil der Eindruck des sozialen und politischen Verlassenseins (ähnlich: Fröhlich/Mannewitz/Ranft 2022; Hillje 2018) und fehlender Anerkennung für dieses Deutungsmuster zentral ist und mit der Enttäuschung über »die Politik« verbunden wird. Dieser Eindruck des Verlassenseins geht einher mit einem kritischen Blick auf soziale Ungleichheit. In diesem Sinne handelt es sich um einen Arbeiterklassenpopulismus, in dem sich Angehörige der Arbeiter*innenklasse mit symbolischen Begriffen wie »der kleine Mann«, »die einfachen Leute« oder auch das »einfache Volk« identifizieren, um sich selbst von denen an der Spitze der Gesellschaft zu unterscheiden, ob das nun die Reichen und Mächtigen oder die Regierung und Großkonzerne sind (Gamson 2002, 89–90). Allerdings wird im Unterschied etwa zum Muster Soziale Gemeinwohldemokratie kein brisanter Ungleichheitsdiskurs entwickelt, um den das Denken kreist.

Befähigende, vor Not schützende und umverteilende Sozialstaatspolitik wird gewünscht, das »Problem Klimawandel« ist hingegen nicht zentral. Allerdings gibt es eine unbestimmte Offenheit gegenüber einer Klimaschutzpolitik, die sich aus der ablehnenden Reaktion speist, mit der politische Eliten auf Klimaaktivist*innen reagieren. Der Populismus, der sich bei Kevin findet, hat einen liberalen Grundzug. Zum einen, weil die Institutionen der liberalen Demokratie gewertschätzt werden, sich um Distanz gegenüber der extremen und populistischen Rechten bemüht wird. Zum anderen ist er liberal, weil die Kritik am Oben und auch an »den Politiker*innen« auf Versöhnung aus ist. Die Kritik am Oben wird so nicht notwendigerweise entschärft, aber sie ist –

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

anders als im Fall der popular-demokratischen Deutungen im Muster Soziale Gemeinwohldemokratie oder im Fall der ausgrenzend-populistischen Deutungen im Muster Sozialrebellischer Nationalismus – nicht antagonistisch.

Typisch für den Exklusiven Sozialpopulismus sind Abgrenzungen gegenüber Migrant*innen bzw. eine klare Migrationsskepsis. Die Abgrenzung ist keineswegs aggressiv, aber sie ist von zentraler Bedeutung, keineswegs randständig. Die einfachen Leute, die von der Politik vergessen werden, sind für Kevin z.B. keineswegs lediglich Deutsche ohne Migrationshintergrund. Kulturelle Distanzierung im Lichte einer deutschen Kultur, die als liberal gewürdigt wird, sind aber prägend. Anders als im Deutungsmuster Sozialrebellischer Nationalismus wirkt das nicht unbedingt autoritär-ausgrenzend, denn hier zielt die Abgrenzung nicht auf die Hierarchisierung von Ansprüchen und Rechten ab, es wird auch nicht offensiv eine Bevorzugung des Zuerst-Hier-Gewesenen eingefordert. Migrationsskepsis geht vielmehr Hand in Hand mit der Deutung, Einwandernde würden sich nicht in die deutsche Gesellschaft integrieren, sollten dies aber. Auch wenn gleichzeitig signalisiert wird, dass Zuwanderung nicht abgelehnt wird, sind die ausgrenzend-autoritären Potenziale schwerlich zu übersehen.

Sozialporträt: Der Fall Kevin

Kevin gehört zu den Gesprächspartnern, die erst in jüngster Zeit begonnen haben sich gewerkschaftlich zu organisieren, wurde dann aber schnell Mitglied des Betriebsrates. Zum Zeitpunkt unseres Gesprächs ist er seit rund 10 Jahren als Kommissionierer in einem großen Lager des Einzelhandels beschäftigt. Wie alle Lagerbeschäftigten aus dem Handel, mit denen ich gesprochen haben, hat auch Kevin eine brüchige Berufsbiografie. In den Betrieb gekommen ist er auf Umwegen, zuerst hat er als Krankenpfleger gearbeitet, suchte u.a. aufgrund der dort schlechten Arbeitsbedingungen einen neuen Job und fand diesen schließlich als Lagerarbeiter – Unsicherheit inklusive, denn einen festen Arbeitsvertrag gab es erst nach zweimaliger Befristung. Prekaritätserfahrungen sind ihm also nicht fremd, seinen schließlich gelungenen Einstieg in die Festbeschäftigung sieht er als Erfolgsgeschichte, als etwas, was er sich erarbeitet und verdient hat.

Dennoch verdichten sich viele seiner Erzählungen zu einer Art Missachtungsgeschichte, die denen ähnelt, die der Sozialrebellische Nationalist Karl, aber auch der Industriearbeiter und Enttäuschte Sozialliberale Jens schilderten. Er war und ist unzufrieden mit den Arbeitsbedingungen innerhalb des Betriebes, aber seine Kritik entzündet sich weniger an den Löhnen (er verdient netto rund 1800–1900 Euro), sondern insbesondere an der Art und Weise des Umgangs, den das lokale Management mit der Belegschaft pflegt. Ein rein instrumenteller Umgang des Managements mit den Beschäftigten missfällt ihm.

> »Also man war nur noch da, um irgendwas zu machen, und zwar ein Ergebnis zu erzielen und letztendlich war es denen egal, wie. Der Zweck heiligt die Mittel, so nach dem Motto. ›Wir können auch über euch bestimmen‹: Ich sag mal ›ihr gehört uns‹, so war das Gefühl.«

Etwas später im Interview präzisiert er, er kritisiert ein zwanghaftes Disziplinarregime, auch wenn er selbst das begrifflich so nicht ausdrückt:

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

> »Der Umgang war wahnsinnig, […] die Leute wurden unter Druck gesetzt, massiv. Also wirklich […] dann psychologisch oder mit Konsequenzen, mit Verweildauer des Arbeitsplatzes und allem Drum und Dran. Gleichzeitig wurde massiv Leiharbeit über Osteuropa eingeführt, sage ich jetzt mal. […] es hat sich mal ein Abteilungsleiter vor […] meiner Schicht hingestellt und hat gesagt, wenn ihr nicht spurt, dann seid ihr alle weg und dann holen wir nur noch Rumänen […].«

Kevin deutet die betriebliche Situation als Erpressungsordnung, in der Anliegen der Beschäftigten systematisch nicht berücksichtigt wurden:

> »Du wurdest halt regelmäßig immer in Gespräche verwickelt, die dich so spüren haben lassen, […] du bist hier nur eine Null, du bist hier null und nichts, du bist kein Name, du bist hier nicht ein Mensch. Du bist hier dazu da, damit du als biologische Maschine das umsetzt, was wir wollen.«

Als ich diese Geschichte erneut gelesen habe, fiel mit der Unterschied auf, der zwischen der Missachtungsgeschichte besteht, die Kevin erzählt, und denen, die sich in den Transkripten der Interviews abzeichnen, die ich mit Sozialliberalen geführt habe, teilweise auch mit Gemeinwohldemokrat*innen. Kevin schildert ein fast nacktes Zwangsverhältnis, in dem auch rudimentäre Formen der interessenpolitischen Anerkennung fehlten, die durch eine funktionierende Interessenvertretung gesichert worden wäre. Ich muss daran denken wie Friedrich Engels, freilich in der Zeit, bevor Arbeiter*innen im großen Maßstab gewerkschaftliche Rechte in der Arbeitswelt verankerten, das Wesen des Lohnarbeitsverhältnisses bestimmte. Lohnarbeit sei dem antiken Sklavenverhältnis ähnlich, nur in anderer Form, weil »das Kapital« an der Arbeitskraft kein anderes als ein nacktes egoistisches Interesse habe (Engels 1990, 310). Das Lohnarbeitsverhältnis als despotische Beziehung zwischen Kapital und Lohnarbeit: nicht ganz anders beschreibt Kevin die betrieblichen Sozialbeziehungen, mit denen er umgehen musste. Weiter beschreibt er Strafpraktiken des Managements:

> »Das heißt […] gibst du Widerworte, kriegst du Stress, hast du schlechte Arbeitskonditionen, sagen wir mal so. Es wurde in deinen Arbeitsplatz eingegriffen, du konntest nicht mehr das umsetzen zum Beispiel, was du dir selber als Ziel gesetzt hast. […] Wir haben ja in dem Lager […] eine Zielvereinbarung. Das heißt, wenn du als Kommissionierer eine bestimmte Kolli-Zahl, also Packzahl pro Stunde erreichst, bekommst du noch mal einen Bonus. Das wurde zum Beispiel damals immer ausgelegt im Sinne von ›du musst‹. Du hast und selbst eine Zahl gesagt, und dann lagst du zehn Kollis da drunter, hast du mir nichts dir nichts ein Gespräch gehabt, wo unter anderem mit arbeitsrechtlichen Konsequenzen gedroht worden ist. Wo gedroht worden ist, dann musst du hoch zum großen Chef und was weiß ich nicht alles«

Kevin veranschaulicht die Willkür des Managements auch anhand persönlicher Geschichten, unter anderem wurden ihm zugesagte Urlaubstage angesichts eines besonderen familiären Ereignisses nicht gegeben: »[…] der Arbeitnehmer hat keine Rechte.« Worum es dem Management ging: gesteigerte Leistungsziele erreichen und lange Arbeitszeiten ausnutzen.

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Die Kritik an Missständen mündet in Forderungen nach transparenteren Verfahrensregeln, klaren Absprachen zwischen Geschäftsleitung und Betriebsrat und Verlässlichkeit. Neben der Mitbestimmung bei flexiblen Arbeitszeiten, durch die Planbarkeit und ein gewisses Maß an Selbstbestimmung erreicht werden soll, plädiert Kevin für Weiterbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten, die für einfache Beschäftigte einfach fehlen. Erbrachte Leistung soll nicht nur entlohnt werden, leistungsbereiten Kolleg*innen soll auch eine individuelle Qualifizierungsperspektive geboten werden. Faktisch wünscht Kevin sich eine betriebliche Weiterbildungspolitik im Interesse der Beschäftigten, auch wenn das Unternehmen selbst keinen Bedarf an besser ausgebildeten Arbeitskräften hat, »einfach, um für dich auch eine höhere Qualifikation zu erreichen«, wie es im Folgenden heißt. Das Unternehmen soll den einzelnen

> »[…] Mitarbeitern wieder eine Perspektive geben. Das heißt, das Feld Weiterbildung in den Vordergrund rücken und sagen, es kann nicht sein, dass man immer nur begründet, es gibt ja gar nicht so viel mögliche Positionen oder verschiedene Aufgaben in einem Betrieb […]. […] Heißt ja nicht, du kannst jetzt dann in zwei Jahren Betriebsstättenleiter oder Gruppenleiter oder was werden. Aber wir bilden dich trotzdem auf gewissen Punkten weiter, einfach, um für dich eine höhere Qualifikation auch zu erreichen. Also auch mit dem Interesse Eigennutz, sage ich jetzt mal, aber auch zu sagen, Mensch, wir wollen dich als Mensch sozusagen auch motivieren und an der Stange halten und dich weiterbilden und fördern, was ja auch nicht wirklich gegeben ist.«

Hier verbindet sich ein Wunsch nach Wertschätzung des einzelnen Kollegen mit der Hoffnung, dass so auch die Beschäftigungschancen vergrößert werden, sollten einfache Arbeitsplätze im Zuge bevorstehender Rationalisierungswellen verloren gehen. Denn dass die digitale Rationalisierung der Lagerarbeit einen Teil der eigenen Belegschaft überflüssig machen könnte, ist eine Sorge, die Kevin durchaus umtreibt, auch wenn er kein konkretes Bedrohungsszenario darstellt (X Beschäftigte könnten bis zum Jahr Y wegrationalisiert werden). Bildung und Weiterbildung sind für ihn – auch deshalb – Felder, auf denen ein guter Sozialstaat aktiv sein sollte. Doch dazu später mehr.

Der Spalt zwischen Volk und Politik

Viel Raum in unserem Gespräch nehmen Kevins Überlegungen zu Politiker*innen und Parteien ein, die ich als populistisch bezeichnen möchte. Populismus wird in der Alltagsdebatte häufig als ein abwertender Begriff benutzt. Populistisch, so heißt es dann, sind immer die anderen – wer populistisch ist, vereinfacht demnach so sehr, dass die Aussagen falsch, aber verlockend sind. Populist*innen schüren, so die Kritik, Vorurteile oder reden den Menschen opportunistisch nach dem Mund. In diesem Sinne ist der Populismusvorwurf ein Mittel der politischen Auseinandersetzung. Innerhalb der Sozialwissenschaften bedeutet Populismus etwas anderes. Wissenschaftlich betrachtet handelt es sich beim Populismus eher um einen politischen Stil und eine Denkweise (Dubiel 1986, 7f.), die links, liberal oder rechts sein kann.

Eine ausgrenzende autoritär-populistische Verarbeitungsweise habe ich anhand des Sozialrebellischen Nationalismus nachgezeichnet. Aber nicht alle Populismen müssen in diesem Maße ausgrenzend-autoritär sein. Populistisches Denken zeichnet sich etwa

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

durch die Gegenüberstellung von Volk und Eliten bzw. Volk und politischen Entscheidungsträger*innen aus, zwischen denen ein Gegensatz aufgemacht wird (Priester 2012, 12). Das Volk erscheint in diesem Antagonismus als gut und wissend, »die Politik« oder »die da Oben« werden stark negativ bewertet. Die Distanz gegenüber den etablierten Parteien markiert eine Art populistische Repräsentationslücke (Flecker/Kirschenhofer 2007, 18). In diesem Sinne kann auch Kevins Denken als populistisch bezeichnet werden. Zwischen Volk und Politik existiert eine große Distanz:

> »Aber das Gefühl, dass von dem Volk Gewählte das Volk auch vertreten, also für das Volk entschieden wird, hat man doch nicht. Also ich sehe das zumindest so. (.). es findet ja auch keine […] politische Identifikation mehr so richtig statt. Man hat immer nur das Gefühl, das ist die Politik, da geht es nur um ein Hauen und ein Stechen und wer kriegt den größten Geldbeutel da oben ab oder sonst irgendetwas. Aber […] wirklich mit für das Volk bestimmte Dinge zu entscheiden, den Eindruck hat man doch schon lange nicht mehr, dass das passiert.«

»Politik« nutzt Kevin hier als Synonym für ein Feld des Streits und des Eigennutzes, die politischen Akteure haben sich vom Interesse des Volkes entfernt, vertreten es nicht mehr. Kurze Zeit später heißt es im Interview ergänzend:

> »Also aus meiner Sicht, ich habe wirklich das Gefühl, das sind zwei verschiedene Welten, die nicht mehr zusammenpassen. Oder die Politik ist nicht mehr für das da, für was sie eigentlich ursprünglich gedacht war. […] Wir haben diesen Menschen diese Möglichkeit, ja auch diese Macht gegeben, damit sie im Sinne oder für das Volk handeln und nicht so partiell für bestimmte Bereiche.«

Ähnlich wie in Deutungstendenzen, die ich in Kapitel 5.2.5 nachgezeichnet habe, wird hier eine Entfremdung deutlich – zwei Welten existieren, die getrennt voneinander bestehen. Statt sich um die Anliegen des Volkes zu kümmern, setzt sich »die Politik« eher für »bestimmte Bereiche« ein. Der konkrete Zusammenhang, in dem Kevin diese Überlegung entwickelt, ist die Corona-Pandemiepolitik, die wirtschaftlichen Interessen diene, nicht aber dem ganzen Land. Konkret kritisiert er die Lobbyarbeit für die Medikamentenbranche – während »andere Bereiche ganz knallhart unter den Tisch gefallen lassen werden […]«, insbesondere kleinere Betriebe, die Gastronomie oder die Gastwirtschaft. Die Kritik am politischen Mainstream verbindet Kevin also mit Sozialkritik, die Interessen großer Konzerne werden bevorzugt, die von beispielsweise Selbständigen werden vernachlässigt. Das Volk und das Allgemeininteresse wird auf diese Weise der Lobbypolitik von Großkonzernen und einer Politik gegenübergestellt, die diese bevorzugt. Die einfachen Bürger*innen bzw. das Volk wird dagegen nicht einbezogen, wie er anhand der Coronamaßnahmen unterstreicht:

> »[…] Du hast das Gefühl, die entscheiden an dir vorbei. Warum werden wir als Mitbürger nicht gefragt? Warum wird unser Empfinden oder unser Denken oder vielleicht auch unsere Wünsche nicht in irgendeiner Weise mit eingeflochten, jetzt nicht nur speziell in der Corona-Pandemie?«

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Allerdings stört ihn nicht allein die fehlende Berücksichtigung seiner Sichtweisen, oder, wie man sagen könnte, die fehlende Dialogbereitschaft. Er schaut auch skeptisch auf di Parteienlandschaft. Zwischen den politischen Parteien sieht er eigentlich kaum noch Unterschiede:

> »Ich muss dir ganz ehrlich sagen, zwischendurch, das ein oder andere lese ich ja da sowieso gerade ein bisschen mit. […]. Ich muss aber ganz ehrlich sagen, nein, für mich ist das da oben ein Einheitsbrei. Meine Mutter hat das immer auch ganz gut ausgedrückt und gesagt, ›Steckst du alle in einen Sack, schlag drauf und du triffst immer den Richtigen.‹ Das ist ja genau das, was ich so bemängele. Dass diese Unterscheidungen gar nicht mehr so groß sind. […] Wenn wir die Wahlzettel wieder nehmen, so nach dem Motto, eigentlich schreiben alle das Gleiche drauf, nur in anderen Worten, damit es unterschiedlich klingt. […] Nehmen wir mal diesen typischen Großkampf immer zwischen Rot-Grün und CDU, CSU und FDP. Da hat man das Gefühl, das unterscheidet sich gar nicht mehr. Für mich ist völlig egal im Moment zumindest, wer jetzt da oben eigentlich sitzt.«

Von keiner der Parteien fühlt er sich angesprochen, auch nicht von der LINKEN oder der AfD als äußeren Polen des Parteienspektrums, die für sich in Anspruch nehmen, sich deutlich von den anderen Parteien zu unterscheiden. Was ihm fehlt ist eine politische Kraft, die entschlossen für das Land handelt und aufgreift, was die Menschen im Land wirklich wollen. Stattdessen erweckt ›die Politik‹ den Eindruck der Eigennützigkeit:

> »Man hat in den letzten Jahren, ich sage jetzt mal ganz bewusst, vielleicht die letzten auch wirklich zehn, zwölf Jahre nicht das Gefühl gehabt, da sitzt wirklich jemand oben oder auch eine Partei, die sich da durchsetzt und sagt ›so, passt mal auf, das ist so vereinbart und das machen wir so, weil es das Land voranbringt‹ oder ›so machen wir das auch, weil das die Bevölkerung so wünscht‹. […] Ich sage mal, man kriegt eher die Skandale mit […].«

Kevin vermisst starke Persönlichkeiten bzw. Parteien, die durchsetzungsstark sind, um die echten Anliegen »der« Bevölkerung durchzusetzen. Hier ist es durchaus angebracht von einem Entfremdungsprozess zu sprechen. Früher hat Kevin sowohl die Grünen als auch die SPD gewählt, heute hält er die meisten Politiker für Individualisten, die sich »[…] in irgendeiner Form an diesen Positionen […] auch bereichern.« Verstärkend, das lässt sich hinzufügen, wirkte seine Unzufriedenheit mit Coronamaßnahmen, die er für undurchdacht und willkürlich hält.

Auch von der LINKEN fühlt sich Kevin nicht vertreten, allerdings aus einem etwas anders gelagerten Grund. Sie ist ihm sozialpolitisch zu radikal. Ihre Forderungen bzw. ihre Versprechungen hält er für zu weitgehend, gewissermaßen für zu schön, um wahr zu sein, aber eben auch nicht für realistisch. Das bezieht er ausdrücklich auf Reformvorschläge, die sich auf den Ausbau des Sozialstaates beziehen – beispielsweise kostenfreie Kitaplätze in ausreichender Zahl mit einem vernünftigen Personal- und Betreuungsschlüssel. Gerade überzeugende Antworten darauf, wie linke Antworten auch umgesetzt werden können, fehlen ihm, denn »[…] der Weg bis dahin, der muss ja auch klar sein, ein Konzept muss dafür ja auch stehen.« Kurz, linke Forderungen sind möglicher-

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

weise attraktiv, aber für Kevin eben nicht überzeugend. Er spricht die Gestaltungs- oder Umsetzungskompetenz ab.

Wachsende Ungleichheit

Auch für Kevin ist die Oben-Unten-Spaltung ein wichtiges Thema. Die Schere zwischen Arm und Reich sei ein wichtiges Problem im Land. Auch in diesem Zusammenhang kommt er auf politische Akteure zurück, indem er die Schere zwischen Arm und Reich anhand ungleicher staatlicher Krisenhilfen verdeutlicht: Auch im Rahmen der Pandemie könne man sehen, dass für einige Bereiche – etwa die Lufthansa – viel Geld ausgegeben wird, während etwa für das Pflegepersonal nicht ausreichend Geld da sei. In Kevins Augen gliedert sich die deutsche Gesellschaft in ein Oben, eine Mitte bzw. einen soliden Mittelstand und eine darunter angesiedelte Mehrheit.

> »Bei uns gibt es eine Konzentration auf wenige, die über sehr viel Vermögen oder wirtschaftliche Leistung verfügen. Dann gibt es noch einen größeren Mittelstand mit kleinen, mit mittelgroßen Betrieben, Selbständigen und allem. Aber die breite Masse ist hier lebt natürlich an der Existenzgrundlage oder unter der Existenzgrundlage.«

Diese Deutung ist durchaus bemerkenswert, weil sie sich vom Gros der Ungleichheitsdeutungen unterscheidet, auf die ich in den anderen Gesprächen gestoßen bin. Dort dominierte das Bild einer in drei Teile gegliederten Gesellschaft mit einer lohnabhängigen Mehrheit in der Mitte, die aber – so eine verbreitete Ansicht – unter Druck sei oder erodiere. Nicht so bei Kevin. Die Mehrheit befindet sich unter dem Mittelstand von Kleinunternehmen, einem Mittelstand »solider Existenzen«. Den Mittelstand und die darunter angesiedelte Mehrheit unterscheidet Kevin entlang des Einkommens und der damit verbundenen Teilhabemöglichkeiten, letztlich also über das Geld, über das die Menschen verfügen können. Der Mittelstand

> »[…] sind […] kleine Betriebe, mittelgroße Betriebe und Selbständige, sowas. Das ist der Mittelstand, der ein solides Einkommen hat, mit dem man jetzt nicht gleich zu den Schwerreichen zählt aber mit dem man gut leben kann. Wo man sein Leben gut gestalten kann ohne zu denken ›passt das noch diesen Monat‹? Also solide Existenzen. Und da drunter sind die, die sagen, dass sie ordentlich planen müssen, um noch was übrig zu haben im Idealfall. Und dann gibt es noch die wo man sagen kann ›mit Glück schafft man halt die schwarze Null‹, oder eben viel Verzicht oder in den Schuldenberg reinrasen. Weil es nicht anders machbar ist.«

Selbst verortet sich Kevin in der soliden Mehrheit, die sich unterhalb des Mittelstandes befindet. Er kann gut leben, aber große Sprünge kann er nicht machen, sein Leben ist nicht geprägt von einer Ökonomie der Not, wohl aber von einer Knappheit, die vorausplanende Sparsamkeit erfordert. Gegliedert ist diese Gesellschaft wie eine Pyramide:

> »Ich sag mal die, die wirklich extrem gut leben können, die nicht wissen wohin mit dem Geld, das dürften recht wenige sein. In Deutschland vielleicht so 10 Prozent. Dann der gute Mittelstand, der gut aufgestellt ist, also da zähle ich Ärzte auch dazu, vielleicht so

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

20 Prozent, und dann so 30 Prozent wie ich und 40 Prozent die, die auf null sind oder drunter.«

Sozialstaatsorientierungen

Diese Ungleichheit kritisiert Kevin, er plädiert für eine umverteilende Sozialstaatspolitik, die dagegen etwas unternehmen müsste – auch wenn dies weniger offensive Züge annimmt als etwa im Deutungsmuster Soziale Gemeinwohldemokratie. Hätte er die Möglichkeit politische Reformen durchzusetzen, dann stünden bei Kevin zunächst einmal Bildungsreformen ganz oben auf der Tagesordnung, gerade auch, weil Deutschland ein starkes Wirtschaftsland sei, dessen wichtigste Ressource sozusagen die Kinder sind. Insofern präferiert er eine befähigende Sozialstaatspolitik.

Er kritisiert vor diesem Hintergrund eine verfehlte Bildungspolitik, die zu wenig auf die Bedürfnisse von Schüler*innen eingeht, die aber auch nicht in der Lage ist unterschiedliche Lerngeschwindigkeiten in Rechnung zu stellen, ohne Menschen auszusortieren. Insgesamt betrachtet Kevin Bildung und Erziehung als Bereiche, in denen es etliche Probleme gibt, nicht zuletzt was die Betreuung von Kleinkindern und die Vereinbarkeit von Arbeit und Familie betrifft. Die Wertschätzung für Bildungspolitik zieht sich durch das gesamte Interview, bezieht sich aber nicht nur auf Schulpolitik. Aufgrund seiner eigenen Biografie, aufgrund eigener Erfahrungen, wünscht er sich mehr staatliche Unterstützung für die Weiterbildung von Erwerbslosen.

Umverteilungspolitik erhofft sich Kevin durch eine andere Steuerpolitik, die höhere Einkommen be- und untere Einkommen entlastet:

> »Das müsste irgendwie mehr dahin, dass die, die eh schon ein großes Einkommen haben, dass die auch mehr Steuern zahlen müssen. Also nicht, dass nur die Superverdiener Steuern zahlen sollen und der Rest ist fein raus. Also ich finde, dass untere Einkommen weniger Steuern zahlen sollten, die mit mehr Geld, also so 80 Tausend-Plus im Jahr Brutto, die sollten mehr zahlen. Die werden ja immer noch genug Geld haben dann zum Leben.«

Kevin gehört zu den Interviewpartner*innen, mit denen ich sehr lange gesprochen habe. Er hatte Lust über viele meiner Fragen ausführlich zu sprechen. Meine Fragen, in denen ich ihn um seine Meinung zur Sozialpolitik gebeten habe, beantwortete er dagegen eher bündig. Der Sozialstaat insgesamt sollte dafür sorgen, so Kevin etwas später, dass Menschen aufgrund sozialer Not nicht ausgegrenzt werden. In diesem Zusammenhang äußerte er sich auch kritisch über das ALG-II-System, das in seinen Augen stigmatisiere. In gewissem Sinne müsste eine Anti-Ausgrenzungspolitik entwickelt werden:

> »Definitiv zu sagen, dass Menschen, die darauf angewiesen sind, ohne Probleme und Schwierigkeiten sich eingliedern können. Dass so ein Mensch sagen kann, dass er Teil des Lebens um ihn rum sein kann. Und ist nicht ausgestoßen oder so, wie das mit Hartz-4 und allem teilweise ist. Und da meine ich definitiv nicht so Sachen wie wir rechnen mal was aus und dann kommen da 2 Euro am Tag raus, von denen man leben soll. Wo ich sage, das kann doch gar nicht sein, dass ein reiches Land, […] dass man trotz des Reichtums drüber debattiert, ob man den Satz nochmal um 26 Cent erhöht oder so. Oder um einen Euro. Sondern dass man sagt, soziale Absicherung heißt, man

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

> kann ohne dass man sich schämen muss, sich bewegen, zum Beispiel in einer Stadt, ohne dass man das Gefühl haben muss ›Oh, guck mal, da kommen die Hartzies wieder um die Ecke!‹ Das siehst du denen schon an den Klamotten an. Ein Sozialstaat trägt auch dafür Rechnung, finde ich.«

Hier unterscheidet sich Kevins Sicht deutlich von den typischen stigmatisierenden Anschauungen über »imaginierte faule Erwerbslose«, wie sie für den Leistungsorientierten Sozialkonservativismus typisch sind: Statt Verdacht, es können die Arbeitslust fehlen, Empathie und Parteinahme – in einem reichen Land soll sich niemand schämen müssen.

Klima- und Umweltschutz

Anders als etwa für die Klima-Zuerst-Bewegten spielt die Problematisierung des Klimawandels in Kevins Denken keine zentrale Rolle. Jedenfalls wirft er das Thema nicht selbst auf, anders etwa als Bildung, Weiterbildung oder Einwanderung. Er signalisiert dennoch, dass dieses Thema ihm nicht egal sei, auch deshalb steht er der Bewegung Fridays for Future offen gegenüber. »Aber […] diese Fridays-for-Future an sich fand ich sehr gut.« Er sympathisiert auch aufgrund seiner Distanz gegenüber dem politischen Establishment mit der Klimabewegung. Seine populistische Haltung macht ihn gewissermaßen bewegungsaffin. Die junge Klimabewegung steht für ihn für ein Unten, von dessen Anliegen sich die Oben abgrenzen. Anlass dafür sind abwertende Kommentare von Politiker*innen.

> »Also, dass selbst auch höherrangige politische Ämter ja gesagt haben, was das für eine Spinnerei ist […]. Und die sollten doch lieber erst mal in die Schule gehen und lernen und solche Geschichten halt. Wo ich mir nur dachte, so nach dem Motto, ›Wir schweben da oben drüber und was da unten ist…. Der Einzige wer was weiß, das sind wir hier oben und ihr da unten… Ist ja nett, dass ihr da so eine kleine Party veranstaltet.‹«

Kevin nimmt eine Missachtung der Klimaaktivist*innen durch etablierte Politiker*innen wahr, gewissermaßen eine Arroganz der Abgehobenen, die ihn Partei ergreifen lässt. Fridays for Future steht hier stellvertretend für ein gesellschaftliches Unten, das überhört und so missachtet wird. Aber auch inhaltlich bzw. sachlich ist Kevin für Klimaschutzpolitik durchaus offen. Fridays for Future engagieren sich für ein wichtiges »weltpolitisches Interesse, also erstmal sowieso Hut ab«, heißt es kurze Zeit später. Es sei ein globales Problem, die zentrale Frage für ihn lautet

> »[…] was machen wir eigentlich mit dem Haus, in dem wir wohnen für uns alle? Davon gibt es nur eins. […]. Was das Umweltpolitische betrifft, da würde ich mir wünschen, dass gerade auch die Politik eben sich jetzt mal langsam überlegt in ihren Konzepten, wie können wir das erreichen?«

Grundsätzlich, so glaubt Kevin, gibt es genügend technologische Innovationen, um eine angemessene Umweltpolitik zu betreiben. Dass dies in seinen Augen nicht geschieht, führt er auf die Sorge zurück, dass »irgendwer oder irgendwas ganz viel Geld verliert« –

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

und auf die Herausforderung, dass Menschen, die etwa im Kohlebergbau arbeiten, eine Zukunft gegeben werden muss, wenn sie dort ihre Erwerbsarbeit verlieren oder aufgeben müssen. Deshalb müssen Antworten auf die Frage gegeben werden, »[…] was machen wir denn mit denen, die davon betroffen sind, wenn wir es anders machen wollen.« Es wäre m.E. überspitzt, würde ich auch Kevin ein eigenes Klimaschutzinteresse zuschreiben, so wie ich es für die Sozialen Gemeinwohldemokrat*innen, die Klima-Zuerst-Bewegten und die Leistungsorientierten Sozialkonservativen in unterschiedlicher Weise getan habe. Dafür antwortet Kevin im Rahmen eines sehr langen Gesprächs, in dem er zu den ihm wichtigen Themen sehr ausführlich spricht, zu einsilbig. Ich möchte vielmehr von einer begründeten Offenheit sprechen.

Migrationsskepsis und bedingungsgebundene Aufnahmebereitschaft

Während er die soziale Ungleichheit insbesondere auf Nachfragen hin ausführlicher behandelt, stellt Kevin ein anderes Thema von sich aus in den Vordergrund: die Einwanderung. Migration gehört zu den Themen, über die Kevin, das wird im Gesprächsverlauf deutlich, viel nachgedacht hat. Es bewegt ihn. Zwar bemerkt er, er selbst habe wenige Schwierigkeiten mit Migrant*innen, geht dann aber direkt über zu einer Abgrenzung »den Anderen« gegenüber. Allerdings ist in diesem Zusammenhang daran zu erinnern, dass sich Rassismus und Fremdenfeindlichkeit häufig durch ihre Verleugnung äußern (»Ich habe ja nichts gegen Ausländer, aber…«), während der selbstbewusste, offensiv vorgetragene Rassismus zumindest öffentlich eher selten ist (Balibar 1993, 62). Zunächst sprich Kevin über das Andere, indem er einen Umweg sucht. Die Anderen sind in diesem Fall nicht Zugewanderte, sondern Griech*innen:

> »Warum müssen wir immer alles retten, was nicht bei uns ist? Vielleicht kann man es so ausdrücken und sagen, warum mussten wir wieder als gefühlte steuerliche Speerspitze Griechenland retten? Warum mussten wir uns für andere, die andere massiven Fehler machen, wo Korruption herrscht, warum mussten wir trotzdem den Leuten helfen, statt mal zu sagen, ›genau das müsst ihr jetzt mal lernen, das mussten wir als Kinder auch lernen‹?«

Griech*innen stehen hier für ein Außen, um das sich Deutsche eigentlich nicht kümmern müssten. Streng sollten die Deutschen dagegen sein, damit das Außen seine Lektion lernt und nicht weiter von den Deutschen abhängig ist, ihnen zur Last fällt. Das ist die Brücke zur Thematisierung der Migrationsbewegungen. Nahtlos ist der Übergang von dieser Kritik an einer aus seiner Sicht falschen Solidarität mit den Menschen in Griechenland, denen er kollektiv fehlende Tugenden unterstellt, die Deutsche dagegen haben, weil sie diese als Kinder haben lernen müssen, hin zu einer Kritik an der Geflüchtetenpolitik nach 2015. Zwar finde er die Bereitschaft zu helfen »genial«, aber das nur allgemein gesprochen, während er das konkret bemängelt:

> »Aber auch da, muss ich sagen, war die Frage immer, wie sinnvoll ist das, nur ins Land holen, denen ein ordentliches Taschengeld geben und zu sagen, ›so, jetzt warten wir mal und überlegen uns dann erst mal, was wir mit euch machen‹? […]. Das fand ich persönlich schwieriger, als für mich zu sagen, ›na klar, lasst die Leute her!‹ Das ist über-

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

> haupt kein Problem, aber guckt doch bitte, was holt ihr euch alles da her. Das wäre vielleicht noch eher so meine Problematik gewesen mit der Einwanderungspolitik. Statt zu sagen, ja, wir müssen jetzt komplett die Schleusen aufmachen. Auch da müsste man wieder sagen, so nach dem Motto, ›okay, welche Zielsetzungen haben wir eigentlich da wieder mit?‹. Also: Welche Menschen müssen gerettet werde und welche Menschen sollen gerettet auf jeden Fall. Generell alle, aber wie gesagt, es gab ja auch genügend Berichte, wo du dich dann gefragt hast, okay, da wird jetzt eine alte Frau, sieht man völlig ein, auf einem Tragetuch über die Grenze getragen. Und man sieht, okay, die ist schon älter. Und es wird auch erzählt, es ist angeblich die Mutter der Kinder. So, diese Kinder sind alle im Alter gewesen von 16 bis irgendwas Mitte zwanzig. Eine schicke Lederjacke an, eine tolle Jeans an und was weiß ich nicht alles und sahen auch wohlgenährt aus. Wo man, sich halt schon gefragt hat, ›okay, wo ist jetzt hier eigentlich wirklich das Problem?‹«

Diese Sequenz lässt sich unterschiedlich interpretieren. Man kann darin eine Abstufung von Hilfsbereitschaft sehen, auch eine Bedingungsgebundenheit von Solidarität. Gegenüber einer Politik der unkontrollierten Einwanderung (»alle Schleusen auf«) wird die Perspektive einer begründeten Unterstützung und Aufnahmebereitschaft geöffnet, zugleich aber unterstellt, dass es für die Aufnahme eines (wie großen?) Teils der damals Geflüchteten keinen Grund gab. Als Indiz dafür gelten das Alter und das Aussehen (»schicke Lederjacke«). Wohlgemerkt: Theoretisch wäre es möglich, dass sich Kevin die Frage stellt, was Schreckliches geschehen ist, dass »Mittezwanzigjährige mit schicken Lederjacken« ihre Heimat verlassen. Stattdessen sieht er Aussehen und Alter als Anzeichen dafür, dass Fluchtursachen nicht vorlagen. Eine Hermeneutik des Verdachts, wenn man so will: »Wovor fliehen die denn jetzt gerade wirklich?«, so heißt es weiter. »Was holt ihr euch da alles her« – das mag für unrechtmäßiges Asylsuchen stehen, möglicherweise aber auch für Probleme.

Von der Kritik an einer weitreichenden Solidarität mit Geflüchteten und der Infragestellung von Fluchtursachen kommt Kevin auf die Themen der Kriminalität und der kulturellen Verfremdung (siehe auch: Bose/Köster/Lütten 2018, 223) zu sprechen. Er fordert, Geflüchtete müssten sich an deutsches Recht halten und unterstellt damit, dass sie es in einem anderen Maße als Deutsche nicht tun. Außerdem glaubt er die deutsche Kultur werde abgewertet. Unter der deutschen Kultur versteht er zunächst weniger Lebenskulturen im engeren Sinne, sondern eher politische Errungenschaften wie Toleranz, Freigeistigkeit und Pluralismus.

Dass Teil dieser deutschen Kultur auch der Pogrom gegen Fremdes, antipluralistische Bewegungen und »hate speech« gehören, taucht in Kevins Erzählung nicht auf, die deutsche Kultur steht für das Gute. Migrant*innen assoziiert er auf diese Weise mehr oder weniger ausdrücklich mit dem Gegenteil. Zugleich kritisiert er eine kulturelle Verfremdung und Verinselung Deutschlands. Menschen aus Osteuropa oder islamischen Ländern bringen ihre eigene Kultur mit und machen diese in den Bereichen, in denen sie leben, zur dominanten: »Aber sie leben strickt so nach dem Motto […]‹ ›wenn wir das jetzt hier haben, dann ist das jetzt auch unser kleiner Bereich dieses Landes, der unter diesen Regeln läuft‹.«

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Die These, es gäbe auf breiter Basis nicht-integrationsbereite Einwander*innen, gehört zum festen Repertoire moderner Fremdenfeindlichkeit (Balibar 1993, 66), aber nicht jeder Hinweis auf »Integrationsprobleme« ist fremdenfeindlich. In Kevins Fall ist dieses Potenziale allerdings vorhanden. In seinen Augen entstehen Inseln fremder Kulturen in Deutschland – Kulturen, die für Kevin mit Intoleranz und religiösem Fanatismus verbunden sind. Diese Verinselung führt er auf eine Art »Landnahmementalität« zurück: »[…] dann ist das jetzt auch unser kleiner Bereich dieses Landes, der unter diesen Regeln läuft.« Theoretisch denkbare Überlegungen darüber, wie Integration in Deutschland durch bestehende Gesetze verhindert wird, fehlen jedenfalls ebenso, wie eine Unterscheidung zwischen privaten kulturellen Traditionen und Bräuchen und öffentlich beanspruchter Dominanz von »Regeln«, nach denen es »läuft«.

Trotz dieses Dreiklangs – Kritik an unkontrollierter Einwanderung, kritische Infragestellung von Fluchtursachen und Identifikation des Fremden mit dem Bedrohlichen – grenzt Kevin sich von Rechten ab.

> »Dieses Intolerante, dieses Radikale und […], speziell was Migration und […] ausländische Politik betrifft. Oder eben auch Soziales […]. Das will ich definitiv für mich ausgeschlossen haben.«

Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass Kevin sich von einer ethnisch begründeten Einwanderungspolitik abgrenzt. Direkt gefragt, was er angesichts seiner Überlegungen über Einwanderung über die AfD denke, antwortet er:

> »Ja, die machen das ja über die Herkunft. Das sollte man aus sozialen Gesichtspunkten heraus angehen und nicht darüber, über Herkunft, oder wer war zuerst im Haus und wer war nicht zuerst im Haus. Also da über die Gesinnung ranzugehen, dass das andere Menschen sind, macht keinen Sinn. Wir sind ja alle anderen Menschen letztendlich, wir konnten uns ja nicht aussuchen, auf welchem Teil dieser Kugel wir geboren sind. Also da gucke ich mir ganz genau an, wie mit Einwanderung umgegangen wird, warum geht die da ran, was will die Partei eigentlich verbessern. Und das tut die AfD meiner Meinung nach gar nicht.«

Unter seiner bedingungsgebundene Einwanderungspolitik, die – wie er sagt – nicht über Herkunft, sondern über soziale Gesichtspunkte begründet sein soll, versteht Kevin in erster Linie Integrationsbereitschaft: kulturelle Einbindung bei Akzeptanz des Gegebenen, »man passt sich an und respektiert das, was an Werten hingelegt wurde«, dabei insbesondere Akzeptanz des (politischen) Pluralismus:

> »Aber dann bitte nicht sagen nach dem Motto ›alles, was ihr Deutschen hier habt, das Sozialsystem ist toll, und was weiß ich, aber wir müssen nichts tun und kriegen trotzdem Geld. Sondern sich tolerant auch selber einbringen. Zu sagen ›okay, ich bin in einem Land groß geworden, in dem es nur ein oder zwei Meinungen gab, aber jetzt bin ich in ein Land gegangen, das offen für alle Meinungen und Richtungen ist und das muss ich akzeptieren.‹«

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Diese bedingungsgebundene Aufnahmebereitschaft begründet Kevin selbst, indem er auf sein Selbstverständnis verweist, das sich von Rechten unterscheidet – und sich grundsätzlich von der defensiv-aggressiven Ablehnung von Migration unterscheidet, wie es für das Deutungsmuster »Sozialrebellischer Nationalismus« typisch ist.

> »Ich mag den Menschen gegenüber […]. Und da spielt es für mich persönlich jetzt keine Rolle die kulturelle Herkunft oder die Hautfarbe, die Landessprache oder was auch immer. Oder die sexuellen Neigungen. Ist mir völlig egal.«

Und etwas später lässt er wissen:

> »Also da muss ich sagen, es leben sieben Milliarden Menschen auf diesem Planeten und nicht achtzig Millionen Deutschmenschen. […]. Wir sind alle Menschen. […] Ich unterscheide für mich den Menschen eher, ist es ein guter Charakter oder ist es ein schlechter Charakter.«

5.3.8 Sozialstaatsansprüche und die Demokratisierung der Wirtschaft

Die Sozialstaatsorientierungen, auf die ich im Zusammenhang der Deutungsmusteranalyse gestoßen bin, unterschieden sich deutlich. Wie ich in Kapitel 2 dargelegt habe, spielen Sozialstaatsvisionen (also Vorschläge darüber wie der Wohlfahrtsstaat ausgestaltet werden soll, welche Aufgaben er erfüllen soll etc.) für die Ausformulierung politischer Projekte eine wichtige Rolle. Das gilt auch für das Projekt des Grünen Sozialismus, der sich für einen linken Green New Deal stark macht. Der Grüne Sozialismus setzt auf einen expansiven Wohlfahrtsstaat (siehe Kap. 2.2 und 2.3), auf einen Staat mit sozialem und ökologischem Auftrag. Deshalb ist es an dieser Stelle wichtig, die empirisch rekonstruierten Sozialstaatsansprüche politisch einzuordnen.

Zu diesem Zweck möchte ich kurz die wesentlichen Ergebnisse der kritischen Erörterung konservativer, liberaler und sozialistischer Wohlfahrtsstaatspolitik (siehe Kap. 2.2) in Erinnerung rufen. Sozialistische Sozialstaatsprojekte versuchen Kapitalmacht abzubauen, (1) also Lohnabhängigenmacht zu stärken. Ein wesentlicher Beitrag dazu ist die Dekommodifizierung der Ware Arbeitskraft, insbesondere durch Arbeitsmarkt- und Sozialversicherungspolitik. Neoliberale Sozialpolitik, wie ich sie in Kapitel 3.2 nachgezeichnet habe, verstärkt den Zwang zum Verkauf der Ware Arbeitskraft, sie setzt auf eine strafende und aktivierende Politik. Auf diese Weise trägt sie zur Prekarisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse bei, während sozialistische Konzepte Teilhabe durch mehr soziale Sicherheit stärken (siehe Kap. 2.2). Während konservative und liberale Wohlfahrtsstaatspolitik das Ziel verfolgten die sozialen Ungleichheiten, die u.a. aus dem kapitalistischen Akkumulationsprozess hervorgehen, zu bewahren oder sogar zu verstärken, wollen (2) sozialistische Sozialstaatsprojekte diese Ungleichheiten abbauen. Eine Besonderheit ist dabei, dass dabei die Wirtschaft (3) aktiv durch demokratische Entscheidungen gesteuert werden soll.

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Tabelle 35: (Neo-)Liberale, konservative und sozialistische Sozialstaatsstrategien

	(Neo-)Liberaler Sozialstaat	Konservativer Sozialstaat	Sozialistischer Sozialstaat
Stärkung Kapitalmacht (Kommodifizierung)	X	X	
Stärkung Lohnabhängigenmacht (De-Kommodifizierung)			X
Abbau sozialer Ungleichheiten			X
Milderung sozialer Ungleichheiten		X	
Erhalt sozialer Ungleichheiten	X	X	
Anregung sozialer Ungleichheiten	X		
Wirtschaftssteuerung durch Märkte	X	X	
Wirtschaftssteuerung durch Demokratie			X

Quelle: Eigene Darstellung

Im Folgenden möchte ich die Sozialstaatsorientierungen kurz rekapitulieren, die sich in den verschiedenen Deutungsmustern herauskristallisiert haben. Zur Erinnerung: Es geht hier um die dominanten Orientierungen innerhalb eines Deutungsmusters, d.h. welche Art von Sozialpolitik in erster Linie bevorzugt bzw. gefordert wurde. In einem Gespräch konnte beispielsweise die Forderung nach einem befähigenden Sozialstaat, der Kindern und Jugendlichen gute Startchancen ins Erwerbsleben bieten soll, viel Raum einnehmen, nebenbei aber auch ein Unverständnis über imaginierte »faule Erwerbslose« zum Ausdruck gebracht werden. In einem solchen Fall habe ich den Wunsch nach einem befähigenden Sozialstaat als prägend betrachtet, das Unverständnis aber nicht als Interesse an einer strafenden Sozialstaatspolitik bewertet.

In der folgenden Tabelle habe ich die wesentlichen Unterschiede zwischen den oben rekonstruierten Deutungsmustern zusammengefasst, sowohl die für sie zentralen Problemlinien als auch die in ihnen thematisierten Probleme aufgeführt. Darüber hinaus habe ich ergänzt, welche politischen Orientierungen und Sozialstaatsorientierungen typisch sind und bei welchen Beschäftigten die Deutungsmuster sich tendenziell fanden.

Die Potenziale für ein sozialistisches Sozialstaatsprojekt sind am geringsten im Deutungsmuster Sozialrebellischer Nationalismus. Im Gespräch mit dem Nationalisten Karl standen Reformvorschläge, die sich auf soziale Probleme, die mit der Oben-Unten-Spaltung verbunden wurden, im Hintergrund. Zu dominant war die Innen-Außen-Spaltung. Das (moderate) Plädoyer für eine strafende Arbeitsmarktpolitik reibt sich mit dem sozialistischen Ziel, den Warencharakter der Arbeitskraft möglichst stark abzumildern. Das bedeutet nicht, dass Sozialrebellische Nationalist*innen möglicherweise nicht auch für eine Politik der Umverteilung zu begeistern wären – ihr Denken kreist aber nicht um Probleme, die mit der Unten-Oben-Ungleichheit verbunden sind. Am größten sind die sozialistischen Sozialstaatspotenziale dagegen bei den Sozialen Gemeinwohldemo-

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

krat*innen. Für ihre Deutungen der Gesellschaft ist nicht nur der Oben-Unten-Gegensatz zentral, sie wünschen sich auch eine offensive Wohlfahrtsstaatspolitik. Sie plädieren für eine stark schützende Sozialpolitik und beweisen dabei Empathie mit Erwerbslosen, sprechen sich für eine befähigende Schul- und Bildungspolitik aus, wünschen sich Umverteilung und eine stärkere Politik der öffentlichen Daseinsvorsorge. Der Wunsch nach einer besseren befähigenden Sozialstaatspolitik gründet nicht nur auf der Diagnose bestehender Chancenungleichheiten, er erschöpft sich auch nicht nach der Forderung bessere Qualifikationen für den Arbeitsmarkt zu vermitteln. Letzteres fehlt nicht, aber in Gesprächen mit Sozialen Gemeinwohldemokrat*innen wird deutlich, dass zu guter (Aus-)Bildungspolitik auch die Förderung der freien Persönlichkeitsentwicklung gehört.

Rückt man bei der politischen Einordnung der Deutungsmuster die Sozialstaatsorientierungen in den Vordergrund, dann bilden der Sozialrebellische Nationalismus und die Soziale Gemeinwohldemokratie die Pole eines breiteren Spektrums, wie aus der obenstehenden Tabelle hervorgeht. Anknüpfungspunkte für eine umverteilende Sozialstaatspolitik bieten am ehesten die Muster Soziale Gemeinwohldemokratie, die Unterströmung der Klimasozialen, der Exklusive Sozialpopulismus und punktuell der (Enttäusche) Sozialliberalismus. Anders sieht es aus, wenn man betrachtet, ob und wie die Dekommodifizierung der Ware Arbeitskraft Unterstützung findet. Auch das unterstützen am ehesten in weitreichender Form Soziale Gemeinwohldemokrat*innen, während Sozialrebellische Nationalist*innen und Leistungsorientierte Sozialkonservative eher strafende Sozialpolitik bevorzugen. Die anderen Deutungsmuster sind, wie aus der obenstehenden Tabelle hervorgeht, zwischen diesen Polen zu positionieren.

Wenn man die Potenziale des Grünen Sozialismus bzw. eines links-ökologischen Sozialstaatsprojektes einschätzen möchte, muss der Blick darüber hinaus auf Haltungen zur Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge gerichtet werden. Zur Erinnerung: Zu einem linkssozialdemokratischen wie zu einem ökosozialistischen Green New Deal gehören umfangreiche Investitionen in Bereiche des Öffentlichen Dienstes, beispielsweise in den Öffentlichen Nahverkehr (siehe Kap. 2.3). Die öffentliche Daseinsvorsorge soll gesellschaftlich bzw. ökologisch notwendige Dienstleistungen anbieten, der Ausbau des Öffentlichen Dienstes soll aber auch neue Jobs schaffen. Berücksichtigt man die Schwerpunktsetzungen meiner Gesprächspartner*innen in den Interviews, dann dürften Soziale Gemeinwohldemokrat*innen und die Deutungsmusterströmung der Klimasozialen eine solche Politik des Öffentlichen am stärksten unterstützen. Sie dürfte aber auch in moderaten Formen bei Ökopragmatiker*innen und (Enttäuschten) Sozialliberalen Anklang finden. Auffällig ist, dass diese Offenheit in der Regel anhand des Pflege- und Gesundheitssektors deutlich wurde, über dessen Probleme und Dysfunktionalitäten viel in den Medien berichtet und auf die Pfleger*innen und die Gewerkschaft ver.di hingewiesen haben. Kurz: Am konkreten Versagen gewinnorientierter Marktsteuerung wird der mögliche Vorteil staatlichen Wirtschaftens deutlich.

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Tabelle 36: Überblick Merkmale Deutungsmuster

	Zentrale Problemlinie	Artikulierte Probleme	Politische Orientierung	Sozialstaatsorientierung	Potenzial sozialistische Sozialpolitik	Beschäftigte
Sozialrebellischer Nationalismus	Innen-Außen-Gegensatz	Migration, Materielle Ungleichheit, politische Eliten	Autoritär ausgrenzend-populistisch	Schwach: Strafender Sozialstaat	-	Handel
Leistungsorientierter Sozialkonservativismus	Unten-Oben-Unterschiede	Moderat: Materielle Ungleichheit, politischer Rechtsruck, Klima, Migration, (imaginierte) faule Erwerbslose	Liberal-demokratisch	Moderat: Schützender, befähigender und strafender Sozialstaat	+	Industrie, Krankenhäuser
Exklusiver Sozialpopulismus	Elite-Masse-Bruch	Materielle Ungleichheit, politische Eliten, Migration	Populistisch	Moderat: Befähigender, umverteilender und schützender Sozialstaat	++	Handel
Ökologie-Zuerst	Naturzerstörung	Naturzerstörung, materielle Ungleichheit, politischer Rechtsruck	Liberal-demokratisch (Ökopragmatiker) und Popular-demokratisch (Klimasoziale)	*Ökopragmatiker* Moderat: Schützender, befähigender Sozialstaat, z.T. Sozialpolitik des Öffentlichen *Klimasoziale* Offensiv: Schützender, befähigender, umverteilender Sozialstaat, Sozialpolitik des Öffentlichen	++ +++	Überwiegend Krankenhäuser und Handel
(Enttäuschter) Sozialliberalismus	Unten-Oben-Unterschiede	Materielle Ungleichheit, politischer Rechtsruck, Klima	Liberal-demokratisch	Moderat: Schützender und befähigender Sozialstaat, punktuell umverteilender Sozialstaat und Sozialpolitik des Öffentlichen	++	Überwiegend Industrie
Soziale Gemeinwohldemokratie	Unten-Oben-Gegensatz	Materielle Ungleichheit, politische Eliten, politscher Rechtsruck, Klima	Popular-demokratisch	Offensiv: Schützender, befähigender, umverteilender Sozialstaat, Sozialpolitik des Öffentlichen	++++	Industrie, Handel, viele aus Krankenhäusern

Quelle: Eigene Darstellung

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access - (cc) BY

Die Demokratisierung der Wirtschaft

So wichtig eine offensive Politik der öffentlichen Daseinsvorsorge für das Projekt des Grünen Sozialismus auch sein mag: Sowohl linke Sozialdemokrat*innen als auch Ökosozialist*innen, die für einen linken Green New Deal werben, gehen noch einen Schritt weiter. Sie sprechen sich für eine demokratische Steuerung der Wirtschaft aus (Dörre 2019, 26f.), die Zivilgesellschaften sollen

> »[…] in demokratischer Weise direkt darauf Einfluss zu nehmen, was, wie und zu welchem Zweck produziert und reproduziert wird. Es geht um eine Umverteilung von Entscheidungsmacht zugunsten der gegenwärtig ohnmächtigen Mehrheiten […].« (Dörre 2021, 134)

Dafür gibt es zwei Gründe. Erstens soll Betroffenen der gesellschaftlichen Transformation selbst die Möglichkeit gegeben werden zu gestalten und so Akteure, nicht nur Zuschauer*innen der Veränderung zu werden. Zweitens ist ein bewusstes politisches Eingreifen in den kapitalistischen Akkumulationsprozess nötig, um gesellschaftliche und ökologische Ziele gegenüber den Verwertungsinteressen profitabhängiger Kapitalist*innen durchzusetzen.

Dabei werden in der Regel drei Reformvorschläge gemacht (Scherer/Vilmar 1985, 49). *Erstens* wird der Vorschlag unterbreitet, demokratisch müssten wirtschaftliche Rahmenlinien entwickelt werden, die dem Wirtschaftsprozess eine Richtung geben, also demokratisch formulierte Zielvorgaben und Leitplanken setzen (Šik 1979). *Zweitens* wird die Möglichkeit ins Spiel gebracht, dass regionale Wirtschaftsräte, in die Gewerkschaften und betriebliche Interessenvertreter*innen einbezogen werden, eine demokratische regionale Wirtschaftsplanung gestalten (Dörre 2021, 140f.; Riexinger 2020, 65). *Drittens* werden Formen der Betriebsdemokratie vorgeschlagen, also die direkte Beteiligung der Belegschaften an der wirtschaftlichen Entscheidungsfindung in den Betrieben oder gar demokratische Selbstbestimmung darüber. Dies soll zur »[…] Verschiebung der Macht und der Verantwortung im einzelnen Betrieb vom privaten Eigentümer auf die organisierte Gemeinschaft der Arbeitnehmer des Betriebes […]« führen (Anker-Ording 1971, 13). Eine derartige Demokratisierung des Unternehmens würde dessen kapitalistischen Charakter nicht aufheben, wohl aber »aufweichen«, wie Erik Olin Wright argumentierte, weil die Eigentumsrechte der Produktionsmittelbesitzer*innen deutlich eingeschränkt würden (Wright 2019, 75).

Gemeinsam ist diesen Vorschlägen, dass sie – je nachdem, wie stark sie verwirklicht werden – wirtschaftliche Entscheidungen nicht Privatpersonen überlassen, sondern demokratischen Körperschaften anvertrauen wollen. Es geht also um radikale Reformpolitik, bei der es um – wie es in einer der ersten umfangreicheren Ausarbeitungen zur Wirtschaftsdemokratie hieß – »[…] die Beseitigung jeder Herrschaft und die Umwandlung der leitenden Organe der Wirtschaft aus Organen der kapitalistischen Interessen in solche der Allgemeinheit (geht).« (Naphtali 1969, 21) Das würde, so der wirtschaftsdemokratische Grundgedanke, sowohl eine sozial gleichere, eine humanere, eine gemeinwohlorientierte und auch eine ökologisch nachhaltigere Form des Wirtschaftens ermöglichen (Klein 2019, 154f.).

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Ich möchte an dieser Stelle allerdings hinzufügen, dass eine sozial-ökologische Modernisierung wirtschaftsdemokratischer Ansätze, in die die Kritik am fossilen Kapitalismus und ökologische Konversionsdebatten aufgenommen wird (Urban 2011, 51), noch aussteht, auch wenn wichtige Beiträge dazu vorliegen (Riexinger 2020). Die Arbeit an einer derartigen Aktualisierung der reichhaltigen vorliegenden Demokratisierungskonzepte (siehe etwa Demirovic 2018; Huber/Kosta 1978; Meine/Schumann/Urban 2011; Šik 1979) ist wichtig, sie ist hier aber nicht mein Anliegen. Mir ging es darum meine Interviewpartner*innen mit (vereinfachten und verdichteten) Vorschlägen zu konfrontieren, die die Logik wirtschaftsdemokratischer Reformen zutreffend ausdrücken. Es ging mir nicht darum, Meinungen zu elaborierten Konzepten zu erfragen, sondern Rückmeldungen zu grundlegenden Ideen zu bekommen: Wie reagieren Beschäftigte auf den Vorschlag, Unternehmen nicht frei ihre Geschäfte tätigen zu lassen, sondern die Bevölkerung an der Entscheidungsfindung über das Warenangebot zu beteiligen? Wie gehen sie mit der Idee um, die regionale Wirtschaftsentwicklung nicht von Staat und Unternehmen bestimmen zu lassen, sondern Räte einzuführen, in denen auch Gewerkschaften, Umweltverbände und andere Interessenvertreter*innen mitbestimmen können? Wie greifen sie den Gedanken auf, Betriebe könnten demokratisiert werden, indem Belegschaften Abstimmungsrechte in wichtigen wirtschaftlichen Fragen gegeben werden? Diesen Fragen liegt die Annahme zu Grunde, dass die Erfahrungen und Interessen der Beschäftigten der Ausgangspunkt neuerer Demokratisierungsdebatten sein müssen, weil ohne sie eine andere Wirtschaft nicht zu machen ist (Riexinger/Becker 2018, 120).

Am Ende unserer Interviews habe ich deshalb, wo es die Zeit meiner Gesprächspartner*innen noch zuließ, sie nach ihrer Meinung zu diesen Reformbausteinen gefragt. Bei 24 meiner 40 Gesprächspartner*innen war das möglich (bei vier Handelslager-, elf Krankenhaus und acht Industriebeschäftigten). Ich habe ihnen bündig die Inhalte dieser Reformideen dargelegt, ihnen eine kurze Pause gegeben, um darüber nachzudenken, und dann um ihre Meinung gebeten. Die Antworten waren ausnahmslos nicht nur situativ, sondern auch inhaltlich spontan. Das ist zum Beispiel ein wichtiger Unterschied gegenüber anderen sozialpolitischen Themen wie Renten- oder Schulpolitik oder auch gegenüber Ausführungen zu ALG II: Zu dem, was sie selbst als relevante Probleme im Land oder als wichtige Aspekte der Wohlfahrtsstaatspolitik aufbrachten, hatten sich meine Gesprächspartner meistens intensiver »ihre Gedanken gemacht«, in der Regel auf der Basis von Alltagserfahrungen und Auseinandersetzungen mit Diskussionen (im eigenen Umfeld der der Öffentlichkeit), auf die sie sich dabei bezogen haben. Da ich lediglich mit einem Teil meiner Interviewpartner*innen über diese wirtschaftsdemokratischen Fragen sprechen konnte, konnte ich diese Gesprächspassagen nicht systematisch in die Deutungsmusteranalyse einbeziehen. Ich möchte deshalb an dieser Stelle wichtige empirische Eindrücke über das Demokratisierungspotenzial nachzeichnen, die sich im empirischen Material finden.

Der erste Befund lautet: In den Deutungsmustern, die ich im gewerkschaftlichen Milieu rekonstruiert habe, spielten Forderungen nach einer wirtschaftlichen Demokratisierung fast überhaupt keine Rolle. Als eigenständige Sozialstaatsorientierung (für einen demokratisch steuernden Staat) tauchten sie in organischer Form, also als etwas, was mei-

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

ne Gesprächspartner*innen von selbst zur Sprache brachten, nicht auf. Während zwar mehr oder minder explizite Ansprüche auf Beteiligung an Entscheidungen erhoben werden, die den eigenen Arbeitsbereich bzw. den eigenen Nahbereich betreffen (siehe etwa Kap. 5.3.2 und Kap. 5.3.4), beziehen sie sich kaum auf den ganzen Betrieb oder reichen gar darüber hinaus (ähnlich: Wolf 2018, 161). Möglicherweise sind die betrieblichen Erfahrungswelten zu sehr von Druck und Überlastung, von umkämpfter Mitbestimmung und Marktdruck geprägt, als dass sie fassbare Ansatzpunkte für meine Interviewpartner*innen bergen, die den Anspruch auf »mehr Mitsprache«, um es bescheiden zu formulieren, zu nähren – wohlmöglich, wie Wolfgang Menz und Sahra Nies argumentiert haben, werden zumindest auf betrieblicher Ebene demokratische Beteiligungsansprüche auch deshalb nicht formuliert, weil für viele Beschäftigte »mehr Beteiligung« heutzutage heißt, dass ihnen mehr Verantwortlichkeit und mehr Aufgaben gegeben werden, »[…] ohne dass sie überhaupt die geeigneten Ressourcen verfügen, wirklich Einfluss nehmen zu können.« (Menz/Nies 2021, 19)

Auch hatte von allen Interviewpartner*innen, denen ich diese Fragen stellen konnte, kaum jemand nach eigenem Bekunden den Begriff Wirtschaftsdemokratie schon einmal gehört. Nun ist es nicht verwunderlich, dass der wirtschaftsdemokratische Reformbaukasten in der öffentlichen Debatte nicht bekannt ist, kaum ein politischer Akteur hat versucht sie in den vergangenen Jahren auf systematische Art und Weise in die Diskussion zu bringen. Allerdings gehört die Forderung nach Wirtschaftsdemokratie, wenn auch nicht immer klar in Reformvorschläge übersetzt, zum Grundverständnis der DGB-Gewerkschaften. »Politische Demokratie muß durch wirtschaftliche und soziale Demokratie auch in der Arbeitswelt ergänzt und gefestigt werden […]«, so heißt es etwa im Grundsatzprogamm des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB 1996, 14), 2010 plädierte der Bundeskongress des DGB für eine demokratische Selbstverwaltung der Wirtschaft (Meine/Stoffregen 2011, 18). Dennoch spielen Diskurse über die Demokratisierung der Wirtschaft für die von mir interviewten Scharnierpersonen und Multiplikator*innen aus dem gewerkschaftlichen Milieu keine Rolle. Es fehlen Deutungsangebote und auch Erklärungen (sachliche Erläuterungen über die Funktionsweise von Wirtschaftsdemokratie und normative Rechtfertigungen), an denen sich Beschäftigte überhaupt produktiv reiben, eine Meinung bilden könnten. Das ist zwar kein überraschender Befund, aber es ist ein wichtiger Ausgangspunkt für die Debatte über Potenziale einer Demokratisierungspolitik.

Der zweite Befund lautet jedoch, dass es dennoch Demokratisierungspotenziale gibt. Sichtbar werden sie in den Antworten auf die Meinungsfrage, die ich meinen Gesprächspartner*innen gestellt haben. Dabei ist wichtig: Zwar reagierten Soziale Gemeinwohldemokrat*innen am offensten auf wirtschaftsdemokratische Vorschläge. Allerdings finden sich zustimmende und ablehnende Reaktionen (fast) über das gesamte Spektrum meiner Interviewpartner*innen hinweg, also quer zu den einzelnen Deutungsmustern.

Die folgende Tabelle zeigt die Verteilung von zustimmenden, ablehnenden und skeptischen Reaktionen gegenüber den verschiedenen erläuterten Reformvorschlägen. Zwei Erläuterungen sind in diesem Zusammenhang wichtig. Erstens haben nicht alle Befragten ihre Meinung zu allen drei wirtschaftsdemokratischen Vorschlägen geäußert; zwei-

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

tens haben alle die in Kürze dargestellten Reformideen auf eigensinnige Art und Weise interpretiert, wie ich im Weiteren kursorisch erläutern werde.

Tabelle 37: Zustimmung/Ablehnung wirtschaftsdemokratischer Reformvorschläge (in absoluten Beschäftigtenzahlen)

	Pro	Skeptisch	Contra
Rahmenplanung	7	6	7
Wirtschaftsräte	9	5	3
Betriebsdemokratie	9	8	4

Quelle: Eigene Darstellung

Im Folgenden möchte ich nun die wichtigsten bzw. typischsten Antworten, mit denen meine Gesprächspartner*innen auf die ihnen präsentierten Reformbausteine reagierten, bündelnd darstellen.

1) Offenheit für die gesellschaftliche Rahmenplanung vs. Überflüssigkeit und Misstrauen in den Willen des Volkes: Ein Baustein wirtschaftsdemokratischer Reformkonzepte ist die demokratische Rahmenplanung. Durch sie soll Unternehmen volkswirtschaftliche und auch ökologische Orientierungsdaten vorgegeben werden. Zu einer solchen Rahmenplanung gehört beispielsweise die (in-)direkte staatliche Investitionslenkung, also politische Anreize, die die Investitionen von Kapital steuern sollen (Scherer/Vilmar 1985, 110). Ich habe die Idee der Rahmenplanung dagegen durch den Vorschlag einer Art Konsument*innendemokratie aufgegriffen und meinen Interviewpartner*innen vorgestellt.

Wie wäre es, so fragte ich, wenn es der Bevölkerung möglich wäre durch Volksabstimmungen daran mitzuwirken, Orientierungsdaten zu schaffen, konkret vorzugeben welche Art von Produkten und Dienstleistungen gewünscht werden. Derartige Befragungen, so mein Gedanke, würden zugleich die unternehmerische Entscheidungsfreiheit beschränken als auch Mitwirkungsmöglichkeiten »von unten« an der Wertschöpfungsplanung eröffnen. Eine Minderheit der Befragten reagierte zugewandt auf diesen Vorschlag. Dafür sprachen sich Beschäftigte aus, indem sie etwa auf die Möglichkeit verwiesen, dass so soziale und/oder ökologische Gemeinwohlinteressen berücksichtigt werden konnten. Dagegen sprach sich eine gleich große Gruppe der Befragten aus, in der Regel verwiesen sie auf die Fehlenden Kenntnisse derjenigen, die abstimmen dürften – oder die Fehlallokation von Ressourcen.

Für mich überraschend gehört zu den Beschäftigten, die eher positiv auf wirtschaftsdemokratische Vorschläge reagieren, auch Jens (I 21), an dessen Fallgeschichte ich das Deutungsmuster des Enttäuschen Sozialliberalismus dargestellt habe (siehe Kap. 5.3.4). Überrascht war ich, weil für den Sozialliberalismus eine liberal-demokratische Haltung zum politischen Feld typisch ist, zu der auch eine Skepsis gegenüber zu großer politischer Radikalität gehört. Auf den Vorschlag, dass Bürger*innen demokratisch darüber

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

mitentscheiden können, welches Waren- und Dienstleistungsangebot es geben soll, reagiert er aufgeschlossen. »Dass man zum Beispiel sagt, ›ja, warum brauchen wir denn alles noch Waffen und verkaufen die an so ein Land wie Saudi-Arabien?‹« Dem stimmt er zu. So sieht das auch der Gemeinwohldemokrat Frank (I 8), der auch Beispiele für sinnvolle Volksabstimmungen gibt, die von direkter Relevanz für den ökologischen Umbau der Wirtschaft sind:

> »Und auf Bundesebene, dass praktisch das Volk entscheidet, was und wie produziert wird, ist ja auch eine Frage. Zum Beispiel Braunkohleverstromung, dass man sagt, ›das Volk entscheidet jetzt drüber, das wird jetzt abgeschaltet, wir wollen die Umwelt nicht mehr verpesten‹. Das wäre auf jeden Fall der demokratischere Ansatz als wenn einzelne Kleingruppen oder die Wirtschaft entscheidet, wie es laufen soll.« (I 8)

Offen gegenüber wirtschaftsdemokratischen Überlegungen zeigt sich auch der Klimasoziale Mark (I 3) bleibt aber punktuell skeptisch, insbesondere bezüglich der Idee der betrieblichen Demokratisierung. Die Idee aber, Bürger*innen darüber abstimmen zu lassen, welches Warenangebot von den Unternehmen zur Verfügung gestellt werden sollen, begrüßt Mark. Er interpretiert diese Abstimmung als Möglichkeit, um Verschwendung durch Unternehmen zu vermeiden, die beispielsweise kaum miteinander kompatible elektronische Produkte auf den Markt bringen (Ähnlich: I 36).

Was die drei bisher diskutierten positiven Reaktionen verbindet, ist die Vorstellung, durch Volksabstimmungen bzw. direkte Beteiligung der Bevölkerung könnten tatsächlich bessere oder vernünftigere Waren erzeugt werden. Aber es gab auch andere Gründe, weshalb Befragte positiv reagierten. Ein Beispiel ist die Gemeinwohldemokratin Karin, die in der vorgeschlagenen Form der partizipatorischen Konsument*innendemokratie ein gutes Mittel sieht, damit »[…] praktisch so viele Menschen wie möglich in einem Land […] ihre Meinung dazu abgeben können und dass diese Meinung auch dann einfließt in Entscheidungen.« Sie befürwortet diesen Demokratisierungsvorschlag insofern nicht, weil sie dessen Ergebnis wünscht, sondern weil sie das demokratische Verfahren an sich wertschätzt (I 23, 34). Sozial motiviert ist dagegen der Sozialliberale Malik, der ebenfalls aufgeschlossen reagiert. »Ich finde, generell ist alles gut, womit du Einfluss in der Wirtschaft nehmen kannst, weil dann kannst du dafür sorgen, dass nicht so viele Arbeitsplätze verloren gehen.« (I 19) Mit Blick auf die Idee der Rahmenplanung unterstreicht er, ähnlich wie Kritiker*innen dieses Vorschlags (siehe unten), dass Konsument*innen durch ihre Kaufentscheidungen bereits in der Lage sind, die wirtschaftliche Entwicklung zu beeinflussen. Dennoch begrüßt er die Idee einer partizipatorischen Wirtschaftsplanung.

> »Finde ich richtig, weil wir leben doch hier, das ist auch unsere Welt im Prinzip, ist doch unser Leben. Dann sollten wir schon auch den Wirtschaftsbossen mitteilen, dass wir auch einen bestimmten Einfluss auf die Wirtschaft haben. […] Sonst werden wir nur noch gesteuert von den Wirtschaftsbossen.« (I 19)

Neben die Wertschätzung der Beteiligung »an sich« und die Möglichkeit, auf das Warenangebot selbst Einfluss zu nehmen, die von den bisher zitierten Befürworter*innen der

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Reformidee angeführt wurden, entwickelt Malik eine Deutung, die den Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit bzw. Unternehmen und Bevölkerung aufscheinen lässt: Hier die Macht der Wirtschaftsbosse, dort der Einfluss der Beschäftigten bzw. der einfachen Bevölkerung.

Wie ich einleitend bemerkt habe, stieß die Idee einer beteiligenden Rahmenplanung aber auch auf Ablehnung. So etwa beim Sozialen Gemeinwohldemokraten Johannes (I 29). Der Markt selbst sei, so spitzt er zu, das demokratische Mittel, um die Anliegen der Bevölkerung mit in die Wirtschaft einzubeziehen, weil »[…] der Kunde entscheidet, was produziert wird, weil jede Industrie hat ja seine eigenen Fachleute dafür zu gucken, wie ist die Kundenzufriedenheit und was will der Kunde?« Kurz: Weil Unternehmen Marktforschung betrieben, werden die Konsuminteressen der Bevölkerung bereits angemessen berücksichtigt (I 29). Für Johannes macht eine Entwicklungstendenz die wirtschaftliche Demokratisierung überflüssig, die Vertreter*innen der Wirtschaftsdemokratie gewöhnlich ins Feld führen, um zu begründen, dass sie möglich ist. In der klassischen Abhandlung »Wirtschaftsdemokratie« etwa argumentierte Fritz Naphtali, dass der »organisierte Kapitalismus«, also eine Entwicklungsphase des Kapitalismus, der durch oligopolistische Konzerne mit riesigen Bürokratien und einem wachsenden und interventionistischen Staat gekennzeichnet ist, die Bedingungen dafür schafft, dass eine demokratisch organisierte Wirtschaft möglich wird (Naphtali 1969, 35–36). Dazu gehörte später auch der Aufbau von professioneller Marktforschung und Kundenbindung, also eine systematische Erfassung und Beeinflussung von Kaufinteressen. In gewisser Weise kehrt Johannes dieses Argument um – weil Konzerne selbst forschen, um den eigenen Absatz zu steigern, braucht es keine zusätzliche demokratische Mitwirkung.

Eine andere Art der Ablehnung findet sich beim Sozialliberalen Jan, der ebenfalls in der Automobilindustrie arbeitet.

> »[…] ich weiß nicht, ob es sinnvoll ist zu entscheiden, was jetzt auf den Markt kommt oder nicht. Weil nicht jeder sich mit jedem Thema beschäftigen oder auskennen kann. Ich sag mal, nicht jeder ist technikbegeistert und könnte jetzt entscheiden, ob das Produkt A oder B auf den Markt kommt […]. Aber wenn dann jeder mitbestimmt, würde das vielleicht auch dazu führen, dass vielleicht was Schlechteres auf den Markt kommt. Dafür gibt es ja eigentlich die Experten, die das entscheiden oder entwickeln.« (I 28)

Spricht sich Johannes gegen eine demokratische Beeinflussung der Produktionsplanung aus, weil Konsuminteressen der Bevölkerung durch die wirtschaftlichen Apparate ohnehin bereits erfasst werden (Kundenbeobachtung/Marktforschung), setzt Jan an der fehlenden Expertise der Bevölkerung an. Ähnlich reagiert der Gemeinwohldemokrat Simon, der als Krankenpfleger arbeitet: »Keine Volk kann das wissen. (….). Da kommen wir wieder in so eine Art Mangelwirtschaft.« (I 9) Sehen die oben erwähnten Befürworter*innen einer partizipatorischen Rahmenplanung in der Bevölkerung implizit Expert*innen, die dafür sorgen würden, dass vernünftigere und bessere Produkte auf den Markt kämen, sprechen die Gegner*innen dieses Reformvorschlags den Menschen das nötige Wissen ab, um eine angemessene Entscheidung zu treffen. In diesen Zusam-

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

menhang (Demokratisierung führt zu einer Fehlallokation von Mitteln) gehört auch die Begründung ihrer Ablehnung, die die Gemeinwohldemokratin Anna gibt (I 4). Während Befürworter*innen einer ökologischen Wirtschaftsdemokratie für gewöhnlich argumentieren, dass die Mitsprache der Bevölkerung bei der Produktionsplanung dafür sorgen würde, dass tatsächlich nur noch das hergestellt würde, was wirklich gebraucht wird, sieht Anna die gegenteilige Gefahr. Durch Manipulation können Menschen dazu gebracht werden »[…] nur bestimmte Produkte zu wählen zum Beispiel, die da produziert werden, und dann nicht mehr das produziert wird, was eigentlich notwendig ist, weil die das abgewählt haben.« (I 4).

Tabelle 38: Zusammenfassung der Begründungen Zustimmung/Ablehnung Rahmenplanung

	Pro	Contra
Rahmenplanung	- Bessere/sinnvollere Produkte - Partizipation als Wert an sich - Kontrolle Unternehmensmacht - Beeinflussung Wirtschaftsprozess - Sicherung/Schaffung Arbeitsplätze	- Markt ermöglicht Kundenbeteiligung - Unternehmensapparate erfassen Kundeninteressen - Manipulation von Interessen führt zur falschen Allokation

Quelle: Eigene Darstellung

2) Offenheit gegenüber Wirtschaftsräten vs. Überflüssigkeit: Etwas positiver als auf die Rahmenplanung reagierten meine Interviewpartner*innen auf die Idee der Wirtschaftsräte. Gemeint waren in meiner Vorstellung des Rätevorschlags tatsächlich regionale Gremien, in denen unterschiedliche Interessengruppen vertreten wären, und die verbindliche Vorgaben (auch für Unternehmen) für die wirtschaftliche Regionalentwicklung machen könnten (Riexinger/Becker 2018, 132).

Überwiegend wurde diese Idee von meinen Gesprächspartner*innen etwas »weicher« im Sinne einer Möglichkeit interpretiert zusätzlich zu Unternehmensinteressen auch die Anliegen anderer gesellschaftlicher Gruppen einzubeziehen. Dabei wurde der Vorschlag eher im Sinne von korporatistischen Arrangements interpretiert, denn als Vertretungen, die Regeln festlegen oder wirtschaftliche Entscheidungen treffen. Auch hier ist der Sozialliberale Jens (I 21) ein Beispiel. Er begreift regionale Wirtschaftsräte als eine Möglichkeit, um sozialgeographische Entwicklungen zu verhindern, die ihn stören, konkret die aus seiner Perspektive häufige und chaotische Ansiedlung von Logistikzentren zu verhindern, »wo ich denke, das ist doch gar nicht nötig. Dass wertvolles Ackerland verballert wird für so eine Scheiße.« Ganz ausdrücklich als Beratungsgremien interpretiert der bereits zitierte Klimasoziale Mark (I 3) die regionalen Wirtschaftsräte. Mark interpretiert sie im Sinne korporatistischer Gremien gemeinsamer Beratung:

> »Also sprich auf regionaler Ebene Politiker, Leute von Wirtschaftsverbänden oder von lokalen Firmen, Umweltverbände, die sollten bei so was eigentlich immer rein, finde ich, weil die Priorität sehr hoch ist, was den Umweltschutz anbelangt. Das finde ich gar

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

> nicht mal so schlecht, wenn sie sich mal treffen und über dann so was beraten. Also ein Beispiel hier im Ort, da wurde jetzt vor einiger Zeit aufgerufen, […] dass große Bereiche, die als Frischluftschneisen für den Ort gelten, […] dass sie dann halt mit Industrieanlagen bebaut werden. […]. Wäre ein relativ großes Areal gewesen. Großer Protest in der Bevölkerung. […]. Um sowas zu vermeiden, wäre es ganz sinnig, wenn mehrere Leute aus verschiedenem Blickwinkel Aspekte beleuchten, wenn zum Beispiel gesagt wird, wir bräuchten mehr Gewerbeflächen oder wir wollen da Wirtschaft ansiedeln, dass sich dann Leuten aus verschiedenen Bereichen aus der Wirtschaft selber, Politik, vielleicht Bürgervertretungen aus einzelnen Bereichen oder die Bürgermeister von verschiedenen Stadtteilen, Umweltverbände, darüber beraten, was man denn machen könnte.« (I 3)

Durch die frühzeitige Beteiligung von anderen Interessenvertreter*innen könnten so Konflikte vermieden werden. Auch der Gemeinwohldemokrat Johannes begrüßt die Idee der Wirtschaftsräte, weil er darin ein nützliches Beratungsgremium sieht. Allerdings argumentiert er deutlich technokratischer als es Mark tut. Er meint

> »[…] das wäre eine super Sache. Man hätte quasi so eine Art Expertenrunde, die sich zusammentun und wo jeder quasi von seinem Fachbereich das Für und Wider für eine bestimmte Idee mitbringen kann und man zieht dann den Konsens raus, wie es halt am besten laufen kann. Das wäre eine super Angelegenheit.« (I 29)

Es sind Wissende, die in den Räten zusammenkämen, um ein gemeinsames Vorgehen abzusprechen. Das muss nicht unbedingt antidemokratisch sein, weil theoretisch eine Vielfalt von Menschen als Expert*innen angesprochen sein könnten, die – quasi als Alltagsexpert*innen – relevantes Wissen beisteuern könnten. Im Zusammenhang mit der im vorherigen Abschnitt zitierten Skepsis gegenüber dem Wissen der Bevölkerung liegt allerdings nahe, dass hier Expert*innen im engeren Sinne gemeint sind.

Andere Gesprächspartner*innen begründeten ihre positive Reaktion auf den Vorschlag, regionale Wirtschaftsräte einzuführen, hingegen, indem sie mehr oder weniger explizit auf unterschiedliche Interessen von Unternehmen und Bevölkerung Bezug nahmen. Der Sozialliberale Malik unterstreicht beispielsweise, dass Wirtschaftsräte zu mehr Gerechtigkeit führen würden, weil auch die Interessen »der Leute« und somit nicht nur der Unternehmen bei der Entscheidung berücksichtigt werden könnten, wohin sich die Wirtschaft entwickeln sollte (I 19). Ähnlich argumentiert auch der Gemeinwohldemokrat Kai, der sich im Gemeinwohlinteresse insgesamt eine Einschränkung unternehmerischer Handlungsfreiheiten wünscht. Wirtschaftsräte stellt er sich in diesem Sinne als eine Art wirkungsvolles Kontrollgremium zwischen Wirtschaft und Politik vor (I 12).

Aber auch dieser Reformvorschlag wurde von Gesprächspartner*innen abgelehnt. Sie wiesen beispielsweise darauf hin, dass solche institutionellen Neuerungen überflüssig seien, weil im Rahmen der Kommunal- und Regionalpolitik bereits Mitwirkungsmöglichkeit gegeben seien. Ein Beispiel ist der Sozialliberale Jan, der in der Automobilindustrie beschäftigt ist (I 28). »Ich finde, dass wir das in Teilbereichen schon so haben […]. Also indirekt hat man ja schon so Institutionen, wo man diesen Einfluss hat.« (I 28) Einer Ausweitung von demokratischen Entscheidungsfindungen steht er vor diesem Hintergrund eher skeptisch gegenüber. »Ich finde das in manchen Bereichen auch pro-

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

blematisch. Weil wenn man jetzt über alles abstimmen würde, dann würde es ja immer Menschen geben, die das dann nicht gut finden würden.« (I 28) Der Sozialliberale Bernd unterstreicht, derartige Wirtschaftsräte würden zu einer überflüssigen zusätzlichen bürokratischen Ebene, die nicht gebraucht werde (I 39).

Tabelle 39: Zusammenfassung der Begründungen Ablehnung/Zustimmung Wirtschaftsräte

	Pro	Contra
Wirtschaftsräte	- Beeinflussung Regionalentwicklung - Partizipation als Wert an sich - Partizipation als Mittel der Konfliktvermeidung - Verbesserung der Entscheidungen - Einflusssicherung der einfachen Leute/Kontrolle der Unternehmen	- Vorhandene kommunal- und regionalpolitische Beteiligungsmöglichkeiten reichen aus - Abstimmungen politisieren und führen zu Unzufriedenheit

Quelle: Eigene Darstellung

3) Offenheit für die Vision der Betriebsdemokratie vs. Misstrauen in die Belegschaften: In der jüngeren Diskussion wird die Forderung nach einer Demokratisierung der Wirtschaft häufig ausgehend von den Mängeln der heutigen betrieblichen Mitbestimmung begründet, insbesondere dem Fehlen wirklicher Mitbestimmungsrechte in wirtschaftlichen Angelegenheiten. Demokratisierungsforderungen sollten demnach hier ihren Ausgangspunkt nehmen, indem sie den tatsächlichen Einfluss der Belegschaften auf die Unternehmenspolitik ermöglichen (Bierbaum 2018, 14–15). Neben der Erweiterung von Betriebsratsrechten ginge es auch darum »[…] neue Elemente basisgetragener Selbstbeteiligung, Selbstverantwortung und Selbstaktivierung […]« einzuführen (Schumann/Detje 2011, 81). Die Beschäftigten sollen dabei Treiber einer Wirtschaftsdemokratisierung von unten sein (Detje/Sauer 2018, 34f.). Das setzt voraus, dass Beschäftigte daran auch interessiert sind. In der klassischen strategischen Ausarbeitung zur Wirtschaftsdemokratie »Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel« begründet Fritz Naphtali deshalb die Realisierbarkeit einer tiefgreifenden Demokratisierung nicht nur, indem er erläutert, dass die kapitalistische Entwicklung selbst sie möglich mache (weil sich ein sog. »organisierter Kapitalismus« herausgebildet habe), sondern er behauptet auch das subjektive Bedürfnis der Beschäftigten danach. Die Arbeiter*innen, so Naphtali, wollten nicht mehr im Zustand der sozialen Unfreiheit leben, »sein Abhängigkeitszustand im Betrieb und in der Gesellschaft (ist) unerträglicher als je geworden.« (Naphtali 1969, 19) Meine empirischen Befunde legen eine solche zugespitzte Diagnose nicht nahe. Dem Vorschlag, den Betrieb mit Hilfe von Abstimmungsrechten für die Belegschaft zu demokratisieren, stimmten etliche Befragte zwar zu, eine etwas größere Gruppe reagierte aber auch skeptisch oder sogar ablehnend, wie ich im Folgenden zeigen möchte.

Zunächst werde ich auf die aufgeschlossenen und positiven Meinungsbekundungen eingehen. Positiv reagierten Beschäftigte ausgehend von eigenen Erfahrungen im Betrieb, insbesondere mit Wissensproblemen im Management, aber auch mit fehlender

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

eigener politischer Handhabe bei wichtigen Entscheidungen. Allerdings wurde der Vorschlag häufig im Sinne einer Ausweitung der Mitbestimmung interpretiert, also eher der Ausweitung von Rechten für Betriebsräte. Das würde zwar ebenfalls ein Mehr an Demokratie bedeuteten, das aber im Sinne einer Vertretungs-Demokratie, während direkte Abstimmungsrechte ein Moment direkter Arbeiterdemokratie wären, in der Beschäftigte selbst entscheiden können (Demirovic 2007, 256). In diesem Sinne reagiert auch der Sozialliberale Jens. Die Idee der Betriebsdemokratie findet er ansprechend, weil die Belegschaft seines Erachtens teilweise bessere Einsichten in die betrieblichen Abläufe hat als die Geschäftsleitung, »manche Zusammenhänge können die gar nicht so genau sehen.« (I 21) Eingebettet ist dies in eine kritische Sicht auf das eigene Management, das seines Erachtens in der Vergangenheit unwirtschaftlich gehandelt hat. Das Wissen des Managements erscheint in dieser Deutung nicht als überlegen, eher sogar als Stolperstein oder gar Problem.

In eine ähnliche Richtung argumentiert Jörg, Gemeinwohldemokrat und Industriearbeiter. Er gehört zu den wenigen Interviewpartner*innen, die den Begriff der Wirtschaftsdemokratie inhaltlich einordnen konnten. Im Kern verstand auch er darunter die Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung. Dieser Idee stimmt er zu, indem er auf Wissensdefizite der »Arbeitgeberseite« eingeht, die u.a. aus der Arbeitsteilung folgen.

> »Ich habe als Betriebsrat schon so viel erlebt, was vermeintliche Spitzenfunktionäre angeht, gerade von Arbeitgeberseiten da an Anwälten rumspringt, da sage ich ›Alles klar, Leute. Wenn ihr mal gearbeitet hättet, würdet ihr heute nicht so entscheiden.‹« (I 31)

Demokratie bedeutet auch, dass man sich vor der Belegschaft rechtfertigen muss – was er positiv hervorhebt. »Wenn man mehr Mitbestimmung hat, wie und was man produziert und nicht nur Bedingungen, die unmittelbar den Beschäftigten angeht, das wäre schon sinnvoll.« Demokratisierung bedeutet für Jens in diesem Sinne auch die Chance, bessere Entscheidungen zu treffen, solche, die durch das Produzent*innenwissen informiert sind und nicht in erster Linie durch Wissen derjenigen, die eben noch nie wirklich gearbeitet haben. Voraussetzung dafür ist aber eine entsprechende Qualifikation, also eine Weiterentwicklung und Ergänzung des vorhandenen Wissens:

> »Das bedeutet aber auch im Klartext, dass die Leute, die gewählt werden, geschult werden. Kann ja auch nicht jeder. Ist eine riesige Verantwortung zu tragen. Und wenn man mehr Verantwortung bekommt, was die Demokratisierung der Wirtschaft angeht, bedeutet im Umkehrschluss auch, dass man als gewählter Betriebsrat das auch können muss.« (I 31)

Aber positive Meinungen über den Reformvorschlag, Beschäftigte abstimmen zu lassen und so den Betrieb zu demokratisieren, wurden auch anders begründet. Der Gemeinwohldemokrat Johannes greift diesen Reformbaustein positiv auf, indem er ihn im Sinne einer Art Lastenteilung interpretiert, man »[…] würde das Risiko auf mehrere Schultern verteilen, was eigentlich gut ist […].« (I 29) In seiner Interpretation bedeutet betriebliche Demokratisierung dann, dass Manager und Belegschaft gemeinsam Entscheidun-

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

gen treffen könnten. Gleichzeitig sei dies besonders schwer durchsetzbar, weil ein typischer Manager denkt »[…] er sei das Ein und Alles und er könnte am besten alleine entscheiden und hört wenig auf Menschen, die ihm untergeben sind.« (I 29)

Auf einen anderen Vorteil der Demokratisierung des Betriebes weist der Sozialliberale Malik (I 19) hin, der ebenfalls darunter eine Ausweitung der heutigen Mitbestimmung versteht. Diese Reformidee greift er wohlwollend auf, weil er darin die Möglichkeit sieht, eine echte Vetomacht zu schaffen, die dem reinen Profitinteresse des Unternehmens entgegenwirken kann, da »dem scheißegal (ist), ob 200 Leute gekündigt werden«.

Ein Teil der Befragten reagierte allerdings auch auf die Idee der Betriebsdemokratie skeptisch bzw. negativ. Nicht überzeugt, wenngleich nicht ablehnend, zeigte sich zum Beispiel der Klimasoziale Mark (I 3) gegenüber dem Vorschlag, Beschäftigten Abstimmungsrechte einzuräumen. Insbesondere bezweifelt er, ob die Bevölkerung in Deutschland aktiv genug sei, um eine solche Betriebsdemokratie zu leben. Genährt wird dieser Zweifel durch das geringe politische Engagement, das er beobachtet (ähnlich I 16). Insbesondere aber unterstreicht er, dass die Leistungsbereitschaft abnehmen würde.

> »Also wenn die Belegschaft sagt, was wir produzieren oder wie wir es produzieren oder in welchem Umfang, habe ich so ein bisschen die Befürchtung, dass die Firma dann Bankrott macht ja, weil sie vielleicht weniger arbeiten wollen.« (I 3)

Das ist eine schwerwiegende Skepsis, dennoch lehnt Mark diese Reformidee nicht grundsätzlich ab. Er unterstreicht vielmehr, dass es auf die Bereitschaft der Beschäftigten ankäme, ob betriebliche Demokratie funktioniert, ebenso (»gutes Personal ist schwierig zu finden«) auf die nötige Qualifikation – und verweist auf ein bekannteres internationales Beispiel von Selbstverwaltung.

> »Kann funktionieren, es kommt immer auf die Mitarbeiter an und gutes Personal ist schwierig zu finden, um es mal so zu sagen. Aber ich kann mich auch dran erinnern, es war so ein Continental-Werk in Mexiko. Es ist schon zehn oder fünfzehn Jahre her. Das sollte geschlossen werden. Die Leute waren partout nicht damit einverstanden und haben dieses Werk nachher selber in die Hand genommen und dann selber geführt. Das war von der Belegschaft und das hat wohl noch gut funktioniert. Ob es jetzt noch existiert, weiß ich nicht, aber ich glaube, das war so ein Musterbeispiel. Das kann funktionieren. Das wird auch in anderen Wirtschaftsbereichen funktionieren. Das wäre eine schöne Sache, wenn ein Unternehmen eine Struktur hätte und sich dementsprechend mehr der Belegschaft öffnen würde, zumal das auch weitaus mehr Respekt und Anerkennung den Angestellten geben würde als mehr Gehalt.« (I 3)

Die Bedenken sind damit nicht ausgeräumt, aber das gelungene Beispiel eines demokratisch selbstverwalteten Betriebes zeigt ihm, was möglich ist. Grundsätzlich sehen auch Vertreter*innen der Wirtschaftsdemokratie diese Herausforderungen, gerade in den bereits etablierten Formen der Mitbestimmung sahen sie aber Mittel für die Interessenvertreter*innen der Arbeiter*innen und Angestellten, um »die Grundlagen der Wirtschaftsführung bis in alle Einzelheiten kennenzulernen.« (Naphtali 1969, 60) Allerdings ging es dabei um die Auslese qualifizierter Fachkräfte aus den Belegschaften, weniger um die Befähigung der Beschäftigten selbst (Martens 2018, 91). Eher skeptisch-ablehnend

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

– »Das kann ich mir ehrlich gesagt nicht vorstellen« (I 36) reagierte Tobias, ein anderer Klimasozialer. Auch er bezweifelt zunächst, dass die Beschäftigten die nötige Einstellung haben, um wirklich verantwortungsvoll zu handeln.

> »Nur ich glaube, dass der Mensch, so, wie er heute momentan funktioniert, kann ja gerne in 200.000 Jahren anders sein, dass wir da uns ein paar andere Gewohnheiten zugelegt haben, nicht dazu geschaffen ist permanent ganzheitlich alles im Blick zu haben.« (I 36)

Normalen Beschäftigten fehlen seines Erachtens die Fertigkeiten (in der Lage sein ganzheitlich alles im Blick zu haben), um ein Wirtschaftsunternehmen mitzuführen. Tobias führt dies auf fehlende Anreize zurück. Während Befürworter*innen der Wirtschaftsdemokratie argumentieren, dass eingeräumte Beteiligungsmöglichkeiten dazu beitragen, dass ein Interesse an gemeinschaftlichen Aufgaben entsteht, argumentiert Tobias umgekehrt: Können alle mitbestimmen, dann gehört der Betrieb im Prinzip niemandem mehr.

> »Und was allen gehört, gehört quasi niemandem und dann geht es mich auch nichts an, was damit ist. Und dann wartet man und tut so, als würde einen das alles nichts angehen, wenn was nicht funktioniert.« (I 36)

Kurz: Der Anreiz initiativ zu werden und mitzudenken geht verloren, wenn des kein Privateigentum mehr gibt. Die Betriebsdemokratisierung würde aus dieser Perspektive nicht zu mehr Beteiligung führen, sondern zur Teilnahmslosigkeit. Auch diese Herausforderungen wurden in Debatten über mögliche Wege der wirtschaftlichen Demokratisierung durchaus reflektiert, weil sie in Demokratisierungsexperimenten als tatsächliche Probleme auftauchten. Das gilt etwa für bleibendes Desinteresse und anhaltende Apathie auch bei Beschäftigten, denen in demokratisierten Betrieben weitreichende Mitbestimmungsrechte eingeräumt wurden (Heinrich 1978, 82).

Ein Argument für demokratische Verfahren ist (neben der normativen Begründung über gleiche Rechte), dass diese zu besseren Ergebnissen führen, weil unterschiedliche Erfahrungen und Wissensbestände fruchtbar gemacht werden können. Mindestens gilt dies für beteiligende Managementverfahren, mit deren Hilfe die Leistungsbereitschaft der Einzelnen gesteigert werden soll. Andere argumentierten, dass gerade exklusive Entscheidungskompetenzen »[…] die mit Abstand wichtigste Ursache für Ineffizienz, Vergeudung von Ressourcen, Zeit und menschlicher Energie in hierarchisch strukturierten Betrieben (sind).« (Demirovic 2007, 253) Deutlich anders sieht das die Gemeinwohldemokratin Martina, die ablehnend auf die Idee der Betriebsdemokratie reagiert. Ihres Erachtens sind hierarchische Beziehungen nötig, Demokratie betrachtet sie gerade nicht besseres Mittel der Entscheidungsfindung:

> »Ich glaube, dass die schlecht umsetzbar ist. Sondern dass wir bei dem System, was wir jetzt im Moment haben, eigentlich ganz gut bedient sind. Weil ich könnte mir vorstellen, dass das sehr chaotisch dann wird, wenn man grundlegend dann ausdiskutiert,

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

was produziert wird oder so. Um da halt einen Konsens halt zu finden, weiß ich nicht, ob das funktionieren würde, wäre ich jetzt eher kritisch.« (I 6)

Debatten sieht sie nicht als ein Mittel, um beispielsweise mehr Wissen zu mobilisieren, sondern eher als einen Stolperstein auf dem Weg tragbare Konsense zu finden.

Skeptisch gegenüber der Demokratisierung der Betriebsführung zeigt sich schließlich auch der Sozialliberale Jan (I 28), der sich Sorgen um die politisierenden Folgen von Abstimmungen macht. Sollte man der Belegschaft Entscheidungsrechte einräumen, »[…] dann wird es immer wieder Menschen geben, die das gut finden und welche, die die Entscheidung nicht gut finden. Es werden immer welche zufrieden sein und welche unzufrieden.« (I 28). Kurz: Wenn Geschäftsführungen und Management vorgeben, gibt es nichts zu diskutieren und infolgedessen auch keine Meinungsverschiedenheiten zu moderieren.

Tabelle 40: Zusammenfassung Begründungen Ablehnung/Zustimmung Betriebsdemokratie

	Pro	Contra
Betriebsdemokratie	- Besseres Produzent*innenwissen - Vetomacht gegen Unternehmer*innenegoismus - Beteiligung als Teilung von Verantwortungslast	- Abstimmungen polarisieren und führen zu Unzufriedenheit - Fehlende Fertigkeiten - Fehlender Leistungs- und Wirtschaftslichkeitsanreiz - Entscheidungsfindung kaum möglich

Quelle: Eigene Darstellung

5.4 Im Zusammenhang: Einstellungstypen, politische Lager und Wähler*innenorientierungen

In den vorherigen Kapiteln habe ich Deutungstendenzen (siehe Kap. 5.2) und Deutungsmuster (siehe Kap. 5.3) vorgestellt, die ich innerhalb des gewerkschaftlichen Milieus rekonstruieren konnte. Die befragten Beschäftigten einte, dass sie zum gewerkschaftlichen Umfeld in den Betrieben gehörten. Teilweise waren es Betriebsräte und Vertrauensleute, teilweise Kolleg*innen, die an einem Arbeitskampf teilgenommen haben. Zugleich handelt es sich um Angehörige unterschiedlicher Teile der Arbeiter*innen- und lohnabhängigen Mittelklasse. Im abschließenden sechsten Kapitel werde ich auf sie zurückkommen, um allgemeine Schlussfolgerungen (nicht: Verallgemeinerungen) über die Potenziale politischer Projekte, insbesondere des Grünen Sozialismus zu ziehen.

Allerdings sind die Deutungen innerhalb des gewerkschaftlichen Milieus besondere. Zumindest lieg die Vermutung nahe, dass sie – aus Perspektive eines links-ökologischen Projektes ebenso wie aus der des sozialliberal-ökologischen Modernisierungsblocks – eher überdurchschnittlich viele ideologische Potenziale und Anknüpfungsmöglichkeiten ausweisen. Für die Untersuchung ist das aus zwei Gründen wichtig. Einerseits

https://doi.org/10.14361/9783839470411-025 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY